Dienstag, 27. März 1984 - D *

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 74 - 13.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11. Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 150,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Bayern: Bei der Auszählung der Ergebnisse der Münchner Stadtratswahl wurden in 25 Stimmbezirken mit hoher SPD-Mehrheit insgesamt 500 000 Stimmen zuviel gezählt, teilte Oberbürgermeister Kiesl mit. In München hatten 65 Prozent der 816 000 Wahlberechtigten abgestimmt. Nach bayerischem Wahlrecht hatte jeder 80 Stimmen zu vergeben. (S. 12)

Türkei: Einen überraschend hohen Sieg hat die rechtskonservative „Mutterlandspartei" des erst seit Dezember regierenden Ministerpräsidenten Turgut Özal bei den Kommunalwahlen errungen. Vernichtend fiel das Wahlergebnis dagegen für die beiden bisher im Parlament vertretenen Oppositionsparteien aus. (S. 7)

Saudi-Arabien: König Fahd erwägt die Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht. Streitkräfte und Nationalgarde bestehen zur Zeit nur aus Berufssoldaten.

Rüstungsgegner: Bei einer Blokkade des britischen Militärflughafens bei Gütersloh durch Anhänger der „Friedensbewegung" wurden 95 Personen vorübergehend festgenommen.

„DDR"-Kirchen: Verunsichert über die Ausreisewelle wollen führende Persönlichkeiten der evangelischen Kirchen in Mitteldeutschland die SED offenbar bewegen, Besuchsreisen in den Westen zu erleichtern. (S. 6)

Schüsse auf Konsul: Bei einem Attentat wurde der US-Generalkonsul in Straßburg, Homme, von drei Schüssen verletzt. Eine Gruppe „Libanesische Bewaffnete Revolutionäre Parteien" bekannte sich zu dem Anschlag.

Polen-Reise: Papst Johannes Paul II. erwägt offenbar eine dritte Reise in seine Heimat. Er sagte, bei seiner letzten Reise habe er die ehemals deutschen Gebiete an der Ostsee nicht besuchen können. Er hoffe, daß er dies eines Tages nachholen könne.

Giftgas: In einem Krankenhaus in Gent starb einer von fünf Iranern, die angeblich durch Giftgas im Golfkrieg verletzt wurden.

Heute: Treffen der EG-Außenminister in Paris. - Israels Staatschef Herzog zu Besuch in Großbritannien. - Tag des nationalen Protests in Chile.

Alles über die Wahl im Südwesten



Heute in der WELT: Analysen zum Wahlergebnis in Baden-Württemberg, Tabellen, Graphiken, Zahlenvergleiche. Dazu die Einzelergebnisse aus allen 70 Wahlkreisen. Und ein WELT-Interview mit Ministerpräsident Lothar Späth. Lesen Sie auf den Seiten 2, 4 und 5.

WIRTSCHAFT

Grundig: Das Bundeskartellamt hat die Fusion mit dem niederländischen Konzern Philips genehmigt. Die Unternehmen hatten zwei Bedingungen akzeptiert: Philips trennt sich von der Beteiligung an Loewe Opta, Grundig vom Vertriebsbereich Diktiergeräte Inland. (S. 11)

Rheinmetall: Der Außenumsatz der Gruppe stieg nach vorläufigen Berechnungen 1983 um 6,7 Prozent auf 2,53 Milliarden DM. (S. 15)

US-Einfuhren: Handelsminister Baldrige hat dem Weißen Haus empfohlen, die Einfuhr von Werkzeugmaschinen scharf zu begrenzen, um die US-Industrie aus Gründen nationaler Sicherheit zu schützen. Im April wird eine Entscheidung erwartet. (S. 11)

Börse: An den Aktienbörsen herrscht eine lustlose Stimmung. Das ohnehin geringe Angebot wurde deswegen nur zu nachgebenden Kursen aufgenommen. Der Rentenmarkt war behauptet. WELT-Aktienindex 151,0 (151,3). Dollarmittelkurs 2,6082 (2,6362) Mark. Goldpreis pro Feinunze 388,50 (387,90) Dollar.

WELT-Report München

Biergärten, Schickeria, Oktoberfest, Schwabing - das ist München, meinen viele. Doch die - wie sie sich gerne nennen läßt - „Weltstadt mit Herz" ist mehr: Sie ist heute auch einer der wichtigsten Standorte für Zukunftsindustrie. Die WELT stellt die bayerische Landeshauptstadt auf zehn Sonderseiten vor.

KULTUR

Golo Mann: Heute wird Golo Mann, der Historiker mit politischen Graden, 75 Jahre alt. Dieser Homme d'Esprit, dessen Bücher Standardwerke sind, hat dank seines Formats und einer unerschütterlich bürgerlich-demokratischen Gesinnung der Geschichtsschreibung wieder die öffentliche Reputation zurückgegeben, die im vergangenen Jahrhundert noch selbstverständlich war. (S. 19)

Photographie: Mit ihrem Kulturpreis für hervorragende Verdienste zeichnet die Deutsche Gesellschaft für Photographie in diesem Jahr den Franzosen Jacques-Henri Lartigue (90) aus.

SPORT

Fußball: Die ARD-Direktübertragung des Länderspiels gegen die UdSSR am Mittwoch in Hannover ist fraglich. Bisher wurden nur 25 000 Karten verkauft. (S. 10)

Turnen: Die Berlinerin Yvonne Haug hat ihren Rücktritt erklärt. Die beste deutsche Turnerin wollte nicht im Leistungszentrum Frankfurt trainieren.

AUS ALLER WELT

Quinlan: Mit einer Messe am Krankenbett wollen die Eltern der Amerikanerin Karen Quinlan heute den 30. Geburtstag ihrer Tochter feiern. Die junge Frau liegt seit neun Jahren im Koma und wird künstlich ernährt.

Raumfahrt: Wenige Wochen vor dem elften Flug einer US-Raumfähre haben Experten Alarm geschlagen. Die drei Haupttriebwerke genügen den technischen Anforderungen nicht mehr. Der Verlust auch nur eines dieser Aggregate würde katastrophale Folgen haben. (S. 20)

Wetter: Einzelne Schauer, ab Mittag zeitweise sonnig. 8 bis 12 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Experten sind sicher: Giftgas aus der UdSSR im Golfkrieg

NATO ohne Abwehrmittel / Abkommen über biologische Waffen wirkungslos?

CAY GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Für westliche Fachleute in Brüssel steht außer Zweifel: Die Sowjetunion ist die Quelle des Kampfgases, das im Krieg zwischen Irak und Iran eingesetzt worden ist. Die These stützt sich auf die von westlichen Toxikologen zweifelsfrei geklärte Tatsache, daß der verwendete Kampfstoff Anteile von Mykotoxinen der Bezeichnungen HT 2 und T 2 enthielt, einem chemisch stabilen Stoffwechselprodukt der Pflanzenfamilie der Schimmelpilze, das nach vorliegenden Indizien nur in der Sowjetunion industriell hergestellt wird.

Die Erkenntnis, daß nun auch im Golf-Krieg ein Kampfstoff biologischer Herkunft eingesetzt wurde, der als „Gelber Regen" bekannt geworden ist, führt nach Ansicht informierter Kreise zu zwei Schlußfolgerungen: Das Abkommen über das Verbot der Produktion und Lagerung bakteriologischer und biologischer Kampfstoffe von 1972 hat versagt, weil es keine Vorkehrungen zur Verifikation enthielt. Die NATO sieht sich einer neuartigen Form von Kampfstoffen biologischen Ursprungs gegenüber, über die bisher nur unzureichendes Wissen besteht, vor allem, was den Schutz vor derartigen Mitteln betrifft. Westeuropäische Kliniker sammeln jetzt erste Erfahrungen mit der Behandlung von Verletzungen durch derartige Kampfstoffe.

Ob Irak oder Iran den Kampfstoff eingesetzt hat, läßt sich in Westeuropa mit endgültiger Sicherheit nicht klären. Es wurde jedoch daran erinnert, daß die neuartige toxische Waffe bisher in Afghanistan, Laos und Kambodscha aufgetaucht ist, also dort, wo sowjetische Streitkräfte direkt im Kampf standen oder Verbündete der Sowjets von Moskau mit Waffen beliefert wurden. Es gab auch einige Hinweise darauf, daß die äthiopischen Regierungstruppen das Mittel im Kampf gegen die Befreiungsfront von Eritrea verwendet haben. Äthiopien erhält seinen Waffennachschub aus der Sowjetunion. Im übrigen ist Irak fast ausschließlich mit sowjetischen Waffen ausgerüstet.

Die Sowjetunion hat bestritten, etwas mit Kampfstoffen dieser Art zu tun zu haben. In einem amerikanischen Fernsehprogramm machte sich der stellvertretende sowjetische UNO-Botschafter, Richard Oweinnikow, über den sogenannten Gelben Regen lustig, der in Südostasien aus Flugzeugen abgesprüht wurde. Er sagte, Schimmelpilze mit ihren giftigen Stoffwechselprodukten wüchsen auch auf dem Rasen des Pentagon.

Tatsächlich gibt es nach Angaben amerikanischer Experten Hinweise auf Giftstoffe aus dem Stoffwechsel der Schimmelpilzfamilie schon in der sowjetischen Fachliteratur der dreißiger Jahre. Allem Anschein nach hat sich kein Land der Welt so intensiv mit diesen Giften beschäftigt wie die UdSSR. Die sowjetische Literatur habe immer wieder Hinweise auf die Massenproduktion derartiger Gifte enthalten, wobei die Forschung nach Gegenmitteln auffallend oberflächlich behandelt worden sei.

Giftige Stoffwechselprodukte des Schimmelpilzes entstehen ideal bei Frost und Tauwetter, unter den Bedingungen also, wie sie in der Sowjetunion häufig anzutreffen sind. Im Winter 1943–44 erlebte die Sowjetunion in der Gegend von Orenburg nordwestlich des Aralsees eine Epidemie, von der mehr als ein Drittel der Bevölkerung betroffen war. Zehn Prozent der Bevölkerung starben. Die Menschen hatten in den kargen Kriegsmonaten Getreidereste auf den Feldern gesammelt. 1979 gab es einen Hinweis darauf, daß die Sowjetunion unter Bruch des Abkommens von 1972 mit bakteriologischen Waffen experimentiert: in Swerdlowsk brach eine Milzbrandepidemie aus.

Ein weiteres Indiz für die Nutzung biologisch-chemischer Kampfstoffe durch die Sowjet-Armee und die Streitkräfte des Warschauer Pakts lieferte nach Angaben des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Richard Burt die „DDR". In einer Rede in Tutzing am 2. März 1982 verwies er auf das 1977 erschienene Handbuch der „DDR"-Volksarmee über chemische Kriegführung. Das Buch bemerkt, Mitte der sechziger Jahre seien auf biologischer Grundlage beruhende Toxine für militärische Zwecke ausgewählt worden. Zitat: „Heute ist es möglich, verschiedene Toxine synthetisch herzustellen."

Wenngleich die NATO-Streitkräfte der entstandenen neuen Gefahr bisher zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet haben, ist im Westen dennoch bekannt, daß der Munitionsvorrat an chemischen Kampfstoffen in der Sowjetunion 400 000 bis 700 000 Tonnen beträgt. (SAD)

DER KOMMENTAR

Gefährlich

Von PETER GILLIES

Nimmt man den öffentlichen Dienst aus, so steht die Altersversorgung hierzulande auf drei Säulen: auf der Sozialrente, der Betriebsrente und der Eigenvorsorge. Die ersten beiden Säulen weisen nun Risse unterschiedlicher Tiefe auf.

Der Staat hat Mühe genug, die Stabilität der ersten Säule zu sichern. Die Rentenfinanzen streben aus mehreren Gründen einem Bruchpunkt zu, dessen Abwendung große politische Kraft, vielleicht auch Phantasie erfordert. Mit Sicherheit sind die Versuche jedoch untauglich, die Sozialrenten und ihre Finanzierungsschwierigkeiten dadurch lösen zu wollen, daß man sich einiger Steine aus der zweiten Säule - der Betriebsrente - zu bemächtigen trachtet.

Aus Sorge um diesen Prozeß haben sich Arbeitgeber und Industrie zu Wort gemeldet. Er begann in der Rechtsprechung. Arbeitsrichter haben den Betrieben Steigerungsraten - Ausgleich der Inflationsrate - verordnet, die auf die wirtschaftliche Lage des Unternehmens manchmal kaum noch Rücksicht nahmen. Sie und andere jagten der Vision nach, man könne die Betriebsrente immer sicherer machen, auch wenn der Betrieb, der sie letztlich leisten muß, dabei immer unsicherer wird.

Nun geht es jedoch keineswegs darum, die Altersversorgung immer mehr zu verstaatlichen und zu reglementieren. Das Gegenteil ist geboten: Mehr Eigenverantwortung, mehr staatsfreie Räume, mehr Verantwortung und eigene Vorsorge für das Alter. Wenn aber jemand, der aus eigener Kraft oder mit Hilfe seines Betriebes vorsorgt, am Ende dadurch bestraft wird, daß seine Anstrengungen durch Anrechnung in der staatlichen Versorgungsmasse untergehen, wirkt das demotivierend. Welches Unternehmen und welcher Betriebsrat haben dann noch Lust, eine Vereinbarung über Betriebsrenten zu schließen?

Die Betriebsrente ist eine eigenständige Sozialleistung, sie darf keine Zugriffsmasse für geldsuchende Rentenpolitiker werden. Das schließt natürlich nicht aus, daß die Unternehmen - durch eine Insolvenz klüger geworden - ihre Versorgungszusagen auf eine solide Basis stellen. Klug beraten wäre eine Regierung, wenn sie die Wirtschaft zu Betriebsrentenzusagen ermuntert und sie nicht davon abschreckt.

Späth: Zügige Regierungsbildung

Kompetenzverlagerungen beim Umweltschutz? / Erfolg der Grünen „aus dem Fleisch der SPD"

DW. Stuttgart/Bonn

Baden-Württembergs alter und neuer Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) will sein Kabinett möglichst rasch bilden. Bereits am Sonntagabend, als die absolute Mehrheit der CDU bei der Landtagswahl feststand, hatte der Regierungschef erklärt, er habe die Namen der künftigen neuen Minister „im Kopf". Möglicherweise werden die Entscheidungen noch in dieser Woche fallen. Der Ausgang der Wahlen beschäftigte am Montag die Spitzengremien der Parteien in Bonn und in Stuttgart.

Die FDP will nach den Worten von Parteichef Genscher bei künftigen Wahlen stärker Schwerpunktthemen „mit liberaler Handschrift" in den Vordergrund rücken. Nach einer Sitzung des FDP-Präsidiums nannte Pressesprecher Schmülling die Wirtschafts- und die Landesstrukturpolitik, den Umweltschutz, Persönlichkeitsschutz, Bildungs- und Kulturpolitik sowie Entbürokratisierung in allen Bereichen. Zuvor waren aus der baden-württembergischen FDP kritische Töne gegenüber der Bundespartei laut geworden. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hinrich Enderlein erklärte, die FDP müsse sich um eine „klare, eindeutige und programmatische Politik" nicht nur in Stuttgart, sondern auch in Bonn bemühen.

Der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Kohl, sagte, die Wahl im Südwesten habe deutlich gemacht, daß

SEITE 2:
Balsam nach dem Schnitt
SEITEN 4 UND 5:
Weitere Beiträge

von seiner Politik ein positives Gesamtecho ausgehe. Ministerpräsident Späth bemerkte, das Abschneiden der FDP zeige, daß die Alt-Liberalen inzwischen bei der CDU eine Heimat gefunden hätten. Der Regierungschef will offensichtlich das Kabinett nur unwesentlich verändern. Neu zu besetzen ist lediglich das Innenressort, das von Justizminister Heinz Eyrich mitverwaltet wird, nachdem Roman Herzog Ende 1983 Vize-Präsident des Bundesverfassungsgerichts geworden war. Späth muß außerdem einen Nachfolger für die Bundesratsministerin Annemarie Griesinger suchen, die dieses Amt nicht weiter ausüben will. Im Bereich des Umweltschutzes dürfte es nach dem Erfolg der Grünen zu Kompetenzverlagerungen kommen mit dem Ziel, diesen Bereich zu einem Schwerpunkt der Regierungsarbeit zu machen.

Die SPD sieht sich nach dem Wahlausgang wieder konsolidiert. In einer Erklärung des Stuttgarter SPD-Präsidiums heißt es, die Südwest-SPD werde ihren Weg der „kompetenten linken Volkspartei" fortsetzen. SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz verwies in Bonn darauf, daß der Erfolg der Grünen ziemlich vollständig „aus dem Fleisch der SPD" komme. In einer Infas-Analyse hieß es am Montag, das Ergebnis der SPD wäre um 0,3 Prozentpunkte schlechter ausgefallen, wenn die Grünen in allen Wahlkreisen kandidiert hätten.

64 der 70 Direktmandate gingen an die CDU.

Juden über Waffenexporte „tief besorgt"

RAFAEL SELIGMANN, Bonn

Der Vorsitzende des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, hat seine Warnung vor deutschen Waffenlieferungen an Saudi-Arabien gestern Bundeskanzler Helmut Kohl vorgetragen. Die Möglichkeit eines solchen Waffengeschäfts habe bei den Juden in aller Welt „tiefe Besorgnis" ausgelöst, sagte Bronfman unmittelbar vor seiner Begegnung mit Kohl. Bronfman war auf Einladung des Bundeskanzlers nach Bonn gekommen. Nach Gesprächen mit Helmut Kohl und SPD-Fraktionschef Vogel besucht Bronfman heute die Gedenkstätte des Konzentrationslagers Dachau.

Er sei in erster Linie nach Deutschland gekommen, um die Beziehungen zwischen Deutschen und Juden zu verbessern, sagte Bronfman im Gespräch mit der WELT. Bronfman machte deutlich, daß die Frage deutscher Waffenexporte nach Riad zentrales Thema seiner Unterredung mit dem Kanzler sein werde. Von seinem Gespräch mit Kohl in Washington wisse er, daß Bonn beabsichtige, durch die Lieferung von Verteidigungswaffen die Stabilität Saudi-Arabiens zu erhöhen. Der Kanzler habe dabei deutlich gemacht, in der Bundesrepublik Deutschland bestehe eine allgemeine Übereinstimmung, daß die Lieferung von Verteidigungswaffen die Stabilität Saudi-Arabiens erhöhe und daher im deutschen Interesse sei.

Bronfman argumentierte, die Stabilität des Nahen Ostens würde durch neue Waffenlieferungen nicht erhöht, sondern vermindert.

Duarte spricht von Fälschung bei der Wahl

AFP/DW. San Salvador

Bei den Präsidentschaftswahlen in El Salvador hat am Sonntag kein Kandidat im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreicht. Nach ersten Teilauszählungen von über 30 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielt der Christdemokrat José Napoleon Duarte 47,3 Prozent. Er muß nun in einer Stichwahl gegen den rechtsgerichteten Roberto d'Aubuisson antreten, auf den 28,7 Prozent der Stimmen entfielen. Abgeschlagen endete bereits der Kandidat der Nationalen Versöhnungspartei, Francisco Guerrero, der bisher nur 17,4 Prozent der Stimmen erhielt. Die Wahl war von schweren Organisationsmängeln begleitet, so daß viele Wahlwillige ihre Stimme nicht abgeben konnten.

Duarte beschuldigte am Montag die Organisatoren, ihn um den sicheren Sieg gebracht zu haben. Unregelmäßigkeiten vor allem in der Hauptstadt San Salvador hätten ihn die absolute Mehrheit bereits im ersten Wahlgang gekostet. Für die Mängel machte er die Untergrundkämpfer verantwortlich, die kurz vor Öffnung der Wahllokale mit Sabotageakten die Stromversorgung in weiten Teilen des Landes lahmgelegt hätten. Daraufhin war in der letzten Stunde vor Wahlschluß vielen Bürgern gestattet worden, ihre Stimme in Wahlbezirken abzugeben, in denen sie nicht eingeschrieben waren. Die Parteien des geschlagenen Guerrero legte noch vor Schluß der Abstimmung Beschwerde ein, der Vorsitzende des Zentralen Wahlkampfrates erklärte seinen Rücktritt.

Seite 3: Urnengang mit Hindernissen

Kritik an Plänen für Betriebsrenten

Vorschläge der Wirtschaftsverbände / Inflationsausgleich „unkalkulierbares Risiko"

GISELA REINERS, Bonn

Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) haben gemeinsam Plänen der Bundesregierung zur Veränderung der Betriebsrenten eine entschiedene Absage erteilt. So sei etwa eine Anrechnung von Betriebsrenten auf gesetzliche Renteneleistungen „verhängnisvoll". Die Funktion der betrieblichen Altersversorgung als „wertvolle Ergänzung" von gesetzlicher und eigener Vorsorge für das Alter würde dadurch „entscheidend beeinträchtigt". Angesichts der „Gesamtsituation" - Reduzierungen statt Verbesserungen bei Versorgungszusagen, Schließung der Versorgungswerke für Neuzugänge - „verbieten sich weitere Eingriffe von selbst", heißt es in einem gemeinsamen Papier.

Unter der Überschrift „Überlegungen für Gesetzesänderungen zur betrieblichen Altersversorgung" machen die Verbände eigene Vorschläge, die es den Unternehmen erleichtern sollen, wieder großzügiger mit Versorgungszusagen zu sein. Als „größte, nicht kalkulierbare Belastung" wird die vorgeschriebene Überprüfung von Leistungen an die gestiegenen Lebenshaltungskosten genannt, die sich aufgrund der Rechtsprechung in den vergangenen zehn Jahren zu einer „Quasi-Indexierung" entwickelt habe. In einer Gesetzesnovelle sollte deshalb die wirtschaftliche Lage des Unternehmens zur Grundlage der Entscheidung gemacht werden, ob angepaßt werden müsse oder nicht. Die vorgeschriebene „Überprüfung" im Drei-Jahres-Turnus dürfe auch nicht zwangsläufig zur Anpassung führen; schließlich solle das „Hälftelungs-Prinzip" eingeführt werden. Danach hat ein Betrieb seine Verpflichtung erfüllt, wenn er nach Überprüfung seiner Versorgungsleistungen um einen Prozentsatz anpaßt, der die Hälfte des Kaufkraftverlustes auffängt.

„Wesentlich" hänge die Zusage von Betriebsrenten auch vom steuerlichen Rahmen ab, heißt es weiter. So solle der 1982 von 5,5 auf 6 Prozent erhöhte Rechnungszinsfuß bei Pensionsrückstellungen wieder gesenkt werden. Dies habe nämlich die steuerliche Situation bei Direktzusagen des Arbeitgebers „nachhaltig verschlechtert". Weiter solle der Grenzbetrag von 2400 Mark bei der Direktversicherung seit 1974 „angemessen erhöht" und aktualisiert werden.

Begrüßt wird nur der Plan der Regierung, einen persönlich haftenden Gesellschafter fünf Jahre nach seinem Ausscheiden aus der Firma nicht mehr zur Haftung heranzuziehen. Das Vorhaben, den Pensions-Sicherungs-Verein nur für Zusagen bis zum Einfachen (statt Dreifachen) der Beitragsbemessungsgrenze in die Pflicht zu nehmen, wird jedoch abgelehnt.

Israel: Gespräch über Wahltermin

dpa, Jerusalem

Israels Ministerpräsident Shamir hat für heute ein Gespräch mit Oppositionsführer Peres über den Termin für Neuwahlen vereinbart. Peres dringt auf einen frühen Wahltermin, um den Vorsprung, den die Arbeiterpartei zur Zeit nach Meinungsumfragen besitzt, nicht zu verlieren. Shamir dagegen zieht es vor, im Herbst zu wählen. Wie Radio Jerusalem gestern berichtete, beharrt der frühere Verteidigungsminister Ariel Sharon auf seiner Forderung, anstelle von Shamir als Kandidat des Likud für das Ministerpräsidentenamt benannt zu werden.

Normen für bleifreies Benzin

AP, Bonn

Die Automobil- und die Mineralölindustrie haben die Qualitätsnormen für das künftige bleifreie Benzin festgesetzt. Bundesinnenminister Zimmermann teilte gestern mit, damit sei die Voraussetzung zur großflächigen Einführung bleifreien Benzins geschaffen. Dies ist zum Betrieb der mit Abgaskatalysator ausgerüsteten Autos vorgesehen, die vom 1.1.1986 an eingeführt werden sollen. Die Abgasschadstoffe sollen dadurch um rund 90 Prozent verringert werden. Die Bundesregierung hat bereits mit der Umrüstung der 280 Autobahntankstellen begonnen.

Rodenstocks Nachfolger

dpa, Köln

Der bisherige Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans Joachim Langmann (59), soll Nachfolger des Ende 1984 ausscheidenden BDI-Präsidenten Rolf Rodenstock werden. Das haben Präsidium und Vorstand des BDI der Mitgliederversammlung vorgeschlagen. Langmann soll den Posten für zwei Jahre übernehmen. Als Präsidenten für 1987 und 1988 ist Tyll Necker (54) vorgeschlagen worden, der ebenfalls BDI-Vizepräsident ist. Rodenstock, der das Amt seit 1978 innehatte, steht für eine Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Bestätigung für Özal

Von Evangelos Antonaros

Mit dem Ergebnis der Kommunalwahlen vom Sonntag ist die Demokratisierung in der Türkei um ein paar sehr wichtige Schritte weitergekommen. Einmal ist der konservative Ministerpräsident Turgut Özal überraschend deutlich im Amt bestätigt worden. Ferner hat die große Mehrheit der türkischen Wähler zum zweiten Mal in fünf Monaten gezeigt, daß sie nicht bereit ist, sich dem Diktat der Generäle zu beugen, die bis zum November 1983 regiert hatten und sich immer noch als die maßgeblichen Kräfte des Landes fühlen.

Für Özal ist das Wahlergebnis ein persönlicher Sieg. Keine Meinungsumfrage hatte seiner konservativen „Mutterlandspartei" mehr als 38 Prozent der Gesamtstimmen gegeben. Özal konnte 43 Prozent davontragen – genausoviel wie bei der Parlamentswahl im November. Dabei hat das Ergebnis vom Wochenende ein größeres politisches Gewicht, denn Özal hat sich gegen Parteien behaupten können, die bei der Parlamentswahl noch verboten gewesen waren.

Eine Siegerrolle kann auch das türkische Volk für sich beanspruchen: Es hat sich von der vehementen Anti-Özal-Kampagne der neuen Parteien nicht beirren lassen. Die Türken haben sich für einen stabilen Kurs und politische Kontinuität entschieden. So sehr Özals Austerity-Politik auch von interessierter Seite verschrien wurde, die Türken wollen dem reformlustigen Premier die Chance geben, mit der ehrgeizigen Strukturänderung der türkischen Wirtschaft voranzukommen. Von einem Ende der Schonfrist kann nicht die Rede sein.

Es gibt auch große Verlierer. Besonders unerfreulich ist das Ergebnis für die konservative „Partei des rechten Weges", die sich als Nachfolgeorganisation der verbotenen „Gerechtigkeitspartei" von Ex-Premier Demirel präsentiert. Die Wähler haben ihr eine Abfuhr erteilt. Eine Niederlage haben auch die Generäle eingesteckt: Im November mußten sie hinnehmen, daß mit Özal der ihnen unangenehmste Kandidat Regierungschef wurde. Jetzt mußten sie zusehen, wie Erdal Inönüs Sodep-Partei anstelle der gemäßigten „Populistischen Partei" größte Oppositionsgruppe wurde. Viele Freunde unter Ankaras Politikern scheinen die Offiziere nicht mehr zu haben.

Wir stolzen Ungarn

Von Carl Gustaf Ströhm

Im ungarischen Frühling des Jahres 1984 ist Bemerkenswertes zu sehen und zu hören. Da wird aus Anlaß des Wechsels in der Moskauer Parteiführung eine Diskussion im Budapester Rundfunk gesendet, in der mehrere Journalisten ziemlich freimütig und kontroversiell darüber diskutieren, ob der Tod Andropows und der Machtantritt Tschernenkos Veränderungen mit sich bringen werde oder nicht. Da läuft in einem Budapester Kino ein Film unter dem Titel „Wir stolzen Ungarn", in dem das Parteichinesisch und die unverständlichen (meist aus dem Sowjetischen entlehnten) Fremdwörter der Funktionärssprache offen kritisiert werden. Schließlich erscheint in einer der größten Budapester Zeitungen, in „Magyar Nemzet", ein Artikel, in dem die Forderung erhoben wird, man möge das Denkmal für den schwedischen Diplomaten Raoul Wallenberg in Budapest wieder aufstellen.

Wallenberg war als Mitglied der damaligen schwedischen Gesandtschaft der Retter von zehntausend ungarischer Juden, die in den letzten Wochen und Monaten der deutschen Besetzung 1944 durch Eichmann nach Auschwitz transportiert werden sollten; der neutrale Schwede versah sie mit schwedischen Papieren. Als die Sowjets einmarschierten, verschwand Wallenberg spurlos. Es heißt, er sei in sowjetischen Gefängnissen oder Lagern gesehen worden. Ob er noch lebt oder als sowjetischer Häftling starb, konnte bis heute trotz intensiver Bemühungen nicht geklärt werden.

„Magyar Nemzet" schreibt nun, das Denkmal für Wallenberg, welches der ungarische Bildhauer Pal Paczay vor 35 Jahren geschaffen habe, sei „von unbekannten Personen" kurz nach der Einweihung heruntergerissen und demoliert worden. Das war 1949, als der Stalinismus in Ungarn wütete. Jetzt meint die ungarische Zeitung: „Es wäre eine schöne Geste unseres historischen Gedenkens, wenn wir nächstes Jahr die Statue auf ihrem ursprünglichen Platz, im St. Stephans-Park, wieder aufstellen könnten."

Kein Zweifel: Bemerkenswertes liegt in diesem Jahr in der ungarischen Frühlingsluft.

Pinochet beugt vor

Von Manfreds Neuber

Präsident Pinochet läßt sich das Heft nicht aus der Hand nehmen. Mit der Verhängung des Notstandes über Chile vor dem für heute angekündigten „nationalen Protesttag" will seine Regierung neuen Gewalttaten der extremen Linken vorbeugen. In jüngster Zeit häuften sich die Terroranschläge, die darauf abzielen, das innenpolitische Klima zu verschärfen.

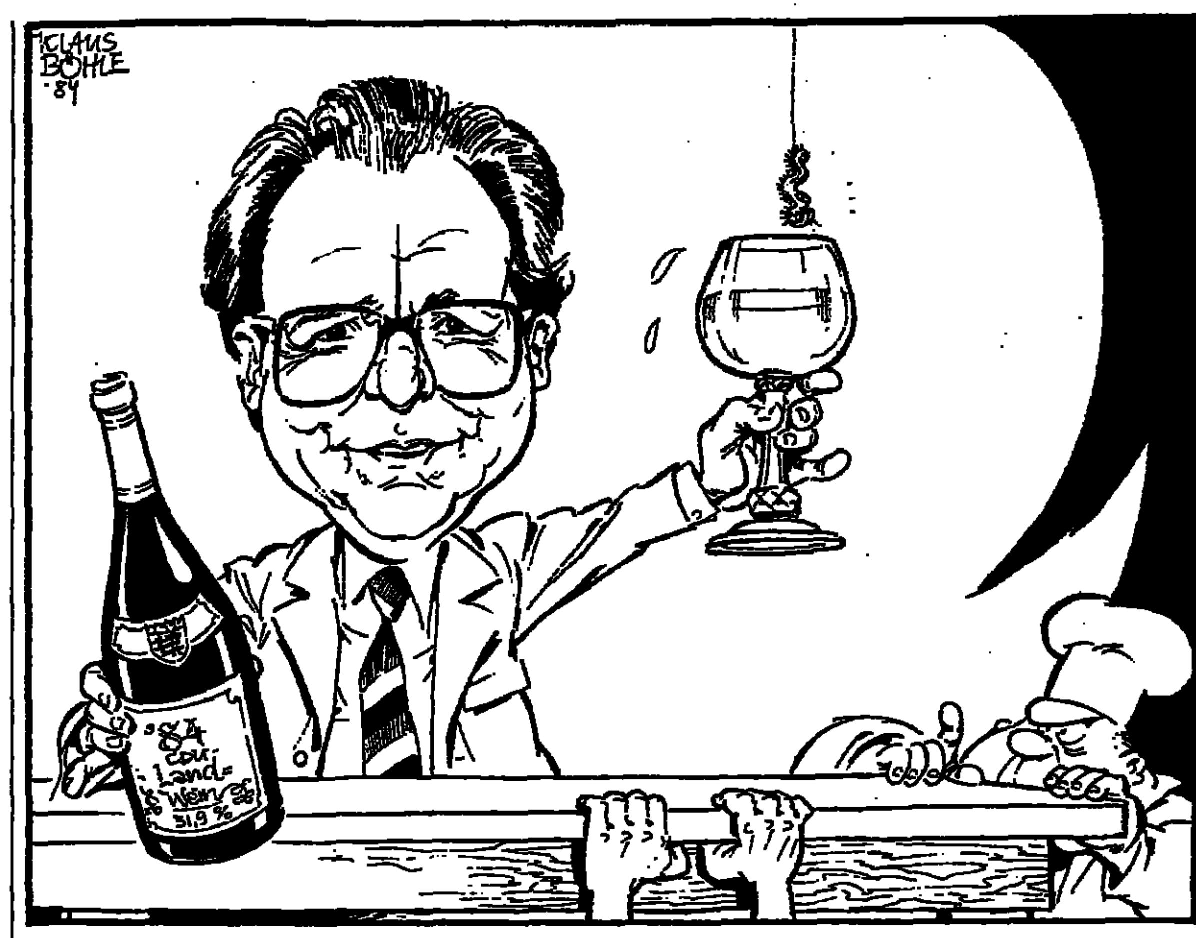
Die politische Opposition, bei der Chiles Christliche Demokraten die stärkste Kraft stellen, muß auf der Hut sein, um nicht in die Manöver der Marxisten eingespannt zu werden. Denen geht es um den Sturz des Regimes, aber nicht um die Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie.

Wie die Beratungen über ein Parteien-Statut und Verfassungsänderungen beweisen, will die Junta in Santiago den Zeitplan für die konstitutionelle Neuordnung, der 1989 als Markstein vorsieht, um etliche Jahre abkürzen. Nach dem Verständnis der chilenischen Militärs von ihrer Ordnungsfunktion kann dies nur in geordneten Bahnen und ohne Druck der Straße geschehen.

Der Notstand – übrigens die mildeste Form der Reglementierung nach innerem Kriegs- und Belagerungszustand – mag als Rückschlag für die Lockerung erscheinen; unter den obwaltenden Umständen sichert er jedoch der Regierung den Spielraum, um Aufruhr zu verhindern und den Weg zu einer Volksabstimmung über vorgezogene Wahlen offenzuhalten.

Divergierenden Äußerungen ehemaliger und amtierender Junta-Mitglieder über das Marschtempo mit der Parole „Zurück in die Kasernen" wird oft zu großes Gewicht beigemessen. Wenn sich die Streitkräfte Chiles nicht ohnehin durch große Geschlossenheit von anderen Armeen in Südamerika unterschieden, dürfte ein Seitenblick auf die Entwicklung in Argentinien nach dem Machtwechsel zur Klärung beitragen.

Während die Opposition über die Stoßrichtung streitet und zweifeln muß, ob ein Generalstreik befolgt würde, kann die Regierung Pluspunkte buchen: Die Wirtschaft rappelt sich auf, die Arbeitslosigkeit geht zurück. Eine wirtschaftliche Gesundung könnte die politische Rekonvaleszenz fördern.



Späth-Lese – etwas grünlich ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Balsam nach dem Schnitt

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Helmut im Glück hat Grund zur Freude. Ein gütiges Geschick fügte es so, daß Volkesmeinung nach abgeschlossener Startphase der Bonner bürgerlich-liberalen Regierung in Baden-Württemberg getestet wurde und nicht etwa in Nordrhein-Westfalen. Zur Gesundung der Staatsfinanzen und der Wirtschaft war die Startphase von Schnitten ins Fleisch gekennzeichnet, und Helmut Kohl hat herausgefunden, daß 30 Millionen Bürger die Schmerzen der Operation erleiden. Man darf hinzufügen: Am wenigsten schmerzt der Bonner Sparkurs im gesündesten Bundesland, in Baden-Württemberg, und eben dort wurde die einzige Landtagswahl des Jahres 1984 abgehalten.

Gleichwohl kann der Bundeskanzler die vom Wahlergebnis dieses Sonntags bezeugte Stabilität im Südwesten als eine Bestätigung seines peinigenden Gesundungskurses durch die Bürgervernunft darstellen. Das kommt ihm sehr zupaß; denn das Skalpell hat den weitaus größten Teil seiner Arbeit schon getan. Zwar wird es nicht ohne weitere Schnitte ins Fleisch abgehen, doch der Aufwind des wirtschaftlichen Aufschwungs hebt nicht nur die allgemeine Stimmung, sondern mildert bereits die Lasten, die Helmut Schmidt bei seinem Abgang als Kanzler wie Mühlsteine um den Hals gelegen hatten.

Aus allem folgt: Die Hauptsorge Helmut Kohls ist nicht mehr die eines Chirurgen, sondern die eines Wirtschaftsprognostikers. Wird der wirtschaftliche Auftrieb weit genug tragen, daß nicht die Ängste einer heraufziehenden neuen Rezession die Bundestagswahl 1987 überschatten? Dies ist die Kanzlerfrage der nächsten Jahre.

Wenn das die gegenwärtige Situation Helmut Kohls ist, dann kam ihm der Wahlsonntag in Baden-Württemberg wie gerufen. Beweist das Ergebnis nicht, daß all die Themen, über die seit Wochen in der Öffentlichkeit mit homerischem Schlachtenlärm gestritten wird, nicht wirklich die Themen der Bürger, sondern eher von Funktionären, Verbänden, Parteien sind?

Da gibt sich die SPD, Meisterin der Verdrängung selbstverschuldeter „Erblast", wortreiche Mühe, Helmut Kohl und seiner Koalition die Schuld an der Massenarbeitslosigkeit aufzubürden, und der DGB stößt ins gleiche Horn. Da rufen die meisten DGB-Gewerkschaften dröhnend nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, und die IG Metall tut gar so, als gehe es um Sein oder Nichtsein, sozusagen um Leben oder Tod. Da werden einige Sozialverbände nicht müde, der Bundesregierung vorzuwerfen, sie treibe Schindluder mit den Ärmsten und den Armen, und wenn es in die eigene Weltanschauung paßt, dann wird noch angemerkt, Kohl, Stoltenberg, Lambsdorff & Co. hätten nichts anderes im Sinn, als die Reichen noch reicher zu machen.

Und nun hat sich am Sonntag herausgestellt, daß Kanzler Kohls umtriebsamer Landesfürst von Volkes Gnaden in Baden-Württemberg, Lothar Späth, die absolute Mehrheit für jene Partei, deren Bundesvorsitzender Kohl ist, nur deshalb erringen konnte, weil ihn Arbeitslose, Rentner, Witwen, Kriegshinterbliebene, Arbeiter, Angestellte, Beamte, organisierte Gewerkschaftsmitglieder – auch der IG Metall –, Frauen, sogar Studenten und Oberschüler in Massen gewählt haben. Natürlich gaben Angehörige dieser Bevölkerungsgruppen auch anderen Parteien ihre Stimme, zum Beispiel den Grünen; aber der absolute Sieg Späths führt vor Augen, daß die Unionspolitik in Bund und Land mehrheitsfähig ist. Was will der Kanzler in seiner schwarzen Trutzburg zu Bonn mehr?

Zu hoffen, die Herolde der aufgesetzten Kampfparolen, Franz Steinkühler von der IG Metall zum Beispiel oder auch der DGB-Vorsitzende Breit, würden jetzt die zwingende Schlußfolgerung ziehen, wäre zu viel des Optimismus. Sie sind dazu schwerlich fähig. Aber vielleicht werden sie doch nachdenklich, in welchem Ausmaß sie mit Themen, die vornehmlich der Selbsterhaltung ihrer Organisationen dienen, an den weitaus meisten Bürgern vorbei operieren.

Nachdenklich müssen auch die SPD und die FDP werden. Die Wähler des 6. März 1983 hatten der SPD ins Stammbuch geschrieben, daß sie sich mit dem Raketenthema, obwohl zum Friedensthema schlechthin aufgebauscht, total vergaloppiert hatte. Die Mehrheit der Bürger hatte sich nicht ins Bockshorn lauthals beschworener Ängste jagen lassen. Die Landtagswahl in Baden-Württemberg signalisiert den Sozialdemokraten nunmehr, daß sie auf den falschen Zug gesprungen sind, als sie sich das Gewerkschaftsprogramm für Verkürzung der Arbeitszeit und für staatliche Sisyphus-Projekte im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit weitgehend zu eigen machten. Die SPD hat unter Willy Brandt und Hans-Jochen Vogel ihr General-thema als Bonner Oppositionspartei noch nicht gefunden; das verzögert ihre Erneuerung nach dem Verschleiß in der Verantwortung als Kanzlerpartei.

Die FDP wiederum hat ihre Sensibilität für in der Bevölkerung aufkommende Themen verloren. Als jene Partei, die in Bonn die Koalitionskanzler kürt und ihnen die Mehrheit im Bundestag sichert, dabei aber immer wieder in die Nähe des Fünf-Prozent-Fallbeils gerät, ist sie darauf angewiesen, schneller als die großen Volksparteien zu erahnen, welche Sorgen in der Bevölkerung neu heraufziehen, und diese Themen sofort zu besetzen. Solche Empfindsamkeit zeichnet jetzt die Grünen aus, und das ist der Grund, warum die Grünen am Sonntag in Baden-Württemberg als einzige Partei einen Stimmenzuwachs verbuchen konnten. Der FDP kann die ihr ganz und gar unangemessene Dickhäutigkeit das parlamentarische Aus in Bonn bescheren. Denn was sonst als die Bewältigung aufbrechender Probleme mit den Mitteln der sozialen Marktwirtschaft könnte die zukunftsträchtige Aufgabe der Freien Demokraten sein?



Die einzigen Zugewinner: Grüne in der Wahlnacht FOTO: DPA

IM GESPRÄCH Gerhard Schröder

Fuchs und Igel

Von Peter Philipps

Es gibt kein besseres Bild vom bodenständigen und schlitzohrigen Niedersachsen als die Geschichte vom Hasen und dem Swinegel und dessen „Ick bün all wedder dor". Und so ähnlich läuft auch das Rennen um die SPD-Spitzenkandidatur für die nächste Landtagswahl: Überall, wo Anke Fuchs sich um Unterstützung an der Basis bewirbt, ist Gerhard Schröder schon siegreich da.

Aber wahrlich nicht der ehemalige CDU-Außenminister, sondern der ehemalige Juso-Chef. Der ist kaum noch aufzuhalten, nachdem er sich am Wochenende die fast einstimmige Unterstützung des Beirates im Parteibezirk Hannover gesichert hat. Denn auf dem entscheidenden Landesparteitag Anfang Juli stellen die Hannoveraner etwa so viele Delegierte wie die anderen drei niedersächsischen Parteibezirke zusammen. Frau Fuchs gilt in der Partei als eher rechts, weil an einem Gewerkschaftskurs der alten Schule orientiert. Schröder steht zweifellos weit links von ihr. Doch ist es das nicht allein. Schröder ist ein guter Taktiker und Organisator, der hemdsärmelig und volkstümlich aufzutreten weiß, eine Art jugendlichen Jochen-Steffen-Verschnitts mit Geschick, pragmatisch zu erscheinen.

Die Biographie des protestantischen Marxisten gilt weithin als Erklärung seines Werdegangs: Nachdem der Vater, ein Hilfsarbeiter, im Zweiten Weltkrieg gefallen war, mußte die Mutter ihre sechs Kinder allein großziehen. Das bedeutete für Gerhard Schröder acht Jahre Volksschule und anschließend eine kaufmännische Lehre. Über den zweiten Bildungsweg – damals trat er auch der SPD bei – schaffte er das Abitur und anschließend das Jura-Studium.

Vor diesem Hintergrund wird vieles an dem niedersächsisch-querköpfigen „politischen Naturtalent" (Peter von Oertzen) deutlicher: Das Gespür für Machbares bei aller Neigung zur Theorie, die ungeheure Arbeitswut. Dieser voraussichtliche Gegenkandidat zu Ministerpräsident Ernst Albrecht paßt damit schlecht in



Er is all wedder dor: Gerhard Schröder FOTO: JUPP DARCHINGER

Schemata. Er eckt an – aber ist in seinem Eigensinn konsequent. Vielleicht liegt es daran, daß er bei vielen Bauern in seiner Heimat recht gut ankommt, daß er bei seiner Erst-Kandidatur zum Bundestag im Oktober 1980 den Wahlkreis Hannover-Land mit mehr Erst- als Zweitstimmen gewinnen konnte. Für einen ehemaligen Vorsitzenden der Jungsozialisten nicht eben das Normale.

Zu jenem Amt war Schröder 1978 in der Hoch-Zeit der Juso-internen Kämpfe gekommen, als sich Reformsozialisten, Stamokap-Flügel und Revisionisten bis aufs Blut und zu Lasten der Mutterpartei und des Bundeskanzlers Helmut Schmidt bekämpften. 1977 war der Stamokap-Verfechter Benneter zum Vorsitzenden gewählt worden. Dessen Parteiausschluß beendete den Höhenflug der kommunistischen Lehre vom staatsmonopolistischen Kapitalismus und läutete die Ära Schröder ein.

Er wurde zum Integrator, sozusagen zum Mini-Brandt der Parteijugend. Aus jener Zeit resultiert auch die Unterstützung Vogels und Brandts für ihn; letzterer sieht in Schröder einen „Hoffnungsträger" der SPD. Zumindest wie man sich parteiinterne Mehrheiten besorgt – das muß er nicht mehr lernen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

TAGESANZEIGER

Das Zürcher Blatt befaßt sich über das „CDU-Land" Baden-Württemberg:

Die einzigen Landtagswahlen, die dieses Jahr in der Bundesrepublik Deutschland stattfinden, waren im Vorfeld auch als „Prüfstein für Bonn" bezeichnet worden. Die Verluste der CDU nehmen sich so gering aus, daß man nicht von einem besonderen Unmut im Mitte-Rechts-Wählerspektrum gegenüber Bonn sprechen kann. Im Gegenteil dokumentiert das Ergebnis der CDU die außerordentliche politische Stabilität des knapp 10 Millionen Einwohner zählenden Bundeslandes.

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Zum Abschneiden der SPD heißt es hier:

Am meisten enttäuscht muß von diesem Erfolg der Grünen die SPD sein. Sie hat darauf gesetzt, von Unmut in Teilen der Bevölkerung über die harte Bonner Sparpolitik und von ihrer verstärkten Auseinandersetzung mit Umweltproblemen im Lande Erhard Epplers zu profitieren. Doch statt Rot wurde Grün, statt der Kopie das Original gewählt.

THE NEW YORK TIMES

Zur Finanzkrise in der Europäischen Gemeinschaft heißt es hier:

Den meisten Amerikanern erscheint die Haushaltskrise des Gemeinsamen Marktes so fremd wie die Rugby-Tabellen in Neuseeland. Im einzelnen geht es tatsächlich um Kleinigkeiten: Nur wenige hundert Millionen Dollar trennen die sich streitenden Parteien. Besorgniserregend ist, daß das Haushaltsgerangel ein größeres Unbehagen kennzeichnet ... Der Gemeinsame Markt sollte ein erster Schritt zu einer gemeinsamen Regierung sein. Dieses Ziel bleibt weit entfernt. Aber der Gemeinsame Markt hat wesentliches erreicht: Beseitigung von Handels- und Reisebeschränkungen, Zusammenarbeit bei der industriellen Planung. Eine begrenzte wirtschaftliche Integration hat rückständige Bereiche der Industrie zur Modernisierung gezwungen, was dem europäischen Wachstum Auftrieb gab. Wirtschaftlicher Erfolg hat wiederum dazu beigetragen, innere politische Konflikte zu beschränken, und damit dem NATO-Bündnis genützt ... Man darf hoffen, daß das beiläufige Gerede in Brüssel über einen bevorstehenden Zusammenbruch des Gemeinsamen Marktes die Führer Europas so erschrecken wird, daß sie zu einem schnellen Kompromiß finden.

LE MATIN

Die Pariser Zeitung meint zum Abzug der Franzosen aus Beirut:

Frankreich hat, indem es viel Geld und mit 86 getöteten und 500 verletzten Soldaten viel Blut verlor, unbestreitbar dazu beigetragen, das Leben von Dutzenden und Hunderten Libanesen zu bewahren. Es hat die libanesische Krise nicht gelöst. Aber wer kann das schon?

Die offenen Worte der Chinesen vor dem Reagan-Besuch

Noch ist unklar, wie revisionssicher die Wirtschaftspolitik ist / Von Herbert Kremp

Die Gespräche des japanischen Ministerpräsidenten Nakasone in Peking vermittelt in drei Punkten wichtige Aufschlüsse:

1. Der wirtschaftliche Aufbau der Volksrepublik China aus eigener Kraft und mit der Bevorzugung von ideologisch-kulturellen Sonderwegen vollzieht sich in einem derartig langsamen, von inneren Widerständen gedrosselten Tempo, daß die führenden Funktionäre die Tore des Landes nach Westen weiter öffnen müssen, als die Orthodoxie es vorsieht.

2. Besondere Anziehungskraft übt dabei der stürmische technologische Fortschritt der Pazifik-Anrainer Japan und USA aus. Die chinesischen Führer rechnen sich aus, durch günstige Kredite und Know-how Anschluß an die moderne Entwicklung zu finden. Dafür sind sie sogar bereit, in den Küstenzonen Unternehmen im Alleineigentum von Ausländern zuzulassen. Was dies in einem kommunistischen Land praktisch bedeutet, werden erst die Bedingungen ergeben, die in China stets die Gefahr von Mißverständnissen enthalten. Bisher waren die Worte größer (und oft auch anders) als die Taten.

3. Die chinesische Führung bemüht sich, die Zukunft des traditionell politisch erschütterten Landes als stabil darzustellen. Der Japaner Nakasone nahm die Zusicherung zur Kenntnis, stellte auf sie aber keinen Blankoscheck aus. Die Chinesen ihrerseits wissen inzwischen, daß die ständige Erwähnung der kriegsschwerten Geschichte in Japan zwar den Reflex der Verbeugung, aber nicht unbegrenzte Kreditwilligkeit hervorruft. Die Chinesen müssen für die zukünftige Zusammenarbeit jetzt Garantien bieten, die nicht der Gefahr ideologischer Revision ausgesetzt sind.

Nakasone war der wichtigste westlich orientierte Staatsmann, der die Volksrepublik China vor Präsident Reagan besuchte. Reagan wird für April erwartet. Da die Japaner verschiedenster Couleur seit Jahren als Nachrichtenüberbringer zum Rest der Welt benutzt werden, sparten Deng Xiaoping und Parteichef Hu Yaobang als Repräsentanten des gegenwärtigen Kurses nicht an interessierten und sympathisierenden Bemerkungen gegenüber den USA. In der Vergangenheit hatte man gelegentlich andere Töne vernommen – nicht nur wegen Taiwan. Die Chinesen verfolgten mittels Kritik an Washington und mittels prozessionshafter Verhandlungen mit Moskau eine „proportionierte" Politik. Jetzt haben sie den Abstand zu den USA wieder verringert und den zu Moskau vergrößert.

Die außenpolitische Unabhängigkeit des Landes, das militärische Erpressung nicht zu fürchten braucht, erlaubt derartige Bewegungen auf der Skala. Sie werden jedoch begrenzt durch die aus der Erfahrung gewonnene Erkenntnis, daß der Anschluß an die technologische Zukunft, von der das Leben eines Milliarden-Staates abhängt, nicht mit Moskau, sondern nur mit den westlichen Anrainern des Pazifiks zu bewerkstelligen ist. Dies setzt politische Prioritäten. Sie ergeben sich für Peking aus der langfristigen japanisch-amerikanischen Interessenverbindung. Ihr muß sich die Volksrepublik China aus dem Schwerpunkt ihrer Unabhängigkeit zuneigen. Ein anderes Verhalten wäre unrealistisch.

Zwei weitere Erkenntnisse fördern die Politik des ungleichen Abstandes: Die Ergebnislosigkeit der seit 1979 über mehrere Runden geführten chinesisch-sowjetischen Konsultationen über „Hindernisse" einer Normalisierung, und die ungewissen Aussichten über die sowjetische Führung und deren zukünftige Politik.

Bei den vier Gesprächsrunden in Peking und Moskau, deren letzte gerade zu Ende ging, beharrte Peking auf drei Forderungen: Sowjetischer Truppenrückzug aus der Mongolischen Volksrepublik, Teilrückzüge von den Grenzen Chinas; Einstellung der Hilfe für Vietnam (Kambodscha) und Rückzug aus Afghanistan. Unter Punkt eins wurde bei den beiden letzten Runden noch die Forderung eingeschoben, daß Moskau die auf fernöstliche Ziele gerichteten SS-20-Raketen abbaut und auf Neuaufstellungen verzichtet. Auf keinem dieser Gebiete wurde nach chinesischen Angaben ein Fortschritt erzielt. Die Gespräche drehten sich im Kreise.

Über die zukünftige Politik der Sowjetunion urteilen die Chinesen illusionslos. Nach der krankheits- und altersbedingten Periode seit Breschnew rechnet Peking mit einem Generationenwechsel, von dem Fernost nichts Besseres zu erwarten hat. Die Illusion, daß auf die alten sowjetischen Führer „Technokraten" und „Pragmatiker" folgen würden, die unter dem Druck innerer Reformen nach außen vorsichtig auftreten, teilt man in Peking nicht. Derlei gehört zum westlichen Denken, das gern die Welt mit sich selber verwechselt. Man erwartet von einer Generation, die vollständig in der Sowjetunion aufgewachsen und dort nur die Prägung des Sieges, kaum jedoch die des Krieges erhalten hat, eher eine schärfere Gangart, ein machtbewußtes Auftreten in allen Teilen der Welt.

Seit langem haben sich chinesische Politiker nicht mehr so entschieden und ablehnend über die Sowjetunion geäußert wie bei Nakasones Besuch. Inwieweit dies auch mit der Einschätzung Japans als eines Produzenten und Exporteurs zusammenhängt, der sich überallhin auf die Suche nach Rohstoffen und Energien begeben muß, vielleicht auch in die Sowjetunion, ist nicht leicht auszumachen. Ein Ende des Mißtrauens gibt es nie. China versucht Japan in seine Mitte zu ziehen. Das ist traditionelle Politik und nach dortigen Begriffen gut.

El Salvador – ein Urnengang mit vielen Hindernissen

Angst vor Anschlägen der Guerrillas, ein neues Wahlregister und moderne Technik, das war zu viel, um einen reibungslosen Ablauf der Wahlen in El Salvador zu garantieren. Die Wahlkommission redet aber nicht von Betrug, sondern lediglich von einer Stichwahl.

Von WERNER THOMAS

Am späten Sonntag abend trat die Wahlkommission im Hotel Sheraton vor die internationale Presse, um die konfuse Situation zu erläutern. Die Pannen sollten nicht als „Betrug" betrachtet werden, sagte der Vorsitzende Armando Rodriguez. Und er fügt hinzu: „Dies waren trotz allem faire Wahlen."

Der Urnengang in El Salvador ist mit einigen Hindernissen verlaufen. Erst am Montag konnten die offiziellen Auszählungen beginnen und das endgültige Ergebnis soll frühestens Mitte oder Ende der Woche feststehen. Die marxistischen Rebellen, Organisationsmängel und ein neues System brachten die Wahlkommission in Verlegenheit.

Die Guerrilla, die zunächst nichts gegen „diese Farce" – so ihr politischer Sprecher Guillermo Ungo – unternehmen wollte, trat doch noch in Aktion. Die Operationen konzentrierten sich vor allem auf die Unterbrechung der Stromversorgung. Partisanenkommandos legten Bomben unter Hochspannungsmasten. Vielen Salvadorianern in den umkämpften Gebieten des Ostens nahmen die Rebellen ihre Kennkarten (Cedulas) ab. Ohne sie kann nicht gewählt werden.

Am Samstagabend gegen 20.15 Uhr erloschen die Lichter in der Hauptstadt und weiten Gebieten des Landes. Viele Einwohner San Salvadors konnten zuvor die dumpfen Detonationen der Dynamit-Ladungen hören. Zwölf Stunden lang blieb die Metropole ohne Elektrizitäts-Versorgung. In den größeren Hotels, wo die 1500 ausländischen Journalisten und 300 Wahlbeobachter wohnten, arbeiteten Notaggregate.

Wir begleiten den CDU-Abgeordneten Karl Lamers, einen der vier Wahlbeobachter des Bundestages, auf einer Inspektionstour durch die Hauptstadt und westliche Provinzen. Die Fahrt beginnt kurz nach 9.30 Uhr vor dem Hotel Presidente in der kugelsicheren Mercedes-Limousine der Deutschen Botschaft. Die erste Station, das Fußballstadion Flor Blanca, vermittelt bereits den Eindruck, daß es Probleme geben wird bei diesem Urnengang: lange Schlangen ungeduldiger Menschen, Konfusion, Ratlosigkeit. Oscar Plana Boter, ein Kontrolleur der Christdemokratischen Partei, spricht von „Chaos und Desorganisation". Ständig fragen verwirrte Leute, wo sie wählen sollen.

Die Stimmzettel wurden gestohlen

In diesem Stadion können nur Salvadorianer aus anderen Provinzen wählen. Es handelt sich vor allem um Flüchtlinge. Es gibt 80 Urnen, die wegen der allzu kleinen Beschriftung nicht gleich gefunden werden. Informationsstände existieren nicht. Manchmal fehlen Stimmzettel, manchmal Urnen, gelegentlich auch Helfer.

Die nächsten Stopps bieten dagegen ein weit besseres Bild. In der Schule General Brand im vornehmen Stadtteil Escalon stehen die Leute diszipliniert an. Ana Maria Rodriguez, die Kontrolleurin der konservativen „Partei der nationalen Versöhnung", erzählt: „Kaum Probleme." Aber an zwei Urnen werden Stimmzettel vermißt. Sie seien gestohlen worden, heißt es. Wer sie gestohlen hat, weiß niemand.

Unruhig warten einige Frauen auf die „Papeles" (Stimmzettel). Einige warten bereits seit drei Stunden. „Respekt", sagt Lamers, „in Deutschland würde niemand so lange warten, um zu wählen". Die Frauen sind Anhänger der rechten Arena-Partei des Majors Roberto d'Aubuisson. Sie schimpfen auf die Christdemokraten, die sie als „Verbündete der Subversion" bezeichnen. Lamers verteidigt seine sozialbewußten salvadorianischen Parteifreunde: „Demokratie ist nur durch soziale Gerechtigkeit möglich." Karl Lamers beendet die Tour mit einem positiven Eindruck. Nur die konfuse Situation im Flor-Blanca-Stadion hinterläßt einen Schatten. „Das salvadorianische Volk hat die Hoffnung in eine demokratische Lösung nicht verloren", betont er, „und der Gewalt eine klare Absage erteilt". Dies sei „eine Ohrfeige für die Guerrilla" gewesen.

Die vier Bundestagsbeobachter, neben Lamers noch die Abgeordneten Herterich (SPD), Niegel (CSU) und Schäfer (FDP), stellen sich am Abend den deutschen Journalisten im Hotel Presidente und kommen zu einer unterschiedlichen Beurteilung dieser Wahlen. Während Niegel mit Lamers übereinstimmt und besonders die „hohe Beteiligung der Bevölkerung unter diesen schwierigen Umständen" würdigt, bemängeln Herterich und Schäfer die „zahlreichen Pannen". Sie sprechen von „Chaos".

Andere Beobachter kritisieren das neue Wahlsystem, das ihrer Meinung nach für salvadorianische Verhältnisse zu kompliziert war.

Auf Empfehlung der Amerikaner, die diesen Urnengang mit zehn Millionen Dollar finanzierten, hat die Regierung ein modernes Wahlregister angelegt und in einen Computer gespeichert. Jedes Wahllokal bekam Listen mit den Namen der ihm zugeteilten Wähler. Der Wähler hatte sich per Kennkarte auszuweisen, sein Name wurde dann auf der Liste gestrichen. Ein Stempel im Ausweis bestätigte die Stimmenabgabe. Ein Finger wurde in ein Glas mit Tinte getaucht, die sich nicht unmittelbar danach abwaschen ließ.

Urnensuche per Zeitungsannonce

Die Leute konnten nicht mehr wie früher in der Nachbarschaft wählen. Diesmal mußten sie in den Zeitungsannoncen der Wahlkommission den Platz ihrer Urne suchen. Manchmal stand die Urne bis zu zwanzig Kilometer von der Wohnung entfernt.

Am Sonntag verkehrten kaum Busse, weil die Guerrilla gedroht hatte, die öffentlichen Transportmittel in Brand zu setzen.

Am Montag waren die Auswirkungen dieser konfusen Situation noch unklar. Manche Politiker bekundeten Bedenken, unter ihnen auch die christdemokratischen Führer Julio Adolfo Rey Prendes und Jose Antonio Morales Ehrlich. Sie warten nun ungeduldig auf das Ergebnis und wollen davon die weiteren Schritte abhängig machen. Die ganze Nation fiebert den Resultaten entgegen. Wenn Kommissions-Vorsitzender Rodriguez recht hat, daß alle Parteien von den Pannen betroffen worden seien, kommt es vermutlich zu einer Stichwahl innerhalb der nächsten vier Wochen zwischen dem christdemokratischen Präsidentschaftskandidaten Jose Napoleon Duarte und seinem rechten Rivalen Roberto d'Aubuisson. (SAD)



Exodus: Hunderte von türkischen Familien verlassen ihren Wohnort Duisburg-Hüttenheim. FOTO: HENNING CHRISTOPH

Mit dem Geld aus Duisburg kauft Erkan ein Teehaus in Izmir

Mit Rückkehrhilfen soll es arbeitslosen Türken schmackhaft gemacht werden, ihr Gastland zu verlassen. Doch nur wenige haben bisher von dem Angebot Gebrauch gemacht.

Von PETER JENTSCH

Erkan Özdemir (43) kochte elf Jahre lang in Duisburg-Hüttenheim Stahl. Jetzt will er zurück in die Türkei, nach Izmir, um dort Tee zu kochen für seine Landsleute.

Seit Dezember vergangenen Jahres ist Erkan Özdemir arbeitslos, Folge der Krise der Stahlkonzerne an der Ruhr. „Ehe ich jetzt meine Ersparnisse angreife", sagt Erkan, „lasse ich mir lieber die Rückkehrhilfe ausbezahlen und mache in meiner Heimat ein Teehaus auf."

Die Gründung einer neuen Existenz in der Türkei fällt dem Vater von vier Kindern nicht schwer. Rund 60 000 Mark hat er in den elf Jahren seiner Berufstätigkeit in Deutschland gespart. Hinzu kommen 10 500 Mark Rückkehrhilfe nach dem am 1. Dezember in Kraft getretenen „Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern" (RückHG). Nach diesem Gesetz erhält Erkan Özdemir noch einmal je Kind 1500 Mark, bei seinen vier Kindern also insgesamt 6000 Mark.

Schließlich hat der künftige Teehausbesitzer die Kapitalisierung seiner Rente beantragt. Das heißt, er macht von dem Angebot Gebrauch, sich seine eigenen Beiträge zur (deutschen) Rentenversicherung (während seiner Berufstätigkeit in der Bundesrepublik durchschnittlich neun Prozent vom Bruttolohn) ausbezahlen zu lassen. Hier kann er mit einer Summe von rund 30 000 Mark rechnen.

Insgesamt bringen Erkan Özdemir und seine Familie 106 500 Mark mit in ihre Heimat zurück – nach elf Jahren Arbeit in Deutschland. Damit ist Erkan in Izmir ein gemachter Mann. Denn:

- 100 000 Mark läßt er auf ein konvertibles Devisenkonto bei der türkischen Zentralbank überweisen. Dieses Konto schützt ihn vor hohem Devisenverlust.
- Mit rund 10 000 Mark, dem Gegenwert seiner Rückkehrhilfe, will sich Herr Özdemir in die türkische Rentenversicherung einkaufen, da er an diese während seines Deutschlandaufenthalts keine Beiträge gezahlt hat. Mit dieser Devisen-Summe erwirbt er einen Anspruch auf die türkische Höchstrente von monatlich 33 500 türkischen Lira.

33 500 Lira – das entspricht dem Monatsgehalt eines türkischen Lehrers (30 000 Lira). Zum Vergleich: Ein Hilfsarbeiter erhält etwa 18 000 Lira, ein Hochschulprofessor 60 000 Lira.

- Bleiben Familie Özdemir immer noch 90 000 Mark (das Kindergeld in Höhe von 6000 Mark wurde für diverse Anschaffungen in der Bundesrepublik und für die Rückreise ausgegeben) auf dem Devisenkonto. Das sind bei einem Kurs von 96 Lira für eine Mark 8,64 Millionen Lira.
- Davon will Erkan etwa eine Million Lira für die Einrichtung seines Teehauses ausgeben, mit dem er seinen Lebensunterhalt bestreiten will – zumindest bis die Rente kommt in fünf Jahren. Und der Rest? „Werde ich versuchen anzulegen, den Söhnen eine Ausbildung bezahlen, mal sehen ..."

Erkan Özdemir hat es nach elf Jahren schwerer Arbeit am Hochofen in Duisburg geschafft. In der Türkei ist er nach seiner Rückkehr ein wohlhabender Mann.

In Duisburg-Hüttenheim ist Erkan Özdemir nicht der einzige, der sich zur Rückkehr in die Heimat entschlossen hat. In diesem Stadtteil sind mehr als die Hälfte der Bewohner türkische Familien. Und wenn 900 Familien gehen, weil ihre Väter bei den Mannesmann-Stahlwerken nicht mehr beschäftigt werden, dann bedeutet das für diesen Stadtteil einen Verlust von 4000 Bewohnern.

Der Türkenauszug aus der Stadt der Schlote ist freilich nicht repräsentativ für andere Regionen der Bundesrepublik. In Berlin etwa oder in München hält sich die Zahl der rückkehrwilligen Ausländer, insbesondere der Türken, in Grenzen.

Welche Gründe für die Rückkehrbereitschaft türkischer Arbeitnehmer eine Rolle spielen, hat das Institut für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung (isoplan) ermittelt. Isoplan-Chef Manfred Werth zur WELT: „Das Lebensalter spielt für die Rückkehrbereitschaft türkischer Arbeitnehmer und ihrer Familien keine große Rolle, der Familienstand und das Einkommen bestimmen die Rückkehrabsicht jedoch entscheidend mit."

In einer repräsentativen Befragung von türkischen Arbeitnehmern und Arbeitslosen stellte das Institut fest, daß insgesamt 10,5 Prozent der Befragten ihre feste Absicht bekundeten, bis 1985 in ihre Heimat zurückzukehren. Unter den 20- bis 29jährigen hatten nur 7,6 Prozent diese Absicht, von den 30- bis 39jährigen dagegen 13,1 Prozent, von den über 40jährigen 12,1 Prozent. Manfred Werth: „Interessant sind auch die Zusammenhänge zwischen Rückkehrbereitschaft und Familieneinkommen. So tendieren die weniger verdienenden Türken (unter 1000 Mark Monatseinkommen) eher dazu, in der Bundesrepublik zu bleiben. Besserverdienende mit möglicherweise hohem Sparniveau sind viel eher bereit, in die Türkei zurückzukehren. Hinzu kommt: Während rund drei Viertel der Unverheirateten lieber hier bleiben möchten, neigen die meisten Verheirateten (53 Prozent) dazu, in die Türkei zurückzukehren."

Den 10,5 Prozent der Befragten, die bis 1985 in die Türkei zurück wollen, stehen weitere etwa 40 Prozent gegenüber, die eine Rückkehr ohne konkrete Zeitangabe planen. Aus diesem Grunde mag Manfed Grauel, Direktor des Arbeitsamtes München, das Rückkehrhilfegesetz auch nicht als „Fehlschlag" bezeichnen. Zwar hätte er „mehr Wirkung" erwartet von dem Versuch, die Arbeitsmarktentlastung für Ausländer reizvoll zu gestalten. Doch müsse man zur gerechten Beurteilung das ganze Paket sehen, die Bereitschaft, überhaupt zu gehen unter Inanspruchnahme der „Rückforderbarkeit des Arbeitnehmeranteils zur Rentenversicherung".

Ganz anderer Ansicht ist Nordrhein-Westfalens Sozialminister Friedhelm Farthmann. Angesichts von 1,4 Millionen Ausländern in Nordrhein-Westfalen, und angesichts der Tatsache, daß von den 300 000 Türken in diesem Bundesland erst rund 4000 Anträge auf Rückkehrhilfe gestellt hätten, könne man das Programm der Bundesregierung „einfach vergessen".

Der Computer erobert die Schulen

Die Bildungspolitiker in Deutschland haben den Computer entdeckt. Nachdem die Elektronik schon weite Teile unseres Lebens prägt, sollen jetzt auch die Schüler frühzeitig damit vertraut gemacht werden.

Von PETER PHILIPPS

Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung gehört zwar zu den inzwischen ungeliebten und zurückgestutzten Kindern der Kultusminister, doch am Freitag soll sie nach dem Wunsch der Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms zum Katalysator für eine überfällige Entwicklung werden: Im Kreis der Länder-Kultusminister will die Bonner Ressortchefin ihre Idee von einer Gemeinschaftsaktion einbringen, in der gemeinsam mit Unternehmen, Verbänden und Institutionen „die Kinder mit den Grundprinzipien, den Einsatzmöglichkeiten und den Grenzen der technischen Revolution" vertraut gemacht werden sollen.

Die Wirtschaftsunternehmen stehen nicht erst jetzt mit wirksamer Hilfe bereit. EDV-Hersteller von Nixdorf bis zum Branchen-Primus IBM haben schon in den vergangenen Jahren reichlich Hard- und Soft-Ware für Schulen spendiert. Weitere Computer-Geschenke in Millionen-Größenordnung nebst kostenlosen Schulungsprogrammen für Lehrer und Schüler wurden jetzt angekündigt. Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau sowie der Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie haben die Gründung einer von der Wirtschaft getragenen Fördergemeinschaft angekündigt, die zum einen als Anlaufstelle für Schulen und andere Bildungseinrichtungen zur Verfügung stehen und zum anderen die Spendenaktivitäten der Wirtschaft in diesem Bereich koordinieren soll.

Die Maschinen- und Anlagenbauer schätzen, daß zur Zeit in der gesamten Bundesrepublik in ca. 25 000 Schulen moderne Ausbildungsmittel wie Computer und entsprechende Soft-Ware fehlen. Für einen adäquaten Unterricht ergebe sich daraus ein Deckungsbedarf von etwa 200 000 Computer-Arbeitsplätzen für Schüler. Dies bedeute einen Investitionsmittel-Bedarf in der Größenordnung von 400 bis 600 Millionen Mark. Die Wirtschafts-Vertreter monierten, daß bisher ein „Konzept für eine informationstechnische Grundbildung für alle" fehle ebenso wie geschulte Lehrer und eine ausreichende Ausstattung der Schulen mit leistungsfähigen Geräten. „Es ist primär Aufgabe des Staates und des öffentlichen Bildungswesens, diese Defizite abzubauen", heißt es in der Stellungnahme des Verbands. Aber wegen der „grundsätzlichen volkswirtschaftlichen Bedeutung und wegen der Dringlichkeit" sei die Wirtschaft bereit, ihren Beitrag zu „unverzüglichen und unbürokratischen Maßnahmen" zu leisten.

Zu den unkonventionellen Wegen, die zur Beschleunigung einer flächendeckenden Computer-Grundausbildung in der Bundesrepublik gegangen werden könnten, zählt auch ein Vorschlag des Bundesverbands informationsverarbeitender Bereiche: Einen oder mehrer Busse als fahrende Kleincomputer auf Reisen zu schicken, in denen nicht nur die Datenverarbeitungs-Anlagen vorgeführt werden könnten, sondern in denen auch Schüler unterrichtet werden könnten.

Am Zuge sind jetzt die alleinzuständigen Länder-Kultusminister, um den Umgang mit Computern endlich für die nachwachsende Generation schon gegen Ende der Grundschule zu einer dem Lesen und Schreiben vergleichbaren Kulturtechnik zu machen. Denn Handhabung und Anwendung der neuen Technologien werden schon in wenigen Jahren zum Basiskönnen beruflicher Tätigkeiten gehören. Der Präsident des bayerischen Lehrer- und Lehrerinnen-Verbandes, Wilhelm Ebert, hat als Sprecher der Praktiker allerdings auch bereits darauf hingewiesen, daß die Schulen nicht bei der anwendungsbezogenen Unterricht stehen bleiben dürfen. Zum Unterricht mit Computern gehöre auch die Vermittlung einer durch „fortschreitende Technisierung zwangsläufigen Neuorientierung von Werten und Normen". Durch die „Kumulation der Medien" dürften nicht Orientierungslosigkeit entstehen und Kreativität verkümmern.

In den Universitäts-Städten holten die Grünen ihre Punkte

XING-HU KUO, Stuttgart

Der unerwartet hohe Zuwachs der baden-württembergischen Grünen (sie verbesserten ihr 1980er Ergebnis von 5,3 auf acht Prozent, dies bedeutet ein Plus von 2,7 Prozentpunkten) deutet darauf hin, daß die neue Partei ein beachtliches Auffangbecken für Unzufriedene aus den verschiedensten Lagern geworden ist. Dabei spielt es offenbar keine Rolle, ob die Grünen Fehler und Schlampereien begehen, die bei „etablierten" Parteien zum Verhängnis oder zumindest zu spürbaren Verlusten geführt hätten.

Traditionelle Hochburgen der Grünen waren auch diesmal die Universitätsstädte. Einsamer Spitzenreiter ist Tübingen: Hier erzielten die Grünen ein Traumergebnis von 20,6 Prozent (vor vier Jahren 14,6 Prozent). Das Hoch in Tübingen hat nach ersten Analysen vor allem folgende Ursachen: Hier wirkte einer der erfolgreichsten Grünen, nicht nur im Lande, sondern auch bundesweit, Wolf-Dieter Hasenclever. Obwohl der Oberstudienrat wegen der Frage der Rotation nicht mehr für den neuen Landtag kandidierte, hat sich der überaus populäre grüne Politiker aus alter Solidarität engagiert im Wahlkampf betätigt, darunter natürlich auch in seinem unmittelbaren Wirkungskreis Tübingen. Nach wie vor ist Hasenclever ein Zugpferd, gerade auch bei Teilen der konservativen Wählerschaft.

Aber auch mit Hasenclevers Nachfolger in Tübingen, dem 28jährigen Sprachwissenschaftler Fritz Kuhn, der dank dieses guten Ergebnisses in der Universitätsstadt zur neuen grünen Fraktion (mit neun Abgeordneten) gehört, wird eine gewisse Kontinuität der pragmatischen Politik Hasenclevers signalisiert. Denn Kuhn hat beispielsweise drei Tage vor der Landtagswahl als Vertreter seiner Partei im Regionalfernsehen vor einem Millionenpublikum, ähnlich wie sein Vorgänger im Wahlkreis, äußerst ausgleichend und frei von jeglichem Fanatismus oder Fundamental-Opposition gewirkt. Im Gegenteil, Kuhn bescheinigte beispielsweise Lothar Späth in der Diskussion aller vier Spitzenkandidaten, im Bereich des Umweltschutzes durchaus sinnvolle und positive Maßnahmen eingeleitet zu haben, nahm den CDU-Regierungschef gelegentlich sogar vor Attacken der SPD in Sachen Umwelt in Schutz. Kuhn forderte lediglich, daß gegen das Waldsterben und die anderen Umweltprobleme (Grundwasser usw.) „sofort" etwas getan werden müsse und nicht erst in zwei oder noch mehr Jahren.

Das gestiegene Umweltbewußtsein gerade in Baden-Württemberg kam offenbar den Grünen zugute: Dieses Bundesland ist am meisten vom Waldsterben betroffen, in den zurückliegenden Wochen vor der Wahl gab es fast täglich neue Hiobsbotschaften in Sachen Umweltprobleme.

In Tübingen kam noch hinzu, daß durch das neue Einwohnermeldegesetz rund 2000 Studenten aus anderen Bundesländern wahlberechtigt wurden, die nach den alten Vorschriften nicht hätten wählen können.

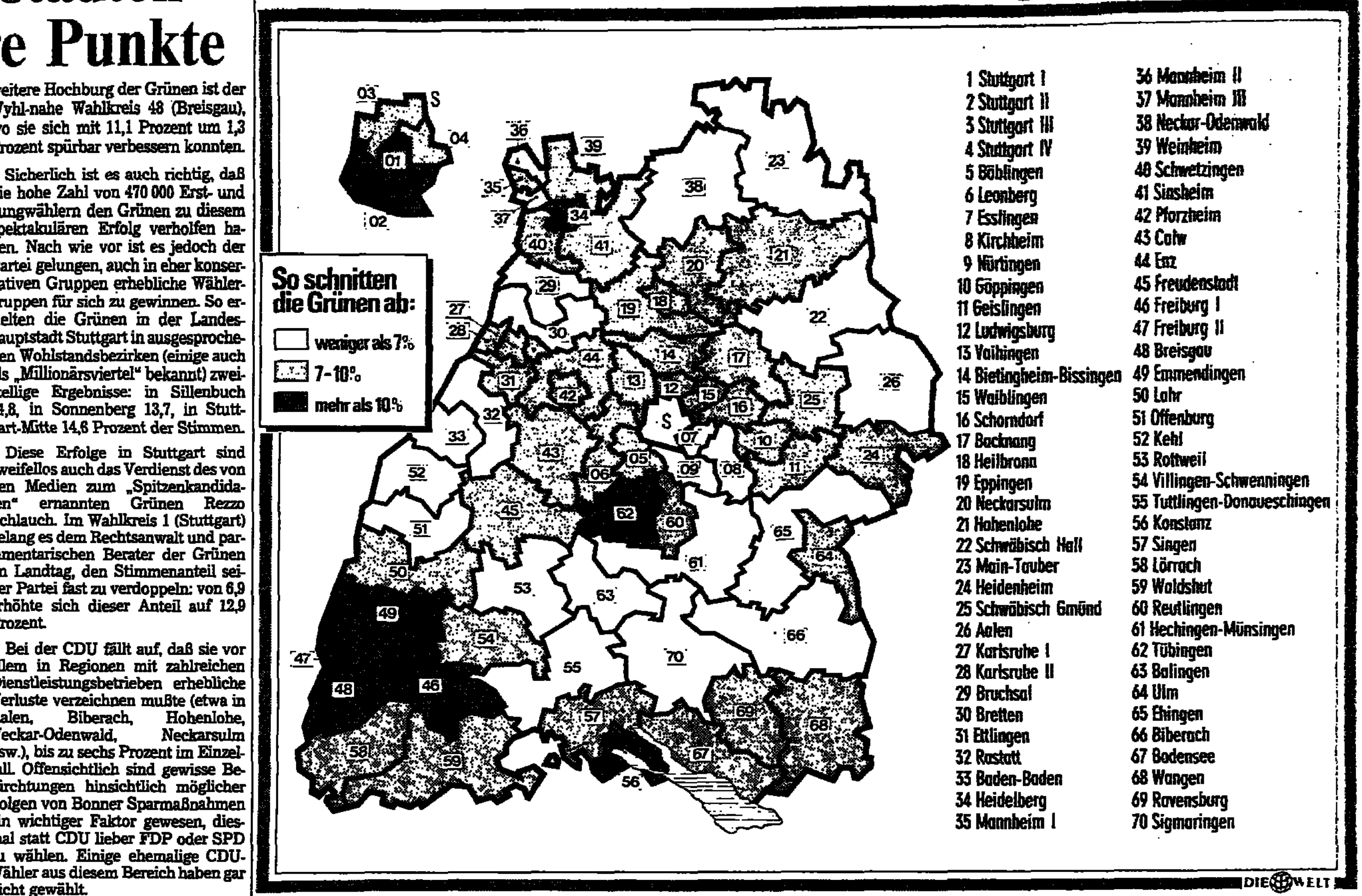
Ähnlich gute Resultate verbuchten die Grünen in Freiburg (in der Nähe liegt Wyhl). Hier erhöhten sie ihren Stimmenanteil von 12,7 auf 16,8 Prozent. In den Universitätsstädten Heidelberg und Konstanz verbesserten sie sich von 8,1 auf 13,3 beziehungsweise von 7,4 auf 12,7 Prozent. Eine weitere Hochburg der Grünen ist der Wyhl-nahe Wahlkreis 48 (Breisgau), wo sie sich mit 11,1 Prozent um 1,3 Prozent spürbar verbessern konnten.

Sicherlich ist es auch richtig, daß die hohe Zahl von 470 000 Erst- und Jungwählern den Grünen zu diesem spektakulären Erfolg verholfen haben. Nach wie vor ist es jedoch der Partei gelungen, auch in eher konservativen Gruppen erhebliche Wählergruppen für sich zu gewinnen. So erzielten die Grünen in der Landeshauptstadt Stuttgart in ausgesprochenen Wohlstandsbezirken (einige auch als „Millionärsviertel" bekannt) zweistellige Ergebnisse: in Sillenbuch 14,8, in Sonnenberg 13,7, in Stuttgart-Mitte 14,6 Prozent der Stimmen.

Diese Erfolge in Stuttgart sind zweifellos auch das Verdienst des von den Medien zum „Spitzenkandidaten" ernannten Grünen Rezzo Schlauch. Im Wahlkreis 1 (Stuttgart) gelang es dem Rechtsanwalt und parlamentarischen Berater der Grünen im Landtag, den Stimmenanteil seiner Partei fast zu verdoppeln: von 6,9 erhöhte sich dieser Anteil auf 12,9 Prozent.

Bei der CDU fällt auf, daß sie vor allem in Regionen mit zahlreichen Dienstleistungsbetrieben erhebliche Verluste verzeichnen mußte (etwa in Aalen, Biberach, Hohenlohe, Neckar-Odenwald, Neckarsulm usw.), bis zu sechs Prozent im Einzelfall. Offensichtlich sind gewisse Befürchtungen hinsichtlich möglicher Folgen von Bonner Sparmaßnahmen ein wichtiger Faktor gewesen, diesmal statt CDU lieber FDP oder SPD zu wählen. Einige ehemalige CDU-Wähler aus diesem Bereich haben gar nicht gewählt.

Wo die Grünen ihre Hochburgen haben



Das Verhalten der Jungwähler spielte eine gewichtige Rolle

dpa, Bonn

Nicht das Wahlergebnis an sich, sondern die Wanderung der Wählerstimmen war das Interessante an der Wahl vom Sonntag. Bereits am Wahlabend präzisierte das Godesberger Institut für angewandte Sozialwissenschaften (infas) in der ARD das relative Gewicht der einzelnen Ströme.

Die SPD war, auch wenn scheinbar gegenüber 1980 unverändert, an diesen Wählerbewegungen in besonderem Maße beteiligt. Auf der einen Seite gab sie im Austausch mit den Grünen rund 55 000 Wähler ab, denen die ökologischen Probleme bei der kleineren Oppositionspartei besser aufgehoben schienen. Auf der anderen Seite konnte sie im Austausch mit der FDP rund 25 000 Wähler sozialliberaler Provenienz neu an sich binden und im Austausch mit der CDU per Saldo 12 000 Stimmen zurückgewinnen.

Neben den Verlagerungen der Gewichte innerhalb der Opposition spielte das Verhalten der Jungwähler für den Wahlausgang eine gewichtige Rolle. Die Erstwähler dieser Wahl gaben in sehr viel höherem Maße einer der beiden Oppositionsparteien ihre Stimme als den Parteien der Bonner Regierungskoalition. Auf SPD und Grüne entfielen etwa 55 Prozent der Stimmen der Erstwähler, dagegen nur rund 40 Prozent der Stimmen aller Wähler. Ihre negative Bilanz im Wanderungsaustausch mit den anderen Parteien vermochte die SPD somit durch Zugewinne von Erstwählern auszugleichen. Besonders breit ist aber der Sympathiesockel, über den die Grünen bei der jungen Generation verfügen; jeder fünfte Erstwähler hat diesmal die ökologische Partei unterstützt.

Ministerpräsident Späth und die CDU haben in ihren Hochburgen, d. h. in den ländlichen und katholischen Gebieten des Landes, mit 2,6 Prozentpunkten stärkere Verluste zu verzeichnen als im Landesdurchschnitt (1,5 Punkte). Daher sind ihre Einbußen im äußersten Südosten (Oberschwaben) und Nordosten (Hohenlohe) vergleichsweise hoch. Inzwischen gibt es keinen Wahlkreis mehr, in dem die CDU über 70 Prozent der Stimmen verbuchen kann, vor vier Jahren gehörten noch drei Kreise dazu. Eine positive Stimmentwicklung gegenüber 1980 ist in insgesamt 13 der 70 Wahlkreise zu verzeichnen, die meisten davon in westlichen Landesteilen (Hochrhein, Südlicher Oberrhein, Nordschwarzwald).



Lothar Späth

Bei der SPD ist ein deutlicher Anstieg vor allem in einigen nördlichen Wahlkreisen zu beobachten (Odenwald, Main-Tauber, Hohenlohe). Dagegen gehört der Bereich Nordschwarzwald sowie der weitere Stuttgarter Raum zu den Verlierern, insbesondere Böblingen, Vaihingen, Enz, Pforzheim, wo vor allem die Grünen erfolgreich waren.

Das gute Abschneiden der Grünen bei dieser Wahl, vor allem angesichts von Bonner Querelen, organisatorischen Pannen und ausgewechselter Mannschaft, war die größte Überraschung des Wahlsonntags. Die Umweltpartei konnte trotz der niedrigeren Wahlbeteiligung ihre Wählerzahl von der letzten Bundestagswahl in absoluten Stimmen beinahe halten (370 000 gegenüber 390 000). Besondere Beachtung aber verdient, daß sich die Partei der Grünen als zweite Opposition in allen Teilen des Landes etablieren konnte. Es gibt heute keinen Wahlkreis, in denen sie die Fünf-Prozent-Hürde nicht übersprungen hat. Ihr Zuwachs war dort am größten, wo sie vor vier Jahren am schwächsten war. In keinem Wahlkreis – außer in den drei ausgefallenen – hat sie einen Stimmenrückgang zu verzeichnen.

An der Spitze rangieren nach wie vor die Wahlkreise mit Universitätsstädten: In Freiburg, Tübingen, Heidelberg, Konstanz kamen die Grünen auf zwölf bis 16 Prozent. Aber auch in den Großstädten waren die Ergebnisse und die Zuwachsraten überdurchschnittlich. In Karlsruhe kamen gegenüber 1980 5,4 Punkte, in Stuttgart 4,6 Punkte, in Pforzheim 4,3 Punkte hinzu. Am Ende der Liste stehen die Industriestadt Mannheim und Wahlkreise im Südwesten (Lörrach, Waldshut).

Das Ergebnis der drei „vergessenen" Wahlkreise Esslingen, Kirchheim und Nürtingen gibt interessanten Aufschluß über die politischen Präferenzen der Grünen-Klientel. Gezwungen, auf ihre „zweite Wahl" auszuweichen, verteilen sie ihre Sympathien auf SPD, CDU und FDP etwa im Verhältnis 5:1:1.

Die Entwicklung der FDP ist in mancher Hinsicht als Kontrastprogramm zu sehen. Historisch hat sie sich auf ähliche Schwerpunkte stützen können, insbesondere den Stuttgarter Raum und die größeren Städte. Ihre Einbußen sind dort besonders kräftig, wo sie früher besondere Erfolge hatte. Karlsruhe, Freiburg, Heilbronn liegen mit Verlustquoten von zwei bis vier Prozent am Ende der Liste. Insgesamt 14 der 70 Wahlkreise hatten diesmal Zuwachs zu verzeichnen, die meisten davon im Osten des Landes, darunter Schwäbisch-Hall und Schwäbisch-Gmünd. In neuen Wahlkreisen aber konnte die FDP aus eigener Kraft die Fünf-Prozent-Latte nicht überqueren.

Kohl: Ein großartiges Ergebnis

EVI KEIL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl bezeichnete gegenüber der WELT die Wahlen in Baden-Württemberg als „ein großartiges Ergebnis". Das für die CDU erfreuliche Resultat nannte der Kanzler „eine Bestätigung für die Bundespolitik. Das sehen alle so, nicht nur ich. Das ist die klare Meinung der CDU-Führung".

Helmut Kohl wollte sich einer Kritik an Jungwählern, die in großer Zahl zu den Grünen abgewandert zu sein scheinen, nicht anschließen. Er sagte: „Wir sind in weitem Abstand die führende Partei bei den Erstwählern. Wir werden bei einer Nachbetrachtung sehen, daß wir überhaupt keinen Grund haben, bei den Jungwählern betroffen zu sein, wenn sich bestätigt, daß 47 Prozent der Erstwähler CDU gewählt haben. Das betrachte ich als ein Superergebnis."

Das Abschneiden der FDP im liberalen Stammland sei, so Kohl, „doch gar nicht schlecht". Daß die Liberalen nicht mehr Stimmen bekommen hätten, erstaune ihn aber auch nicht, wenn er sich deren Wahlprogramm betrachte. „Es enthält Forderungen, die in der Bevölkerung nicht populär sind."

Bernhard Vogel, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, erinnerte daran, daß das baden-württembergische Ergebnis auf ein Zehntelprozent an das von Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr herankommt. „Diese Stabilität in zwei Bundesländern ist bemerkenswert." Die Zunahme bei den Grünen wertet Vogel jedoch nicht unbedingt als „Waldergebnis". Für ihn sind die Grünen eine Bewegung, in der man bereits „weg von der Umwelt hin zur Protestsammelpartei" ist. Er fügte hinzu: „Das Phänomen der Grünen ist auch das Phänomen einer Sammlung von Verdrossenheit. Die Verdrossenen zu sammeln aber gelingt nicht der SPD." Auch er hält es „für bemerkenswert, daß die eigentliche Oppositionspartei, die SPD, nicht zugelegt hat. „Die Denkzetteltheorie ist in den Papierkorb gewandert."

Die 59 Prozent von CDU und FDP sind ein Signal nach Bonn

WERNER KALTEFLEITER, Kiel

Keine Überraschung in Baden-Württemberg. Das ist der vordergründige Eindruck, den das Ergebnis der Landtagswahl vermittelt. In der Tat ist die Kontinuität der Stimmenanteile CDU und SPD seit Ende der sechziger Jahre in diesem Bundesland verblüffend. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, die jeweils durch entsprechende bundesweite Trendbewegungen leicht zu erklären waren, haben sich in dieser Zeit die Stimmenanteile von CDU und SPD auf ein Niveau eingependelt, das dem jüngsten Ergebnis entspricht.

Diese formale Kontinuität verdeckt jedoch, daß auch in Baden-Württemberg gerade auch seit der letzten Landtagswahl erheblich größere Umschichtungen in der Wählerschaft stattgefunden haben. Die Tatsache, daß die FDP in diesem Land im Vergleich zur Situation vor fünfzehn Jahren halbiert worden ist und in dieser Zeit mehrfach solche Einbußen hat hinnehmen müssen, aber auch wieder hatausgleichen können, ist dafür ein Hinweis. Ebenso die Tatsache, daß die Grünen mit 8 Prozent der Stimmen eine Position einnehmen, die sie zur Zeit in keinem anderen Bundesland haben und erst einmal, nämlich auf dem Höhepunkt der grünen/alternativen Bewegung am Ende der SPD/FDP-Koalition im Herbst 1982 in Hessen, erreicht hatten.

Eine Tradition der Liberalen

Eine sinnvolle Einordnung des jüngsten Wahlergebnisses ist nur möglich, wenn man zunächst von den Umschichtungen ausgeht, die der Regierungswechsel in Bonn vom Herbst 1982 ausgelöst hat. Dieser betraf in erster Linie die FDP, die durch ihren Koalitionswechsel diesen Regierungswechsel möglich gemacht hatte und dafür mit dem Verlust jener Wählerschichten bezahlen mußte, die auf eine SPD/FDP-Koalition fixiert waren. Im Bundesdurchschnitt waren dies etwa 4 bis 5 Prozent der Gesamtwählerschaft oder zwei Drittel des damaligen FDP-Potentials. Dies führte bekanntlich zu den verschiedenen katastrophalen Wahlniederlagen der FDP unmittelbar nach dem Regierungswechsel.

In Baden-Württemberg verlief dieser Prozeß zwar ähnlich, war aber bei weitem nicht so ausgeprägt. Schon zur Landtagswahl 1980 hat die dortige FDP eine Koalition mit der CDU angepeilt. Auch entsprach es der Tradition der FDP in diesem Lande, daß sie nie so eindeutig und ausschließlich auf die SPD ausgerichtet war, wie das für andere Bundesländer galt. Dementsprechend war das zur Koalition mit der CDU bereite Wählerpotential in der baden-württembergischen FDP immer deutlich größer.

Eine zweite Sonderbewegung folgte in Baden-Württemberg nach dem Regierungswechsel. Während die FDP zunächst in der Bundestagswahl vom 6. März und dann in der hessischen Landtagswahl vom September 1983 aus ihrer Rolle als Partner der CDU profitierte und erheblichen Zulauf aus Wählerschichten der Union erzielte, trat dies in Baden-Württemberg nicht ein. Zwar strebte die FDP Baden-Württembergs wie die Bundespartei und wie die hessische Landespartei eine Koalition mit der CDU ebenfalls an, aber im Gegensatz zur Situation im Bund und in Hessen ging die CDU auf dieses Ansinnen nicht ein, sondern strebte selbstbewußt die absolute Mehrheit an. Dies verdeutlicht erneut, daß die Stabilisierung der FDP bundesweit und in den meisten Bundesländern von zwei Bedingungen abhängt: Sie muß glaubwürdig als Partner der CDU auftreten und die CDU-Wähler müssen fürchten, daß ihre Partei ohne Unterstützung der FDP die Regierung nicht bilden kann.

Bei allen Stimmenkonstanz der CDU ist dennoch der Rückgang von etwa eineinhalb Prozentpunkten gegenüber der Landtagswahl von 1980 hervorzuheben, insbesondere wenn man sich daran erinnert, daß das damalige Ergebnis auch bereits einen Rückgang von 3,3 Prozentpunkten gegenüber dem Spitzenergebnis von 1976 bedeutete. Diesem kontinuierlichen Rückgang steht keinentsprechender Stimmenanstieg der SPD gegenüber, sondern das Aufkommen der Grünen. Allerdings wäre es verfehlt, daraus die oberflächliche Schlußfolgerung zu ziehen, die Grünen seien aus dem Wählerpotential der Union hervorgegangen. Vielmehr ist auch hier eine doppelte Wählerbewegung zu beobachten.

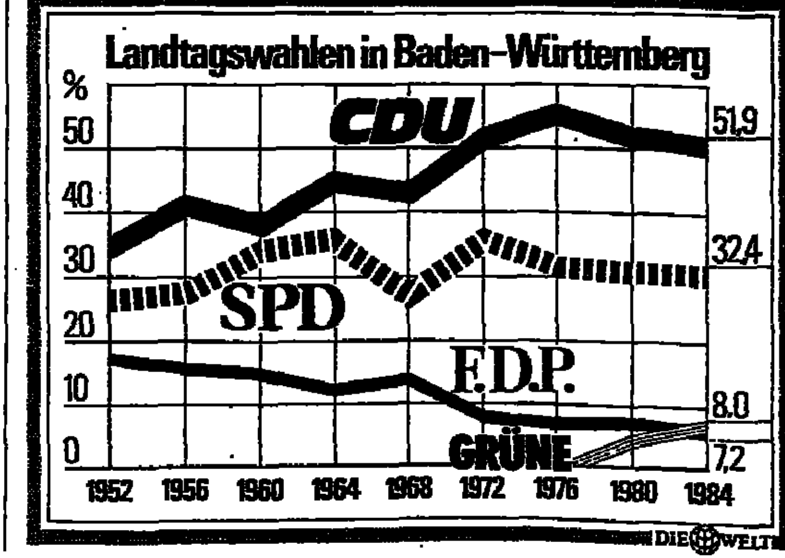
Die Verluste der CDU sind zu Gunsten der SPD gegangen, die ihrerseits wiederum die Grünen gespeist hat. Die Ursachen für den Stimmenverlust der CDU sind vielfältig. Sie liegen einerseits in der fast natürlichen Unzufriedenheit, die langjährige Regierungstätigkeit insbesondere bei niedrigen ökonomischen Rahmenbedingungen mit sich bringt; – daran ändert auch die Tatsache nichts, daß im Vergleich zu anderen Ländern Baden-Württemberg wirtschaftlich relativ besser dasteht. Wesentlicher scheint zu sein, daß für die CDU in der Rolle der Bonner Regierungspartei die Zeit für landespolitische Superergebnisse vorbei ist.

Das baden-württembergische Ergebnis ist somit mehr eine Warnung für andere Landesparteien der CDU, in denen diese Bedingungen nicht stehen und wo die CDU dementsprechend wie im letzten Herbst in Hessen mit Abwanderungen zu Gunsten der FDP rechnen muß. Insgesamt aber bedeutet die Tatsache, daß die beiden Koalitionsparteien über 59 Prozent erreichten, durchaus ein positives Signal nach Bonn.

Suche nach der politischen Mitte

Auch der SPD-Anteil, der nur um einen Zehntelprozentpunkt unter dem Ergebnis von vor vier Jahren liegt, ist das Ergebnis einer komplexeren Wählerbewegung. Nachdem in den siebziger Jahren die baden-württembergische SPD sich unter Erhard Epplers Einfluß verstärkt an der linken Peripherie orientiert hatte, versucht die Partei seit dem Rücktritt von Eppler stetig wieder für die Wählerschaft der politischen Mitte, das heißt in Baden-Württemberg insbesondere für die Facharbeiterschaft, wieder attraktiv zu werden. Sie hat darin durchaus erste Erfolge erzielt, wie sich das im Ansatz am Abbröckeln der CDU gezeigt hat. Für diese Wählerschicht ist die SPD durchaus jene Oppositionspartei, die unzufriedene CDU-Wähler ansprechen kann. Daß sich dies in ihrem Stimmenergebnis nicht niederschlägt, ist in der gleichzeitigen Abwanderung von Wählern von ihrem linken Flügel oder von Jungwählern, die früher SPD gewählt hätten, begründet. Hierin wird das strukturelle Dilemma der SPD deutlich. Um die grüne/alternative Wählerschaft ansprechen zu können, muß sie, wie sie das bundesweit heute versucht, deren symbolische Position übernehmen, also gewissermaßen wieder zur Partei Erhard Epplers werden. Als solche aber ist sie unfähig, die Wähler der politischen Mitte anzusprechen.

Das Wahlergebnis der Grünen schließlich entspricht den gewohnten Strukturen. Jüngere Menschen und überdurchschnittlich Gebildete aus dem Potential der SPD bilden den Rückhalt der Partei. Allerdings darf der Anstieg von 2,7 Prozentpunkten gegenüber 1980 und vor allem von nochmals 1,2 Punkten gegenüber der Bundestagswahl vor einem Jahr nicht zu dem Fehlschluß verleiten, die Grünen befänden sich nach wie vor im Aufwind. Seit dem Regierungswechsel in Bonn stagnieren die Grünen bzw. müssen mit erheblichen regionalen Unterschieden Verluste hinnehmen. Dies gilt auch in Baden-Württemberg, wenn man das absolute Stimmenergebnis beobachtet: Fast 20 000 Stimmen weniger als zur Bundestagswahl am 6. März 1983.



Späth: Etablierte Parteien müssen nachdenken

EVI KEIL, Bonn

Er habe „hervorragend geschlafen" in der Nacht nach der Wahl. So Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth, der Punkt 9.30 Uhr in Bonn in die Sitzung des CDU-Präsidiums in das Konrad-Adenauer-Haus kam. Für die WELT analysierte Späth in einem Gespräch das Wahlergebnis vom Sonntag. Vor allem äußerte er sich zu dem Stimmengewinn der Grünen.

Späth: „Wir haben zwar nach den ersten Untersuchungen als CDU eine große Gruppe junger Wähler binden können. Aber die Tradition, daß Jungwähler andererseits eher zur Opposition gehen, also zur SPD, hat sich nicht bewahrheitet. Offensichtlich gelingt es der Oppositionspartei, also der SPD, nicht mehr, die jungen Leute an sich zu binden. Dies führt zu einer Entwicklung, die die Grünen besonders stärkt."

Späth fuhr fort: „Wir müssen da wirklich überlegen, was wir in den etablierten Parteien tun können, um diese jungen Leute auch argumentativ für uns zu gewinnen." Der Ministerpräsident erklärt weiter, es sei ihm im Wahlkampf nicht gelungen, klarzumachen, daß man eben einige Jahre brauche, bis Entschwefelungsanlagen gebaut sind. Die jungen Leute hätten ihm entgegengehalten: „Der Wald stirbt, sofort muß was passieren." Späth: „Wir brauchen noch viel Information und Aufklärungsarbeit."

Lothar Späth äußerte sich auch zu den Stimmenverlusten bei der Union. „Das Problem war in diesem Wahlkampf, daß man gespürt hat, daß eine große Gruppe der Bevölkerung zwar im Prinzip opferbereit ist, daß sie aber, sobald sie selbst betroffen ist, ungeheuer empfindlich reagiert. Mir haben viele gesagt, wir können Sie nicht mehr wählen, wir haben zu viele Kürzungen hinnehmen müssen."

Späth fuhr fort: „Ich habe jetzt eine Analyse, wie die Beamten in Baden-Württemberg abgestimmt haben. Da ist bei dieser Gruppe auch nicht sehr viel von Solidarität und Bereitschaft zum Sparen zu spüren. Das alles bedrückt mich. Ich sehe, daß so ein bißchen das Prinzip herrscht, 'mir ist kein Opfer zu groß, das die anderen bringen, aber mute ja mir nichts zu'." Er fährt fort: „Es gibt noch einiges zu tun, um den Begriff einer solidarischen Gesellschaft in die Tat umzusetzen."

Wieso der Wahlsieger von Baden-Württemberg trotz aller Landes- und Bundesprobleme eine absolute Mehrheit schaffte, sieht Späth so: „Ich glaube, es ist gelungen, die Politik der Bonner Koalition verständlich zu machen. Wenn man überlegt, daß wir unter der Konstellation einer CDU-Regierung in Bonn nie mehr als 46,2 Prozent in Baden-Württemberg hatten, ist dieses Wahlergebnis einmal eine Bestätigung der Landespolitik, aber auch ein Signal, daß man die schwierigen Entscheidungen, so die Sparmaßnahmen der Bonner Koalition letztlich doch hinnimmt."

Über seine zukünftige Landespolitik sagte Späth, er werde jetzt „ganz systematisch" seine Politik „bruchlos" fortsetzen. „Dies bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze, der Entwicklung des Mittelstandes, der Sicherung der Umwelt. Und vor allem werden wir uns noch intensiver mit der Frage befassen, wie wir der jungen Generation in unserem Land die Zukunftschancen sichern können. Das ist das Wichtigste und das Konsensfähigste."

Zu den Verlusten, die die Liberalen im Land hatten, meinte Späth, sie seien auf eine „Spezialauseinandersetzung" bei der FDP im Land zurückzuführen. Die FDP habe Stimmen an die SPD abgeben müssen, die die SPD aber gleich wieder an die Grünen weitergegeben habe. Sein Fazit sei, die geringere Wahlbeteiligung sei zwar auch zu Lasten der Union gegangen. Die SPD aber habe es nicht vermocht, das Protestpotential an sich zu binden.

Späth schließlich, ob weitere Stimmenverluste bei der Union neue Überlegungen reifen ließen, doch mit den Liberalen in Zukunft zu koalieren? „Ich habe diese Sorge nicht."

Die Einzelergebnisse aus allen 70 Wahlkreisen

1 Stuttgart I: CDU 43,5 (45,3), SPD 33,2 (35,3), FDP 9,8 (12,0), Grüne 12,9 (6,9). Gewählt: Peter Wetter (CDU).

2 Stuttgart II: CDU 42,0 (43,3), SPD 32,3 (34,1), FDP 14,2 (15,6), Grüne 11,1 (6,6). Gewählt: Gerhard Mayer-Vorfelder (CDU).

3 Stuttgart III: CDU 42,9 (43,5), SPD 39,2 (41,3), FDP 8,7 (9,8), Grüne 8,6 (4,8). Gewählt: Marianne Schultz-Hector (CDU).

4 Stuttgart IV: CDU 42,1 (42,5), SPD 39,8 (41,7), FDP 8,1 (9,9), Grüne 9,4 (5,3). Gewählt: Horst Poller (CDU).

5 Böblingen: CDU 50,7 (49,2), SPD 32,2 (34,6), FDP 7,2 (10,3), Grüne 9,6 (5,6). Gewählt: Eugen Klunzinger (CDU).

6 Leonberg: CDU 52,6 (52,5), SPD 28,4 (31,2), FDP 8,9 (10,9), Grüne 9,9 (5,3). Gewählt: Rudolf Decker (CDU).

7 Esslingen: CDU 48,3 (48,9), SPD 40,8 (35,4), FDP 10,2 (9,4), Grüne – (5,9). Gewählt: Theo Balle (CDU).

8 Kirchheim: CDU 52,5 (51,7), SPD 38,9 (34,2), FDP 8,1 (9,0), Grüne – (4,8). Gewählt: Fritz Hopmeier (CDU).

9 Nürtingen: CDU 50,3 (49,5), SPD 39,4 (34,6), FDP 9,9 (9,6), Grüne – (6,0). Gewählt: Friedrich Volz (CDU).

10 Göppingen: CDU 46,9 (47,3), SPD 37,2 (38,0), FDP 8,5 (9,8), Grüne 7,2 (4,7). Gewählt: Josef Wilhelm Hauser (CDU).

11 Geislingen: CDU 52,3 (54,2), SPD 33,2 (32,3), FDP 7,0 (8,3), Grüne 7,2 (4,9). Gewählt: Hermann Seimetz (CDU).

12 Ludwigsburg: CDU 46,4 (48,6), SPD 36,4 (36,9), FDP 8,6 (9,8), Grüne 8,3 (4,5). Gewählt: Karl Lang (CDU).

13 Vaihingen: CDU 48,8 (50,5), SPD 31,3 (34,2), FDP 10,4 (9,9), Grüne 9,2 (5,1). Gewählt: Günther Oettinger (CDU).

14 Bietigheim-Bissingen: CDU 51,9 (53,1), SPD 32,6 (33,1), FDP 7,1 (9,5), Grüne 8,1 (4,1). Gewählt: Lothar Späth (CDU).

15 Waiblingen: CDU 45,3 (46,8), SPD 34,2 (32,9), FDP 11,7 (13,8), Grüne 7,6 (4,8). Gewählt: Rolf Kurz (CDU).

16 Schorndorf: CDU 49,5 (47,3), SPD 32,1 (30,6), FDP 9,6 (11,2), Grüne 8,4 (5,3). Gewählt: Guntram Palm (CDU).

17 Backnang: CDU 50,6 (52,5), SPD 31,9 (32,6), FDP 8,6 (9,1), Grüne 8,6 (5,5). Gewählt: Erich Schneider (CDU).

18 Heilbronn: CDU 44,0 (45,8), SPD 41,4 (40,1), FDP 6,4 (9,0), Grüne 7,9 (4,8). Gewählt: Ulrich Stechele (CDU).

19 Eppingen: CDU 47,2 (50,3), SPD 35,8 (33,9), FDP 9,2 (11,2), Grüne 7,5 (4,3). Gewählt: Gotthilf Link (CDU).

20 Neckarsulm: CDU 50,8 (54,3), SPD 34,6 (33,1), FDP 5,5 (7,1), Grüne 8,9 (5,3). Gewählt: Hermann Mühlbeyer (CDU).

21 Hohenlohe: CDU 50,4 (56,6), SPD 28,1 (25,7), FDP 13,3 (13,9), Grüne 7,9 (3,9). Gewählt: Karl Östreicher (CDU).

22 Schwäbisch Hall: CDU 46,0 (49,7), SPD 36,9 (36,9), FDP 9,9 (8,6), Grüne 6,9 (4,6). Gewählt: Ernst Keitel (CDU).

23 Main-Tauber: CDU 59,2 (62,0), SPD 26,4 (24,6), FDP 7,4 (8,4), Grüne 6,8 (5,0). Gewählt: Albert Reuter (CDU).

24 Heidenheim: CDU 48,8 (50,1), SPD 38,8 (38,7), FDP 4,2 (5,7), Grüne 7,7 (5,0). Gewählt: Werner Baumhauer (CDU).

25 Schwäbisch Gmünd: CDU 55,2 (57,4), SPD 29,5 (31,2), FDP 7,5 (6,4), Grüne 7,5 (4,8). Gewählt: Helmut Ohnewald (CDU).

26 Aalen: CDU 56,0 (60,2), SPD 32,3 (31,1), FDP 5,7 (5,1), Grüne 5,8 (3,5). Gewählt: Eugen Volz (CDU).

27 Karlsruhe I: CDU 44,5 (47,0), SPD 34,9 (34,1), FDP 10,2 (14,3), Grüne 9,9 (4,3). Gewählt: Barbara Schäfer (CDU).

28 Karlsruhe II: CDU 45,6 (48,1), SPD 36,5 (35,3), FDP 7,6 (11,6), Grüne 9,8 (4,7). Gewählt: Wolfram Meyer (CDU).

29 Bruchsal: CDU 59,5 (61,7), SPD 30,7 (31,4), FDP 4,0 (3,4), Grüne 5,6 (3,2). Gewählt: Heinz Heckmann (CDU).

30 Bretten: CDU 52,5 (53,8), SPD 33,9 (35,7), FDP 6,5 (6,9), Grüne 6,9 (3,4). Gewählt: Helmut Wirth (CDU).

31 Ettlingen: CDU 53,3 (56,9), SPD 32,4 (32,0), FDP 6,1 (7,0), Grüne 7,9 (3,9). Gewählt: Jürgen Eisele (CDU).

32 Rastatt: CDU 56,2 (58,6), SPD 32,9 (32,8), FDP 4,5 (4,7), Grüne 6,2 (3,6). Gewählt: Roland Gerstner (CDU).

33 Baden-Baden: CDU 61,6 (63,1), SPD 25,0 (26,0), FDP 6,1 (6,4), Grüne 6,9 (4,2). Gewählt: Egon Gushurst (CDU).

34 Heidelberg: CDU 43,2 (48,3), SPD 36,7 (35,7), FDP 6,5 (7,4), Grüne 13,3 (8,1). Gewählt: Karl Weber (CDU).

35 Mannheim I: CDU 39,7 (41,9), SPD 48,3 (47,5), FDP 3,1 (4,4), Grüne 7,7 (4,5). Gewählt: Walter Spagerer (SPD).

36 Mannheim II: CDU 37,0 (38,0), SPD 54,4 (53,6), FDP 2,5 (3,9), Grüne 5,2 (3,0). Gewählt: Helmut Münch (SPD).

37 Mannheim III: CDU 44,9 (47,0), SPD 43,9 (43,1), FDP 3,7 (5,1), Grüne 6,8 (3,7). Gewählt: Gerhard Bloemekke (CDU).

38 Neckar-Odenwald: CDU 56,1 (61,4), SPD 32,2 (29,1), FDP 5,8 (5,1), Grüne 5,7 (4,3). Gewählt: Manfred Pfaus (CDU).

39 Weinheim: CDU 45,9 (47,9), SPD 39,6 (40,5), FDP 6,2 (6,7), Grüne 8,0 (4,5). Gewählt: Gerhart Scheuer (CDU).

40 Schwetzingen: CDU 48,5 (51,3), SPD 38,8 (38,3), FDP 5,4 (6,0), Grüne 7,0 (4,0). Gewählt: Michael Sieber (CDU).

41 Sinsheim: CDU 50,9 (53,5), SPD 35,3 (34,6), FDP 6,2 (7,4), Grüne 7,4 (4,2). Gewählt: Gerhard Weiser (CDU).

42 Pforzheim: CDU 49,3 (48,5), SPD 34,4 (38,1), FDP 6,9 (8,3), Grüne 9,1 (4,8). Gewählt: Hugo Leicht (CDU).

43 Calw: CDU 56,1 (57,1), SPD 27,2 (28,6), FDP 8,1 (8,2), Grüne 8,3 (5,9). Gewählt: Arnold Tölg (CDU).

44 Enz: CDU 48,0 (47,5), SPD 33,6 (35,9), FDP 8,4 (11,3), Grüne 9,7 (5,0). Gewählt: Hans Roth (CDU).

45 Freudenstadt: CDU 58,4 (59,7), SPD 27,0 (28,2), FDP 6,9 (7,7), Grüne 7,4 (4,1). Gewählt: Norbert Schneider (CDU).

46 Freiburg I: CDU 49,5 (50,8), SPD 26,9 (28,1), FDP 7,4 (9,5), Grüne 15,7 (11,2). Gewählt: Ludger Reddemann (CDU).

47 Freiburg II: CDU 37,1 (38,7), SPD 41,4 (40,9), FDP 5,5 (8,3), Grüne 14,9 (11,6). Gewählt: Günter Schrempp (SPD).

48 Breisgau: CDU 51,7 (51,2), SPD 29,2 (28,9), FDP 7,7 (9,8), Grüne 11,1 (9,8). Gewählt: Gundolf Fleischer (CDU).

49 Emmendingen: CDU 45,4 (45,2), SPD 35,8 (34,1), FDP 7,7 (12,6), Grüne 10,7 (7,7). Gewählt: Alois Schätzle.

50 Lahr: CDU 53,9 (56,3), SPD 31,6 (30,0), FDP 6,0 (7,5), Grüne 7,9 (5,8). Gewählt: Karl Theodor Uhrig (CDU).

51 Offenburg: CDU 58,3 (60,9), SPD 30,5 (28,3), FDP 4,5 (5,4), Grüne 6,4 (5,0). Gewählt: Robert Ruder (CDU).

52 Kehl: CDU 60,5 (60,5), SPD 27,5 (28,8), FDP 5,0 (5,5), Grüne 6,7 (5,1). Gewählt: Felix Hodapp (CDU).

53 Rottweil: CDU 58,2 (59,1), SPD 28,5 (29,2), FDP 6,4 (7,2), Grüne 6,7 (4,5). Gewählt: Josef Rebhan (CDU).

54 Villingen-Schwenningen: CDU 56,4 (56,3), SPD 28,2 (28,8), FDP 6,0 (7,4), Grüne 9,0 (6,1). Gewählt: Erwin Teufel (CDU).

55 Tuttlingen-Donaueschingen: CDU 54,8 (58,8), SPD 25,9 (27,4), FDP 9,4 (9,3), Grüne 6,0 (4,2). Gewählt: Roland Ströbele (CDU).

56 Konstanz: CDU 53,2 (54,5), SPD 27,7 (28,8), FDP 6,8 (8,8), Grüne 12,0 (7,7). Gewählt: Klaus von Trotha (CDU).

57 Singen: CDU 56,3 (58,4), SPD 30,0 (30,6), FDP 5,6 (4,7), Grüne 7,8 (5,9). Gewählt: Robert Maus (CDU).

58 Lörrach: CDU 47,6 (46,6), SPD 37,7 (36,9), FDP 6,1 (7,8), Grüne 8,2 (7,8). Gewählt: Heinz Eyrich (CDU).

59 Waldshut: CDU 57,0 (56,2), SPD 27,6 (28,3), FDP 6,0 (7,8), Grüne 8,7 (7,4). Gewählt: Rudolf Eberle (CDU).

60 Reutlingen: CDU 48,1 (50,7), SPD 29,7 (34,1), FDP 6,9 (8,8), Grüne 8,0 (5,9). Gewählt: Hermann Schaufler (CDU).

61 Hechingen-Münsingen: CDU 58,3 (60,2), SPD 27,4 (25,7), FDP 7,2 (9,4), Grüne 6,8 (4,5). Gewählt: Theo Götz (CDU).

62 Tübingen: CDU 47,2 (48,7), SPD 29,7 (30,4), FDP 7,7 (9,9), Grüne 14,9 (9,9). Gewählt: Gerhard Weng (CDU).

63 Balingen: CDU 61,5 (62,7), SPD 28,1 (28,4), FDP 4,4 (5,4), Grüne 5,8 (3,5). Gewählt: Heinrich Haasis (CDU).

64 Ulm: CDU 51,1 (51,4), SPD 34,7 (35,3), FDP 5,3 (7,5), Grüne 8,6 (5,4). Gewählt: Karl Göbel (CDU).

65 Ehingen: CDU 62,8 (64,3), SPD 24,6 (26,3), FDP 5,2 (5,1), Grüne 6,7 (4,2). Gewählt: Ventur Schöttle (CDU).

66 Biberach: CDU 69,4 (73,0), SPD 18,3 (17,3), FDP 5,2 (4,6), Grüne 6,9 (4,9). Gewählt: Wilfried Steuer (CDU).

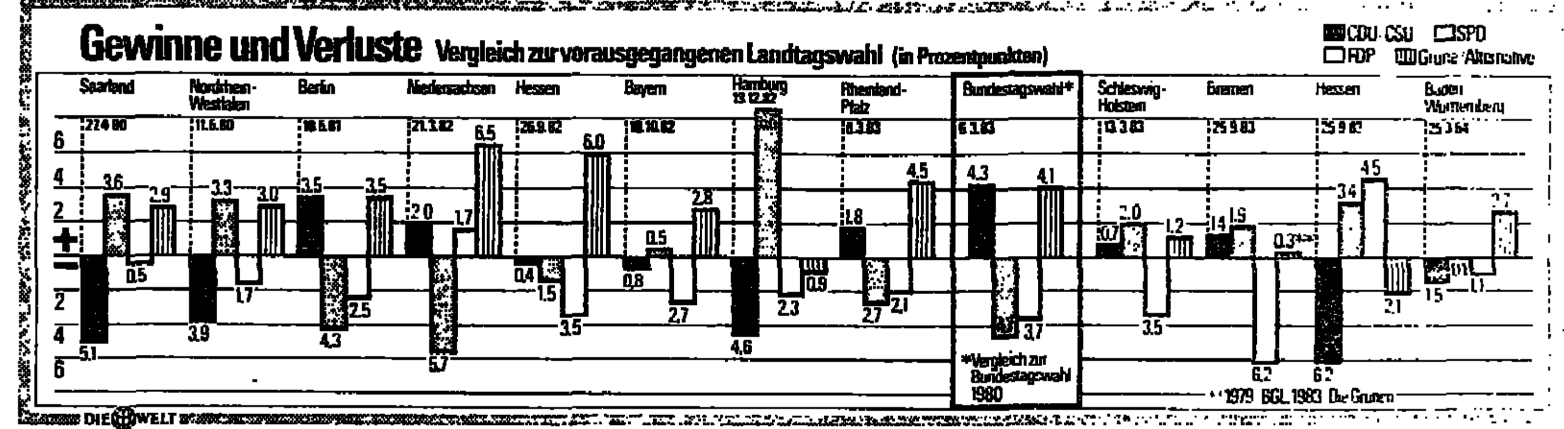
67 Bodensee: CDU 59,5 (60,5), SPD 24,8 (25,2), FDP 7,3 (7,5), Grüne 8,2 (6,6). Gewählt: Ernst Arnegger (CDU).

68 Wangen: CDU 69,5 (73,1), SPD 17,8 (17,1), FDP 4,6 (4,6), Grüne 7,8 (5,1). Gewählt: Josef Dreier (CDU).

69 Ravensburg: CDU 61,4 (64,8), SPD 23,0 (24,1), FDP 6,8 (6,2), Grüne 8,5 (4,6). Gewählt: Alfons Maurer (CDU).

70 Sigmaringen: CDU 69,0 (72,0), SPD 18,6 (19,1), FDP 5,2 (4,6), Grüne 6,9 (4,4). Gewählt: Dietmar Schlee (CDU).

(In Klammern die Ergebnisse der Landtagswahl 1980)



Enttäuschung bei der SPD

p.p. **Bonn**

In der Bonner SPD-Parteizentrale ist man vom Wahlergebnis enttäuscht. Weder hat sich der Aufwind der bayerischen Kommunalwahl als zuverlässiger Genosse Trend erwiesen, noch klappte es mit der unter anderem von Willy Brandt ausgegebenen Parole des „Denkzettels für die Bonner Wende-Koalition". Das Präsidium hat sich erst gestern abend mit den Zahlen aus Baden-Württemberg auseinandergesetzt. Aber Peter Glotz, der Bundesgeschäftsführer, hatte schon frühzeitig versucht, den Blick weg von der eigenen Stagnation im 30-Prozent-Getto zu richten, was er als „Struktur-Effekt der Südstaaten" bezeichnete. Statt dessen wurden die FDP, die ihren Platz im Parteiensystem verloren habe, und die Grünen ins Visier genommen. Für Glotz und die Bonner SPD-Führung ist klar, daß die Erfolge der Alternativen „ziemlich vollständig aus dem Fleisch der SPD" herausgeschnitten sind. Dies bedeute, daß Brandts „Integrationskurs" fortgesetzt werden müsse, um Stimmen zurückzuholen.

Die FDP sieht sich bestätigt

hey, **Bonn**

Die FDP-Führung sieht sich trotz der Stimmenverluste in ihrem Kurs bestätigt. Bei einer Analyse wurde gestern betont, die „Eigenständigkeit" der Partei sei unterstrichen worden und „das Leihstimmengerede weg". Mit den erreichten 7,2 Prozent sei zwar das FDP-Wählerpotential „nicht voll ausgeschöpft". Im Vergleich zu den Hessen- und Bundestagswahlen zeige sich jedoch eine „Stabilisierung". Dies sei eine gute Ausgangslage für nächste Wahlen.

Allerdings wurden auch Vorbehalte gegenüber der Wahlkampf-Konzeption geäußert. Denn die FDP hätte nur Stimmen aus dem bürgerlichen Lager holen können. Mit Forderungen nach einem Kommunalwahlrecht für Ausländer, Namensschilder für Polizisten und mehr Schülermitbestimmung sowie „programmatischen Widersprüchen" seien jedoch zur Zeit kaum CDU-Wähler zu gewinnen. Schwer vermittelbar sei auch gewesen, daß für Baden-Württemberg eine Koalitionsregierung nach Bonner Vorbild notwendig sei.

Trampert: Eine stabile Partei

hey, **Bonn**

Nach dem Wahlausgang präsentierte sich gestern die Bonner Parteispitze der Grünen voller Optimismus. Vorstandssprecher Rainer Trampert meinte, die Grünen seien „stabiler als andere Parteien". So sei auch der „Ablösungstrend von der Bonner Regierungspolitik" zugunsten seiner Partei und nicht der Sozialdemokraten ausgefallen. Die könnten nicht Opposition und Protest integrieren. Vielmehr bemühten sie sich, über den „Weg zur Mitte" wieder regierungsfähig zu werden.

Erste Wahlanalysen zeigten, daß die SPD durch diese Politik zwar Wähler von der CDU und insbesondere von der FDP gewinnen könnte. Gleichzeitig aber würde sie Stimmen an die Grünen verlieren. Laut Trampert ist diese Einschätzung jedoch keine Absage an mögliche Bündnisse mit der SPD. Eine Zusammenarbeit sei aber für die Grünen „nicht aus der Rolle der Schwäche heraus" machbar. Vorstandsmitglied Uli Tost räumte ein, daß die Grünen noch keine fertigen Konzepte hätten.

So wählte Baden-Württemberg

Vorläufiges amtliches Endergebnis

	Landtagswahl 1984			Landtagswahl 1980			Landtagswahl 1976			Bundestagswahl 1983[3]	
Wahlberechtigte	6 610 265			6 319 950			6 092 494			6 544 795	
Abgegebene Stimmen	4 705 866			4 549 463			4 596 810			5 785 570	
Wahlbeteiligung	71,2%			72,0%			75,5%			88,4%	
Gültige Stimmen	4 648 661			4 513 009			4 536 515			5 722 585	
Partei	**Stimmen**	**%**	**Mand.**	**Stimmen**	**%**	**Mand.**	**Stimmen**	**%**	**Mand.**	**Zweitst.**	**%**
CDU	2 411 362	51,9	68	2 407 798	53,4	68	2 573 147	56,7	71	3 010 521	52,6
SPD	1 506 589	32,4	41	1 468 873	32,5	40	1 510 012	33,3	41	1 777 511	31,1
FDP	333 278	7,2	8	374 633	8,3	10	353 754	7,8	9	514 382	9,0
Grüne	372 195	8,0	9	241 303	5,3	6	–	–	–	389 863	6,8
DKP	13 608	0,3	–	11 738	0,3	–	18 762	0,4	–	8 185	0,1
EAP[1]	1 636	0,0	–	152	0,0	–	191	0,0	–	2 918	0,1
FAP[2]	337	0,0	–	69	0,0	–	–	–	–	–	–

[1] Europäische Arbeiterpartei
[2] Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
[3] Ergebnis in Baden-Württemberg

Schwer trägt die Hansestadt an der Schuldenlast

Vom Ausgang des Normenkontrollverfahrens beim Bundesverfassungsgericht hängt die Existenz des kleinsten Bundeslandes ab

VON W. WESSENDORF

Die spektakuläre Bremer Sparrunde verdeckt einen brisanten Hintergrund von bundesweiter Bedeutung. Das Land Bremen will künftig auch in den Genuß von Ergänzungszuweisungen aus Mitteln des Bundes (BEZ) kommen. Deshalb hat der SPD-Senat Mitte Dezember 1983 ein Normenkontrollverfahren beim Bundesverfassungsgericht beantragt. „Der Ausgang dieses Verfahrens wird die Existenzfrage des kleinsten Bundeslandes entscheidend beeinflussen," meinen die Experten vom Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung (BAW), der dem Wirtschaftsressort zugeordnet ist.

Der stellvertretende Institutsleiter Günter Dannemann meinte im Gespräch mit der WELT: „Das Finanzausgleichsgesetz ist reformbedürftig. Es gilt seit 1970 aber seit Mitte der 70er Jahre muß Bremen als finanzschwaches Land gewertet werden." Dennoch erhalte das kleinste Bundesland als einziger Empfänger von Zuweisungen im Rahmen des horizontalen Finanzausgleichs zwischen den Ländern (LFA) keine BEZ. Auch Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen heißen das LFA-System für reformbedürftig – freilich aus anderen unterschiedlichen Gründen.

Politische Gegner führen die prekäre Haushaltslage Bremens auf die jahrelange Verschwendungssucht der alleinregiernden SPD zurück. So steht der Zwei-Städte-Staat bei einem Landesetat einschließlich der Gemeinden von 4,7 Milliarden DM mit acht Milliarden DM in der Kreide. Und trotz einschneidender Sparmaßnahmen, die bis 1987 umgesetzt werden sollen, tun sich laufend neue Löcher im Haushalt auf. Innerhalb von vier Jahren müssen dabei 1,2 Milliarden DM eingespart werden. Dabei will der Senat mit Verkäufen von Grundstücken und sonstigen Vermögen allein rund 600 Millionen Mark in die leeren Kassen holen. Kritisiert wird sogar die SPD-Fraktion, die Landesregierung: „Mit erheblicher Sorge erfüllt uns die Verschuldensentwicklung."

Diese miserable finanzielle Lage sieht Dannemann als eine der objektiven Voraussetzungen an, um mit dem Normenkontrollverfahren erfolgreich zu sein: „Unsere Schwäche ist unsere Stärke." Denn die Deckungsquote liege seit 1973 erheblich unter der aller Länder und Gemeinden (als Deckungsquote wird der Anteil der volkswirtschaftlichen Ausgaben einer Gebietskörperschaft bezeichnet, der durch laufende Einnahmen, d.h. ohne Netto-Kreditaufnahme gedeckt wird). Seit 1975 liege Bremens Deckungsquote konstant 11 Prozent unter dem Durchschnitt der BEZ-Länder Niedersachsen, Bayern, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Saarland. Dannemann: „Während Bremen zwischen 1975 und 1981 seine Ausgaben nur zu 80,8 Prozent mit laufenden Einnahmen decken konnte, lagen die BEZ-berechtigten Länder jeweils über 90 Prozent, mit Ausnahme des Saarlands." So fehlte Bremen 1982 in absoluten Zahlen ausgedrückt im Vergleich zu allen Bundesländern 340 Millionen DM an ordentlichen Einnahmen.

Die Verschlechterung der bremischen Deckungsquote schlägt sich aber laut Dannemann in einer drastischen Zunahme des Schuldenstandes je Einwohner nieder. 1970 hatte Bremen mit 1461 DM je Einwohner im Vergleich zu den BEZ-Ländern noch den zweitgünstigsten Schuldenstand zu verzeichnen. 1981 lag Bremen mit 10 160 DM je Einwohner schon um 142 Prozent über dem Durchschnitt der BEZ-Länder, das ebenfalls strukturschwache Saarland nur um 40,7 Prozent. Mit der schlagartig verschlechterten Deckungsquote und der damit verbundenen Verschuldung stieg die Zinslastquote 1976 erstmals über die Quote der BEZ-Länder. 1981 wies Bremen die höchste Zinssatzquote mit 10,6 Prozent auf. Der stellvertretende BAW-Institutsleiter: „Gemäß gültigem Finanzplan wird sie bis 1987 auf 15,5 Prozent ansteigen."



Seit 1975 sei außerdem ein kontinuierlicher Rückgang der Investitionsquote zu verzeichnen. Während die Quote bei den BEZ-Ländern nur um acht Prozent in diesem Zeitraum sank, sei der Rückgang in Bremen mit 36 Prozent bedeutend stärker ausgefallen.

Diese eklatante Finanzschwäche führt Dannemann auf die seit 1975 eingesetzte Abkoppelung des Bremer Arbeitsmarkts und Wirtschaftskraft vom Bundesdurchschnitt zurück. Diese Entwicklung schlage sich einerseits in erhöhten Ausgaben wie Sozialhilfe und Hilfen für Krisenbranchen sowie Wohngeld nieder, andererseits in relativ zurückbleibenden Einnahmen, die nur zum Teil durch den Länderfinanzausgleich aufgefangen würden.

So lag Bremen im vergangenen Jahr mit einer Arbeitslosenquote von 13 Prozent um 44 Prozent über dem Bundesdurchschnitt und 39 Prozent über den BEZ-Ländern. Und die Arbeitsmarktabkoppelung gehe mit einer unterdurchschnittlichen Wirtschaftsentwicklung einher. Da wirke sich empfindlich auf die öffentlichen Haushalte aus. Dannemann: „Quantitativ blieb der Wachstumsprozeß Bremens rund sieben Prozent hinter dem Bundesdurchschnitt zurück. Die BEZ-Länder aber übertrafen das durchschnittliche Wachstum sogar um drei Prozent." Voraussichtlich werde sich diese Schere auch in den nächsten Jahren weiter entwickeln. Das habe der Bund-Länder-Ausschuß „Projektion der mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit Bundesländern" im Juni 1983 prognostiziert.

Die Ursache für die zunehmende Wirtschaftsschwäche Bremens sieht der BAW in der Kumulation strukturschwacher und damit wachstumschwacher Sektoren. Alle BEZ-Länder würden eine stabilere Industriestruktur aufweisen als da Land Bremen. Zweidrittel einer Industriebeschäftigten arbeiteten in sogenannten Problembranchen, wie beispielsweise Schiffbau, Stahlindustrie, Flugzeugbau und Fischwirtschaft.

Aus alldem zieht Dannemann den Schluß: „Bremen würde angemessen an den Ergänzungszuweisungen beteiligte, wenn es mit dem gleichen Prozentsatz von 7,5 Prozent aufgenommen würde, mit dem das Land in den vergangenen Jahren das LFA-Gesamtvolumen in Anspruch nehmen mußte. 1981 hätte dies eine Ergänzungszuweisung von rund 110 Millionen Mark bedeutet."

Wehren wollen sich die Bremer im Rahmen des Normenkontrollverfahrens gegen eine Herabsetzung der 135-Prozent-Einwohner-Wertung. Bei den Ländersteuern können die Stadtstaaten ihre Einwohnerzahl mit 135 ansetzen, weil der Steuerbedarf hier höher liegt als in den Flächenstaaten. Denn nicht nur die Einpendler Bremens aus Niedersachsen nutzen die Infrastruktur der Hansestadt, sondern auch ihre Angehörigen. Dabei zahlen sie ihre Steuern am Wohnsitz. Zwar kommen dem Oberzentrum die Kaufkraftzuflüsse zugute, aber dafür fallen Mehrausgaben an, wie bei den Gerichten und im Strafvollzug (47 Prozent) sowie Polizei (plus 108 Prozent), Schulen (35 Prozent) und soziale Sicherung (68 Prozent). Dannemann: „Es ist eher an eine Erhöhung der Einwohnerwertung zu denken."

Schließlich meinen die BAW-Experten, daß der Abgeltungsbetrag für Seehafenlasten in Höhe von 25 Millionen DM jährlich aufgestockt werden muß. Sie berufen sich auf eine Anpassungsklausel im Gesetzestext, denn dieser Festbetrag besteht schon seit 1958. Dannemann: „Der Abgeltungsbedarf ist heute allein wegen der Inflation nur noch ein Drittel wert." Hinzu komme, daß die überregionale Bedeutung des Hafens für das Bundesgebiet heute wegen der Containerisierung zugenommen und gleichzeitig die regionalwirtschaftliche Bedeutung für Bremen abgenommen habe.

„Faßt man eine Erhöhung der Einwohnerwertung um einige Punkte, eine Aufstockung des Abgeltungsbetrages für die Seehafenlasten und die BEZ zusammen," resümiert BAW-Leiter Frank Haller, „dann bekäme Bremen pro Jahr 300 Millionen DM mehr aus dem Finanzausgleich. Das wärenüber die Legislaturperiode bis Ende 1987 gesehen zusammen die fehlenden 1,2 Milliarden DM."

Die Pharmaindustrie als Preistreiber?

Die Vorwürfe lassen sich nicht aufrechterhalten

PETER JENTSCH, Bonn

Der deutsche Medizinbetrieb hat seinen Watschenmann entdeckt: die Pharmaindustrie. In jüngster Zeit konzentriert sich die massive Schelte auf die Arzneimittelpreise, die zum Beispiel der Bundesverband der Ortskrankenkassen als „den kostentreibenden Spitzenreiter aller Leistungsausgaben der Krankenversicherung" geißelt.

In der Tat: Bis zum dritten Quartal 1983 waren die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung für Medikamente um 5,6 Prozent gestiegen, insgesamt wenden die Krankenkassen 14,5 Prozent ihrer Etats für diesen Leistungsbereich auf.

Made im Speck?

Ist also die Kritik berechtigt? Kennen die Arzneimittelhersteller anders etwa als Ärzte oder Zahnärzte keine Preisdisziplin? Leben sie wie die Made im Speck der Sozialversicherung?

Die Vorwürfe lassen sich kaum aufrechterhalten. Nach der WELT vorliegenden neuesten Schätzungen des Bundesarbeitsministeriums sind die Ausgaben der Kassen für Arzneimittel im vierten Quartal 1983 bereits erheblich zurückgegangen; über das Jahr gesehen werden die Aufwendungen der Kassen bei rund fünf Prozent liegen.

Das freilich ist auch eine Folge von Strukturverschiebungen. Das heißt, es wurden weniger Medikamente verordnet (minus zehn Prozent), dafür aber teurere und größere Packungen. Sicher eine Folge der Rezeptblattgebühr. Unter dem Strich aber bleibt: rückläufige Tendenz der Ausgaben.

Wesentlicher für die Beurteilung der Frage, ob diese Vorwürfe haltbar sind, ist die Basis, auf der Kassen und Politiker die Preisgestaltung der Pharmaindustrie betrachten bzw. vergleichen. Und das sind in der Regel internationale Preisvergleiche auf der Basis der aktuellen Wechselkurse. Hier schneiden die Arzneimittelhersteller der Bundesrepublik in der Tat schlecht ab.

Daß diese Art des Vergleichs wissenschaftlich aber nicht haltbar ist, das belegt jetzt eine Studie des angesehenen Baseler Forschungsinstituts Prognos AG mit dem Titel „Internationale Markt- und Preisvergleiche im Pharmabereich".

Prognos macht deutlich, daß der Devisenkurs kein geeigneter Parameter ist, um zu beurteilen, ob ein Arzneimittel in einem Land billig, in einem anderen teuer ist. „Einfluß auf diese Beurteilung haben das Einkommensniveau in den jeweiligen Ländern, die Zusammensetzung des Warenkorbs, die Häufigkeit des Arzneimittelgebrauchs." Hinzu kommen unterschiedliche staatliche Interventionen. So sind zum Beispiel in der Schweiz die Arzneimittel von der Mehrwertsteuer befreit, in vielen anderen Ländern ist der Steuersatz ermäßigt (Belgien sechs Prozent, Frankreich sieben, Luxemburg zwei, Italien acht, Niederlande vier Prozent). In Großbritannien sind Medikamente im Rahmen des nationalen Gesundheitsdienstes von der Steuer befreit.

Prognos legte seinem Vergleich die Frage zugrunde: In welchem Verhältnis steht die Höhe der Arzneimittelpreise zur Höhe des Einkommens des Verbrauchers? Stellt man dann den Preis eines fiktiven „durchschnittlichen" Arzneimittels einem repräsentativen Stundenlohn gegenüber, so ergeben sich folgende Verhältnisse:

Die Arbeitsleistung, die ein italienischer Arbeiter erbringen muß, um ein Arzneimittel kaufen zu können, lag um 41 Prozent über der seines deutschen Kollegen. Ein französischer Arbeiter mußte noch 25 Prozent und ein britischer ein Prozent länger arbeiten. Lediglich der Schweizer Erwerbstätige muß um drei Prozent weniger arbeiten als sein deutscher Kollege, um das Präparat kaufen zu können. Dies macht deutlich, wie relativ die Argumente der Kassen sind, wenn sie von „teuren" deutschen Arzneimitteln und „billigen" ausländischen Präparaten sprechen.

Währungsverfall

Anders ausgedrückt: Wenn der deutsche Patient aufgrund des extremen Verfalls der italienischen Währung während seines Italien-Urlaubs empört feststellt, daß die gleichen Präparate, die er in Deutschland kauft, in Italien, über die Mark umgerechnet, billiger sind als daheim, dann ist das für den Italiener ebenso unerheblich wie für die italienische Sozialversicherung. Prognos: „Aus dem italienischen Pharmapreisniveau den Schluß zu ziehen, die deutsche Pharmaindustrie nähme überhöhte Preise, ist schlichtweg unzulässig."




Kirche drängt die SED: West-Reisen erleichtern

Kardinal Meisner rät Gläubigen vom Übersiedeln ab

HANS-R. KARUTZ, Berlin/Bonn

Führende Persönlichkeiten der evangelischen Kirchen in Mitteldeutschland wollen die SED offenbar bewegen, Reiseerleichterungen in Richtung Westen zu schaffen. Eine Äußerung des Ostberliner Konsistorialpräsidenten Manfred Stolpe auf einer Tagung in Tutzing am Wochenende zielte in diese Richtung. Stolpe – ein Jurist, kein Geistlicher – unterhält hervorragende Verbindungen zur SED-Führung. Bei zuständigen Bonner Experten heißt es, es habe den Anschein, als denke Ost-Berlin angesichts der nicht abreißenden Ausreise-Antragsflut jetzt über „Modelle" für West-Reisen unterhalb des Rentenalters nach.

Die Aussage von Stolpe, der beispielsweise im September 1983 den Besuch von Ex-Kanzler Helmut Schmidt in der „DDR" mit arrangierte und in seinem Potsdamer Haus ein Schmidt-Treffen mit dem Honecker-Vertrauten, Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, ermöglichte, spricht ebenfalls für eine solche Annahme. „Ich bin ganz sicher, dann hätten wir kaum noch Ausreiseanträge", sagte Stolpe vor der Evangelischen Akademie und nannte eine „Lockerung der Reisemöglichkeiten" als vordringliches politisches Ziel. Zugleich hatte Stolpe in seiner Eigenschaft als einer der beiden stellvertretenden Vorsitzenden des Kirchenbundes die Kirchen aufgefordert, „die Menschen mehr zu ermutigen, ihren Platz in der Gesellschaft der DDR einzunehmen".

Offenkundig führt jedoch die enorme Zahl von Ausreisewilligen bisher nicht zu einer einheitlichen Betrachtungsweise dieses Problems durch leitende Kirchenmänner. In Kreisen der evangelischen Kirche drüben wurde die deutlich zum Bleiben auffordernde Äußerung von Joachim Kardinal Meisner in Rom als „erstaunlich" bewertet. Der Vorsitzende der katholischen Bischofs-Konferenz in der „DDR" riet bei einer Predigt in seiner römischen Titelkirche den 150 mitteldeutschen Reisenden eines Pilgerzuges: „Weil wir unsere Heimat lieben, lieben wir die Kirche. Deshalb sind wir nach Rom gepilgert, um in unserem Glauben erneuert heimkehren und unseren Brüdern und Schwestern sagen zu können 'Hier, in unserer Heimat, ist gut sein, hier laßt uns Hütten bauen und Kirche sein für das Heil der Welt.'"

Das Problem von West-Reisen für jüngere „DDR"-Bürger beschäftigt die evangelischen Kirchen seit Jahren. Vor allem Stolpe setzte sich gemeinsam mit dem früheren Kirchenbunds-Vorsitzenden Albrecht Schönherr immer wieder für eine Fortsetzung des Helsinki-Prozesses in Richtung größerer Bewegungsmöglichkeiten ein.

Die gewaltsame Abschiebung von Roland Jahn (Jena) im vergangenen Sommer rief damals den Schweriner Bischof Heinrich Rathke während des Rostocker Kirchentages mit folgender Bemerkung in einer Pressekonferenz auf den Plan: Er habe den staatlichen Stellen wiederholt nahegebracht und in „hautnahen Verhandlungen" gesagt: „Leute, wir brauchen Situationen, in denen nicht solche Ausreisegründe kommen."

Mitte März äußerte sich dann als erster Bischof der Dessauer Kirchenpräsident Eberhard Natho in einem Interview mit dem „Informationsdienst der Evangelischen Allianz" in Wetzlar aktuell zu diesem Thema: „Christen haben in der DDR eine Perspektive und sind nicht gezwungen, ihr Land zu verlassen. Sie sollten Gott vielmehr zutrauen, daß er sie in der DDR mit dem Nötigen ausrüstet." Wer ausreise, habe seine „individuellen Gründe".

Die Mutmaßung zuständiger Bonner Dienststellen, Ost-Berlin könnte möglicherweise nach dem Vorbild der polnischen oder ungarischen Reise-Modalitäten zu einer liberaleren Praxis gelangen, stützt sich auf zwei Überlegungen:

- 1983 stieg die Zahl der genehmigten Ost-West-Fahrten in dringenden Fällen um 40 Prozent auf 64 025. Diese positive Tendenz hält auch 1984 an. „Nur ein Bruchteil dieser Reisenden bleibt im Westen", sagte ein fachkundiger CDU-Politiker zur WELT.
- von den 1200 Jugendlichen – meist FDJ-Funktionäre oder anderer linientreuer Nachwuchs – die im Rahmen der Abmachungen zwischen Bundesjugendring und FDJ bisher in die Bundesrepublik reisten, kehrte nur einziger Teilnehmer nicht zurück.

Vorbild für eine „DDR"-Lösung, wie sie auch Richard von Weizsäcker mehrfach bei seinen Informationsgesprächen drüben ins Spiel brachte, könnten sein:

Ungarn: Eine West-Reise jährlich, falls westliche Gastgeber die Kosten tragen:; alle drei Jahre ein Anspruch auf Reise-Devisen. Die Flucht-Quote liegt unter einem Prozent.

Polen: Voraussetzung für einen Reisepaß lediglich eine von polnischen Missionen im Westen abgestempelte Einladung durch Freunde oder Verwandte.

Özals Partei siegt. Neue Parteien verdrängen bisherige Opposition

Kommunalwahlen zeigen: Regierung in Ankara besteht ersten Popularitätstest

E. ANTONAROS, Athen

Die türkischen Kommunalwahlen haben dem seit Dezember regierenden Ministerpräsidenten Turgut Özal und seiner rechtskonservativen „Mutterlandspartei" einen Wahlsieg, den bisher im Parlament vertretenen Oppositionsparteien eine vernichtende Niederlage gebracht. Während Özal den bei der Parlamentswahl im November errungenen Stimmenanteil überraschend gut halten konnte, wurden die beiden Oppositionsparteien von zwei jetzt erstmalig zugelassenen Parteien regelrecht an die Wand gedrückt.

Nach einem lebhaften, aber recht kurzen Wahlkampf, der weitgehend an die Wahlkampfzeit vor dem Putsch der Generäle in 1980 erinnerte, war der Wahltag relativ ruhig verlaufen. Obwohl der Ausschank von alkoholischen Getränken und das Tragen von Schußwaffen selbst mit Waffenschein verboten war, gab es bei Schlägereien in abgelegenen Landesteilen vier Tote und ein paar Dutzend Verletzte.

Nach Auszählung von knapp fünf Millionen Stimmen in 58 von insgesamt 67 türkischen Provinzen erreichte die Regierungspartei etwas mehr als 43 Prozent aller Stimmen. Überraschend war das Wahlergebnis selbst für Özal und seine engsten Mitarbeiter, vor allem in den Großstädten Ankara, Istanbul und Izmir. In diesen einstigen Hochburgen der Sozialdemokraten haben Kandidaten von Özals „Anavatan-Partisi" die Mehrheit erhalten. Offenbar haben sich große Wählermassen für eine Unterstützung der Wirtschaftspolitik Özals entschieden.

Das Wahlergebnis der Kommunalwahlen zeigt auch, daß die vom Sohn des früheren Staatspräsidenten Ismet Inönü, dem Physikprofessor Erda Inönü, angeführte „Sozialdemokratische Partei" (Sodep) die Rolle der wichtigsten Oppositionsgruppe für sich beanspruchen kann: Mit 23,5 Prozent der Gesamtstimmen hat sie dreimal soviel Stimmen wie die von den Generälen indirekt unterstützte „Populistische Partei", die in der Nationalversammlung zur Zeit die zweitwichtigste Fraktion nach Özals „Mutterlandspartei" stellt.

Weit unter ihrem Wahlziel ist hingegen die ebenfalls neu zugelassene „Partei des rechten Weges" geblieben, die als Nachfolgeorganisation der verbotenen „Gerechtigkeitspartei" von Ex-Premier Demirel gilt: Mit 15 Prozent der Stimmen kann sie für Özal zu keiner echten Gefahr werden. Vielmehr hat sie sich Stimmen von der militärfreundlichen „Nationalistischen Demokratie-Partei" geholt, die es nur auf 6,5 Prozent bringen konnte.

Durch das Wahlergebnis ist eine völlig neue Parteienlandschaft entstanden. Zwar hat Özal diesen Popularitätstest mit Erfolg bestanden und kann nun von sich behaupten, eine nachträglich legitimierte Regierung gebildet zu haben. Andererseits wird die Rolle der Opposition jetzt von Parteien in Anspruch genommen, die im Parlament nicht vertreten sind, weil die Generäle zur Parlamentswahl im November letzten Jahres nur drei Parteien zugelassen hatten.

Diese durch die Kommunalwahlen legitimierte Opposition wird mit Özal ganz gewiß nicht zimperlich umgehen. Bereits sind Stimmen, vor allem in der Presse, laut geworden, die Özal zu vorgezogenen Parlamentswahlen auffordern. Dadurch soll – so argumentiert unter anderem auch Sodep-Chef Inönü – eine Nationalversammlung entstehen, deren Zusammensetzung ein realistischeres Bild über die politischen Kräfte der Türkei wiedergeben soll. Dazu hat sich Özal noch nicht geäußert. (SAD)

Seite 2: Bestätigung für Özal

Nebeneinander von Staat und Stiftungen fördert den Wettbewerb

HEINZ HECK, Köln

„Wir feiern heute kein Fest", erklärte Kurt Birrenbach bescheiden. Dabei bestand durchaus Anlaß hierzu. Denn vor 25 Jahren wurde in Köln von Frau Amelie Thyssen und ihrer Tochter, Anita Gräfin Zichy-Thyssen, mit einem Vermögen von damals 270 Millionen Mark die Fritz Thyssen Stiftung gegründet. Es war die erste nach dem Krieg, ihrer wirtschaftlichen Bedeutung nach rangiert sie heute auf dem zehnten Platz.

Birrenbach, Vorsitzender des Stiftungskuratoriums, hatte prominente Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft aufgeboten, die in Anwesenheit des Bundespräsidenten über die Wissenschaftsförderung nach dem Zweiten Weltkrieg diskutierten. Unter den Symposion-Teilnehmern schälte sich als einhellige Meinung heraus, daß die langfristige Sicherung des wissenschaftlichen Nachwuchses die wichtigste Aufgabe für die kommenden Jahre sei. Die Stiftungen könnten hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Nach den Summen, die sie zur Wissenschaftsförderung beisteuern, lieferten sie allenfalls den sprichwörtlichen „Tropfen auf den heißen Stein" (Hans L. Merkle). Doch sollte nicht übersehen werden, daß das Nebeneinander von Staat und privaten Stiftungen den Wettbewerb fördere.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Stiftungen für die Wissenschaft wäre zweifellos noch größer, wenn sie ähnliche steuerliche Vergünstigungen hätten wie zum Beispiel in den USA. Dort spielten „steuerliche Erwägungen fraglos eine Rolle", betonte Professor Gerhard Casper (Universität Chicago). Zu den Vorzügen der Stiftungsförderung wird auch gezählt, daß sie weniger Bürokratie entfalten und beweglicher sind. Schließlich hätten sie das Recht zum Wagnis, das man dem Staat nicht in gleichem Maße zubilligen könne.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Erstmals seit 1949 erringt die ÖVP die absolute Mehrheit in Salzburg

Verluste für die SPÖ vor allem in ihren Hochburgen / Reaktion auf die Sparpolitik

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Mit einer schweren Niederlage für die Parteien der Wiener Regierungskoalition – die Sozialisten und die Freiheitlichen – sowie mit einem Triumph für die Österreichische Volkspartei (ÖVP) endeten am Sonntag die Landtagswahlen im Bundesland Salzburg.

Die ÖVP unter Landeshauptmann (Ministerpräsident) Wilfried Haslauer erreichte ihr bestes Ergebnis seit dem Zweiten Weltkrieg und gewann erstmals seit 1949 die absolute Mehrheit mit 50,1 Prozent der insgesamt 242 000 abgegebenen Wählerstimmen. Den österreichischen christlichen Demokraten gelang in diesem Bundesland zum ersten Mal auch der Sprung weit über die bisher gehaltene 45-Prozent-Marke.

Die Sozialisten, die noch in den siebziger Jahren und in der Blütezeit der Ära Kreisky begründete Hoffnungen hegten, die relative Mehrheit der ÖVP im Land Salzburg kippen zu können, fielen jetzt von bisher 39,1 auf 35,2 Prozent zurück. Ihr Wählerpotential wurde buchstäblich dezimiert. Jeder zehnte bisherige SPÖ-Wähler kehrte der Partei den Rücken.

Besonders stark waren die Verluste der SPÖ und dementsprechend die Gewinne der Volkspartei in den sozialistischen Hochburgen mit hohem Anteil an Arbeitern. Damit zeigte sich erstmals in Salzburg ein Trend, der auch in der Bundesrepublik bereits beobachtet werden konnte.

An eine Katastrophe grenzt das Wahlergebnis für die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die seit einem Jahr mit den Sozialisten in Wien eine Koalitionsregierung bildet. Obwohl die FPÖ in Salzburg ausdrücklich von der Möglichkeit einer „rotblauen Koalition" auf Landesebene abrückte, verlor sie fast ein Drittel ihrer bisherigen Stimmen. Ihr Stimmenanteil sank von 13,3 auf 8,7 Prozent, obwohl Salzburg bisher als ihre Hochburg gegolten hat. Durch ihre Stimmen- und Mandatsverluste büßt sie auch den Sitz in der Landesregierung ein, den sie seit 35 Jahren ununterbrochen innehatte.

Für den Salzburger Landeshauptmann Haslauer stellt dieses Resultat den bisher größten Erfolg seiner politischen Laufbahn dar. Er verfügt jetzt im Landtag und in der nach der Landesverfassung proportional zusammengesetzten Landesregierung über die absolute Mehrheit. Politische Beobachter lassen keinen Zweifel daran, daß das Salzburger Resultat nicht nur einem Sieg in der ÖVP, sondern eine schwere Niederlage für das Wiener Kabinett Sinowatz/Steger darstellt, dem der Wähler einen Denkzettel verpaßte.

Offenbar haben die Salzburger Wähler ihre Unzufriedenheit über die unpopulären Maßnahmen der Wiener Bundesregierung – das „Belastungspaket", die Sparzinsensteuer, die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die damit verbundenen Preissteigerungen – ausdrücken wollen.

Auch Führungsschwäche dürfte eine Rolle gespielt haben etwa bei Unvermögen des Kanzlers und SPÖ-Vorsitzenden, sich in der Frage des Abbaues freiwilliger Sozialleistungen gegen die Betriebsräte der Linzer verstaatlichten Industrie durchzusetzen. Außerdem hat die Regierung durch die Ankündigung von Pensionskürzungen, durch das Verbot von Nebenverdiensten für Beamte und Pensionisten und ähnliches mehr zahlenstarke Bevölkerungsschichten vor den Kopf gestoßen.

Bemerkenswert ist, daß das Salzburger Pendant zu den deutschen Grünen – die „Grüne Alternative Bürgerliste" – mit 4,2 Prozent kein Mandat erringen konnte.

Briten wollen Territorialheer weiter ausbauen

dpa, London

Die britische Territorial-Armee, in der Freiwillige in ihrer Freizeit militärisches Training erhalten, soll bis 1990 von 75 000 auf 86 000 Mann verstärkt werden. Verteidigungsminister Michael Heseltine, der dies am Montag im Unterhaus ankündigte, sagte: „Diese Maßnahmen werden unsere konventionelle Schlagkraft sowohl im Vereinigten Königreich als auch in der Bundesrepublik Deutschland beträchtlich erhöhen. Sie werden die Glaubwürdigkeit der konventionellen Abschreckung der NATO steigern."

Nach den Worten des Verteidigungsministers ist die Bildung von sechs neuen Infanterie-Bataillonen und eines Luftverteidigungs-Regiments vorgesehen.

Rückkehrhilfe wird jetzt auch vorfinanziert

Rei. Bonn

Von sofort an können sich ausländische Arbeitnehmer 75 Prozent der ihnen zustehenden Rückkehrhilfe schon in der Bundesrepublik auszahlen lassen. Auf Antrag beim Arbeitsamt wird ihnen von der Bundesanstalt für Arbeit und der Lastenausgleichsbank der Betrag zu 3,6 Prozent Zinsen vorfinanziert. Das erleichtert Rückkehrern den Kauf von Gütern, die sie zum Aufbau eines Betriebes oder einer Werkstatt in ihrem Heimatland benötigen.

Ursprünglich war vorgesehen, Rückkehrern den Betrag erst nach Verlassen der Bundesrepublik auszuzahlen. Es hatte sich jedoch eingebürgert, daß private Geldverleiher vor allem heimkehrenden Türken zu überhöhten Zinsen die ihnen zustehenden Beträge vorfinanzierten.

Peter Hopen als neuer Leiter des ZDF-Studios Bonn

dpa, Mainz

Zum Nachfolger des Studioleiters des ZDF in Bonn, Hans-Joachim Reiche (62), hat ZDF-Intendant Dieter Stolte den ebenfalls 62jährigen Peter Hopen berufen, der seit 1962 für das ZDF und mehrere Tageszeitungen tätig ist. Reiche tritt zum 1. Juli in den Ruhestand. Hopens Stellvertreter wird zum 1. September Joachim Jauer (43), zur Zeit Leiter der Sendereihe „Kennzeichen D". Dieses Magazin wird der bisherige Moskau-Korrespondent Dirk Sager übernehmen. Nach Moskau geht der Korrespondent in Ost-Berlin, Joachim Holtz.

Die Hauptredaktion Gesellschaft und Bildungspolitik des ZDF wird am 1. Mai von Gerd Jauch übernommen, der dort Nachfolger von Heiner Boelte wird.

Großer Abschied für General Kießling

AP, Neustadt

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner hat den vor drei Monaten auf sein Betreiben entlassenen General Günter Kießling bescheinigt, der Bundesrepublik „treu gedient" zu haben. Bei der feierlichen Verabschiedung des am 1. Februar rehabilitierten und wiedereingestellten stellvertretenden NATO-Oberbefehlshabers gab der Minister gestern abend in der Ernst-Moritz-Arndt-Kaserne im hessischen Neustadt seiner Hoffnung Ausdruck, mit Kießling, der zu seinem Bedauern „schwere Kränkungen" habe hinnehmen müssen, eines Tages das menschliche Einvernehmen zu haben, „das unsere Bekanntschaft so lange geprägt hat". Der General dankte für die „warmherzigen Worte".

Tschernenko: Wohlstand des Volkes heben

dpa, Moskau

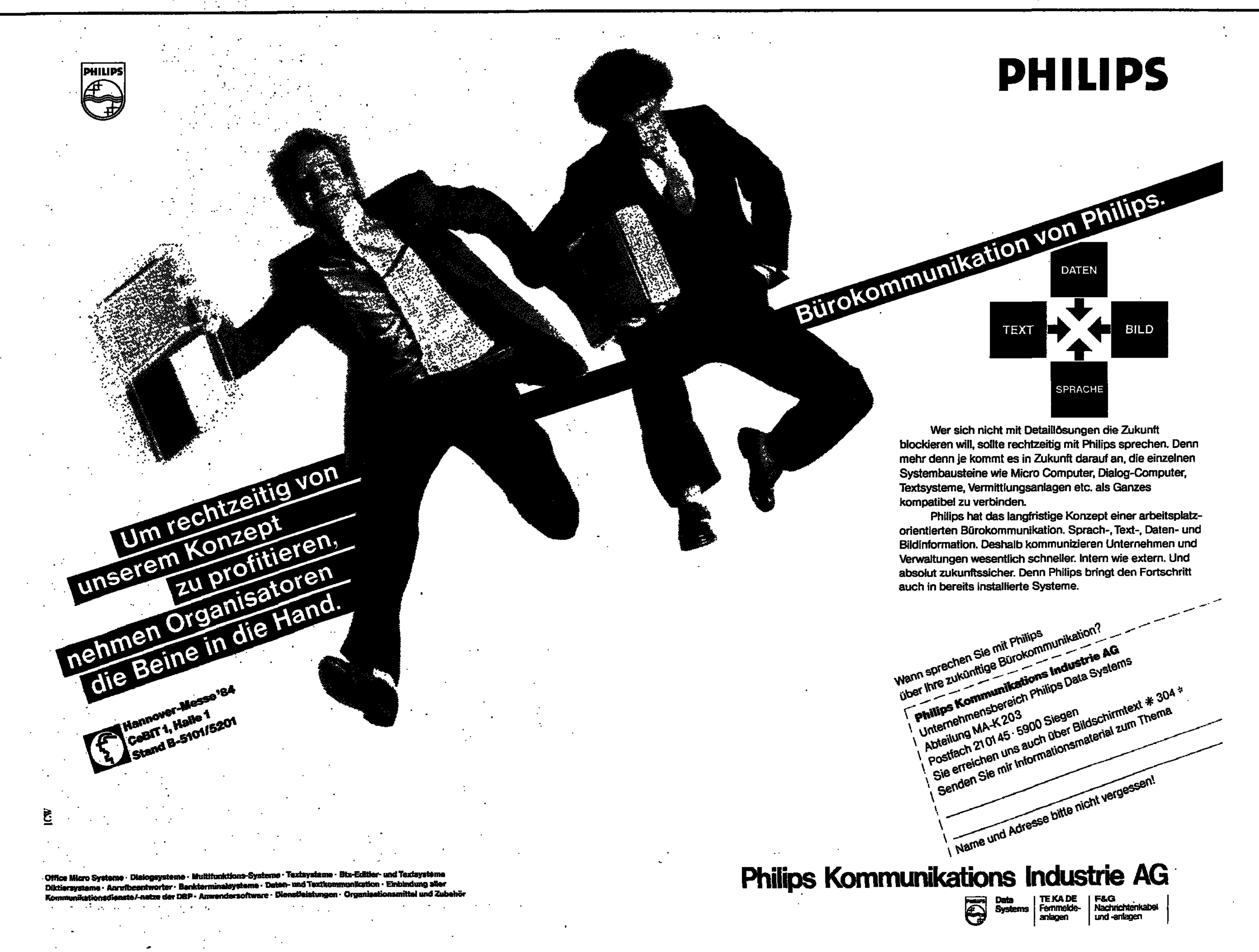
Eine bessere Versorgung der sowjetischen Bevölkerung mit Lebensmitteln steht im Mittelpunkt einer Wirtschaftskonferenz, die Parteichef Konstantin Tschernenko im Moskauer Kreml eröffnet hat. Der Parteichef forderte eine effektiver gestaltete Volkswirtschaft, wozu eine hochentwickelte Landwirtschaft gehöre, um den „materiellen Wohlstand" des Volkes zu heben.

In der Veranstaltung sollen die ersten Resultate des 1982 eingeleiteten Lebensmittelprogramms erörtert werden. Hauptziel ist eine qualitativ und quantitativ verbesserte Versorgung mit hochwertigen, Nahrungsmitteln. So soll der Pro-Kopf-Verbrauch von Fleisch von gegenwärtig 58 Kilogramm im Jahr auf 70 Kilogramm bis 1990 gesteigert werden.

Banküberfall in Würzburg. Terroristen?

W. K. Bonn

Die Abteilung „Te" (Terrorismus) des Bundeskriminalamtes verfolgt seit gestern Spuren eines Überfalles auf eine Würzburger Bank, bei dem vier unbekannte Täter etwa 100 000 Mark erbeutet haben. Nach Angaben der Bundesanwaltschaft besteht ein „Anfangsverdacht" auf die Täterschaft einer terroristischen Gruppierung. Die Polizei fand an einem zur Flucht benutzten roten Audi eine Kennzeichen-Doublette von der Art wie sie häufig bei Raubüberfällen von Terroristen verwendet worden war. Im September 1982 hatten bei dem letzten bisher bekanntgewordenen Bankraub der terroristischen „Roten Armee Fraktion" drei Frauen und ein Mann 126 000 Mark in Bochum erbeutet. Fingerspuren stammten laut Polizei von Christian Klar.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Blauer Dunst und Vorbild

„Leserbriefe: Risiko des blauen Dunstes"; WELT vom 7. März

Sehr geehrte Redaktion,

ich meine, daß in den Leserbriefen aus berufenem Munde deutlich nicht nur die Gefahren für die eigene Gesundheit der Raucher und die der Mitbürger als Passivraucher, sondern auch für gewisse Sicherheitsbereiche aufgezeigt worden sind. Es ist doch allgemein nur zu bekannt, daß Raucher im Zusammenleben mit Familienangehörigen zu Hause und mit Mitarbeitern in Büros usw., also in Innenräumen, diese Personen alle zu Passivrauchern machen, d. h., daß diese zwangsläufig mindestens zwei Drittel der im Tabakrauch enthaltenen Giftstoffe, die jeweils an die Umgebungsluft abgegeben werden, „inhalieren müssen".

Es sollte vom zuständigen Bundesministerium nunmehr endlich etwas für den „Nichtraucherschutz am Arbeitsplatz" unternommen und zudem laufend entsprechend auf die angesprochenen Gefahren hingewiesen werden, so wie es Prof. Dr. med. F. Schmidt schon seit vielen Jahren immer wieder tut.

Bei dieser Gelegenheit darf noch gefragt werden, warum eigentlich die Teilnehmer an Gesprächsrunden jeder Art im Fernsehen nicht von sich aus auf jegliches Rauchen verzichten und damit ein gutes Beispiel geben können? Es ist m. E. doch sehr taktlos, auch gegenüber uns Zuschauern, wenn sich die im Studio erscheinenden Raucher selber und andere Teilnehmer einer Runde derart mit Rauchwolken einnebeln, daß weder sie noch die Nichtraucher oft kaum zu erkennen sind, und die Letztgenannten sich gegen diese gesundheitswidrige, oft rücksichtslose Unart nicht zu wehren vermögen. Warum bittet nicht der jeweilige Moderator bzw. Leiter zu Beginn einer jeden Gesprächsrunde bzw. eines Einzelgespräches darum, während der Sendung nicht zu rauchen?

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Spindler,
Lübeck

Doppelbeschluß

Sehr geehrte Herren,

im Artikel „Demontage-Strategie" (WELT vom 22. 3. 1984) schreibt Cay Brockdorf: „Er (der SPD- Bundesgeschäftsführer Peter Glotz) behauptet – wie auch Biedenkopf und Helmut Schmidt –, das nukleare Element der Strategie sei nicht mehr mehrheitsfähig."

Das ist nicht richtig. Helmut Schmidt ist in der „Zeit" vom 3. 6. 1983 für den NATO-Doppelbeschluß eingetreten, er sieht die Aufstellung von Raketen in Europa vor. Als Henry Kissinger (in der „Zeit" vom 2. 3. 84) die Verringerung der US-Truppen in der Bundesrepublik für möglich hielt, antwortete Helmut Schmidt („Zeit" vom 9. 3. 84): „Kein Verzicht auf nukleare Waffen, wohl aber ein besseres konventionelles Gleichgewicht." Und: „Unter qualitativ und quantitativ verbesserten Bedingungen wäre ein Teilabzug amerikanischer Truppen nicht notwendigerweise ein Unglück."

Gerd Bucerius
Verleger der „Zeit"

„Aktionseinheit"

„Bonn: Gewisser Erfolg der DKP"; WELT vom 16. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

als letzter Leiter des Anfang 1971 in Praktizierung der „neuen" Ost- und Deutschlandpolitik der SPD liquidierten „Referats für gesamtdeutsche Fragen" (Ostbüro der SPD) beim Parteivorstand muß ich die Angaben des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger, über „Aktionseinheit"-Bündnisse von Kommunisten und SPD-Mitgliedern ergänzen.

Die vom SPD-Parteirat am 14. 11. 1970 verabschiedete Entschließung zur Frage „Zusammenarbeit mit DKP, SEW, SDAJ und FDJ (Berlin)", in der einleitend kategorisch festgestellt wird: „Zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gibt es keine Aktionsgemeinschaft", wurde von Anfang an von zahlreichen SPD-Mitgliedern und SPD-Gliederungen gröblichst mißachtet – und von der SPD-Führung nicht konsequent durchgesetzt.

Nicht „vereinzelt", sondern massenhaft sind seit Beginn der 70er Jahre SPD-Mitglieder (nicht Sozial-Demokraten!) „Aktionseinheits"- und Volksfront-Bündnisse mit Kommunisten und deren Hilfstruppen eingegangen. In der sogenannten „Friedensbewegung" ebenso wie im „Kampf" gegen angebliche „Berufsverbote"; im sogenannten „antifaschistischen Kampf" wie in „Bürgerinitiativen" aller Art.

Der Abgrenzungsbeschluß vom November 1970 ist offiziell bis jetzt nicht außer Kraft gesetzt worden. Für unzählige SPD-Mitglieder ist er jedoch ein „papiernes Fossil". Dr. Kurt Schumacher, der erste Vorsitzende der SPD nach dem Kriege in den drei Westzonen bzw. in der Bundesrepublik Deutschland bis 1952 hatte auf die von Freunden und Gegnern der Sozialdemokratie immer wieder gestellte Frage, ob denn Sozialdemokraten und Kommunisten nicht eigentlich Brüder seien, geantwortet: „Auch Kain und Abel waren Brüder!" Bekanntlich erschlug Kain den Abel.

Den Kommunisten kann die seit anderthalb Jahrzehnten anhaltende „Aufweichung" der SPD nur recht sein. Für die Kommunisten ist „Bündnispolitik" wesentlicher Bestandteil ihrer Revolutionsstrategie.

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Bärwald,
Bonn 2

Der Stellenwert

„Erfahrung eines Kardinals"; WELT vom 16. März

Sehr geehrter Herr von Loewenstern,

Sie haben mir aus der Seele gesprochen mit Ihrer Kritik an den taktierenden und lavierenden „weisen Hierarchen" Polens! Die schäbige Behandlung Walesas und der „Solidarität" durch den hohen polnischen Klerus zugunsten eines faulen Friedens mit dem kommunistischen System empört auch mich schon seit langem; dennoch glaube ich fest daran, daß der charakterstarke Elektriker aus Danzig dereinst im Urteil Gottes einen wesentlich höheren Stellenwert einnehmen wird als die in Purpur gehüllten Amtsträger, die ihn heute als „keine bedeutende Persönlichkeit" einschätzen.

Mit freundlichen Grüßen
Edgar Hugel,
Grefrath 1

Wort des Tages

» Der wahre Glaube ist keine Doktrin und keine verstockte und rednerische Rechthaberei. Es ist nicht der Glaube an irgendwelche Grundsätze. Worte und Ideen wie Freiheit, Gleichheit, Demokratie, Zivilisation und Fortschritt. Es ist der Glaube an Gott. «

Thomas Mann, dt. Autor (1875–1955)

FINANZANZEIGEN

International Bank for Reconstruction and Development

(Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung)
– Weltbank –
Washington, D.C.
6½% Deutsche Mark-Anleihe von 1969
– WKN 457 381/90 –

Resteinlösung

Die bisher nicht ausgelosten Teilschuldverschreibungen der

Serie 2 – WKN 457 382 –

mit den Stücknummern

10001 – 20000 zu je DM 1000,–
103001 – 106000 zu je DM 5000,–

im Nennbetrag von DM 25000000,– werden zur Rückzahlung zum 1. Juni 1984 fällig.

Die Einlösung der Teilschuldverschreibungen erfolgt vom 1. Juni 1984 an zum Nennbetrag gegen Einreichung der Wertpapiermäntel bei den nachstehend genannten Banken und deren Niederlassungen:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
ADCA-BANK Aktiengesellschaft Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Baden-Württembergische Bank Aktiengesellschaft
Bankers Trust GmbH
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Commerzbank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Länderbank Aktiengesellschaft
Conrad Hinrich Donner
Hallbaum, Maier + Co. AG – Landkreditbank –
Handels- und Privatbank Aktiengesellschaft
Hessische Landesbank – Girozentrale –
von der Heydt-Kersten & Söhne
Landesbank Rheinland-Pfalz – Girozentrale –
Merck, Finck & Co.
National-Bank Aktiengesellschaft
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Karl Schmidt Bankgeschäft
Schwäbische Bank Aktiengesellschaft
J. H. Stein
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
Weberbank Kommanditgesellschaft a.A.
Westfalenbank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bankhaus H. Aufhäuser
Badische Kommunale Landesbank – Girozentrale –
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bremer Landesbank
Delbrück & Co.
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Effectenbank-Warburg Aktiengesellschaft
Hamburgische Landesbank – Girozentrale –
Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien
Bankhaus Hermann Lampe Kommanditgesellschaft
Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Bankhaus Neelmeyer Aktiengesellschaft
Oldenburgische Landesbank Aktiengesellschaft
Reuschel & Co.
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.
Simonbank Aktiengesellschaft
Trinkaus & Burkhardt
M.M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Württembergische Kommunale Landesbank Girozentrale

Der Zinslauf der Teilschuldverschreibungen endet am 31. Mai 1984.

Die am 1. Juni 1984 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den in den Vorjahren ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 1, 3, 4, 8, 9 und 10 sind bisher noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Washington, im März 1984

International Bank for Reconstruction and Development

STADT KOPENHAGEN

(Königreich Dänemark)
6¾% Deutsche Mark-Anleihe von 1969 mit Tilgungsfonds
– WKN 453 609 –

Resteinlösung

Gemäß § 3 der Anleihebedingungen wird die letzte Tilgungsrate von nom. DM 10.000.000,– Teilschuldverschreibungen am 1. Juni 1984 fällig. Zur Rückzahlung gelangen die noch im Umlauf befindlichen Stücke der Nummernkreise

8 080 – 24 051
55 500 – 55 684
63 064 – 70 227
90 876 – 93 922
99 943 – 100 000 zu je DM 1.000,–.

Die Teilschuldverschreibungen werden vom 1. Juni 1984 an gegen Einreichung der Mäntel zum Nennbetrag eingelöst

a) in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) bei den nachstehend genannten Banken sowie deren Niederlassungen:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Bankers Trust GmbH
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Commerzbank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien
Hessische Landesbank – Girozentrale –
Bankhaus Hermann Lampe Kommanditgesellschaft
Marcard & Co.
Merck, Finck & Co.
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.
Simonbank Aktiengesellschaft
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg – Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank Aktiengesellschaft

b) außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei den Hauptniederlassungen der in den Anleihebedingungen genannten Banken nach Maßgabe der Bedingungen.

Die Verzinsung der Teilschuldverschreibungen endet am 31. Mai 1984.

Die am 1. Juni 1984 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den in den Vorjahren ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Nummernfolgen 1–8079, 24052–55499, 55685–63063, 70228–90875 und 93923–99942 sind bisher noch nicht alle Stücke zur Einlösung eingereicht worden.

Kopenhagen, im März 1984

Stadt Kopenhagen

INTER-AMERICAN DEVELOPMENT BANK

– Inter-Amerikanische Entwicklungsbank –
6¾% Deutsche Mark-Anleihe von 1972
– WKN 461 661/70 –

Für die am 1. Juni 1984 fällige Tilgungsrate sind nach § 3 der Anleihebedingungen Teilschuldverschreibungen im Nennbetrag von DM 10000000,– für den Tilgungsfonds im Markt zurückgekauft worden, die auf die Tilgungsrate angerechnet werden.

Eine Auslosung findet deshalb in diesem Jahr nicht statt.

Washington, im März 1984

INTER-AMERICAN DEVELOPMENT BANK

Personalien

ERNENNUNG

Neuer Präsident der Architektenkammer Hessen ist **Gerhard Bremmer.** Er übernimmt das Amt von **Max Meid,** der sich während seiner achtjährigen Präsidentenzeit große Verdienste erworben hat, aber aus Altersgründen nicht mehr erneut kandidierte. Bremmer setzt sich dafür ein, der gebauten Umwelt mehr öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen. Diesen eher konservativ anmutenden Wertvorstellungen zum Trotz verkörpert er den modernen Managertyp, der seine Ziele nüchtern und abgewogen ansteuert.

PRÄSIDIALAMT

Bundespräsident **Karl Carstens** hat die Teilnehmer der Generaltagung des Internationalen Kolpingwerkes in der Villa Hammerschmidt in Bonn empfangen. Geleitet wurde die Gruppe der 60 Teilnehmer von Generalpräses Prälat **Heinrich Festing.** Zu den Gästen im Hause des Bundespräsidenten gehörten der Bundestagsabgeordnete **Paul Hofacker,** der das Amt des Zentralvorsitzenden im deutschen Kolpingwerk versieht, und der Generalsekretär des Internationalen Kolpingwerkes, **Hubert Tintelott.** In der Villa Hammerschmidt hielten sich Kolpingwerksmitarbeiter aus den Vereinigten Staaten, Brasilien, Indien und Mexiko, den Niederlanden und der Schweiz, aus Österreich und Uganda auf. Soziale Fragen aus dem internationalen Bereich und Probleme der Jugendarbeitslosigkeit im Westen und in der Dritten Welt wurden mit dem Bundespräsidenten besprochen.

VERANSTALTUNG

Die Stadt Neuss feierte am Wochenende ihr 2000jähriges Bestehen. Unter den Ehrengästen der Stadt war Bundespräsident **Karl Carstens,** der einem Festvortrag lauschte, den Professor **Christoph Rüger,** der Direktor des Rheinischen Landesmuseums zu dem Thema hielt „Roms Beitrag zu einer rheinischen Stadt". Die Gäste eingeladen hatte Oberbürgermeister **Hermann Wilhelm Thywissen,** der auch Nordrhein-Westfalens Innenminister **Herbert Schnoor** und den italienischen Botschafter Professor Dr. **Luigi Vittorio Ferraris** begrüßte. Für die illustren Bürger in Neuss bat die Stadt am Abend zu einem Buffett ins „Schwatte Päd", in das „Schwarze Pferd". Auch Präsident Carstens nahm diese Einladung an.

GEBURTSTAGE

Werner Eckart, der Seniorchef der Pfanni-Werke in München, feiert heute seinen 75. Geburtstag. Der gebürtige Münchner ist persönlich haftender Gesellschafter der Pfanni-Werke Otto Eckart KG. Eckart entstammt einer Familie, die seit 1600 selbständig und richtungsweisend in der Nahrungsmittelbranche tätig ist. Vor 115 Jahren gründete der Großvater von ihm die erste Konservenfabrik Süddeutschlands. Derartig „erblich vorbelastet" schuf Werner Eckart nach der Währungsreform einen Markt, den es vorher in Deutschland nicht gab: den Markt für Kartoffelfertigprodukte. Damit löste er nicht nur eine bayerische „Knödel-Revolution" aus.

*

Dr. **Fritz Eichler,** früherer langjähriger Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Arbeitgeberverbände im Lande Bremen, feiert heute seinen 85. Geburtstag. Mehr als vier Jahrzehnte war er mit großem sozialpolitischen Engagement und Erfahrungsreichtum in den Bremischen Arbeitgeberverbänden, deren Aufbau und Entwicklung er maßgeblich mitgestaltet hat, hauptamtlich tätig. Eichler wurde 1899 in Sonnenburg in der Mark Brandenburg als Sohn eines Landwirts geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums in Posen legte er das Abitur in Potsdam ab. Nach einer kurzen Militärzeit gegen Ende des Ersten Weltkrieges begann er das Studium der Staatswissenschaften mit der Fachrichtung Volkswirtschaft in Berlin und Tübingen. 1923 promovierte er zum Doktor der Staatswissenschaften in Gießen. Von Jugend auf galt seine besondere Liebe der Jagd und der Fischerei.

*

Hansheinz Hauser, stellvertretender Vorsitzender der Unions-Fraktion im Deutschen Bundestag, hat für morgen zu einem Empfang besonderer Art eingeladen. Es geht nicht um die Ehrung eines Politikers, sondern Anlaß ist vielmehr der 60. Geburtstag des langjährigen Fraktionsmitarbeiters **Hans-Hermann Lutzke.**

Hauser: „Ich will die enge Verbundenheit meiner Fraktion mit ihren Mitarbeitern unterstreichen. Ihre geräuschlose, aber wirkungs- und aufopferungsvolle Tätigkeit hinter den Kulissen verdient gelegentlich einmal hervorgehoben zu werden." An dem Empfang werden Bundestagspräsident **Rainer Barzel,** Fraktionsvorsitzender **Alfred Dregger** sowie die Minister **Gerhard Stoltenberg, Werner Dollinger, Norbert Blüm, Jürgen Warnke** und **Heinrich Windelen** teilnehmen.

STAND●PUNKT

Courage

Immer dann, wenn eine Nachricht aus dem Deutschen Turnerbund (DTB) die Zeitungsredaktionen erreicht, fragt man sich: Kann es eigentlich noch schlimmer kommen? Die letzte Turner-Nachricht: Yvonne Haug, die 17 Jahre alte deutsche Kunstturnmeisterin, ist gestern zurückgetreten. Schluß, aus, nichts geht mehr.

Dem Rücktritt der besten westeuropäischen Turnerin sind geradezu entsetzliche Querelen vorausgegangen. Cheftrainer Vladimir Prorok hatte Yvonne Haug vor eine Alternative gestellt, die keine mehr war: Entweder würde sie sich von ihrem Heimtrainer Jupp Hinz trennen und künftig nur noch bei ihm in Frankfurt trainieren – oder sie könne das Turnen drangeben. Jupp Hinz hat danach dem Berliner Turnerbund mitgeteilt, daß er nicht an einer Verlängerung seines in diesem Jahr auslaufenden Vertrages als Stützpunkttrainer interessiert sei.

Das Schlimme: Seitdem sich das Ehepaar Ursula und Jupp Hinz getrennt hat, versucht Ursula Hinz in ihrer dienstlichen Eigenschaft als oberste Tunrfunktionärin dieses Landes ihrem Mann als Trainer kräftig Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Und die werden ihr von Cheftrainer Prorok zugereicht. Zum Beispiel sagte Prorok am letzten Mittwoch in Berlin im Gespräch mit Jupp Hinz: „Einer von uns beiden ist zuviel an Bord. Aber ich bleibe, ich habe meinen Vertrag mit dem Deutschen Turnerbund schon verlängert."

Das alles wurde auf dem Rücken einer 17jährigen ausgetragen, die nun soviel Rückgrat und Zivilcourage bewies, nicht mehr mitzuturnen. Es ist ein Entschluß, der unendlich traurig stimmt, der aber sein mußte.

KLAUS BLUME

MOTORSPORT / Gelungenes Formel-1-Debüt von Bellof trotz Ausfalls

Zwei Jahre Entwicklung: Der erste Sieg für Porsche

sid/K. Bl. Bonn

„Wir haben geglaubt, daß wir ein Rennen gewinnen können. Doch daß es gleich zu Beginn der neuen Saison passiert, das macht uns freilich sehr froh. Denn nun wissen wir, daß der Sieg von Rio nicht unser letzter in diesem Jahr in der Formel 1 bleiben wird." Derart euphorisch reagierte gestern Porsche-Sprecher Manfred Jantke, ansonsten nur mit kühlem Understatement formulierend, im Gespräch mit der WELT auf den Grand-Prix-Sieg des Franzosen Alain Prost in Rio de Janeiro. Denn Prost hatte das Rennen auf einem McLaren-Porsche gewonnen. Zur Erinnerung: Im vorigen Jahr war der Brasilianer Nelson Piquet Weltmeister geworden, mit Hilfe eines deutschen Turbo-Aggregates aus dem Hause BMW. Zu Beginn der neuen Formel-1-Saison nun gab es erneut einen Sieg mit Hilfe eines deutschen Motors – mit dem bei Porsche entwickelten TAG-Turbo.

Prost siegte vor 100 000 Zuschauern und bei 35 Grad Hitze im ersten Lauf zur Formel-1-Weltmeisterschaft 1984 beim Großen Preis von Brasilien auf dem 5,031 Kilometer langen Jacarepagua-Kurs bei Rio de Janeiro vor dem finnischen Ex-Weltmeister Keke Rosberg (Williams-Honda) und dem Italiener Elio de Angelis (Lotus-Renault). Lange Zeit hatte zuvor der Österreicher Niki Lauda auf dem zweiten McLaren-Porsche geführt, bis er mit einem Elektrikschaden ausfiel. Manfred Jantke dazu: „Das hat uns in Stuttgart sehr leid getan. Denn Niki hat zuvor die gesamte Arbeit gehabt, er hat diesen Motor und das Auto immer und immer wieder getestet und abgestimmt. Prost, der von Renault kam, hat sich dann gewissermaßen in das fertige Auto gesetzt."

Freilich hat sich McLaren-Manager Ron Dennis auch etwas dabei gedacht, als er ausgerechnet den früheren Spitzenfahrer von Renault holte, um ihn Niki Lauda gewissermaßen vor die Nase zu setzen. Denn Lauda, so Jantke zur WELT, habe sich allzu „diplomatisch" im Umgang mit den Teammitgliedern verhalten. Jantke: „Wir hatten im vergangenen Jahr eigentlich gehofft, Lauda würde, wie einst bei Ferrari, eine eher treibende Kraft sein." Nun aber ist Lauda durch den Sieg von Alain Prost in Rio de Janeiro gefordert.

Übrigens: Bei der Kontrolle nach dem Rennen in Rio wurde dem McLaren-Porsche von Prost ein regelkonformer Tankinhalt attestiert –, und es waren sogar noch 13 Liter Benzin übriggeblieben, ausreichend für weitere vier Runden. Jantke: „Also hat sich nun auch unsere vollelektronische Einspritzung bewährt, wie sie in der Formel 1 außer von uns nur noch von Ferrari benutzt wird. Diese Möglichkeit der Einspritzung war auch in unserem Hause nicht unumstritten, sie war es freilich auch nicht in den Gesprächen mit McLaren. Aber es hat sich dann doch gezeigt, wie sinnvoll es war, zäh an dieser Entwicklung festzuhalten."

Um dies aber noch einmal festzuhalten: Der Motor wurde zwar von Porsche entwickelt, doch er ist eine Auftragsarbeit der arabischen Firma Technique d'Avantgarde (TAG). Jantke: „Diese Firma hat für McLaren in diesem Jahr noch die Exklusivrechte. Doch ab 1985 will TAG den Motor kommerzialisieren, das heißt, man will ihn dann auch an andere Teams verkaufen. Es sieht so aus, als ob die Araber dann auch die Produktion höherer Stückzahlen bei uns belassen wollen." Das letzte Jahr, als beim Großen Preis von Holland in Zandvoort zum ersten Mal der im November 1981 in Arbeit genommene Motor in einem Formel-1-Rennen eingesetzt wurde, war als technische Probezeit gedacht. Jantke zur WELT: „Doch jetzt gibt es für uns keine Alibis mehr. Wir wollen jetzt auch Erfolge, wenngleich wir keine Siegesserien und auch nicht den Gewinn der Weltmeisterschaft erwarten. Das wäre ein zu hohes Ziel, weil sich in der Formel 1 sehr vieles sehr schnell verändert. Ich könnte mir zum Beispiel nach dem zweiten Platz von Keke Rosberg in Rio de Janeiro vorstellen, daß wir von dem neuen Williams mit dem Honda-Turbo noch eine ganze Menge zu erwarten haben."

Stefan Bellof, der 26jährige Gießener, startete furios in seinen ersten Formel-1-Lauf. Obwohl sein englischer Tyrrell-Rennwagen noch mit einem herkömmlichen Cosworth-Saugmotor angetrieben wird und deshalb erheblich weniger Pferdestärken entwickelt als die Turbo-Aggregate, jagte er vom 23. Startplatz auf den 12. Rang vor und lag zeitweilig sogar vor dem brasilianischen Weltmeister Nelson Piquet, der später mit Motorschaden aufgeben mußte. Aber auch Bellof erreichte das Ziel nicht. Ursache: ein gerissener Gaszug. Pech für Bellof, daß ausgerechnet sein englischer Teamkollege Martin Brundle fast sensationell Fünfter wurde und ihm damit im eigenen Team die Show stahl.

NATIONALELF / Jupp Derwall experimentiert

Nach Rummenigge sagt Schuster ab

W. NIERSBACH, Hannover

Der eine – Uli Stielike – reist zwar aus Spanien an, darf aber nicht spielen. Der andere – Bernd Schuster – hätte spielen dürfen, mußte aber mit einem Zehenbruch in Spanien bleiben. Der dritte – Karl-Heinz Rummenigge – liegt grippekrank im Bett und erteilte gestern mittag seine endgültige Absage. Der vierte – Bernd Schuster – wurde zuerst vergessen, dann nachträglich eingeladen und doch wieder mit einer Bauchmuskel-Zerrung verabschiedet.

Zwei weitere Kandidaten – Andreas Brehme und Rudi Bommer – werden nach dem Olympia-Qualifikationsspiel (heute in Paris) erst am Mittwoch morgen erwartet. Gerd Strack, Wolfgang Dremmler und Herbert Waas waren wegen Verletzung nicht nominiert. Daß angesichts dieser personellen Notstandsliste viele Wege zum Länderspiel am Mittwoch (20.15 Uhr) gegen die UdSSR nach Hannover führten, mochte im Kreis der Fußball-Nationalmannschaft kaum jemand glauben.



Bernd Schuster: Vier Wochen Pause. FOTO: HARTUNG

Jupp Derwall und die Schlagersängerin Nena, die mit den DFB-Spielern unter einem Dach logiert, hatten deshalb nur wenig gemein. Während Nena sich bei einer Geburtstagsfete im dritten Stock eines Hannoveraner Nobelhotels im Glanz ihrer „99 Luftballons" sonnte, hätte der Bundestrainer zwei Stockwerke tiefer das Lied von seiner Suche nach elf Fußball-Spielern singen können.

Derwall gab sich dennoch erstaunlich gelassen: „Es ist doch fast schon normal, daß wir bei jedem Länderspiel Kranke und Verletzte haben. Daher ist es auch sehr schwer, von einer Stamm- oder Wunsch-Elf zu sprechen". Während Bernd Förster wegen einer schweren Bauchmuskelzerrung nach nur elfstündigem Aufenthalt in Hannover heimfuhr, nahm Uli Stielike wenigstens eine persönliche Bestmarke mit auf die Rückreise. Beim medizinischen Belastungstest auf dem Laufband hielt er am längsten durch (21 Minuten) und erreichte auch die Höchstgeschwindigkeit (18 km/h).

Gerne hätte Stielike diese guten Werte am Mittwoch bestätigt, aber Real Madrid erteilte ihm vor dem wichtigen Meisterschafts-Spiel bei Athletico Bilbao keine Freigabe.

Da der ehemalige Mönchengladbacher und Bernd Schuster nun ebenfalls auch am 18. April in Straßburg gegen Frankreich fehlen werden, bleibt Jupp Derwall im Hinblick auf die Europameisterschaft (12. bis 27. Juni) nur eine ernsthafte Generalprobe am 22. Mai gegen Italien in Zürich. Zu diesem Spiel anläßlich des 80-jährigen Jubiläums des Weltverbandes (FIFA) will Derwall bereits mit seinem kompletten, 20 Spieler umfassenden EM-Aufgebot anreisen.

In Hannover dürften, auch wenn der Vergleich mit der sowjetischen Olympia-Auswahl eher ein „Muster ohne Wert" zu werden scheint, einige Vorentscheidungen fallen. Wolfgang Rolff (Hamburg) spielt erstmals Aussenverteidiger. Hans-Günther Bruns (Mönchengladbach) übernimmt Schusters Mittelfeldplatz. Der kleine Hamburger Jürgen Milewski ersetzt Rummenigge, und der Kölner Klaus Allofs komplettiert den Angriff.

Damit aber noch nicht genug der Experimente: Derwall denkt auch daran, dem Stuttgarter Torhüter Helmut Roleder zur internationalen Premiere zu verhelfen.

Derwall kündigte folgende Aufstellung an: Schumacher (1. FC Köln) – Herget (Bayer Uerdingen) – Rolff (Hamburger SV) - K.-H. Förster (VfB Stuttgart), Briegel (1. FC Kaiserslautern) – Bruns, Matthäus (beide Borussia Mönchengladbach), Meier (Werder Bremen) – Milewski (Hamburger SV), Völler (Werder Bremen), Allofs (1. FC Köln).

In Reserve stehen: Burdenski (Werder Bremen), Roleder (VfB Stuttgart), Otten (Werder Bremen), Augenthaler (Bayern München), Brehme (1. FC Kaiserslautern), Bommer (Fortuna Düsseldorf).

NACHRICHTEN

Langer wurde Sechster

New Orleans (sid) – Beim Turnier in New Orleans wurde der Anhausener Golf-Profi Bernhard Langer mit 278 Schlägen Sechster. Sieger des mit 400 000 Dollar dotierten Turniers wurde Bob Eastwood (USA) mit 272 Schlägen.

Grete Waitz besiegt

New York (sid) – Cross-Weltmeister der Leichtathleten in New York wurden Carlos Lopez (Portugal) und Maricica Pucia (Rumänien). Lopez lief über 12 km 33:25 Minuten vor dem Engländer Tim Hutchings und dem Waliser Stephen Johnes. Pucia setzte sich mit 15:56 Minuten über acht Kilometer gegen Galina Sacharowa (UdSSR) und Grete Waitz (Norwegen) durch.

Sieg durch Bernd Schuster

Madrid (sid) – Im Spiel um die spanische Fußballmeisterschaft konnte der FC Barcelona mit dem deutschen Nationalspieler Bernd Schuster, der einen Elfmeter verwandelte, gegen Real Sociedad San Sebastian einen 1:0-Sieg erringen. Barcelona hat jetzt nur noch drei Punkte Rückstand auf Tabellenführer Athletico Bilbao.

Hrubesch schoß zwei Tore

Brüssel (sid) – Horst Hrubesch, ehemaliger deutscher Fußball-Nationalspieler vom Hamburger SV, schoß für seinen Verein Standard Lüttich beim 5:4-Sieg gegen den FC Seraing zwei Tore.

Inter Mailand nur 1:1

Mailand (sid) – Inter Mailand erlitt in der italienischen Fußball-Meisterschaft durch ein 1:1-Unentschieden im Heimspiel gegen den Tabellen-Vorletzten SC Genua einen erneuten Rückschlag im Kampf um einen UEFA-Pokal-Platz. Der Klub von Hansi Müller hätte sich bei einem Sieg auf den vierten Platz verbessert.

Florenz will Waas

Leverkusen (dpa) – Der italienische Erstligaklub FC Florenz hat sich beim Fußball-Bundesligaklub Bayer 04 Leverkusen gemeldet und zeigte Interesse an der Verpflichtung des Nationalspielers Herbert Waas. Schatzmeister Gert Achim Fischer: „Die genannten Zahlen waren beeindruckend".

Heute Pokalspiel

Gelsenkirchen (dpa) – Das Wiederholungsspiel im Viertelfinale des DFB-Pokals zwischen FC Schalke 04 und Hertha BSC Berlin findet heute abend um 20 Uhr statt. Im ersten Spiel stand es 3:3 nach Verlängerung.

Deister an erster Stelle

Düsseldorf (sid) – Der 13 Jahre alte Wallach von Europameister Paul Schockemöhle erhielt im vergangenen Jahr 206 960 Mark Siegprämien. Dahinter rangieren der Schimmelhengst Silbersee von Michael Rüping mit 83 955 und Piccadilly mit 47 095 Mark. In der Dressur gewann der holländische Wallach Pascal unter Weltmeister Reiner Klimke mit 32 935 Mark das meiste Geld.

ZAHLEN

HANDBALL

Europapokal der Landesmeister, Damen: Radnicki Belgrad – Leverkusen 22:16 (9:8).

Bundesliga, Herren, 21. Spieltag: Essen – Günzburg 20:16. – Tabellenspitze: 1. Großwallstadt 437:365/34:8, 2. Tusem Essen 387:316/30:12, 3. Schwabing 440:403/30:12.

LEICHTATHLETIK

Crosslauf-Weltmeisterschaften in New York, Männer (12 km): 1. Lopes (Portugal) 33:25 Min., 2. Hutchings (England) 33:30, 3. Jones (Wales) 33:32, ..., 12. Herle 34:01, ..., 45. Orthmann 34:34, ... 53. Zimermann (alle Deutschland) 34:40. – Frauen, (5 km): 1. Puica (Rumänien) 15:56, 2. Sacharowa (UdSSR) 15:58, 3. Waitz 15:58, 4. Kristiansen (beide Norwegen) 16:04, 5. Furniss 16:10, 6. Benning (beide England) 16:15, ..., 53. Wessinghage (Deutschland) 17:05.

TISCHTENNIS

Europapokal, Herren, Finale: Vitkovice Ostrau/CSSR – Jülich 3:5 – damit Jülich Europacupsieger.

TENNIS

Turnier in Dallas, Damen, Finale: Mandlikova (CSSR) – Jordan (USA) 7:6, 3:6, 6:1.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 6, 7, 15, 27, 34, 36; Zusatzspiel: 2. (Ohne Gewähr).

GALOPP / Fehleinschätzungen der Jockeys

Bocskai nahm den Favoriten und kam als letzter ins Ziel

KLAUS GÖNTZSCHE, Dortmund

Insgesamt sieben Pferde startete der 23fache Championtrainer des deutschen Galopprennsports, Heinz Jentzsch (64), am Sonntag in den beiden großen Rennen in Dortmund (Moormann-Rennen) und Hannover (Preis der Kreissparkasse).

Jockey Georg Bocskai (25) hat vertraglich abgesichert das Recht, sich das vermeintlich beste Pferd auszuwählen. Er nahm den vierjährigen Hengst Lasolo und fuhr nach Hannover. Dort wurde er letzter.

Trotzdem gewann ein Jentzsch-Pferd das sportlich wertvollere Moormann-Rennen in Dortmund. Vom dort antretenden fünffachen Aufgebot siegte nach einem harten Endkampf der vierjährige Hengst El Arco mit Jockey Josè Orihuel (38). Der Franko-Spanier, 1975 im Sattel des Derby-Siegers Königssee, in den letzten Jahren aber nur noch in der Mittelklasse angesiedelt, war im Grunde als besserer Notnagel verpflichtet. Die beiden Stalljockeys hinter Georg Bocskai, Andreas Tylicki und Siggi Klein wählten die Pferde Ocos (Siebter in Dortmund) und Annatas (Vierter in Hannover). Horst Horwarth wurde mit Sharp End in Dortmund Vierter, Peter Kienzler nahm statt El Arco den Importhengst Red Rudy: Zehnter in Dortmund. Peter Alafi saß in Dortmund auf Tombos: Fünfter.

Ähnliche Fehleinschätzungen nach Trainingseindrücken waren auch bei den Bocskai-Vorgängern Fritz Drechsler, Joan Pall und Ralf Suerland nicht selten. Als Bocskai seinen Job bei Jentzsch antrat, tönte er allerdings: „Das passiert mir nicht so häufig." 1982 wählte er im hochdotierten Kölner Preis von Europa Sharp End, wurde letzter, während Kollege Tylicki mit Ataxerxes gewann.

Fünf Starter im Moormann-Rennen waren für Trainer Jentzsch keine Neuigkeit: 1979 sattelte er ebenfalls fünf Rösser, vier belegten die ersten vier Plätze: Aschanti (B. Selle), Trianon (R. Suerland), Claddagh (P. Kienzler), Saros (J. Pall), lediglich Dancing Marquess (P. Düker) wurde Achter. Die freie Auswahl hatte damals Joan Pall.

Der Moormann-Sieger 1984, El Arco (vor Solarstern und San Domingo) aus dem Gestüt Fährhof, siegte zuletzt am 30. Oktober 1983 im 4000-m-Rennen um das Silberne Band der Ruhr in Mülheim, um so erstaunlicher jetzt sein Erfolg auf der 1800-m-Distanz in Dortmund. Der Hengst war zu Beginn der Saison 1983 durch eine Venenverletzung gehandicapt.

Unerfreuliche Begleitumstände beim Dortmunder Renntag: Die besten Pferde wurden in den dürftigsten Gastboxen untergebracht.

HANDBALL / Nur Großwallstadt konnte im Europapokal überzeugen

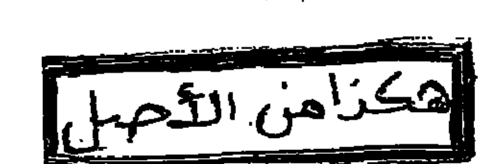
Michael Paul: Comeback nach Operation

sid, Düsseldorf

Der TV Großwallstadt hat als einziger Vertreter des deutschen Handball-Trios Kurs auf den Europapokal-Triumph eingeschlagen. Die Großwallstädter, bereits 1979 und 1980 Europapokal-Sieger der Meister, stürmten im ersten Endspiel um den IHF-Pokal die Festung des achtmaligen dänischen Meisters HG Gladsaxe in Kopenhagen mit 16:15. Das zweite Finale am 1. April (16.30 Uhr in Elsenfeld) soll nicht zum Aprilscherz, sondern Triumphzug für den Bundesliga-Tabellenführer und Kapitän Kurt Klühspies werden, der mit dem Pokal die letzte Ehrenrunde vor dem Ende seiner ruhmreichen Karriere laufen soll.

Das Frauen-Wunder mit dem ersten Einzug ins Finale von Bayer Leverkusen und dem VfL Oldenburg scheint beendet zu sein. Meister Leverkusen verlor beim elfmaligen jugoslawischen Titelträger und Europapokalsieger von 1976 und 1980, Radnicki Belgrad, im Endspurt mit 16:22 (8:9). Der Höhenflug von Oldenburg wurde in eigener Halle von Chimistul Vilcea/Rumänien mit 18:22 (9:7) gestoppt. In den Rückspielen am nächsten Wochenende sind Rückstände kaum noch aufzuholen.

Mit Disziplin, Abwehrstärke und Erfahrung sowie den überragenden Siegfried Roch und Michael Paul trimphierte Großwallstadt mit 16:15 bei HG Gladsaxe Kopenhagen. Torhüter Roch avancierte mit 24 gehaltenen Bällen der Dänen zum besten Spieler. Michael Paul überragte bei seinem zweiten Auftritt nach seiner Meniskusoperation mit sechs herrlichen Toren bei nur acht Wurfversuchen.



Mit Osteuropa trägt Moskau eher eine Last

Ein Seminar der Konrad-Adenauer-Stiftung

JOHNNY ERLING, Bonn

Die Öffnung Ungarns zur EG, die außenpolitisch eigenwillige Haltung Rumäniens, der immer wieder verschobene RGW-Gipfel sind nur einige der Stichworte, die mit der Vorstellung eines in sich homogenen Ostblocks in der politischen Praxis nicht mehr übereinstimmen. „Mit besonderer Aufmerksamkeit" hat sich nun auch die der CDU nahestehende Konrad-Adenauer-Stiftung den „osteuropäischen Partnern" zugewandt. Ihr erstes Informationsseminar zu den Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes schloß mit der Mahnung, zu einer nützlichen und differenzierenden Betrachtungsweise der Staaten Osteuropas zu gelangen.

Bewußt hatten die Initiatoren bei den dreitägigen Diskussionen und Länderreferaten eine spezielle Behandlung der UdSSR ausgeklammert. Der Verzicht auch auf eine Analyse der „DDR", da sich , wie der Vorsitzende der Stiftung Bruno Heck begründete, „ihre Menschen einer deutschen Nation zugehörig fühlen", ließ sich natürlich bei der immer wieder gestellten „Spielraumfrage" osteuropäischer Eigenständigkeit nicht aufrechterhalten.

Zudem verbauten sich die Teilnehmer die Möglichkeit aktuelle Erkenntnisse zu vertiefen und zu bewerten, über die ein relativ schneller Konsens erzielt worden war. Der „DDR" ist innerhalb des Ostblock der außenpolitische „Sonderstatus" zugefallen, den Polen aufgrund seiner inneren Entwicklung verloren hat.

Nationale Kräfte

Die einzelnen Länderstudien über Polen, Ungarn, Rumänien, die CSSR und Bulgarien zeigten eine oft diffuse von unterschiedlichen Strömungen und Kräften getragene Differenzierung vor allem in den südosteuropäischen Ländern. Bei Ungarn, Bulgarien als auch Rumänien sind starke und eigenständige nationale Kräfte in Gang gesetzt worden, die sowohl als Erosion als auch als Evolution in Osteuropa verstanden werden können. Eine stagnierende, von einer enormen Kluft zwischen Regierung und Bevölkerung geprägte Entwicklung zeigt sich für die CSSR, die als das heute „linientreueste" Land verstanden wurde.

Osteuropa, so die Einschätzung der Mehrheit der Referenten, sei heute für die Sowjetunion in politischer als auch ökonomischer Hinsicht im Schnitt zu einer Belastung geworden. Professor Gumpel vom Südosteuropa-Seminar München sezierte dabei den mangelnden Integrationswillen und die Ineffizienz des RGW. Mit seiner These, daß die Sowjetunion unter Tschernenko wieder stärker auf eine Vereinheitlichung dränge, prophezeite er eine Einschränkung des künftigen Spielraums. Karl-Hermann Fink vom Ostausschuß der Deutschen Wirtschaft teilte zwar die Analyse Gumpels, sah aber eher eine Fortsetzung des Emanzipationsprozesses für die nächste Dekade.

Das Modell Ungarn

Während für Rumänien eine zunehmend eigenständige nationale Außenpolitik festgestellt wurde, widersprach Bernhard Tönnes vom Südost-Institut München vermuteten ähnlichen Bestrebungen in Bulgarien. Die Nicht-Stationierung von Raketen in Bulgarien entspreche dabei durchaus den Interessen der Sowjetunion im Mittelmeer. Heinrich Vogel vom Kölner Bundesinstitut für ostwissenschaftliche Studien faßte die Schwierigkeiten Moskaus bei der „Nach-Nach-Stationierung" zusammen: Osteuropas sicherheitspolitische Übereinstimmungen mit der Sowjetunion hätten sich im Vergleich zur Zeit vor 1979 gewandelt. Mehr denn je sei die Sowjetunion in der Aufrechterhaltung ihrer Hegemonie auf ihre Interventionsfähigkeit angewiesen, deren Glaubwürdigkeit allerdings nachgelassen habe.

In der Diskussion wurde vor einer Überschätzung des Modells Ungarns, das ökonomisch mittlerweile an seine Grenzen gestoßen sei, gewarnt. Eine Übertragbarkeit Ungarns wurde aufgrund der besonderen Bedingungen und auch der „Mentalität" ausgeschlossen.

Die Schlußfolgerungen der auch historisch geführten Diskussion blieben allerdings spärlich. Mit der Empfehlung nach langem Atem, kleinen Schritten und einer vorsichtigen Ermutigung der Staaten Osteuropas in ihrer Selbständigkeit wurde theoretisch eigentlich nur geraten, was längst praktische Politik ist.

Säuberung in Chinas KP zielt gegen „Ultralinke"

Wer der Parteilinie trotzt, riskiert den Arbeitsplatz

HEINER KLINGE, Bonn

Die drei Jahre dauernde Mammutkampagne zur Säuberung der auf 40 Millionen Mitglieder angeschwollenen Kommunistischen Partei Chinas ist offenbar schon in ihrer ersten Etappe ins Stocken geraten. Denn das Partei-Organ „Volkszeitung" hat jetzt noch einmal alle Genossen aufgefordert, sich der offizielen Parteilinie zu unterwerfen.

Wenn sie dies nicht vor Ablauf der im Frühjahr 1986 endenden Säuberungskampagne täten, müßten sie mit dem Verlust ihres Parteibuches oder ihrer Leitungsfunktion in der Partei oder sogar ihres Arbeitsplatzes rechnen, drohte das Zentralorgan. Zugleich unterstrich die Zeitung, daß vor allem die „ultralinken" Abweichungen berichtigt werden müßten.

Dieser Kommentar dient offenbar als Begleitmusik zu neuen Beratungen des Zentralkomitees, das nach Angaben westlicher diplomatischer Kreise Ende vergangener Woche zusammentrat. Die Säuberungskampagne gegen politische Abweichler und bestechliche oder unfähige Parteimitglieder war im Oktober 1983 auf einer ZK-Plenartagung eingeleitet worden, lief zunächst aber nur langsam an.

Mit der Säuberung will die Führung diejenigen Funktionäre und Mitglieder loswerden, die den „chinesischen Weg" zum Sozialismus hintertreiben, den der im August 80 werdende „große Alte" –der körperlich kleine Deng Xiaoping – nach dem Tod des einst allmächtigen Mao Zedong dem ganzen Milliardenvolk verordnet hat.

Mao als Pflichtlektüre

Zwar trifft die Säuberung auch die „Rechtsabweichler", die Dengs Öffnung nach Westen übertreiben und damit das kommunistische System in Frage stellen. Doch richtet sich der Hauptstoß gegen die linken Doktrinäre, die sich gegen jede Neuerung in Politik, Wirtschaft und Kultur sträuben und dadurch Dengs Strategie zur Modernisierung Chinas blockieren.

Anfang März hatte die „Volkszeitung" bereits die Parteileitungen in den Provinzen aufgefordert, sich energischer um die Säuberung der fast 2,5 Millionen Parteiorganisationen zu bemühen und sich zu Beschlüssen darüber durchzuringen, welche Mitglieder und Funktionäre aus der Partei auszuschließen sind. Gerade unter den neun Millionen Funktionären befinden sich zahlreiche linksradikale Aufsteiger aus der Zeit der „Kulturrevolution" (1966–76).

Zur Pflichtlektüre in der Zeit der Säuberungskampagne gehören neben Maos Werk über den „Arbeitsstil und die Organisation der Partei" vor allem die Anfang Juli 1983 in Millionenauflage erschienenen „Ausgewählten Werke" Deng Xiaopings. Sie sind im heutigen kommunistischen China der Hauptmaßstab für richtige oder falsche Entscheidungen.

„Geistige Verseuchung"

Darüber hinaus enthalten Dengs Werke die aussagekräftigste Definition der Modernisierungspolitik, die sowohl die „linken" gleichmacherischen Ideen der „Kulturrevolution" als auch einen „bourgeoisen" Rechtskurs ablehnt.

Das neue Drängen der Führung auf Vollzug der Säuberungskampagne hat seine Ursache vor allem darin, daß die schon früher eingeleitete, das ganze Volk erfassende Kampagne gegen „geistige Verseuchung" die Position der in der „Kulturrevolution" aufgestiegenen linken Eiferer gestärkt hat. Gerade dieser „Ultralinken" wollte sich Deng aber durch die Parteisäuberung entledigen, weil sie seinen pragmatischen Kurs der wirtschaftlichen Entwicklung des Riesenreiches der Mitte empfindlich störten.

Die Kampagne gegen „geistige Verseuchung" die sich auch gegen zu liberale westliche Einflüsse richtet, wurde daher jetzt erheblich abgebremst. Dies geschah wohl auch aus dem Grund, daß sich wegen der Auswüchse und Übertreibungen dieser Kampagne im Volk wieder die Furcht ausbreitete, eine neue „Kulturrevolution" und die damit verbundenen Hetzjagden auf kreative oder sonst irgendwie unliebsame Menschen aller Art stünden wieder unmittelbar bevor. Übereifrige Moralhüter hatten jetzt wie damals modische Kleidung, leichte Musik sowie Kuß-Szenen in Filmen und auf der Bühne als obszön und „schädlich für die sozialistische Moral" verteufelt, mußten davon aber wieder Abstand nehmen.

Protest gegen das System: Polen wenden sich mehr der Kirche zu

Der Krieg gegen die Kreuze / Führung in Warschau über Abkehr der Jugend enttäuscht

Von JOACHIM GLIEWE

Auf den ersten Blick scheint es der Logik zu widersprechen, daß der „Krieg gegen das Kreuz" in Polen gerade jetzt ausgebrochen ist. Die Führung hat zahlreiche wirtschaftliche und politische Probleme, daß es unsinnig anmutet, wenn sie das ohnehin labile innenpolitische Klima jetzt auch noch durch eine derartige Auseinandersetzung mit der Kirche aufheizt.

Jaruzelski hat sich seit der Übernahme des Amtes des Regierungschefs vor drei Jahren, insbesondere aber nach der Verhängung des (inzwischen aufgehobenen) Kriegsrechts im Dezember 1981, ständig bemüht, wenigstens zum Episkopat ein einigermaßen gutes Verhältnis zu finden. Das ist ihm auch gelungen. Der pragmatische Primas Glemp hat sich mit den Realitäten abgefunden und für seinen Beitrag zur „Normalisierung" kaum mehr verlangt, als daß der Kirche in der Ausübung ihres religiösen Auftrag und in ihrem sozialen Engagement die notwendige Freiheit zugestanden wird. Glemp hat - von einer Unterstützung der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" abgesehen - gegen die Auffassung der Mehrheit des niederen Klerus – jegliche politische Aktivität in der Kirche verurteilt; er hat Pfarrer, die sich nicht daran gehalten haben, auch gegen den Protest der Gläubigen versetzt.

Glemp hat zweifellos wesentlich dazu beigetragen, eine nach der Ausrufung des Kriegsrechts zum Teil aggressive und bis heute feindselige Bevölkerung zu Ruhe und Besonnenheit zu bringen. Er hat damit nicht nur Jaruzelski, sondern auch der Bevölkerung einen Dienst erwiesen. Größerer Widerstand hätte unter den gegebenen Umständen nur zu einem größeren Blutvergießen geführt.

Jaruzelski hat dieses Verhalten des Primas immer gelobt. Zweifellos braucht die polnische Führung Glemp auch weiterhin, um das Land ruhig zu halten. Die wirtschaftliche Lage hat sich für die meisten Polen kaum gebessert. Die schroffe Ablehnung, die der Partei- und Regierungsführung entgegengebracht wird, kann nur zu schnell in einen neuerlichen Ausbruch umschlagen.

Ist also die Verschärfung des Konflikts zwischen Kirche und Staat eine Provokation von Dogmatikern, die nicht nur gegen die Kirche, sondern auch gegen Jaruzelski gerichtet ist? Offensichtlich ist, daß in den vergangenen zwei Jahren wieder die „Betonköpfe" in der Partei Oberwasser bekommen haben. Sie mögen jetzt, nach der Ausschaltung der aktiven politischen Opposition und der unabhängigen Gewerkschaft glauben, daß der Zeitpunkt gekommen sei, auch mit den restlichen „antisozialistischen" Strömungen in Polen aufzuräumen.

Urban sagte zwar, die Regierung wolle keinen „Krieg um Kreuze", sprach sich aber nichtsdestoweniger eindeutig gegen einen Verbleib religiöser Symbole in den Schulen aus. Formaljuristisch hat er das Recht auf seiner Seite. Auch in Polen existiert die Trennung von Kirche und Staat. Die Zeit der legalen Existenz der „Solidarität" und die damalige Schwäche der politischen Führung wurden auch dazu genutzt, durch das Anbringen von Kruzifixen in Klassenzimmern der religiösen Verbundenheit nicht weniger als den Protest gegen das Herrschaftssystem Ausdruck zu verleihen.

Eine Rolle in der Auseinandersetzung spielt gewiß, daß in den gegenwärtig stattfindenden Verhandlungen über eine Garantie des öffentlich-rechtlichen Status der Kirche die Kirchenseite unter Druck gesetzt und zu weiteren Zugeständnissen gezwungen werden soll. Indirekt kam aber aus den Äußerungen des Regierungssprechers auch zum Ausdruck, worum es im Prinzip und im Kern geht.

Urban meinte, er betrachte eine Zusage aus dem Jahre 1982 als nicht mehr aktuell, die seinerzeit Innenminister Krszczak dem Episkopat gegeben hat. Danach können die Kreuze, die in Schulen oder an Arbeitsplätzen hängen, dort verbleiben. Als Grund nannte Urban, daß diese Konzession als „Ermutigung für neue Aktionen zur Aufhängung von Kreuzen" betrachtet worden sei.

Das ist der springende Punkt: Seit der Ausschaltung der „Solidarität", seit der Unterdrückung des selbständigen gesellschaftlichen Engagements, seit der Eindämmung der offenen Diskussion ist wieder eine zunehmende Hinwendung zur Kirche und zur Religion festzustellen. Wie die Familie im privaten Bereich, so ist die Kirche wieder zum einzigen Hort authentischen gesellschaftlichen Lebens geworden. Der Partei sind in den vergangenen Jahren mehr als eine Million Mitglieder davongelaufen. Die Jugend hat sich von ihr völlig abgewandt.

Mit welchen Gefühlen und Empfindungen, mit welcher Ernüchterung und Enttäuschung muß die polnische Führung auf eine Jugend blicken, von der sie noch vor fünf Jahren glaubte, daß sie ihr gehöre, eine Jugend, die doch unter kommunistischen Verhältnissen aufgewachsen und die kommunistisch erzogen worden ist – und die sich jetzt in Massen der Kirche zuwendet!

Gesellschaftspolitisch betrachtet, ist dieser Tatbestand freilich auch ein Zeichen der Resignation unter den Jugendlichen. Sie haben – zumindest vorerst – die Hoffnung aufgegeben etwas politisch bewirken zu können. Die Flucht in die Religiösität scheint für viele Polen gegenwärtig das einzige zu sein, von dem sie sich die Bewahrung ihrer Identität versprechen.

Fehlschlag des EG-Gipfels nur „Mißverständnis"?

dpa, London

Die großen britischen Zeitungen haben gestern übereinstimmend die Hoffnung geäußert, daß die heute beginnende Außenministerkonferenz der EG die „Mißverständnisse" der fehlgeschlagenen Gipfelkonferenz besonders zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Premierministerin Margaret Thatcher aufklären könne.

Die „Times" äußerte dabei deutliche Zweifel an der Kompetenz beider Regierungschefs: Die Außenministerien der Zehn seien nach einer Analyse zur Überzeugung gekommen, daß die fehlende Übereinstimmung nur an Mißverständnissen gelegen habe und am Versagen Frau Thatchers und Kohls, „ihre komplizierten Konferenzunterlagen voll zu verstehen". London inzwischen versichert, heißt es, „daß Herr Kohl nicht gemeint hat, was Frau Thatcher zu verstehen meinte, als er Großbritannien zur allgemeinen Überraschung eine neue Serie von pauschalen Rabatten anbot, statt der automatischen Kompensationszahlungen".

Hart siegt auch in Montana

rtr, Helena

Im Kampf um die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Demokraten hat Gary Hart im Bundesstaat Montana mit 49 Prozent die meisten Stimmen erhalten. Der ehemalige Vizepräsident Walter Mondale, der noch in der vergangenen Woche in Illinois und Minnesota gewonnen hatte, erhielt 35 Prozent, der schwarze Bewerber Jesse Jackson fünf Prozent der Stimmen.

Nach der Wahl vom Sonntag führt Mondale mit insgesamt 673 Delegiertenstimmen weiterhin vor dem Senator aus Colorado mit 393 Stimmen. Zur Nominierung für den Wahlparteitag der Demokraten am 19. Juli in San Francisco braucht der Sieger mindestens 1967 der insgesamt 3933 Stimmen. Beobachter erwarten, daß die endgültige Entscheidung erst auf diesem Konvent fällt. Trotz des Vorsprungs von Mondale besteht ein Unsicherheitsfaktor in der nicht unbeträchtlichen Zahl von bisher nicht festgelegten oder nach dem Ausscheiden der anderen Bewerber dann nicht mehr gebundenen Wahlmännern.

Flick spricht von Geld für Ebert-Stiftung

Konzernchef zum zweiten Mal vor Untersuchungsausschuß

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der Flick-Konzern hat, so Konzernchef Friedrich Karl Flick, im April 1976 nach einem Treffen zwischen ihm und dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt und vor einem Gespräch mit dem ehemaligen Bundesfinanzminister Hans Apel im darauffolgenden Juni Zahlungen an die Friedrich-Ebert-Stiftung geleistet. Das hat der Konzern-Chef gestern vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Flick-Affäre bei seiner zweiten Vernehmung als Zeuge ausgesagt. Er habe erst vor einigen Wochen von seiner Buchhaltung feststellen lassen, nachdem er davon aus Presseberichten erfahren hatte, sagte Flick gestern über die Höhe der Zuwendung, die von dem CDU-Abgeordneten Friedrich Bohl mit einer Million Mark beziffert worden war, wisse er jedoch nichts.

Flick betonte, es seien Zahlungen an Parteien veranlaßt worden. Er lehnte jedoch wiederholt unter Hinweis auf mögliche Straf- oder Ermittlungsverfahren nähere Auskünfte dazu ab. Allerdings verwies er darauf, daß auf dem Gebiet der Parteienfinanzierung insgesamt zunächst sein inzwischen verstorbener Onkel Konrad Kaletsch und später der ehemalige Konzern-Manager Eberhard von Brauchitsch „weitgehende Vollmachten" gehabt hätten.

Flick bestätigte, daß die früheren Bundeskanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt zu „runden" Geburtstagen Sachgeschenke im Wert fünfstelliger Beträge erhalten hätten; diese seien jedoch „nicht zweckbestimmt" gewesen. Vielmehr hätte das „der Tradition des Hauses" entsprochen. Der Konzern-Chef berichtete, daß er neben der Begegnung 1976 auch im Oktober 1979 mit Schmidt zusammengetroffen sei. Bei beiden Unterredungen sei es vor allem um Investitionsvorhaben des Unternehmens gegangen. Die Frage der steuerbegünstigten Wiederanlage des Erlöses aus dem Verkauf des Daimler-Benz-Aktienpakets oder das Spendenthema sei dabei jedoch nicht zur Sprache gekommen

Im Zusammenhang mit dem Veräußerungsgewinn von rund zwei Milliarden Mark und den Reinvestitionen berief sich Flick mehrfach auf Brauchitsch und den damaligen Manager Max Paefgen, auf deren Rat und Informationen er sich verlassen hatte. Er selbst habe die Abgabe der Aktien davon abhängig gemacht, daß damit „ausschließlich" der Konzern gestärkt und eine erforderliche Umstrukturierung möglich würde. 1974 sei der Iran an das Unternehmen mit dem Wunsch herangetreten, das Daimler-Benz-Paket zu übernehmen. Der Iran habe damals „ein hohes Interesse" an dem Erwerb gehabt. Später sei „lediglich" die Deutsche Bank, die schließlich die Wertpapiere erwarb, nicht aber die Bundesregierung von dem Kaufwunsch informiert worden. Denn, so sagte Flick auf Fragen des stellvertretenden Ausschußvorsitzenden Willfried Penner (SPD): „Wir wollten überhaupt keinen Druck auf die Bundesregierung in irgendeiner Weise ausüben, um die Wiederanlage des Verkaufserlöses steuerneutral durchführen zu können." Aussagen von Schmidt, er würde den Verkauf an den Iran politisch verhindern, hätten damit „überhaupt nichts" zu tun gehabt.

Er sei auch davon ausgegangen, daß die steuerbegünstigte Wiederanlage des Gewinns nicht von einer Genehmigung durch das Bundeswirtschaftsministerium abhängig gewesen sei. Zum Zeitpunkt der Aktienabgabe an die Deutsche Bank habe es „kein fertiges Konzept" über die Wiederanlage des Gewinns gegeben. Bei den Beratungen über diese Fragen mit Brauchitsch und Paefgen, der auch die Verhandlungen mit dem Iran geführt habe, seien nach seiner Erinnerung keine Details festgelegt worden. Er habe auch nie persönlich an der Erstellung der Anträge mitgewirkt, die für die Steuerbegünstigungen erforderlich waren.

Zum Schluß seiner gestrigen Befragung erklärte Flick, er sei nicht zu Besprechungen mit dem CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl oder mit FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher zusammengetroffen. Dagegen fühle er sich CSU-Chef Franz Josef Strauß „freundschaftlich verbunden". Dieser habe ihm früher unter anderem gesagt, daß eine Flick-Beteiligung am Münchner MBB-Konzern „wünschenwert" sei.

SPD kündigt eigenes Konzept zur Reform der Renten an

Rei, Bonn

Die SPD will zeitgleich mit dem Bundesarbeitsminister ein eigenes Konzept zur Reform der Hinterbliebenenrente vorlegen. Das kündigten gestern in Bonn die Sozialexperten Anke Fuchs und Eugen Glombig bei der Vorlage eines Zwischenberichtes für den Parteitag unter der Überschrift „Zukunft des Sozialstaats" an. Die Arbeitsgruppe „Sozialpolitisches Programm" der SPD, deren Vorsitz Fuchs und Glombig innehaben, will für die innerparteiliche Diskussion eine Grundlage liefern, die 1986 zur Verabschiedung eines sozialpolitischen Konzepts führen soll. Die Vorschläge zur Rentenreform mußten jedoch vorgezogen werden.

Die SPD lehnte das von der Regierung favorisierte Modell einer Anrechnung bestimmter Einkünfte auf die Hinterbliebenenrente ab und fordert die Teilhaberente mit der Garantie einer selbsterworbenen Anwartschaft. Jede andere Lösung gebe, so Glombig, die Lohnersatzfunktion und das Versicherungsprinzip auf. Auf den Einwand, daß bei einer Teilhabelösung eine übergreifende Lösung für die verschiedenen Versorgungssysteme (Sozialversicherung, Beamtenversorgung) nahezu unmöglich sei, meinte Glombig, im Zuge der Harmonisierung dieser Systeme sei mit gewissen Anrechnungsmodalitäten auch dieses Problem zu meistern. Nach Ansicht von Frau Fuchs ist die Reform nicht kostenneutral zu machen, denn auf jeden Fall müßten Kindererziehungszeiten eingerechnet werden.

Die Anpassung der Rentensteigerung an die Lohnentwicklung (Aktualisierung) findet im wesentlichen die Zustimmung der Opposition. Dringend erforderlich findet sie jedoch die volle Beitragsentrichtung an die Rentenversicherung der Bundesanstalt für Arbeit für die Arbeitslosen. Insgesamt wird in dem Zwischenbericht eine stärkere Verzahnung der Sozial- mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik gefordert, damit die Sozialpolitik nicht zur „Restgröße" verkümmere. Zu diesem Zweck wird eine Gesamtreform vorgeschlagen, in die auch die Sozialhilfe und die Abdeckung des Pflegefallsrisikos einbezogen werden.

Aus Moskau Lob und Tadel für die SPD

Kreml begrüßt das Konzept der „Sicherheitspartnerschaft"

F. H. NEUMANN, Moskau

In Moskau wird derzeit mit Aufmerksamkeit registriert, wie die deutschen Sozialdemokraten ihre interne Diskussion in Rüstungsfragen führen, um – wie es heißt – einen „Ausweg aus der Raketenfalle" zu finden. Die außenpolitische Zeitschrift „Neue Zeit" hat einen Bericht ihres Bonner Korrespondenten über den Meinungswandel in der SPD in den Fragen Rüstung und Sicherheit veröffentlicht. Darin wird das strategische Konzept der Sozialdemokraten grundsätzlich begrüßt, zugleich aber kritisch angemerkt, es gebe in der SPD sicherheitspolitische Punkte, die mit den „aggressiven Plänen" des Pentagon übereinstimmten und somit einer reinen Verteidigungspolitik widersprächen.

Dem wichtigsten Punkt in den Überlegungen der SPD, dem Konzept einer „Sicherheitspartnerschaft" zwischen Ost und West, stimme die UdSSR „natürlich" zu, heißt es in dem Aufsatz. Interpretierend wird hinzugefügt, diese Politik bedeute, daß Sicherheit im Atomzeitalter „nur gemeinsam mit dem potentiellen Gegner" erreichbar sei. Diesem Gedanken entspreche die seit langem bekannte Forderung Moskaus nach einer Auflösung der Blöcke oder, als erstem Schritt, die Beseitigung ihrer militärischen Strukturen. Die SPD sei allerdings derzeit nicht bereit, so weit zu gehen. Aber im sozialistischen Lager, heißt es in der „Neuen Zeit", fänden schon die Vorschläge der SPD einen positiven Widerhall, einen Vertrag über die Nichtanwendung von Gewalt zwischen den beiden Bündnissen abzuschließen, atomwaffenfreie Zonen einzurichten und auf chemische Waffen zu verzichten.

Zugleich aber wird den Sozialdemokraten in dem Aufsatz der „Neuen Zeit" vorgeworfen, sie wollten am „Recht der NATO" auf einen atomaren Erstschlag im Konfliktfall festhalten. Die Meinung der SPD dazu wird so interpretiert: Auf den ersten Atomschlag könne erst dann verzichtet werden, wenn sich in der konventionellen Bewaffnung ein Gleichgewicht zwischen West und Ost ergeben habe. Aber eine Überlegenheit des Warschauer Pakts auf diesem Gebiet ist für die sowjetische Zeitschrift eine reine Erfindung.

Bei den Sozialdemokraten gebe es freilich auch andere Ansichten. So verweist die Zeitschrift auf Äußerungen von Egon Bahr und Beschlüsse des SPD-Bezirks Hessen-Süd. In der Summe kommt die „Neue Zeit" zu dem Schluß, das Verhältnis zwischen SPD und KPdSU könne helfen, internationale Spannungen zu vermindern.

500 000 Stimmen zuviel?

Kiesl: Fehler bei der Auszählung / CSU hofft auf Patt

AP/dpa, München

Eine nochmalige Korrektur des bereits dreimal geänderten Ergebnisses der Sitzverteilung im Münchener Rathaus erwartet CSU-Oberbürgermeister Erich Kiesl. In 25 Stimmbezirken mit „hoher SPD-Mehrheit" seien insgesamt 500 000 Stimmen zuviel gezählt worden. Die Regierung Oberbayerns müsse als Aufsichtsbehörde feststellen, ob es sich hier um „bewußte oder unbewußte Fehler" gehandelt habe.

Bei der Münchener Stadtratswahl hatten 65 Prozent der 816 000 Wahlberechtigten abgestimmt und jeder Wahlberechtigte hatte 80 Stimmen zu vergeben. Nach der letzten Auszählung können CSU und SPD je 35, die Grünen 6 und die FDP 4 Stadträte entsenden. Bis Mittwoch soll die Prüfung der Wahlurnen abgeschlossen sein. Dann will die Regierung auch erst entscheiden, ob alle 967 Stimmbezirke noch einmal ausgezählt werden müssen.

Kiesl und sein Gegenkandidat Kronawitter (SPD), der bei der Oberbürgermeisterwahl fast 4 Prozentpunkte Vorsprung hatte, müssen sich am 1. April einer Stichwahl stellen. Kiesl sagte, viele Bürger hätten das schlechte Abschneiden der Union als „Schock" empfunden. Seit dem ersten Wahlgang gebe es eine „ungeheure Mobilisierung" in der Bürgerschaft.

Scharfe Reaktion des Kanzlers auf Kritik des Kremls

Co. Bonn

Bundeskanzler Kohl hat gestern in einer von Regierungssprecher Boenisch verlesenen Erklärung ungewöhnlich scharf auf einen kritischen Kommentar der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass zur Abrüstungspolitik reagiert. Sollte Moskau an seiner starren und ungerechtfertigten Haltung festhalten, so würde sie den Wünschen der Völker Europas zuwiderhandeln, stellte Kohl fest.

Tass hatte sich gegen die vom Kanzler geäußerten Erwartung gewandt, der Kreml werde letzten Endes zu den von ihm unterbrochenen Abrüstungsverhandlungen zurückkehren. Nach Angaben der sowjetischen Nachrichtenagentur müßten zunächst die in Europa stationierten amerikanischen Mittelstreckensysteme abgebaut werden. Dies bezeichnete Kohl als unrealistisch. Der Kanzler wisse sich in seinen Erwartungen mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand einig, betonte Boenisch. Diese beruhten auf einer objektiven Analyse der Lage. Die sowjetische Kritik hingegen sei nicht sachdienlich.

„Kohl soll Strauß mehr einbeziehen"

rtr. Würzburg

Eine „rechtzeitige und nahtlose Einbindung" des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß in die Entscheidungsfindung der Bonner Koalition hat der Vorstand des CSU-Bezirks Unterfranken von Bundeskanzler Helmut Kohl verlangt. In einem am Montag veröffentlichten einstimmigen Beschluß vertrat der Bezirksvorstand die Auffassung, daß sich hierfür „im gegenwärtigen Zeitpunkt" das vom Bonner CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel bislang erfolglos geforderte „regelmäßige Dreiergespräch" der Parteivorsitzenden von CDU, CSU und FDP anbiete.

Der Vorsitzende der unterfränkischen CSU, Staatssekretär Albert Meyer vom bayerischen Finanzministerium, wandte sich daher in einem entsprechenden Schreiben an Kohl. Zu der öffentlichen Kritik führender CSU-Politiker an der Arbeit der Bundesregierung erklärte der Bezirksvorstand, der CSU müsse es als zweitgrößtem Koalitionspartner „unbenommen bleiben", notfalls auch kritisch Stellung zu nehmen.

Energie-Subvention

Bm. – Wird die Bundesrepublik Deutschland die nachhaltig entspannte Situation am Markt für Energie nutzen, um auch ihre Energiepolitik neu zu orientieren? Diese Frage steht im Mittelpunkt einer Arbeitstagung des Energiewirtschaftlichen Instituts der Universität Köln am 3. und 4. April.

Politiker, unter ihnen Minister Riesenhuber, Wissenschaftler und Praktiker aus der Energiewirtschaft wollen unter anderem der Frage nachgehen, ob man den Subventionsdschungel im Reich der Energie nicht lichten kann. Um diese Diskussion vor einen konkreten Hintergrund führen zu können, arbeitet das Institut an einer Analyse.

Die ersten Ergebnisse liegen vor: In den vergangenen fünf Jahren sind in der Bundesrepublik für die Gewinnung, die Umwandlung und für den Verbrauch von Energie über 50 Milliarden Mark an Subventionen aufgebraucht worden. Über die Hälfte davon entfällt allein auf die deutsche Steinkohle. Nur eine Energie ging leer aus: das Erdgas. Noch nicht enthalten sind die Subventionen, mit denen die Rentenversicherung des Bergbaus – die Knappschaft – gestützt wird. Hierhin flossen weitere 42 Milliarden Mark.

Die 50 Milliarden flossen allerdings nicht nur den Energieunternehmen zu. Fast zwölf Milliarden Mark verschlang allein die Forschung, weitere Milliarden kamen den privaten und gewerblichen Energieverbrauchern zu. Hier also soll jetzt gerodet werden – zunächst theoretisch. Die Praxis wird dann erweisen, wie erbittert der Widerstand sein wird, den der Dschungel der Axt entgegensetzt.

Japaner in Paris

J.Sch. (Paris) – Die Japaner kommen nicht nur in der Pariser Mode in Mode. Sie zeigen den Franzosen jetzt auch, wie man ein Stadtpalais stilgetreu restauriert und es rentabel für Bürozwecke vermietet. Das von Baron Joseph Ezel de Guinsbourg 1866/77 erbaute „Hotel de Matechaux" in der Rundstraße um den Etoile mit unverbaubarem Blick auf den Arc de Triomphe hatte die Mitsui-Gruppe 50 Millionen Franc gekostet. Um den ziemlich verwahrlosten Palast wieder herzurichten, wurden weitere 45 Millionen Franc investiert. Das Ergebnis sind ausgesprochen repräsentative Bürosuiten, die für 2200 Franc je Quadratmeter im Jahr vermietet werden. Das ist zwar ziemlich teuer. Ein etwas kleineres Marschallpalais dient bereits der Dresdner Bank als Niederlassung. Dies mag Mitsui – eine der größten Finanzgruppen in Japan – als Referenz dienen. Vor allem aber ist bemerkenswert, daß sich jetzt außer den Deutschen auch die Japaner des Pariser Kulturschatzes annehmen. Sie beweisen damit eine ebenso große Anpassungsfähigkeit wie in der Mode.

HANDELSPOLITIK / Washington erwägt Importschutz für Werkzeugmaschinen

Präsident Reagan soll im April über eine Einfuhrbegrenzung entscheiden

HORST-A. SIEBERT, Washington

Nicht mehr auszuschließen ist, daß schon bald auch die ausländischen Werkzeugmaschinen-Hersteller – vor allem deutsche und japanische – den freien Zugang zum US-Markt verlieren. Die Entscheidung fällt etwa Mitte April. Dann muß das Handelsministerium in Washington Präsident Reagan eine überarbeitete Untersuchung vorlegen, die genaue Angaben über Amerikas Importabhängigkeit und die Folgen im Kriegsfall enthält.

Durchgesickert ist, daß US-Handelsminister Malcolm Baldrige dem Weißen Haus im vergangenen Monat in einem Memorandum empfohlen hat, die Einfuhr von Werkzeugmaschinen scharf zu begrenzen, um die einheimische Industrie aus Gründen der nationalen Sicherheit zu schützen. Er folgte damit einem Vorschlag der National Machine Tool Association, die sich seit einem Jahr um möglichst hohe Grenzbarrieren zur Abwehr ausländischer Konkurrenzprodukte bemüht.

Nach den Vorstellungen des Verbandes soll der Anteil ausländischer Lieferungen am US-Verbrauch, der seit 1982 von 28 auf etwa 42 Prozent gestiegen ist, für fünf Jahre auf 17,5 Prozent reduziert werden. Er stützt sich in seiner Beschwerde nicht auf die üblichen Vorwürfe wie Preisunterbietung und Exportsubventionierung, sondern beruft sich erstmals auf den Artikel 232 des Trade Expansion Act of 1962, der staatliche Eingriffe bei einer Bedrohung der nationalen Sicherheit erlaubt.

Dies gibt den Handelskonflikten eine völlig neue und gefährliche Stoßrichtung. Auf einen Nenner gebracht, argumentiert der Verband, daß die amerikanische Werkzeugmaschinen-Industrie durch Importe derart geschwächt worden sei, daß sie im Kriegsfall den Ansturm zusätzlicher Aufträge nicht bewältigen könne. Somit bestehe für die Vereinigten Staaten ein Sicherheitsrisiko.

Hingewiesen wird auf die 230 Konkurse, die seit 1978 von der Branche beantragt worden sind, sowie auf die seit 1980 von 110 000 auf 65 000 gesunkene Zahl der Beschäftigten. Weiter wird geltend gemacht, daß die Umsätze stark rückläufig seien und zwar von 5,5 (1981) auf 3,9 (1982) und 2,4 Milliarden Dollar 1983. Durch eine prozentuale Beschränkung der Einfuhren könnten in den USA die Kapazitäten um etwa den gleichen Umfang ausgeweitet werden, glaubt der Verband.

Die Empfehlungen des US-Handelsministers zielen auf eine Drosselung der Importe um sage und schreibe 90 Prozent – eine Maßnahme, die, wie es heißt, hauptsächlich japanische Erzeugnisse vom amerikanischen Markt verbannen würde. Betroffen wären mindestens fünf von 18 Produktkategorien, einschließlich numerisch gesteuerter Bearbeitungszentren und Drehbänke. Diese Werkzeugmaschinen werden als kritisch für die Rüstungsindustrie bezeichnet.

Breite Unterstützung findet Baldrige im Kongreß. So hat der republikanische Senator Robert Dole, Leiter des wichtigen Finanzausschusses, eine schnelle Entscheidung zugunsten der US-Werkzeugmaschinen-Industrie gefordert. Nicht zu tolerieren sei eine Situation, in der Amerika bei der Herstellung von Kriegsmaterial vom Ausland abhänge, schrieb er an Präsident Reagan. Andere nennen jede Verzögerung ein Desaster.

Die deutschen Firmen müssen befürchten, mit den Japanern in einen Topf geworfen zu werden. Auf Japan entfallen etwa 42, auf die Bundesrepublik 17 Prozent der US-Importe. Der deutsche Anteil deckt jedoch nur vier Prozent des amerikanischen Verbrauchs. Die Gesamteinfuhren sanken 1983 von 1,22 auf rund eine Milliarde Dollar. Deutschland liefert in der Hauptsache hochspezialisierte Maschinen, Japan mehr „Massenware".

Baldrige hat von Präsident Reagan den Auftrag erhalten, bei seinen Empfehlungen eine noch unfertige Studie des Nationalen Sicherheitsrates zu berücksichtigen. Sie klopft vor allem Amerikas strategische Reserven und industrielle Mobilisierungspläne ab. Im letzten Jahr hat Reagan einen Antrag der Houdailles Industries Inc., Fort Lauderdale, auf Importschutz abgelehnt. Das geschah jedoch kurz vor seiner Japan-Visite.

BUNDESKARTELLAMT

Auflagen für die Fusion von Philips und Grundig

HANNA GIESKES, Bonn

Der geplanten Eingliederung von Grundig in den niederländischen Philips-Konzern steht nichts mehr entgegen. Ein Sprecher des Bundeskartellamtes in Berlin teilte gestern mit, daß gegen die Übernahme keine Bedenken erhoben werden, da die Partner zwei Bedingungen erfüllen wollen: Zum einen wird sich Philips von seiner 15prozentigen Beteiligung an der Loewe Opta GmbH, Kronach, trennen, und zum anderen verzichtet Grundig auf den Vertrieb seiner Diktiergeräte

Die Forderung nach einer Trennung zwischen Philips und Loewe Opta – bis Ende 1985 sollen die Anteile veräußert sein – wird im Hause Kartte mit der starken Stellung am Markt für Farbfernsehgeräte begründet, die Philips/Grundig nach dem Zusammenschluß haben werden: Der gemeinsame Anteil addiert sich auf knapp 33 Prozent (ohne Loewe Opta), „und es ist nicht unwahrscheinlich, daß hier eine überragende Marktstellung entsteht". Beweisbar sei das allerdings nicht, aber wenn der fünfprozentige Marktanteil des Kronacher Unternehmens hinzukomme, „wird die Wahrscheinlichkeit ziemlich groß".

Keine Antwort wissen sie auf die Frage, wer denn nun den Loewe-Anteil kaufen soll: Neben Philips sind die Electromondial, eine Holding in Zug, mit 24 Prozent, die Interelectronic, eine Holding in Luxemburg, ebenfalls mit 24 Prozent, die System Investment in Panama City mit 15 Prozent und die Gezellen van Sint Maarten NV in Philipsburg mit 22 Prozent an Loewe beteiligt. Ein Käufer könnte aus dem Kreis dieser Eigentümer kommen, es könnte jedoch auch beispielsweise die SEL sein oder aber, wegen der engen Verwandtschaft zwischen Fernsehtechnologie und Datenverarbeitung, ein Außenseiter wie etwa die IBM. Philips jedenfalls wird, dies hat sich die Behörde in Begleitbriefen von der Eindhovener Konzernleitung zusichern lassen, in Zukunft weder direkt noch indirekt weitere Anteile an Loewe Opta erwerben.

Bei Diktiergeräten steht die marktbeherrschende Stellung von Philips/Grundig außer Frage: Gemeinsam kämen sie auf einen Anteil von rund 56 Prozent, wozu Grundig ungefähr 35 und Philips etwas über 20 Prozent beisteuerte. „Das konnten wir nicht hinnehmen", heißt es dazu im Kartellamt.

Daß sich Grundig nun lediglich vom Vertrieb trennen soll, begründen die Wettbewerbshüter damit, daß erstens die Produktion technisch so unproblematisch ist, „daß das jeder machen kann", und daß zweitens Diktiergeräte und Kassettenrecorder bei der Herstellung Kuppelprodukte sind: „Es wäre wirtschaftlich unvernünftig gewesen, das zu verbieten." Bis Ende 1984 muß Grundig eine eigene Vertriebsgesellschaft installiert haben, die im März 1985 verkauft sein soll.

Kunden an der Diskette

Von HANS BAUMANN

Industrie- und Handelskammern und auch die Kammern des Handwerks werden nicht müde, ihren Mitgliedern zuzureden, sich der Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung zu bedienen. Nicht nur den Großformen von Industrie und Dienstleistung bringen sie große Rationalisierungschancen, sondern auch dem Mittelstand – hinab bis zu Betrieben mit vier oder fünf Beschäftigten.

Es liegt auf der Hand, daß der Handwerksmeister mit seinen vier Gesellen zögert, sich einen Computer in sein Minikontor zu stellen, in dem in der Regel seine Frau das Buchhalterische in noch so eben zulässiger Primitivform erledigt. Er hat nicht nur natürliche Scheu vor dem „intelligenten" Roboter, ihm fehlt auch das Wissen, mit Soft- und Hardware umzugehen. Den gestandenen Handwerksmeister schwört man nicht von heute auf morgen auf den Computer ein. Da müssen in vielen Fällen große psychologische Hindernisse niedergerissen werden.

Da es so schwer ist, den Kleinbetrieb an die EDV heranzuführen, haben größere Zulieferbetriebe die Möglichkeit entdeckt, der nachgeschalteten Produktionsstufe einen neuen Service anzudienen, der sich in vielfacher Hinsicht auszahlt. Sie verleasen für Monatsgebühren von unter eintausend Mark Computer an ihre Abnehmer und liefern ihnen gleichzeitig die Software dazu, Spezialisten geben die verbleibenden kleinen Bedienungsanleitungen und schon ist der Mittel- oder Kleinbetrieb in der Lage, mit dem Computer seine Aufträge exakt zu kalkulieren, Materialaufmaße zu nehmen, kurzfristig elektronisch zu bestellen, Aufträge auch noch in letzter Minute zu korrigieren oder Reklamationen per Tastendruck auf den Weg zu bringen.

Daß die EDV auch noch die Finanz- und Lohnbuchhaltung übernimmt, versteht sich am Rande. Komplettiert der Lieferant sein Produktionsprogramm, oder ändert er den Wünschen des Marktes entsprechend seine Produkte, so erhält der Abnehmer postwendend eine Software-Diskette, mit der er seinen Computer neu „füttert".

Namentlich Unternehmen, die Halbzeug produzieren, bedienen sich dieser Art der Elektronik, etwa im Bereich der Metallverarbeitung. Der anhaltende Kostenschub, in Teilbereichen aber auch strenge DIN-Vorschriften – etwa für den Umweltschutz – sowie der harte Wettbewerb zwingen zu strafferen Organisationen, zu immer reizvolleren Servicepaketen für die Endverbraucher.

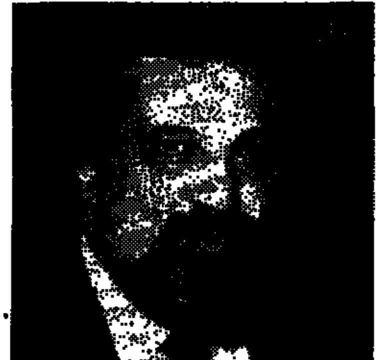
So kam der Computer ins Geschäft, zum Beispiel bei den Herstellern von Aluminium-Profilen, aus denen die Endverbraucher Fenster, Türen, Rolläden und so weiter herstellen. Je nach Architektenidee – um am Baumarkt zu bleiben – gehen die Aufmaße, die auf Lager gehalten werden müssen, in die Tausende. Der Computer hält sie bereit, kalkuliert nach statischen Vorgaben und stellt die erforderlichen Aufträge an den Halbzeugfabrikanten in Sekundenschnelle zusammen. War es bisher die Regel, daß rechteckig gebaut wurde, so ist jetzt der Computer bereit, auch einen komplizierten Rundbogen statisch und wirtschaftlich zu kalkulieren.

Obwohl Organisation in der Regel ein Feind der Flexibilität ist, hier hat sie mit Hilfe der EDV die Anpassungsfähigkeit noch erhöht. Halbzeugfabrikanten, die dieses System bereits einsetzen, entdecken angenehme Nebeneffekte, die sie ursprünglich gar nicht anvisiert hatten. Durchweg berichten sie, daß die EDV-Leasingpartner die sorgenfreiesten seien, daß mit dem Computer eine größere Preisruhe eingekehrt sei und daß die EDV-Schiene zwischen Halbzeugfabrikant und Endverbraucher auch eine stärkere emotionale Bindung zwischen den Geschäftspartnern beschert habe.

Der Leasing-Nehmer kann schneller und präziser auf die Kundenwünsche eingehen. In der Kalkulation ist er dem Konkurrenten ohne EDV weit überlegen; und je feiner das Netz über die Diskette zu Vorlieferanten gespannt wird, um so weniger Fehler kann der Endverbraucher machen, was seinen Ruf im Markt hebt, also die Wettbewerbsposition stärkt.

Was ursprünglich rein betriebswirtschaftlichen Zwecken diente, entpuppt sich als ein vorzügliches Marketing-Rezept: Mit dem Computer erreicht der Halbzeugfabrikant eine Kundenbindung, wie sie ohne EDV nicht denkbar war.

AUF EIN WORT



„Ohne den Mittelstand werden die neuen Medien, insbesondere Bildschirmtexte, zu einem Flop. So sehe ich es als vordringliche Aufgabe an, für alle Beteiligten, Produzenten und Nutzer, Groß- und Kleinbetriebe, tragfähige Lösungen zu finden und die neuartigen Kommunikationstechniken nutzbringend anzuwenden."

Josef Linsmeier, MdB, Präsidialrat der Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM), Bonn

FOTO: DIE WELT

Zuversicht vor der Metav '84

dpa/VWD, Düsseldorf

Die deutschen Werkzeugmaschinenhersteller erwarten nach erheblichen Umsatzeinbußen im vergangenen Jahr für 1984 eine Trendwende. Der Vorsitzende des Vereins Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken (VDW), Bernhard Kapp, sagte in Düsseldorf, die heute beginnende dritte Metallbearbeitungs-Fachmesse Metav '84 stelle ein wichtiges Konjunkturbarometer dar. 1983 war die Gesamtproduktion in der Branche um 10,6 Prozent auf 9,1 Mrd. DM zurückgegangen. Die Exporte fielen gegenüber 1982 um 7,2 Prozent auf 5,82 Mrd. DM. Der Inlandsumsatz sank um 8,6 Prozent auf 4,7 Mrd. DM, der Importanteil stieg auf 31,4 Prozent (1,5 Mrd. DM).

PROTEKTIONISMUS

Wirtschaft fordert freien Binnenmarkt in Europa

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Europäische Gemeinschaft kann ihre Probleme, vor allem die hohe Arbeitslosigkeit von derzeit mehr als zehn Prozent, nicht durch Zollschranken, Subventionen oder andere protektionistische Maßnahmen lösen. Die Regierungen der Mitgliedstaaten müßten vielmehr zu einer marktorientierten Politik zurückfinden und im Geiste der Römischen Verträge einen freien Binnenmarkt für die 270 Millionen Europäer schaffen.

Ein Importschutz der EG hätte nur eine Verarmung Europas zur Folge, weil sie hier den notwendigen Strukturwandel behindern und weil sich die betroffenen Drittländer mit einer geringeren Abnahme europäischer Produkte revanchieren würden.

Dies erklären namhafte Vertreter europäischer Unternehmen – für die deutsche Wirtschaft unter anderem Otto Wolff von Amerongen, Professor Hans Merkle, Tyll Necker, Heinz Nixdorf und Manfred Lennings – in einer Erklärung, die vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) gemeinsam mit Partnerinstitutionen in Frankreich, Großbritannien, Italien, Belgien und den Niederlanden herausgegeben wurde. Sie wird heute führenden europäischen Politikern und Mitgliedern der EG-Kommission in Brüssel überreicht.

Wettbewerbsschwache Industriezweige sollten nur noch mit degressiv abgestuften und zeitlich begrenzten Subventionen geschützt werden. Um neue Industriezweige zu fördern, seien alle Hindernisse auf dem Gemeinsamen Markt zu beseitigen. Die Zusammenarbeit und Fusion von Unternehmen verschiedener EG-Staaten sollte anerkannte Praxis werden.

KAPITALMARKT

Ab sofort höhere Zinsen für Bundes-Daueremissionen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Mit einer Zinsanhebung für seine Daueremissionen – bei den Bundesobligationen die zweite innerhalb einer Woche – ist der Bund gestern dem seit Monatsmitte steigenden Zinstrend am Markt gefolgt, wo die Renditen um 0,15 bis 0,20 Prozentpunkte angezogen waren. Treibsatz war der rund halbprozentige Zinsanstieg am US-Kapitalmarkt in der vorigen Woche, in dem sich die Furcht vor einer Diskonterhöhung spiegelte.

Der deutsche Kapitalmarkt läßt zwar seit Freitag im Zusammenhang mit der Rückbildung des Dollarkurses Stabilisierungsanzeichen erkennen, und im Handel hofft man sogar auf eine möglicherweise etwas freundlichere Tendenz zum Kupontermin Anfang April; doch mußte der Bund seine Konditionen anlegerfreundlicher gestalten, um jetzt wieder mehr Geld in die Kasse zu bekommen, weil am 1. April beträchtliche Tilgungsbeträge finanziert werden müssen und weil von elf Milliarden Mark Bundesbankgewinn entgegen der ursprünglichen Planung im April nur fünf Milliarden eingehen.

Der Finanzminister hat den Nominalzins für die fünfjährige Bundesobligation von 7,5 auf 7,75 Prozent angehoben; bei 99,8 Prozent Ausgabekurs verbessert sich die Rendite von 7,7 auf 7,8 Prozent. Die Rendite der Finanzierungsschätze steigt bei einjähriger Laufzeit von 5,54 auf 5,65 Prozent und bei zweijähriger Laufzeit von 6,66 auf 6,78 Prozent. Die Schatzbriefrendite erhöht sich bei Typ A von 7,34 auf 7,66 Prozent (6 Jahre Laufzeit) und bei Typ B von 7,67 auf 7,96 Prozent (7 Jahre Laufzeit).

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Das Geld der EG
Einnahmen 1982 insgesamt 50 286 Mio DM
aus diesen Ländern: Bundesrepublik Deutschland 13 540, Frankreich 10 040, England 12 154, Italien 5910, Belgien 2728, Dänemark 956, Griechenland 907, Irland 495, 72 Luxemburg, 3484 Niederlande (Mio DM)
aus diesen Quellen: Zölle 16193, Mehrwertsteuer 28600, Abschöpfungen 3616, 1677 Zuckerabgaben (Mio DM)
© Globus

Die Europäische Gemeinschaft finanziert sich vor allem aus drei Einnahmequellen: den Zolleinnahmen, die bei Einfuhren aus Drittländern erhoben werden, die Agrarabschöpfungen, die bei der Einfuhr aus Mitgliedsländern anfallen und den EG-Anteil aus dem Mehrwertsteueraufkommen. Die Einnahmen betrugen im Jahr 1982 umgerechnet 50,3 Milliarden Mark. Den Löwenanteil der Einnahmen erbringt die Bundesrepublik mit 13,5 Milliarden Mark.

QUELLE: GLOBUS

Haftung der WestLB bleibt noch offen

Karlsruhe (dpa/VWD) – Die Westdeutsche Landesbank (WestLB) haftet in Zusammenhang mit dem Konkurs der Beton- und Monierbau AG (BuM) Mitte 1979 nicht deshalb, weil ein von ihr an BuM gegebenes Darleben als haftendes Kapital einzustufen wäre. Sie ist aber unter Umständen unter dem Gesichtspunkt der „Gläubigerbenachteiligung" zur Rückgabe der seinerzeit an sie zurückgezahlten Darlehensgelder an die Konkursmasse verpflichtet, hat der Bundesgerichtshof in Karlsruhe in einer am Montag verkündeten Entscheidung festgestellt. Er hob damit ein Urteil des Oberlandesgerichts (OLG) Düsseldorf auf und verwies die Sache zur Neuverhandlung an die Vorinstanz zurück. Die WestLB hatte als Hausbank und Aktionärin der BuM dieser 1977 einen Überziehungskredit bis zu einer Gesamtverschuldung von 87 Mill. DM eingeräumt, der zum Jahresende aus Zahlungseingängen wieder zurückgezahlt wurde. Der Konkursverwalter der BuM wirft der WestLB vor, sie habe durch diese Art Kreditgewährung und -rückführung im eigenen Interesse die Zahlungsfähigkeit von BuM „künstlich verlängert" und dabei die BuM und deren Gläubiger geschädigt.

Weniger importiert

Tokio (VWD) – Die Importe Japans sind 1983 nach Angaben des Außenhandelsrats um 4,2 Prozent auf 126,4 Mrd. Dollar gesunken, während die Exporte um 5,8 Prozent auf 146,9 Mrd. Dollar stiegen. Für 1984 rechnet der Rat mit einer weiteren Zunahme der Exporte um sechs Prozent sowie mit einer – nicht quantifizierten – Steigerung der Importe. Die Exporte in die USA und nach China sind 1983 gestiegen, während die Ausfuhren nach Lateinamerika, Afrika und in die Sowjetunion stark abnahmen.

DB erhöht Dividende

Frankfurt (cd.) – Die Deutsche Bank erhöht ihre Dividende von elf auf zwölf DM je 50 DM-Aktie und stärkt ihre offenen Rücklagen mit 150 (Vorjahr: 0) DM aus einem um 59,4 Prozent von 298,3 auf 475,5 Mill. DM gestiegenen Jahresüberschuß. Außerdem wird der HV am 6. Mai eine Kapitalerhöhung im Verhältnis 12:1 zum Kurs von 250 DM je 50-DM-Aktie mit Gewinnberechtigung für das volle Geschäftsjahr (Bezugsfrist 26. April bis 10. Mai) vorgeschlagen. Ferner soll die HV die Ermächtigung zur Ausgabe einer Wandelanleihe bis zu 750 Mill. DM erteilen; der Bezugskurs soll nicht über 250 DM je Aktie liegen. Der Zins und weitere Details werden bei der Begebung festgesetzt. Nach der Rücklagendotierung und der Kapitalerhöhung, die 565 Mill. DM neue Mittel bringt, erhöhen sich die ausgewiesenen Eigenmittel auf 6,1 Mrd. DM, davon 1,469 Mrd. DM Grundkapital.

Zinsfreigabe versprochen

Tokio (dpa/VWD) – Japan hat den USA bei bilateralen Gesprächen seine Pläne zur Liberalisierung des Finanz- und Kapitalmarkts erläutert, für deren Realisierung jedoch noch keine konkreten Termine gesetzt. Wie der japanische Vizefinanzminister Tomomitsu Oba zum Abschluß der Gesprächsrunde mit US-Staatssekretär Beryl Sprinkel in Tokio erläuterte, will die japanische Regierung stufenweise die bisher administrativ festgesetzten Zinsen für größere Yen-Einlagen im Inland allmählich freigeben.

Bankfachleute in Belgrad

Belgrad (dpa/VWD) – Mehr als 2000 Bankfachleute werden sich vom 31. Mai bis zum 4. Juni in Belgrad treffen, um Probleme des Weltwährungssystems zu diskutieren. Nach Mitteilung der jugoslawischen Bankenvereinigung soll der Einfluß der schwankenden Energiepreise auf die Liquidität der nationalen Wirtschaft und die Auswirkung der internationalen Schuldenkrise auf die Wechselkurse analysiert werden. Die Experten sind in der internationalen Banker-Organisation Foreign Exchange Dealers zusammengeschlossen.

Weiter aufwärts

Düsseldorf (dpa/VWD) – In der Eisen, Blech und Metall verarbeitenden (EBM)-Industrie geht es nach Feststellung des Branchenverbandes in Düsseldorf weiter aufwärts. Die Produktion hat meist steigende Tendenz und lag im Februar nur noch vereinzelt unter dem Vorjahresniveau; die Auftragsbestände nehmen zu. 1983 wurden in der Bundesrepublik EBM-Waren von 31,9 Mrd. DM abgesetzt, 1,9 Prozent mehr als im Jahr davor.

BELGISCHES SPARPROGRAMM

Sozialistische Gewerkschaft ruft zum Proteststreik auf

BODO RADKE, Brüssel

Das rigorose Sparprogramm der belgischen Koalitionsregierung von Christdemokraten und Liberal-Konservativen mit dem Ziel eines Abbaus des Haushaltsdefizits ist auf den erbitterten Widerstand besonders des sozialistischen Gewerkschafts-Dachverbandes ABVV gestoßen. Er rief seine Mitglieder zu einem 24-stündigen Proteststreik am 3. April auf. Der christliche Gewerkschaftsbund ACV will heute auf über seine Haltung entscheiden.

Nachdem die belgische Abgeordnetenkammer die geplanten Sparmaßnahmen bereits Anfang vergangener Woche mit den Stimmen der Regierungsparteien gebilligt hatte, ergab inzwischen auch die Abstimmung im Senat eine klare Mehrheit von 92 gegen 61 Stimmen bei fünf Enthaltungen. Fast das ganze letzte Wochenende arbeiteten Premier Wilfried Martens und seine Minister an nicht weniger als 26 jeweils ausführlichen Verordnungen, durch die zum Beispiel die Personalkosten des öffentlichen Dienstes um 3,5 Prozent gesenkt werden sollen. Durch fiskalische Maßnahmen werden auch die Angehörigen freier Berufe kräftig zur Kasse gebeten.

Besonders große Veränderungen stehen den Sparten des Unterrichtswesens bevor. Die wöchentliche Pflichtzahl an Lehrstunden jüngerer Lehrer und Dozenten wird aus Kostengründen heraufgesetzt. Um negative Auswirkungen auf die Beschäftigungslage zu vermeiden, dürfen Lehrkräfte über 50 Jahre nicht mehr für das volle Arbeitspensum eingesetzt werden und müssen entsprechende Gehaltseinbußen in Kauf nehmen. (SAD)

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Minister sitzen wieder am Verhandlungstisch

Agrarpaket soll festgezurrt werden

WILHELM HADLER, Brüssel

Sechs Tage nach dem gescheiterten Gipfel haben sich die EG-Regierungen wieder an den Brüsseler Verhandlungstisch gesetzt. Die Landwirtschaftsminister bemühten sich gestern, das in der Luft hängende „Agrarpaket" endgültig festzuzurren. Die Außenminister wollen heute versuchen, doch noch einen Kompromiß über die künftige finanzielle Lastenverteilung zustande zu bringen.

Obwohl bisher kein Mitgliedsstaat von der Grundsatzeinigung über die Begrenzung der Überschußproduktion, den Abbau des deutschen und niederländischen Währungsausgleichs so wie die neuen (niedrigeren) Erzeugerpreise abgerückt ist, standen die Landwirtschaftsminister vor keiner leichten Aufgabe.

Fast überall ist nach dem Gipfeldebakel der innenpolitische Widerstand gegen die den Bauern zugemuteten Opfer gewachsen. Einige EG-Länder haben ihre Zustimmung von vornherein von einem gleichzeitigen Beschluß über die anderen Teile des „Stuttgarter Pakets" abhängig gemacht.

Es bestand also die Gefahr, daß bei der Beratung der Detailfragen das mühsam geschaffene Gleichgewicht von Konzessionen und Gegenleistungen wieder infrage gestellt würde. Dies galt umso mehr, als die endgültige Verabschiedung des „Agrarpakets" auch noch von einer langfristigen Regelung für die neuseeländischen Butter- und Schaffleischimporte abhing.

Noch keine Lösung in Sicht war jedoch zu Beginn der Beratungen vor allem für die von Irland gewünschten Sonderbestimmungen im Milchsektor. Sondierungsgespräche die der französische Ratspräsident Michel Rocard und Agrarkommissar Poul Dalsager am Wochenende in der irischen Hauptstadt geführt hatten, ließen noch auf keine Kompromißbereitschaft Dublins schließen.

Die Iren verlangen, daß ihre Landwirte als einzige in der EG künftig nicht weniger, sondern erheblich mehr Milch produzieren dürfen. Versuche, sie durch eine Erhöhung der von der EG-Kommission zu „verwaltenden" Sonderquote zufrieden zu stellen, waren beim Gipfel gescheitert. Besonders Großbritannien widersetzte sich einer allzu großzügigen Regelung nicht nur wegen der Kosten, sondern auch wegen der offensichtlichen Diskriminierung der Landwirte in Nordirland.

Nach einer Faustregel bedeutet jede Million Tonne Milch eine zusätzliche Belastung des Agrarhaushalts der EG mit rund 620 Mill. DM. London ließ erkennen, daß es nicht die Absicht hatte, die Agrarentscheidungen mit den noch ausstehenden Beschlüssen über die Beitragsentlastung zu verknüpfen.

ECU / In Luxemburg und Belgien privat verwendet

Stärkung des EWS erhofft

WILHELM HADLER, Brüssel

Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer und die Ecu keine europäische Währung. Trotzdem haben die in die europäische Währungseinheit gesetzten Hoffnungen bisher nicht getrogen. Fünf Jahre nach Gründung des Europäischen Währungssystems (EWS) hat sich die auf einem „Korb" von Devisen beruhende European Currency Unit quasi verselbständigt. Auch die Wirtschaft beginnt Interesse am „Euro-Taler" zu bekunden.

Der Freiburger EG-Abgeordnete Karl von Wogau weiß zu berichten, daß die badische Bauindustrie Aufträge im benachbarten Frankreich immer häufiger in Ecu fakturiert. In D-Mark sind sie nicht zu bekommen, weil die Franzosen eine Aufwertung fürchten. Die Ecu sichert weitgehende Kurssicherheit.

Schwierigkeiten macht, daß in der Bundesrepublik noch keine privaten Ecu-Konten eingerichtet werden dürfen. Anders als die anderen Mitgliedsländer erkennt Bonn der „Kunstwährung" nicht den Status einer echten Devise zu. Der Grund dafür ist vor allem die Furcht, sich die Inflation ins Land zu holen. Von Wogau meint dagegen, die private Verwendung der Ecu bringe keine größeren Gefahren als die vagabundierenden Gelder auf dem Euro-Dollarmarkt.

Für die Erfolgstory der Ecu spricht vor allem die Entwicklung in Luxemburg und Belgien. Hier hat sich die Währungseinheit nicht nur bei öffentlichen und privaten Anleihen eingebürgert; es gibt auch eine immer größer werdende Zahl privater Ecu-Konten. Die Luxemburger Bank Credit Europeen hat jetzt als erstes Institut auch eine Scheckkarte für Ecu-Guthaben geschaffen.

Die Rechnungen, die ein Kaufmann in Narbonne, Antwerpen oder Florenz begleichen will, werden – wie bei normalen Scheckkarten – in nationaler Währung bezahlt. Am Ende des Monats erhält der Inhaber dann eine Abbuchung von seinem heimischen Ecu-Konto.

Die Befürworter der privaten Verwendung der Ecu hoffen, daß die Währungseinheit zu einer Stärkung des EWS führt und mit der Zeit die Notwendigkeit interner Wechselkursanpassungen verringert.

ÖSTERREICH / OECD: Die hohen Sozialleistungen sind nicht mehr zu finanzieren

Abbau der Staatsschuld empfohlen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Wirtschaftslage Österreichs erscheint auf den ersten Blick rosig: Während das Bruttosozialprodukt stärker als in den meisten anderen westlichen Industriestaaten wächst und die Leistungsbilanz inzwischen wieder aktiv geworden ist, konnte die Inflationsrate auf zuletzt 3,3 Prozent reduziert werden. Auch die Arbeitslosenquote ist mit 4,5 Prozent nur halb so hoch wie im OECD-Durchschnitt. Der dunkle Punkt bleibt aber nach Auffassung des OECD-Sekretariats das hohe Budgetdefizit, das letztes Jahr 3,9 (1982: 2,9) Prozent des Sozialprodukts erreichte.

Die österreichische Staatsschuld hat sich danach weiter erhöht, nachdem sie auf das Sozialprodukt bezogen von 19,4 Prozent 1970 auf 41 Prozent 1982 angewachsen war. Dies ist eine Folge vor allem der sozialistischen Wohlfahrtspolitik. Deren Spielraum würde jetzt aber durch den progressiv steigenden Schuldendienst eingeengt, heißt es in dem Österreich-Bericht der OECD.

Zwar dürfte die Finanzierung des Budgetdefizits kurzfristig noch keine Schwierigkeiten bereiten, und auch die Zinslast der Staatsschuld sei noch nicht kritisch. Mittelfristig aber könnte der konjunkturelle Spielraum der Regierung in Wien in „besorgniserregender Weise" eingeengt werden, wenn Österreich weiterhin über seine Verhältnisse lebe.

Die OECD-Experten warnen Wien davor, zur budgetären Entlastung zu sehr auf den Rückgang des internationalen Zinsniveaus zu vertrauen. Notwendig sei vielmehr, die Staatseinnahmen zu erhöhen, insbesondere durch die Vereinfachung (Reduzierung) der vielfachen Steuerbefreiungen und -abschläge. Die neue Fiskalreform sei zwar ein Schritt in die richtige Richtung. Ihm müßten aber weitere folgen.

Vor allem empfiehlt das OECD-Sekretariat den Abbau der staatlichen Subventionswirtschaft. Für Österreich stelle sich jetzt die Frage, welche der in der Zeit des starken Wirtschaftswachstums beschlossenen Sozialleistungen noch akzeptiert werden könnten.

Aber auch die Subventionen an die Unternehmen, die inzwischen fünf Prozent des Sozialprodukts erreichen und die in den nächsten Jahren weiter anwachsen sollen, müßten dringend überprüft werden. Staatshilfen insbesondere in Form von staatlichen Kreditgarantien sollten auf zukunftsträchtige Projekte konzentriert werden, während die Hilfen an notleidende Unternehmen abgebaut werden müßten. Denn die Restrukturierung der österreichischen Wirtschaft sei Voraussetzung für die Wiederbelebung der Investitionstätigkeit, von der die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und die Verminderung der Arbeitslosigkeit abhängt.

Gegenüber den anderen Staaten mit sozialistischer Regierung hat Österreich den Vorteil, daß die Gewerkschaften in ihren Lohnforderungen maßvoll sind. Die letzten Tarifverträge sehen von vornherein Kaufkraftverluste vor. Gleichwohl hält die OECD die Ertragslage der Unternehmen noch nicht für ausreichend, um die Beschäftigungslage des Landes zu verbessern.

VAG LEASING / Kräftiges Plus durch Privatkunden

Ergebnis hält nicht Schritt

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Vor allem durch Sonderaktionen, die auf Privatkunden abzielten, hat die VW-Tochter VAG Leasing GmbH, Braunschweig, Fahrzeugbestand und Umsatz im Geschäftsjahr 1983 kräftig erhöht. Geschäftsführer Peter Schneider nannte zwar keine Zahlen zur Ertragsentwicklung, ließ aber keinen Zweifel daran, daß das Ergebnis mit dem Umsatz nicht Schritt hielt. Der Überschuß habe nur geringfügig über dem des Vorjahres gelegen, weil die Sonderaktionen praktisch zu kostendeckenden Preisen erfolgten. Hinzu kamen erneut auf 9,3 (7,4) Mill. DM gestiegene Forderungsausfälle infolge von Firmeninsolvenzen.

Nach den Worten Schneiders hat die VAG Leasing ihren Fahrzeugbestand um 35,6 Prozent auf 125 500 (92 600) erhöht. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der privaten Leasing-Nehmer auf 31 700 vervierfacht. Dadurch nahm der Anteil der Privaten am Fahrzeugbestand auf 25 (6,6) Prozent zu. Bei Geschäftsfahrzeugen ergab sich immerhin noch ein Plus von 8,5 Prozent auf 93 800 (86 500); davon entfallen rund 25 000 auf Nutzfahrzeuge. Bei einem geschätzten Gesamtvolumen von über 500 000 Leasing-Fahrzeugen in der Bundesrepublik habe die Gesellschaft ihre Stellung als Branchenführer behauptet.

Der Umsatz der VAG Leasing erhöhte sich im Berichtsjahr um 23 Prozent auf 1,07 (0,87) Mrd. DM. Der Verkauf von Gebrauchtfahrzeugen trug dabei mit 327 (280) Mill. DM zum Gesamtumsatz bei. Die Investitionen erreichten 1,32 (0,7) Mrd. DM und wurden fast ausschließlich für die Beschaffung von Fahrzeugen verwandt. Die Abschreibungen machten fast zwei Drittel der Investitionen aus.

Schneider rechnet für 1984 mit einer weiteren Erhöhung des Fahrzeugbestands um rund 10 Prozent auf 140 000 Autos. Die Investitionen sollen etwa 1 Mrd. DM erreichen. Zweifelhaft sei, ob der durch die Sonderaktionen hervorgerufene Boom bei Privaten den Durchbruch in diesem Geschäftsbereich bedeute. Weiter verschärft habe sich der Wettbewerb. Mittlerweile gebe es knapp 700 Leasing-Gesellschaften in der Bundesrepublik.

FRANKREICH / Staatsunternehmen auf Kapitalsuche

Erste Börseneinführung

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die verstaatlichten Konzerne Frankreichs wollen noch in diesem Jahr verschiedene ihrer Tochtergesellschaften an der Börse einführen, um sich dringend benötigtes Eigenkapital zu beschaffen. Die erste Börseneinführung hat jetzt Saint-Gobain beschlossen. Die Tochtergesellschaft für Verpackungsmaterial SGI soll danach 25 bis 30 Prozent ihrer Aktien auf den Markt bringen. Das Unternehmen, das weltgrößter Hersteller von Glasflakons ist und rund 3 Mrd. Franc umsetzt, hat in den letzten fünf Jahren regelmäßig Gewinne erwirtschaftet.

Dem Beispiel von Saint-Gobain wollen der Elektrokonzern CGE und der Elektronikkonzern Thomson folgen. Die Thomson SA hatte bereits der deutschen AEG im Austausch gegen die volle Übernahme von Telefunken einen 3,2prozentigen Anteil an seiner neuen Bereichsholding Thomson Grand Public sowie eine Option für weitere 6,8 Prozent eingeräumt, die im Rahmen einer Börseneinführung eingelöst werden könnte. Außerdem will der Konzern 850 Mill. Franc an Aktien mit Bezugsrechten für Thomson-CSF ausgeben, an welcher die Thomson SA gegenwärtig mit 51 Prozent beteiligt ist. Die Thomson-CSF selbst begibt eine Wandelanleihe über etwas mehr als eine Mrd. Franc, deren Titel Ende 1984 in Aktien umgetauscht werden können. Thomson SA wird darüber hinaus eine konventionelle Anleihe über 1,5 Mrd. Franc emittieren.

Auch bei den Partizipationszertifikaten zeigen sich Neuentwicklungen. Zum ersten Mal tritt ein verstaatlichtes Unternehmen, nämlich Saint-Gobain, mit einer Emission an den Kapitalmarkt, die auf Ecu (Europäische Rechnungseinheit) lautet. Der Anleihebetrag wurde auf 75 Mill. Ecu festgesetzt. Die Zinsen werden zunächst nach den durchschnittlichen Ecu-Bondsätzen und dann nach dem konsolidierten Reingewinn der Gruppe berechnet.

ASIATISCHE ENTWICKLUNGSBANK / Kofinanzierung litt unter der Rezession

Kreditvergabe wurde leicht gesteigert

KAREN SÖHLER, Bonn

Die Bedeutung der Entwicklungsbanken, die das wirtschaftliche Wachstum voranzutreiben und den Lebensstandard in der Dritten Welt anzuheben versuchen, nimmt ständig zu. So hat die Asian Developement Bank (ADB) mit Sitz in der philippinischen Hauptstadt Manila mit 1,9 Mrd. Dollar die Kreditvergabe im vergangenen Jahr um 9,4 Prozent gesteigert. Aufgewendet wurden die Mittel für 53 Projekte in 17 von den insgesamt 45 Mitgliedsländern, wobei allerdings nur 28 Staaten aus dem asiatisch-pazifischen Raum zur Dritten Welt zählen.

Die Milliarden flossen entweder in langfristig gewährte Darlehen oder in übernommene Beteiligungen. Auf diese beiden Bereiche beschränkt sich das Aktivgeschäft der Entwicklungsbanken im allgemeinen.

Auf der Passivseite stehen hingegen für eine Bank ungewöhnlich hohe Eigenmittel und langfristige Fremdmittel. Das Spar- und Depositengeschäft gehört eher zur Ausnahme.

1,2 Mrd. Dollar der insgesamt vergebenen Kredite stammten 1983 aus dem ordentlichen Kapital; das genehmigte Kapital beträgt nach einer Aufstockung im vergangenen Jahr 15,6 Mrd. Dollar. Die Höhe der Kreditvergabe bedeutet eine leichte Steigerung gegenüber 1983. Dagegen erheblich zugenommen haben die Ausleihungen aus dem Asian Developement Fund, einem Sonderfonds, aus dem ausschließlich sogenannte weiche Kredite zu besonders günstigen Konditionen gespeist werden: um 28,8 Prozent auf 703 Mill. Dollar. Die Bank weist in ihrem Vierteljahresbericht auf diesen Umstand besonders hin, da diese Steigerung trotz der wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten zahlreicher Entwicklungsländer zustande gekommen sei.

Das vergebene Kapital floß hauptsächlich in zwei Bereiche: Landwirtschaft und Agroindustrie (34,3 Prozent) und Energiesektor (23,8 Prozent). Transport und Nachrichtenwesen sowie nationalen Entwicklungsbanken folgen als weitere nennenswerte Kreditnehmer.

Enttäuscht zeigte sich das Institut über die Entwicklung in der Kofinanzierung. Im vergangenen Jahr beteiligten sich Kofinanziers nur noch an 18 Projekten mit 296 Mill. Dollar – nachdem es 1982 noch 25 Projekte mit 699 Mill. Dollar gewesen waren. Diese Entwicklung spiegelt nach Auffassung der Bank die Auswirkungen der weltweiten Rezession wieder. Aufgrund der allgemeinen konjunkturellen Belebung ist die Bank aber zuversichtlich, daß sich zumindest in diesem Jahr mehr finanzstarke Interessenten finden werden.

Schon 1983 hatte die ADB gehofft, durch private Unternehmerinitiative und Gemeinschaftsfinanzierungen die Summe der Entwicklungsleistungen erhöhen zu können – trotz der Grenzen, die der eigenen Verschuldungspolitik gesetzt sind.

LBS KARLSRUHE / Tilgungsleistungen gestiegen

Hohes Wachstumstempo

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Mit „vorsichtigem Optimismus" sieht die Badische Landesbausparkasse, Karlsruhe, nach Worten ihres Vorstandsvorsitzenden Herbert Beeck der Geschäftsentwicklung im laufenden Jahr 1984 entgegen. Für eine Belebung des Neugeschäfts sei die LBS Karlsruhe gut gerüstet, nachdem sie ihr Tarifangebot in den vergangenen Jahren kräftig ausgebaut hat. Man sehe Chancen für das Bausparen schon allein aufgrund der im europäischen und außereuropäischen Vergleich zu niedrigen Eigentumsquote. Außerdem eröffne der Modernisierungsmarkt mit seinen 11 Millionen Wohnungen weitere Möglichkeiten. Der geplanten Besteuerung des Wohneigentums und der künftigen Gestaltung der staatlichen Bausparförderung komme dabei große Bedeutung zu.

In 1983 hat die LBS Karlsruhe, fünftgrößtes Institut unter den 13 Landesbausparkassen, 52 939 Verträge mit einer Bausparsumme von 1,78 Mrd. DM neu abgeschlossen, das bedeutet der Stückzahl nach einen Zuwachs von 6,1 Prozent und der Summe nach von 3,6 Prozent. Als „besonders erfreulich" wertet es Beeck, daß rund ein Fünftel aller neuen Bausparverträge von Jugendlichen bis 25 Jahre abgeschlossen worden ist. Überhaupt ist das Wachstumstempo des Karlsruher Instituts bemerkenswert: Seit 1975 stieg das Neugeschäft (nach Bausparsummen) um 64,3 Prozent.

Die LBS Karlsruhe verwaltete am Jahresende 524 358 Verträge mit 18,7 Mrd. DM Bausparsummen (plus 3,1 Prozent). Damit hat sich der Bestand in den letzten zehn Jahren fast verdoppelt. Vor allem aufgrund der um 8,1 Prozent gestiegenen Tilgungsleistungen nahm der gesamte Geldeingang um 2,1 Prozent auf 1,1 Mrd. DM zu. Darunter erhöhte sich der Spargeldeingang lediglich um 0,3 Prozent auf 567 Mill. DM. Zugeteilt wurden Bausparsummen von 1,05 Mrd. DM (plus 9 Prozent). Ausgezahlt wurden 1,05 (1,13) Mrd. DM. Der gute Ertrag ermögliche die Bildung weiterer Reserven und Rücklagen.

KLÖCKNER & CO / Stahlhandel stärkste Stütze

Ein freundlicher Ausblick

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Eine „erfreuliche Richtung" sei erkennbar, „in die unser Haus zügig weitergeht". Das Duisburger Handels- und Holdinghaus Klöckner & Co. KGaA, seit letzten Herbst der Erbersatzsteuer von 300 Mill. DM in die neue Rechtsform entronnen, stützt diesen auch für 1984 freudlich gestimmten Ausblick im ersten Rückblick auf 1983 mit zwei Hauptargumenten. Vor allem sei es gelungen, trotz steuerlicher Einmalbelastungen von 7 Mill. DM aus der Rechsformumwandlung (mit nun gemeinnütziger Stiftung als Hauptaktionär) das Vorjahresergebnis (29,1 Mill. DM Jahresüberschuß) zu übertreffen.

Zweitens zeigt auch das weitgespannte Handelsgeschäft von Klöckner & Co. fast überall eine 1984 anhaltende Belebungstendenz. Im Konsolidierungskreis, der 1983 mit der neuen Rechtsform um alle nur 50prozentigen Beteiligungen mit 500 Mill. DM Umsatzvolumen verkleinert wurde, besserte sich der vergleichbar gemachte Umsatz um 2,3 Prozent auf 9,4 Mrd. DM. Die nicht konsolidierten Auslandstöchter steigerten ihren Umsatz sogar um 20 Prozent auf 1,7 Mrd. DM, was insbesondere mit dem auch bei Stahlprodukten kräftig aufgeblühten USA-Geschäft erklärt wird. Der Weltumsatz schließlich stieg um 4,5 Prozent auf 11,5 Mrd. DM.

Trotz noch anhaltender Stahlkrise blieb 1983 der Stahlhandel mit nun sogar 48 (46) Prozent Anteil am Umsatz des Konsolidierungskreises die weitaus stärkste Stütze. Das gilt auch für den durch Preisdruck reduzierten Ertrag. Durch weiteren Ausbau des internationalen Geschäfts stieg die Handelsmenge an Walzstahl und Röhren sogar auf 8 (reichlich 7) Mill. Tonnen, womit Klöckner & Co. derzeit noch vor Thyssen der größte Stahlhändler Europas sein dürfte.

Den Umschwung von Verlust zu Gewinn schaffte 1983 der Rohstoffbereich mit noch 13 (14) Prozent Umsatzanteil auch dank Straffung des Sortiments. Positiv schnitten auch fast alle übrigen großen Bereiche ab, darunter als größter der Mineralöl/Chemiehandel mit weiterhin 25 Prozent Umsatzanteil, der gegenläufig zur deutschen Markttendenz seinen gesamten Heizölabsatz um ein Zehntel auf knapp 3 Mill. Tonnen durch „Ausweitung des Endverbrauchergeschäfts" erhöhte.

Gedämpfter war das Urteil zum Industrieanlagengeschäft mit noch 5 (6) Prozent Umsatzanteil. Neue Aufträge buchten 1983 nur noch die Auslandstöchter. Der Auftragsbestand fiel auf 2,8 (3,5) Mrd. DM. Das wiederum positive Ergebnis wurde verstärkt für Einzelwertberichtigungen benutzt. Eine durchgreifende Besserung der Marktlage sieht analog zum Branchenurteil auch Klöckner noch nicht. Nicht nur aus diesem Grunde werde der Abschluß des Handelshauses für 1983 vom Prinzip „safety first" geprägt sein.

BAYERISCHE VEREINSBANK / „Ärgerlicher Verlust" beim SMH-Debakel – Dividende wird nochmals erhöht

Risikovorsorge nimmt dem Superlativ etwas Glanz

DANKWARD SEITZ, München

An eine lange Reihe guter Jahre hat die Bayerische Vereinsbank AG (BV), München, mit 1983 ein weiteres anknüpfen können. Es dürfte den Vorstand kaum viel Überwindung gekostet haben, von diesem Glanz mit einer neuerlichen Dividendenerhöhung auf 11 (10 nach 9) DM je 50-DM-Aktie auch auf die Aktionäre ausstrahlen zu lassen. Und bei aller Untertreibung, zu der Bankiers in der Regel neigen, gesteht Vorstandssprecher Maximilian Hackl selbst ein, „daß es angesichts der Fakten wohl kaum verständlich wäre, wenn man dem Ergebnis nicht uneingeschränkt das Prädikat 'gut' erteilen würde", wobei diese Bewertung fast die oberste Spitze in seiner Skala bedeutet.

Daß Hackl von dem Gebrauch eines Superlativs Abstand nimmt und von „gedämpfter Freude" spricht, hat ausschließlich seinen Grund darin, daß die Bayerische Vereinsbank mit 268,1 Mill. DM fast 42 Mill. DM mehr zur Risikovorsorge aufwenden mußte als 1982, nachdem bereits damals rund zweieinhalbmal soviel wie 1981 angefallen waren. Die Betonung wird dabei allerdings ausdrücklich auf „Vorsorge" gelegt, denn zu Ausfällen sei es bisher kaum gekommen. Von dem Betrag entfallen nach Angaben Hackls 20 (6) Mill. DM auf Effektenabschreibungen, 9 (3) Mill. DM auf Sammelwertberichtigungen, und 35 Mill. DM seien als „ärgerlicher Verlust" im Zusammenhang mit dem SMH-Bank-Debakel zu verbuchen.

Über die Höhe der einzelnen Länderrisiken hüllt sich Hackl in Schweigen, deutet jedoch an, daß darauf etwas weniger als die Hälfte des Aufwands entfällt. Umgekehrt verhält es sich allerdings beim Konzern. Hier entstanden diesmal fast 503 (346) Mill. DM Risikovorsorge und dies, obwohl sein Auslandsgeschäft im Gegensatz zur AG „deutlich unter" 20 Prozent der Bilanzsumme ausmacht. Wichtigste Konzern-Glieder neben der BV sind die Bayerische Handelsbank, die Süddeutsche Bodencreditbank, die Vereinsbank in Nürnberg, die Simonbank und die Luxemburger Tochter. Insgesamt wird eine Konzern-Bilanzsumme von 113,5 Mrd. DM (plus 7,6 Prozent) und ein Jahresüberschuß von 175,4 Mill. DM (plus 11,9 Prozent).

Zurück zur AG: Ihr 1983 gegenüber dem Vorjahr entstandener Mehraufwand für die Risikovorsorge sowie für die Verwaltungskosten, die um 101 (54) Mill. DM auf 948 Mill. DM zunahmen, haben das Plus beim Zinsüberschuß, der um 136,1 Mill. DM oder 12 Prozent auf gut 1,2 Mrd. DM stieg, praktisch völlig aufgezehrt. Allerdings hat die BV, wie Finanzchef Dietrich Köllhofer erläuterte, für die Altersversorgung 44,3 Mill. DM mehr aufgewandt, wobei allein durch die Anwendung der neuen Sterbetafel 14 Mill. DM voll verkraftet wurden.

Die Verbesserung des Zinsüberschusses hat die BV bei einer auf „fast genau" 3,0 (2,8) Prozent verbesserten Zinsmarge zum größten Teil im Bankgeschäft erzielt, obwohl die Ausweitung der Bilanzsumme sich überwiegend im Hypothekengeschäft vollzog. Sein Anteil hat sich „überproportional" auf 44 (42) Prozent erhöht. Durch diese starke Expansion erhöhte sich hier der Zinsüberschuß trotz unveränderter Zinsspanne von 0,6 Prozent um etwa 17 Prozent. Bei „Einmalerträgen" verzeichnete man ein Plus von 74 Prozent auf 28,2 Mill. DM. Das Provisionsgeschäft brachte einen Überschuß von 228 Mill. DM, was einem Zuwachs um 18 Prozent entspricht.

Aus dem Jahresüberschuß werden wieder 20 Mill. DM den offenen Rücklagen zugeführt, die mit 1,36 Mrd. DM mehr als das Dreifache des Grundkapitals ausmachen. Durch Ausgabe von Belegschaftsaktien ist dies 1983 um 2,25 Mill. auf 452,25 Mill. DM angehoben worden. Für eine Aufstokkung durch die Aktionäre sieht Hackl in nächster Zeit keine Notwendigkeit. Neben 29,25 Mill. DM genehmigtem Kapital, das noch bis zum 9. Mai besteht und nicht genutzt werden soll, verfügt man bis zum April 1986 über weitere 120 Mill. DM.

Für 1984 mit zunehmendem wirtschaftlichen Aufschwung eine verstärkte Kreditnachfrage. Auch wenn die Zinsspanne inzwischen wieder auf 2¾ Prozent zurückgefallen sei, werde dieses erhöhte Kreditvolumen einen „gewissen Ausgleich" bringen. So könne man dem laufenden Jahr recht optimistisch entgegensehen. „Mut zur Zukunft" dokumentiere auch die Dividendenerhöhung. Ziel sei, diesen Satz für 1984 aufrechterhalten zu können.

Bayerische Vereinsbank	1983	±%
Bilanzsumme (Mill. DM)	65 295	+ 8,6
Eigenkapital	1 816	+ 2,0
Kundeneinlagen im Bankgeschäft	22 729	+ 4,6
Schuldverschreibungen	26 224	+ 14,7
Kundenforderungen im Bankgeschäft	20 840	+ 8,7
Darlehen im Hypothekengeschäft	27 459	+ 11,8
Teilbetriebsergebnis aus lfd. Geschäft[1]	556	+ 17,0
a.o. Ergebnis[2]	- 242	+ 19,2
Gewinn vor EEV-Steuern	314	+ 15,0
Jahresüberschuß	120	+ 8,1

[1] Zins- und Provisionsüberschuß abzügl. Personal- u. Sachaufwand sowie Afa auf Sachanlagen; [2] Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Kredit- u. Wertpapierengagements abzügl. sonstige a.o. Erträge

RHEINMETALL

Konjunktur und Gewinn besser

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Durchweg positive und insgesamt verbesserte Ergebnisse aus ihren drei Unternehmensbereichen kündigt die Holding Rheinmetall Berlin AG, Düsseldorf/Berlin, ihren 3500 Aktionären (darunter Röchling-Familiengruppe mit 78 Prozent von 90 Mill. DM Aktienkapital) im ersten Rückblick für 1983 an. Dazu die Prognose, daß 1984 mit weiterem Aufschwung zu rechnen sei. Die zu einem Drittel von der Wehrtechnik lebende Gruppe hat ihren Weltumsatz 1983 um 6,7 Prozent auf 2,53 Mrd. DM mit 40,8 (39,9) Prozent Auslandsanteil gesteigert. Plusraten gab es in der Wehrtechnik und im Jagenberg-Maschinenbau, eine leichte Minusrate („infolge der Geschäftsbereinigung") bei den WMF-Gebrauchsgütern.

Etwas anders die Tendenz für 1984: Die Belebungstendenz des Auftragseingangs, der 1983 um 5,5 Prozent auf 2,45 Mrd. DM stieg, zeige sich nun anhaltend deutlich beim Export des Maschinenbaubereichs und bei den Gebrauchsgütern, hier auch durch neue Produkte. Die Wehrtechnik hingegen müht sich, ihr 1983er Niveau „zu stabilisieren".

Den Ertragsfortschritt des Berichtsjahres erklärt der Vorstand auch mit weiterer Strukturanpassung, die den Belegschaftsstand um 3,9 Prozent auf 14 886 Mitarbeiter reduziert und den Personalaufwand nur um 1,2 Prozent auf 788 Mill. DM steigen ließ. In Sachanlagen wurden noch 90,2 (104,4) Mill. DM und damit erstmals seit Jahren weniger als die Abschreibungen von 95,5 (82,7) Mill. DM investiert. Die Wende steht hier mit größeren Investitionen beim Maschinenbau bevor, der auf das Jagenberg-Werk Neuss konzentriert wird.

VEITH-PIRELLI / Neues Werk für Lkw-Reifen

Noch Nachholbedarf

INGE ADHAM, Frankfurt

Für rund 50 Mill. DM will die Veith-Pirelli AG, Breubach, in den nächsten beiden Jahren ein neues Lkw-Reifen-Werk bauen und damit nach der Einführung einer neuen Gürteltechnologie ihren „Nachholbedarf" in Sachen Lkw-Reifen (Umsatzanteil derzeit 20 Prozent) befriedigen. Diese Investition nach Deutschland zu holen – weltweit plant der Pirelli-Konzern drei neue Lkw-Reifenwerke – war nur möglich, durch den Übergang zu einem neuen Schichtmodell in Bremberg, das die 6-Tage-Nutzung der Anlagen erlaubt. Das neue Werk schafft 250 Arbeitsplätze und gleicht somit den erwarteten rationalisierungsbedingten Abbau aus. Die AG beschäftigt 3255 (3390) Mitarbeiter.

Die Zufriedenheit der Konzernspitze mit der deutschen Tochter dokumentiert sich auch in 39 Mill. DM „kapitalersetzendem Darlehen", das die Eigenkapitalquote der AG auf gut 37 Prozent bringt und damit die Voraussetzung schafft, so Vorstandssprecher Kurt Weixler, an den Schuldscheinmarkt zu gehen.

Aber auch ohne diese Zuführung wäre die Bilanz in Ordnung. „Wir hatten wieder ein gutes Jahr", kommentiert Weixler das Umsatzplus von knapp 11 Prozent auf 630 (528) Mill. DM in der AG und 722 (664) Mill. DM im Teilkonzern (inklusive der Handelsbeteiligungen). Dabei entfällt der größte Teil des Zuwachses auf Volumensteigerungen, mit Preiserhöhungen tat sich auch Veith-Pirelli im vergangenen Jahr schwer. Aus dem auf 5,4 (2,9) Mill. DM gestiegenen Jahresüberschuß fließen an die wenigen außenstehenden Aktionäre 15 (12) Prozent Dividende, ebenso an die beiden Holdings (nach 8 Prozent).

Weiter Widerspruch gegen Philip Morris

rtr, Bonn

Das Engagement des US-Tabak- und Getränkekonzerns Philip Morris bei der Rothmans International plc halten Morris-Wettbewerber und auch das Bundeskartellamt in Berlin nach eigenen Angaben weiterhin für wettbewerbseinschränkend. Philip Morris hatte letzte Woche zusammen mit der Rembrandt Group Ltd. eine Neuordnung ihrer Beteiligungen an Rothmans bekanntgegeben, durch die die Anteile beider Unternehmen am Kapital von Rothmans auf jeweils 30,8 Prozent steigen, aber gleichzeitig die Stimmrechte von Morris auf 24,9 Prozent zugunsten von Rembrandt mit 44 Prozent der Stimmrechte eingeschränkt werden.

Doag wieder mit Dividende?

JB., Hamburg

Die Doag Warenhandels-AG, Hamburg, hält in diesem Jahr die Wiederaufnahme einer Dividendenzahlung für möglich. Das setze jedoch, wie es in einem Aktionärsbrief heißt, eine anhaltend positive Entwicklung in den USA und keine Verschlechterung bei den Engagements in Nigeria voraus. Für die beiden nigerianischen Handelsgesellschaften besteht nach wie vor ein Lieferstopp. Die Aktivitäten in den USA werden als positiv bezeichnet. Die United Cotton Goods steigerte den Umsatz auf 38 Mill. Dollar. Zur Finanzierung der US-Investitionen wurde das genehmigte Kapital von 0,5 Mill. DM Ende 1983 in Anspruch genommen.

Endura will 600 000 Uhren verkaufen

nl. Stuttgart

Obwohl der Großteil der rund 130 deutschen Hersteller von Armbanduhren (Jahresproduktion 1983: 3,2 Mill. Stück) angesichts des starken Importdrucks (26,8 Mill. Stück in 1983 importiert) mit Existenzproblemen kämpft, will die neugegründete Endura Deutschland GmbH, Pforzheim, die zur schweizerischen Gruppe ETA-Ebauches gehört, mit zunächst 12 Beschäftigten, auf dem Felde der Prestige-Uhren neue Zeichen zu setzen. Eine Reihe exklusiver Uhren-Modelle wurde in Kooperation mit Pforzheimer Partnerfirmen kreiert. Für 1984 peilt man den Absatz von 600 000 Einheiten und einen Umsatz von 6,5 Mill. DM an.

NAMEN

Dr. Hanskarl Gräder, Vorstandssprecher der Weber & Ott AG, Forchheim, wird am 28. März 60 Jahre.

Dr. Hans H. Friedl (53), Generalbevollmächtigter der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank, wird Vorstandssprecher der Westfalenbank AG, Bochum, als Nachfolger von Dr. **Hans Herbert Weber** (63).

Walter Bolender, Einkaufsdirektor für Lebensmittel der Kaufhof AG, Köln, wurde am 25. März 60 Jahre.

Christian Völkel und **Gerhard Wolken**, bisher in der Geschäftsleitung der Vogeley's Lebensmittelwerk GmbH, tätig, wurden zu Geschäftsleitern der Mersch Design GmbH, Bilderrahmenfabrik in Hameln, neue Nonfood-Tochter der Vogeley-Gruppe, bestellt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Karl-Heinz Petri, Tief- u. Landschaftsbau, Baesweiler; **Aschaffenburg:** J. Hartmann & Co. GmbH, Planung u. Gesamtausführung von Bank- u. Kasseneinrichtungen, Mömbris-Schimborn; **Augsburg:** Ruf-Bau GmbH; **Berlin Charlottenburg:** Nachl. d. Heinz Adolf Erwin Pontow; Bau 2000-Straßen- u. Tiefbau-GmbH; **Düsseldorf:** Bitex Ges. f. Computeranwendungen mbH; Nachl. d. Hans Sepp, Ratingen; **Hanau:** Schmidt KG, Tief- u. Straßenbau, Langenselbold; **Köln:** Etex Export elektronischer Erzeugnisse GmbH; **Mainz:** KGA Bauges. mbH; **Mannheim:** Nachl. d. Harald Voigt, Weinheim; Nachl. d. Erich Wilhelm Lang; **Nienburg:** Holger Hotze, Baustoffhandel GmbH; **Nordhorn:** Georg Tierling & Sohn, Großhandlung; Georg Tierling, Kaufmann; Heinz Tierling, Kaufmann; Gerfried Röttgers KG; Gerfried Röttgers, Maurermeister; **Passau:** Franz Brunner, Alleininhaber d. Franz Brunner Bauunternehmung, Fürstenzell; **Soest:** Julius Neuhaus; Rudolf Muchna KG, Elektromaschinenfabrik, Warstein 1; **Stuttgart:** Nachl. d. Kurt Layer, Backnang; **Weilheim:** Friedrich Zweck GmbH, Krailling; Winfried Kühnl, Gastwirt, Peißenberg.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Gelsenkirchen: Ninja-Boutiquen Struppek GmbH & Co. KG, Gladbeck.

Vergleich beantragt: Bad Kreuznach: Dipl.-Ing. Walter Zosel GmbH & Co. KG; Zosel GmbH; **Düsseldorf:** Glesius-GmbH & Co. KG; Glesius Beteiligungen GmbH.

HERTIE / Noch kein ausgeglichenes Betriebsergebnis für 1983 – Folgen der Expansionslust

Weitere Strukturverbesserungen sind vorgesehen

INGE ADHAM, Frankfurt

Der Vorstand der Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH, Obergesellschaft des drittgrößten deutschen Warenhauskonzerns, hat zwar sein Ziel, bereits 1983 ein ausgeglichenes Betriebsergebnis auszuweisen, nicht erreicht. Aber nach Jahren der Bestandsaufnahme, Analyse und selbstverordneten „Denkpause" sieht der nach Dienstjahren noch junge fünfköpfige Hertie-Vorstand unter dem Vorsitz von Bruno Lippmann recht zuversichtlich in die Zukunft.

Es sei daran erinnert, daß Hertie noch 1976 mit 360 Mill. DM Aufwand zum großen Expansionsschub in Westdeutschland ansetzte. Der vor allen Dingen in Berlin starke Warenhauskonzern handelte sich dabei in der Regel weniger gute Standorte ein, die besten Lagen waren längst von der Konkurrenz besetzt. An den Folgen dieser späten Expansionslust knabbert der Konzern noch heute. Ein weniger gut gepolstertes Unternehmen hätte die seit 1976 angefallenen 475 Mill. DM Verluste im operativen Bereich wohl kaum verkraften können. Auch für 1983, das Hertie mit 6,1 Mrd. DM Umsatz 20 Mill. DM Betriebsverlust eingefahren hat, wird das Unternehmen keinen Verlust ausweisen müssen. Nach a. o. Maßnahmen wie Schließung und Verkauf einiger bilka- und Hertie-Häuser und der Zwangsauflösung von Pensionsrückstellungen im Zuge der Änderung der Pensionszusagen schließt die Bilanz mit einem Überschuß von 35 Mill. DM.

Aus dem Schneider sieht sich der Vorstand mit der weiteren Reduzierung des Betriebsverlustes noch nicht. Lippmann und sein Finanzchef Lothar Deppe wissen sich mit ihren Kollegen darin einig: Es ist noch eine Menge „Strukturverbesserung" nötig. Erkennbar hat Hertie im vergangenen Jahr mit rund 180 Mill. DM Sachinvestitionen (zusätzlich zu rund 70 Mill. DM Instandhaltungsaufwand pro Jahr) auf „standortspezifische" Erneuerung seiner Häuser umgeschaltet; in diesem Jahr, in dem bilka und Wertheim an Hertie angebunden wurden, sind dafür rund 150 Mill. DM geplant.

Dieser Straffung im Management soll die Straffung vor Ort folgen. Durch das Schaffen von „Verbünden" sollen einzelne Warenhäuser von der Verwaltung entlastet werden. Ziel: mehr Kräfte freimachen für die „eigentliche" Aufgabe, so Lippmann, das Verkaufen. Damit hofft man bei Hertie auch ein Stück weiterzukommen bei der Lösung des „Kernproblems", dem im Vergleich zu den Mitbewerbern immer noch zu niedrigen Pro-Kopf-Umsatz, den Lippmann jedoch nicht als Frage der Leistung der Mitarbeiter, sondern als Strukturproblem sieht. Klar ist jedoch, daß Hertie, nach einer Reduzierung der Zahl der Mitarbeiter um 3,8 Prozent (umgerechnet auf Vollzeitkräfte) im vergangenen Jahr, auf die Dauer mit der gegenüber den Wettbewerbern deutlich höheren Personalkostenquote nicht leben kann. Erfolge einer Konzeption, in deren Mittelpunkt die Erneuerung der Warenwirtschaftssysteme steht, werden nach Einschätzung des Vorstands erst innerhalb von drei Jahren greifbar. Mit einem Betriebsverlust für dieses Jahr wird aber nicht mehr gerechnet.

Aktien wieder ohne Käufer

Bis auf wenige Ausnahmen leicht nachgebende Kurse

DW. – Die vorbörslich genannten gegenüber dem Wochenschluß heraufgesetzten Kurse ließen sich am Aktienmarkt während der Börsenzeit nicht durchsetzen. Das Interesse an Aktien ist zur Zeit gering, die Amerikaner scheinen sich nahezu geschlossen von deutschen Papieren fernzuhalten. Deshalb wurde das meist nur geringe Angebot zu leicht rückläufigen Notierungen aufgenommen. Nur wenige Papiere schlossen fester als an der Freitagsbörse.

Meinungskäufe waren bei den in jüngster Zeit überdurchschnittlich gedrückten Daimler-Aktien zu beobachten, die sich um einige DM verbesserten, obwohl diese Papiere weiterhin durch Streikschatten in Mitleidenschaft gezogen werden. Als relativ stabil erwiesen sich die Papiere der Großchemie, deren Kurse durch die überraschend kräftige Geschäftsbelebung in diesem Jahr abgestützt wurden. Stahlaktien bröckelten überwiegend ab, daran vermochte auch die Aussicht nichts zu ändern, daß die Stahlkonzerne demnächst über Bundessubventionen verfügen können.

Düsseldorf: Audi NSU verminderten um 5 DM, Balcke Dürr um 2,90 DM und Gildemeister um 3,50 DM. Glas Schalke gaben um 5 DM nach und Leffers um 3 DM. Isenbeck stockten um 10 DM und Rhein Textil um 16 DM auf. Rhenag verbesserten sich um 5 DM und Schiess um 3 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Aachen Münchner Bet. um 5 DM und Allianz Leben verloren 30 DM.

Frankfurt: Bei Plusankündigung konnten sich Concordia Chemie um weitere 40 auf 580 DM verbessern. Bei Doppelminus gingen Commerzbank-Restquoten um 2,50 DM auf 11 DM je 100 Reichsmark nominal zurück. Mainzer Aktienbier wurden um 14 DM auf 365 DM heraufgesetzt, Aachener Rückversicherung gaben um 100 DM auf 1020 DM nach.

Hamburg: HEW lagen bei 97,10 DM und NWK-Vorz. bei 175,50 DM knapp gehalten. Phoenix Gummi wurden mit 141,60 DM (minus 1,30 DM) gehandelt. Bremer Vulkan begannen zwar zu 60 DM, gaben aber wieder auf 59 DM nach. In der Kasse wurden Markt u. Kühlhallen mit 310 DM (plus 5 DM) sowie Haller Meurer mit 207 DM bezahlt. Auf unveränderter Basis gingen Triton zu 135 DM und Reichelt zu 136 DM aus dem Markt.

München: Etienne Aigner erhöhten um 2,50 DM und Agrob St. um 8 DM. Agrob Vz. gaben um 3 DM und Augsburger Kammgarn um 1 DM nach. Deckel AG stockten um 1 DM auf und Diamalt verloren 4,50 DM. Flachglas verminderten um 1 DM auf 263 DM.

Berlin: Concordia Chemie wurden um 60 DM höher taxiert. Orenstein konnten sich um 1 DM verbessern. Berliner Kindl, Herlitz Vorzüge, Kempinski und Schering gaben um je 2 DM Herlitz Stämme um 1,50 DM und Bekula um 1 DM nach.

Nachbörse: schwächer

WELT-Aktienindex vom 26. 3.: 151,0 (151,3); WELT-Umsatzindex vom 26. 3.: 1582 (2518)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

DM-Anleihen

Ausland

Optionshandel

Frankfurt: 26. 3. 84: 625 Optionen = 33 100 (29 600) Aktien, davon 106 Verkaufsoptionen = 5750 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 4-80/17,8, 4-90/7,9, 4-95/5, 4-100/1,9, 7-90/14, 7-95/10, 7-110/4,4, 10-95/14,2, 10-100/10,05, 10-120/5,4, BASF 4-160/6, 4-170/1,95, 7-170/9,5, 7-180/5,5, 7-190/3,4, 10-190/5,9, Bayer 4-170/4-3,9, 4-180/1, 7-170/10,4, 7,180/7, 7-190/4, 7-200/3, 10-190/7, 10-200/5, Bekula 10-95/7,4, BMW 7-450/8, 7-480/4,6, 10-450/18, Bay. Vereinsbk. 4-340/6, Commerzbk. 4-170/11,65, 4-190/1, 7-180/13,6, 7-190/8,5, 7-2000/5,6, 10-180/18,6, Conti 4-123/7/6,85, 4-140/1,3, 7-130/18,4, 7-130/8,6, 7-140/4,2, 10-140/9,8, Daimler 4-532/8/29, 7-580/32, 7-610/16, Dt. Babcock St. 4-170/2, Deutsche Bk. 4-340/43, 4-380/15, 4-400/3, 7-390/19,4, Dresdner Bk. 4-170/9,854, 4-180/2,5, 7-170/17,5, 7-180/11,9, 7-190/6,2, GHH St. 7-155/3, Harpener 7-290/15,1, 10-300/19,4, Hoechst 4-170/7, 7-180/9,4, 7-190/5,4, 10-170/22,2, 10-180/18,35, 10-200/6,5, Hoesch 4-100/18, 4-110/-8,6, 7-110/13, 7-120/5, 7-130/3,9, 10-130/7, Karstadt 7-260/14,5, Kloeckner 7-60/9, 7-65/6,2, 7-70/4, 10-55/16,4, 10-60/14, 10-65/7,2, Lufthansa St. 7-170/8, Mercedes 4-450/44, Mannesmann 7-140/1, 7-150/6,7, 10-150/9, Schering 4-360/1,4, Siemens 4-350/61, 4-380/34, 4-410/8,4, 4-420/3,6, 7-410/16,8, 7-420/13,4, 7-430/11, 10-420/17,1, Thyssen 4-80/5,9, 4-85/2, 4-90/1, 7-75/16, 7-80/4,7, 7-95/3,9, 10-90/7,6, VEBA 4-170/4, 7-190/4,8, 10-180/9,4, VEW 4-120/1,85, VW 4-200/11, 4-210/3,05, 7-200/18,95, 7-210/12,9, 7-220/7,95, 7-240/3, Alcan 7-90/9, Crysler 7-70/7,4, 7-75/6,4, 7-80/4, elf 4-60/10,65, 4-65/5,95, 4-70/2,5, 10-60/16,25, 10-60/4,9, IBM 10-310/16,5, 10-330/12,2, Norsk Hydro 10-210/15, Philips 7-40/5,1, 7-45/2,4, 10-40/6,9, Royal Dutch 4-130/4,9, 7-140/4,2, Sperry 7-110/10. **Verkaufsoptionen:** AEG 7-85/1,9, 7-90/3, 7-95/3,5, 10-90/3,6, 10-95/6,3, 10-110/16, BASF 7-170/4, Bayer 7-170/4, 10-160/3,15, 10-170/4,4, BBC 7-210/5, Commerzbk. 7-170/1,5, 10-170/2,9, 10-180/6, Conti 10-130/5, Daimler 4-562,8/5,8, 7-562,8/12, 7-572,8/20, 7-620/55, Deutsche Bk. 7-380/5,4, Degussa 10-370/6,6, Dresdner Bk. 7-170/2, Hoechst 7-170/1,4, 10-170/4,15, Hoesch 7-120/6,45, 10-120/8, Karstadt 4-250/2,5, Kaufhof 10-230/5,3, Kloeckner 10-60/3, 10-70/8,7, Linde 7-360/6,4 Mannesmann 4-140/1,9, 7-140/2,8, 10-140/4,5, Preussag 4-280/11, 10-270/7,4, Siemens 7-390/4,6, 10-370/3, 10-380/3,6, Thyssen 4-90/6,5, 10-85/4,2, Varta 10-180/8,5, VEBA 4-180/6, VW 4-220/10, 7-210/7, 10-180/1,6, 10-200/6, Alcan 7-90/4,3, Crysler 7-75/6,5, 10-75/7,9, General Motors 7-180/11,85, IBM 7-280/9, Sperry 7-110/5,4.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 26. 3.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10½–10¾	5⅝–5¾	3⅝–3⅞
3 Monate	10¾–10⅞	5½–5¾	3⅞–4
6 Monate	10⅞–11¼	5¾–6	3⅞–4⅛
12 Monate	11⅜–11¾	6⅛–6⅜	4⅛–4⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 26. März folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1865,00	2240,10
10 US-Dollar (Indian)**)	1280,00	1498,00
5 US-Dollar (Liberty)	505,00	666,90
1 £ Sovereign alt	235,00	290,70
1 £ Sovereign Elizabeth II.	229,00	283,86
20 belgische Franken	179,00	233,70
10 Rubel Tscherwonez	248,00	310,08
2 südafrikanische Rand	231,00	285,00
Krüger Rand, neu	1030,00	1214,10
Maple Leaf	1030,00	1241,10
Platin Noble Man	1048,00	1234,62

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	259,00	322,62
20 schweiz Franken „Vreneli"	202,00	254,22
20 franz. Franken „Napoléon"	194,00	253,08
100 österr. Kronen (Neuprägung)	852,00	1149,12
20 österr. Kronen (Neuprägung)	190,00	239,40
10 österr. Kronen (Neuprägung)	101,00	132,24
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	450,00	552,90
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	106,00	142,50

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

26. 3. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Ankfz.-Kurse[4]	Wechs. Frankf. Sorten*) Ankauf	Wechs. Frankf. Sorten*) Verkauf
New York[3])	2,6042	2,6122	2,5751	2,56	2,65
London[1])	3,755	3,769	3,733	3,70	3,85
Dublin[1])	3,054	3,068	3,003	2,96	3,11
Montreal[3])	2,0410	2,0490	2,0420	2,00	2,09
Amsterd.	88,460	88,680	88,47	87,75	89,75
Zürich	120,650	120,850	120,75	119,75	122,50
Brüssel	4,881	4,901	4,806	4,63	4,93
Paris	32,385	32,525	31,985	31,50	33,25
Kopenh.	27,235	27,355	27,015	26,25	28,25
Oslo	34,590	34,710	33,94	33,75	35,50
Stockh.**)	33,575	33,735	33,25	32,75	34,50
Mailand[2]) **)	1,608	1,618	1,549	1,57	1,67
Wien	14,198	14,238	14,191	14,11	14,33
Madrid**)	1,723	1,743	1,692	1,67	1,79
Lissabon**)	1,960	1,980	1,876	1,60	2,40
Tokio	1,1590	1,1620	–	1,12	1,18
Helsinki	46,090	46,290	44,86	45,50	47,25
Buen. Air.	–	–	–	–	11,00
Rio	–	–	–	0,07	0,40
Athen*) **)	2,5010	2,5550	–	2,00	2,80
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4785	2,4955	–	2,42	2,53
Johannesbg.*)	2,1080	2,1270	–	1,90	2,15

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der US-Dollar-Kurs begann die neue Woche mit 2,6150 deutlich unter dem Freitagsniveau. Meinungsverkäufe drückten ihn bei ruhigem Geschäftsverlauf tiefst bis 2,6030. Der amtliche Mittelkurs wurde mit 2,6082 festgestellt. Aktivitäten der Bundesbank wurden nicht beobachtet. Die Argumente der Händler drehten sich weiter um die Entwicklung der US-Dollar-Zinsen und die Handels- und Leistungsbilanz-Defizite in den USA. Die Italienische Lire konnte die feste Tendenz der Vorwoche nicht behaupten und schwächte sich um 0,3 Prozent auf 1,613 ab. Schwächer notierte auch der Schweizer Franken mit 120,75 (minus 33 Pfg.) und der Japanische Yen mit 1,1605 (minus 0,55 Pfg.). Gegenüber den übrigen amtlich notierten Währungen verzeichnete die D-Mark ebenfalls überwiegend Kursgewinne. Dollar in: Amsterdam 2,9430; Brüssel 53,30625; Paris 8,0390; Mailand 1617,25; Wien 18,3490; Zürich 2,1600; Ir. Pfund/DM 3,061; Pfund/Dollar 1,4424.

Ostmarkkurs am 26. 3. (je 100 Mark Ost) – Bertin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Schrumpfung der Dollar-Terminabschl[illegible] am 26. März auf leicht rückläufige Doll[illegible] zurückzuführen.

	1 Monat	3 Monate	6 M[illegible]
Dollar/DM	1,24/1,14	3,36/3,26	[illegible]
Pfund/Dollar	0,23/0,25	0,68/0,71	[illegible]
Pfund/DM	1,80/0,40	3,70/2,30	[illegible]
FF/DM	31/15	94/69	[illegible]

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am [illegible] Tagesgeld 5,50 Prozent; Monatsgeld 5,80–5,9[illegible] zent; Dreimonatsgeld 5,80–5,95 Prozent.

Privatdiskontsätze am 26. 3.: 10 bis 29 Tage 3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,35G–3,40[illegible] zent. Diskontsatz der Bundesbank am 26. 3.: [illegible] zent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 19[illegible]) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern [illegible] schenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdau[illegible] er): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) [illegible] (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,50 (7,45) – 9,00 (7,66). Ausgabe [illegible] (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,[illegible] 8,50 (7,54) – 9,00 (7,79) – 9,00 (7,96) Finanzierungssch[illegible] des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,85, 2 [illegible] 6,78. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen [illegible] Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,80, Rendite 7,80.

Renten gut behauptet

Am Rentenmarkt sorgte der leicht nachgebende Dollarkurs für eine gewisse Stabilität. Die Kurse öffentlicher Anleihen wurden teilweise leicht heraufgesetzt. Die jüngste achtprozentige Schleswig-Holstein-Anleihe wurde auch am 2. Notierungstag zum Emissionskurs von 100,25 Prozent notiert. Er entspricht natürlich nicht den Marktgegebenheiten, denn die letzte achtprozentige Bundesanleihe liegt bei nur 99,40 Prozent. Mit der Heraufsetzung der Renditen für Bundesobligationen auf 7,80 Prozent werden diese den Marktverhältnissen angepaßt.

Bundesanleihen

		26. 3.	23. 3.
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	[illegible]	[illegible]
7½ dgl. 83 S.40	6/88	99,2bG	99,1
8 dgl. 83 S.41	6/88	100,55	100,5
8 dgl. 83 S.42	9/88	100,45	100,35
8 dgl. 83 S.43	12/88	100,55G	100,55
8¼ dgl. 83 S. 44	12/88	101,25	101,2
8 dgl. 84 S. 45	3/89	100,35bG	100,3bG

Bundesbahn

		26. 3.	23. 3.
F 8 Bdbahn 72	9/84	100,75	100,75
8¾ dgl. 76	9/84	100,85	100,85
6 dgl. 78 II	11/84	99,95	99,95G

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

	26. 3.	23. 3.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81G
8½ dgl. Pf 5	87G	87G
7 dgl. Pf 2	100,5	100,5G
F 7½ Bakola Pf 104	100,85G	100,95G
9 dgl. Pf 106	103,4G	104,1G
10 dgl. Pf 108	108,05G	108,8G
7 dgl. KS 132	95,7G	96,45G
8 dgl. KS 155	99,35G	100G
9 dgl. KS 169	102,95G	103,15G

	26. 3.	23. 3.
M 5½ Bayer. Hypo. Pf 14	82,5TG	82,5TG
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	118G	118G
6 dgl. 14	89,5G	90,5G
6 dgl. 47	79	79
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	94,4G	94,4G
8 dgl. Pf 73	101,3G	101,3G
4 dgl. KO 5	102,5G	102,5G
H 6 Hyp.i.Hbg. Pf 96	82	82
8½ dgl. Pf 80	90,65G	90,65G
8 dgl. Pf. 248	100,7	100,7
M 5 Verbank Hbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	78TG	78
7 dgl. Pf 100	100,4G	100,4bG
D 8 Westl.B Pf 350	101,4G	101,55G
6¾ dgl. Pf 403	97,75G	97,75G
9½ dgl. Pf 1007	106,2G	106,2G
8 dgl. Pf 1015	99,45G	99,45G
7 dgl. KO 558	100,45bG	100,55G
6¾ dgl. KS 420	96,25bG	96,25G
9¼ dgl. KO 1301	105,2G	105,2G
8½ dgl. KS 1278	101,85G	102G
Br 6 Dt. Schiffsb. Pf 46	100,55G	[illegible]
5½ dgl. Pf 62	88,9G	[illegible]
6½ dgl. Pf 65	99,7G	[illegible]
6¼ dgl. Pf 60	95,85G	[illegible]
6¼ dgl. Pf 74	98,35G	[illegible]
6¼ dgl. Pf 76	97G	[illegible]
Br 6½ dgl. Pf 77	94,1G	[illegible]
6 dgl. Pf 42	99,95G	[illegible]
8½ dgl. Pf 47	102,9G	[illegible]
F 5 Fft. Hypobk. Pf 65	70,3G	[illegible]
5½ dgl. Pf 53	76G	[illegible]
8 dgl. Pf 79	78G	[illegible]
8 dgl. Pf 130	92,7G	[illegible]
6½ dgl. Pf 133	86,75G	[illegible]

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Ebenfalls in fester Verfassung zeigten sich kurz vor Sitzungsschluß Kaffee und Kakao.

Aktuelle Rohstoffpreise aus USA und Kanada können erst nach Einführung der Sommerzeit (22. 4.) wieder veröffentlicht werden.

Getreide und Getreideprodukte

	26. 3.	23. 3.
Weizen Chicago (c/bush)		
Mai	365,75	360,75
Juli	357,50	345,25
Sept.	349,25	347,25
Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	261,55	261,40
Amber Durum	244,80	246,00
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	136,00	135,30

Kakao New York ($/t)	26. 3.	23. 3.
Terminkontr. Mai	2518	2512
Juli	2529	2513
Sept.	2510	2500
Umsatz	–	3520
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	7,00	6,87
Juli	7,43	7,28
Sept.	7,76	7,62
Okt.	7,99	7,85
Jan.	8,50	8,40

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

	26. 3.	23. 3.
Okt.	575,0–575,5	–
Umsatz	9	17
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen		
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager		
März	13 908	13 900
April	13 841	13 816
Kautschuk London (p/kg)		
Nr. 1 RSS loco	unverändert	76,50–78,50
April	unverändert	76,00–77,50
Mai	unverändert	76,50–79,00
April/Juni	unverändert	76,70–77,30
Tendenz: ruhig		

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

	26. 3.	23. 3.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	405,92–407,81	402,96–404,84
Blei in Kabeln	133,75–134,75	135,00–136,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	26. 3.	23. 3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	390–399	390–397
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	434–437	431–437
MS 63	428–433	426–431

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

	26. 3.	23. 3.
London 10.30	388,50	388,00
15.00	387,40	387,90
Zürich mittags	388,30–388,80	387,80–388,30
Paris (Ff/1-kg-Barren) mittags	100 900	101 500
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	651,05	657,10
3 Monate	665,15	670,70
6 Monate	679,55	685,40
12 Monate	709,55	715,00
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	270,95	272,25
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	109,85	110,15

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

	26. 3.	23. 3.
Kupfer Higher grade (£/t)		
mittags Kasse	1064,5–1065,0	1055,5–1056,0
3 Monate	1079,5–1080,0	1070,0–1071,0
abends Kasse	1067,0–1068,0	1053,0–1053,5
3 Monate	1083,5–1084,0	1067,5–1068,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1067,0–1068,0	1046,0–1048,0
3 Monate	1076,0–1078,0	1059,0–1060,0
Zink (£/t) Kasse	745,00–748,00	729,00–731,00
3 Monate	718,00–718,50	706,50–707,00
Zinn (£/t) Kasse	8380–8390	8400–8410
3 Monate	8534–8535	8540–8545
Quecksilber ($/Fl.)	300–310	310–320
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	84–86	86–89

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die WELT ist in 8.000 Orten der gesamten Bundesrepublik einschließlich West-Berlin verbreitet, sowie mit etwa 5% ihrer Auflage in 137 Ländern aller Erdteile.

W 3517



Boris (Michael Karkowsky) freundet sich ganz allmählich mit dem neuen Lehrer (Peter Seum) an FOTO: TELEBUNK

Die Geschichte einer behutsamen Annäherung

Wie aus der Mülltonne

Der zwölfjährige Boris lebt zusammen mit seiner Mutter in einem Berliner Abrißhaus. Er geht auf die Sonderschule, die er meist schwänzt, zum Teil mit Billigung der Mutter, die selbst Analphabetin ist, zum Teil auch aus Trotz und Angst vor Mißerfolgen. Soziale Kontakte hat Boris kaum; abgekapselt in der Welt seiner kleinen persönlichen Aktivitäten bastelt er sich ein Fahrrad aus Schrotteilen oder jagt Ratten auf einem verwahrlosten Grundstück.

Eines Tages stattet ein neuer Lehrer, der mit großem Engagement seine Aufgabe im Kreuzberger Kiez angeht, der Mutter von Boris einen Besuch ab. Bald darauf taucht der Junge

Was soll bloß aus Dir werden – ZDF, 19.30 Uhr

wieder in der Schule auf und ist anfangs irritiert: Da verkündet der Lehrer, daß Lernen nur möglich sei, wenn man es freiwillig tue; der Unterricht wirkt zwanglos und Boris fühlt sich allmählich wahrgenommen. Denn der „Neue" lobt ihn sogar bisweilen und nimmt ihn vor den Aggressionen der Mitschüler in Schutz. Einzelgänger Boris fügt sich zögernd in eine Gemeinschaft ein.

Dann gibt es Rückschläge: Der Freund der Mutter brennt durch, nachdem er das Geld für die Miete monatelang unterschlagen hat; man landet im Obdachlosenasyl. Und die Fahrt ins Landschulheim, die ihn zunächst von seinen akuten Sorgen ablenkt, endet für Boris schmerzlich; eine unüberlegte Handlung führt zum Bruch mit seinem Lehrer. Auch sein „Zuhause" existiert nicht mehr, die Mutter ist zwecks Alkoholentzugs in eine Klinik eingeliefert worden, Boris versteckt sich, verlottert, igelt sich ein bis ...

„Was soll bloß aus Dir werden" heißt dieses „Fernsehspiel der Gegenwart" im ZDF, das Buch stammt von Jochen Ziem. Ziem, seit gut einem Jahrzehnt auch etablierter Autor im elektronischen Medium mit Stükken wie „Elsa oder die Rückkehr", „Unternehmer", „Federlesen" und „Linda", hat in seiner Geschichte über den „Fall" Boris quälende Erfahrungen aus der eigenen Schul-Kindheit verarbeitet.

„Meine schulische Karriere begann mit einer seelischen Katastrophe und einem schnell sinkenden Leistungsvermögen: Noch zehn Jahre später hatte sich wenig daran geändert." Aber der Wechsel in eine Schule, die sich nach dem Pädagogik-Reformer Berthold Otto benannte, wirkte Wunder. „Seit dieser Erfahrung weiß ich, daß Lehrer töten können, daß Lehrer leben lehren können, mehr noch vielleicht als Eltern." Es war ein Zufall, daß Ziem dem Kreuzberger Boris („ein Junge wie aus der Mülltonne") begegnete, als er gerade einen neuen Lehrer bekam, mit dem der Autor befreundet ist. „Es war spannend zu beobachten, ob das alte pädagogische Konzept ‚Ermutigung ist alles' auch hier funktionieren würde." hel.

KRITIK

Lob von einem echten Kommissar

Der am Sonntag abend gezeigte Streifen „Kielwasser" (ARD) ist erst der siebente Tatort mit Kommissar Schimanski – aber auf die anderthalb Stunden Krimi folgte diesmal ein 45 Minuten langer Film von Paul Karalus, der sich unter dem Titel **„Duisburg" – ein deutscher Tatort?"** etwas langatmig mit dem Phänomen Schimanski beschäftigte. Das ist, was man vornehm die höheren Medien-Weihen nennen könnte.

Vielleicht ist es aber ganz einfach auch ein Zeichen dafür, daß sich der Streit um den von Götz George gespielten „Schmuddelkommissar" Schimanski längst gelegt hat. Inzwischen weiß jeder Krimifan, daß dieser Kohlenpott-Kommissar genauso ein grundguter Kerl ist wie der „Alte".

Das Interessanteste an dem Film von Karalus war auf jeden Fall das Gespräch mit dem echten Mordkommissar von Duisburg. Dieser gut aussehende Herr, der jederzeit selbst in einem Film auftreten könnte, hatte sehr vernünftige Ansichten. Er könne mit Schimanski durchaus leben; man treffe sich sogar von Zeit zu Zeit. Wenn er von seinen Duisburger Kollegen mit „He, Schimmy!" begrüßt werde, nehme er das keineswegs übel, denn es sei gutmütig gemeint, alle hätten sich mit der Serie abgefunden. Im übrigen müsse es den „Tatort" schon deshalb geben, weil die Arbeit echter Kommissare doch auf weite Strecken sehr langweilig sei.

Sehr reizvoll übrigens auch, daß Eberhard Feik, der Darsteller von Schimanskis Kollege Thanner, dem Interviewer Karalus Gescheiteres zu erzählen wußte als Götz George – er ist also zu Recht dem Schimanski an die Seite gestellt, als ein Mann, der zuerst überlegt, ehe er etwas tut (oder sagt).

Was den „Tatort" selbst betrifft: Es gab schon bessere Schimanski-Streifen als diese Geschichte um einen die Umwelt mit Giftstoffen verschmutzenden Chemieindustriellen, der zum Mörder wird. Spannung war zwar da, die Schimanski-Thanner-Dialoge wieder mal herrliches Pingpong (Im Karalus-Film gaben Feik und George zu, daß diese Dialoge oft noch während des Drehens verändert werden). Aber die Figur der rächenden Schifferswitwe aus Frankreich war Edelkitsch. ANTON MADLER

Sensible Hand, dicke Haut und viel Takt

Nicht nur „Samthandschuhe„ gehören zur Grundausstattung eines Protokollchefs, sondern auch die Werbetrommel, die er dieses Mal kräftig für sich rührte: **„Vier Wochen beim Bonner Protokoll"**, nachempfunden im ZDF von Anna Doubek, haben dem selbstbewußt auftretenden Bonner Protokollchef Hans-Werner Graf Finck von Finckenstein symbolisch die „steife Hemdbrust" weiter gestärkt: Von sich selbst und seinem Amt wußte er zu berichten, er benötige „eine sensible, feinfühlige Hand, aber eine dicke Haut, Organisationsvermögen, Management-Qualitäten, internationale Erfahrungen, Takt, die Bereitschaft zum Dienen und psychologisches Einfühlungsvermögen." 10 000 Diplomaten in Bonn haben sich einen solchen Protokollchef schon öfter erträumt.

Amüsant im Film war der Bilderbogen: Staatsempfang für Präsident Carstens an der Elfenbeinküste, immer wiederkehrende Wagenkolonnen, die dem Zuschauer jedoch den Eindruck vermitteln konnten, daß Protokoll sich von „Protz" ableite; der Blick in das Kanzleramt auf Essenstafeln oder nach Schloß Gymnich hinein. Wie kam die Autorin allerdings zu der völlig unsinnigen Behauptung, Gymnich müsse für jeden Gast angemietet werden und sei damit eine kostspielige Lösung? Und die vielen Ehrenspaliere mit dem musikalischen Tamtam vermittelten Nichtbonnern wohl auch eher den Eindruck, Protokoll sei, wie es einmal hieß, „ritualisierte Wertschätzung". Daß Protokoll vor allem auch Gelegenheit zu wesentlichen menschlichen Kontakten bietet, bemerkte man nur allzu kurz: als die Damen Barbara Genscher und Gräfin Finckenstein auftraten.

Aus dem Nähkästchen plauderte der Protokollchef, als er verriet, man könne sich mit Gästen „über alles unterhalten". Er habe mehrere Stunden mit Breschnew verbracht. Das gehöre zu seinen nachdrücklichsten Erlebnissen.

Man wird auch diesen Protokollchef an seiner „Verschwiegenheit" messen: Im Hause des spanischen Botschafters hat Finckenstein neulich erklärt, er wolle aus der Unterhaltung mit Breschnew einmal mehr machen. EVI KEIL

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Glücksritter (5)
11.05 Umschau
11.25 Eiskunstlauf-WM
12.10 „... und plötzlich hatten wir die Ausreise"
12.55 Presseschau
13.00 heute

Nur über die Sender des ZDF:
8.58 bis ca. 13.00 Aus Straßburg:
Heute im Europäischen Parlament
Nach dem Gipfel – Bericht und Debatte über den wirtschaftlichen Aufschwung in Europa

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Wendepunkte
Diogenes in der Tonne oder Die Flucht aus dem Altersheim
16.55 Spaß am Dienstag
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Bananas
Musik und Nonsens
Gäste: INXS, Tracey Ullman, Status Quo, Roger Daltrey, Bette Midler, Steinwolke, Boulevard, Stefan Waggershausen und Alice, Snowy White, Dolly Dots, Matt Bianco
21.00 Monitor
Häuserkampf im Sennelager / Der Tod auf der Herzwarteliste / CIA – Versuche an Menschen / Geheime Informationen der pharmazeutischen Industrie / Polen in Not
Moderator: Klaus Bednarz
21.45 Dallas
Reise ins Ungewisse
J. R. und Bobby bemühen sich verbissen, einander geschäftlich zu übertrumpfen, um den Machtkampf um Ewing Oil für sich zu entscheiden. Bobby versucht, die schwierigen Bohrarbeiten in Kanada voranzutreiben, damit sich seine dortigen Investitionen endlich auszahlen. Katherine nutzt diese Gelegenheit, Bobby näherzukommen, während Pam mit Mark Graison an der Riviera ist.
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Flametti
Ein Stück von Schlicksupp teatertrupp
Regie: Paul Binnerts, Werner Rosemann
0.50 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Besser sehen, besser leben
16.35 Ravioli
5. Teil: Party im Eimer
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Chris Rea
17.50 Waldheimat
Wie ich mit der Thresel auszog und mit dem Maischel heimkam
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase!
19.00 heute
19.30 Was soll bloß aus dir werden
Das Fernsehspiel der Gegenwart
Buch: Jochen Ziem
Regie: Horst Flick
21.05 Tierporträt
Goldauge und Blattlauslöwe
21.15 WISO
Sozialreport: Ambulante Pflegedienste – Alternative zum Altersheim? / Hintergrund: Klinikum Aachen – Milliardenflop? / Rummenigge zu Inter Mailand – Woher kommen die Millionen? / Tip: Zurück zur Pfandflasche
Moderation: Friedheim Ost
21.45 heute-journal
Anschließend
Fragen an Lord Carrington
Gespräch mit dem neuen NATO-generalsekretär
22.20 Über allen Gipfeln ist Ruh
Komödie von Thomas Bernhard
Mit Traugott Buhre, Anneliese Römer, Angela Schmid u.a.
Uraufführung der Ludwigsburger Festspiele 1982 in Zusammenarbeit mit dem Schauspielhaus Bochum
0.30 heute



Bette Midler, der exzentrische Superstar aus Amerika, ist heute abend in „Bananas" zu Gast mit dem Titel „Beast of Borden" – ARD, 20.15 Uhr FOTO: JÜRGEN & THOMAS

III.

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Heinz-Günther Hilgruop aus Peru
20.45 Rückblende
Adam Riese – des Volkes Rechenmeister
21.00 Formel Eins
21.45 Ein Arzt für die Menschlichkeit
22.15 Monitor im Kreuzfeuer
23.00 Unter'm Hammer
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Heute Töne
Amateure und Profis machen Musik
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
21.15 Strumpet City – Stadt der Verlorenen
22.05 Frauen unter einem Himmel
23.05 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Unterwegs mit Odysseus (1)
19.00 Formel Eins
19.45 Tips für Schule und Beruf
20.15 Der Intim
Französischer Fernsehfilm
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Raffael
1. Teil: Die Lehrjahre
23.00 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Mathematik Algebra
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg
20.15 Forum Südwest
Nur für Rheinland-Pfalz
20.15 Kulturkalender
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm
21.15 Das Versteck
„DDR"-Spielfilm (1977)
22.50 Avanti! Avanti!

BAYERN

18.15 Der erste Mann in ihrem Leben
Von der Bedeutung eines Vaters
18.45 Rundschau
19.00 Buck Rogers
19.20 Das gläserne Netz
Amerikanischer Spielfilm (1953)
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Werkbesuch – Beim Verkehrsverbund
22.30 Im Gespräch
23.15 Rundschau

Der Herr der Kontakthöfe

A.W. – In Hamburg sind sie wieder auf den guten alten Schutzmann gekommen, d. h. sie haben bemerkt, daß ein Polizeibeamter, der Streife geht, statt zu fahren, und sich in seinem Streifenviertel genau auskennt, am effektivsten ist und von der Bevölkerung am besten angenommen wird. Aber natürlich muß die Sache einen neuen Namen haben; „Schutzmann" klänge ja so „obrigkeitsstaatlich". Wie also heißt der Schutzmann in Hamburg, wo er nicht mehr Schutzmann heißen darf? Nun, man nennt ihn „Kontaktbereichsbeamter". Eine großartige Wortschöpfung, so recht nach dem Geschmack stromlinienförmiger Vollzugsbereichs-Semantiker!

Fremde werden freilich ihre Schwierigkeiten haben mit dem Kontaktbereichsbeamten. Sie merken ja spätestens nach einem ersten Bummel auf St.Pauli, daß es in der Stadt an Elbe und Alster ungewöhnlich viele sogenannte „Kontakthöfe" gibt; so werden sie den Kontaktbereichsbeamten wahrscheinlich als einen Aufseher der Kontakthöfe mißverstehen, und das kann zu vielen peinlichen Situationen führen.

Auch andere Interpretationen sind indessen möglich. Ein Kontaktbereichsbeamter könnte auch *jemand sein, der – statt Kontakte zu* beaufsichtigen – Kontakte vermittelt, ein wahrer Freund und Helfer also, der all jenen Angehörigen seines „Bereichs", die sich einsam fühlen, zu sinnvollen Freizeitbeschäftigungen verhilft. Ein Schelm, wer schlecht darüber denkt! Natürlich ist nicht der Zuhälter gemeint, sondern eine Art Alltags-Psychologe, ein Seelendoktor in Polizeiuniform.

Und wo bleibt der Schutz vor gewissen Kontakten, der ja manchmal auch nötig ist? Für so etwas wende man sich – auch bei Bagatellfällen – lieber gleich ans Überfallkommando. Denn für das Schützen ist unser Kontaktbereichsbeamter viel zu schade. Bei so einem schönen Namen!

Die „Präraffaeliten": Superschau in London

Exklusive Schwindsucht

Leichtgemacht haben sie es sich nicht. Für „Ophelia" hockte der Maler John Everett Millais elf Stunden täglich unter einem Sonnenschirm an einem versumpften Bach, aus dem er ab und zu mit einem Kinderbecher seinen Durst löschte. Auf die weißgrundige Leinwand pinselte er mit der Akribie eines Botanikers jede Blume und Pflanze, die er vor Augen oder bei Shakespeare vorfand. Mehr noch forderte er sein Ophelia-Modell, die ätherische Elizabeth Siddal. Sie mußte für ihn in einer vollen Badewanne auf dem Rücken treiben und wurde dabei nur notdürftig von darunter plazierten Kerzen erwärmt. Prompt holte sie sich eine Lungenentzündung, und der Maler mußte die Doktorrechnung zahlen. So entstand eines der berühmtesten Bilder der Präraffaeliten.

Penible Naturtreue, literarische Themen und schönhaarige Modelle: Mit diesem Rezept startete die Bruderschaft der Präraffaeliten im europäischen Revolutionsjahr 1848 ihre eigene Revolte gegen die in die Langeweile abgeglittene akademische Malerei. Das Ergebnis ist jetzt in der bisher umfassendsten Ausstellung dieser exzentrischsten und einflußreichsten aller britischen Malerschulen mit 250 Gemälden und 100 Aquarellen und Zeichnungen in der Londoner Tate Gallery zu begutachten.

Das Abenteuer begann mit drei unzufriedenen jungen Kunststudenten zwischen 19 und 21: mit dem romantisch veranlagten Dante Gabriel Rossetti, dem Sohn eines Italieners, dem ernsthaften William Holman Hunt und John Everett Millais, der bereits als malendes Wunderkind von zehn Jahren als Schüler in die Akademie aufgenommen worden war. Sie bewunderten wie ihre deutschen Kollegen, die bereits bekannten und in England von Prinzgemahl Albert propagierten Nazarener, die frühen Italiener vor Raffael. Deshalb nannten sie ihre Bruderschaft „Präraffaeliten". Ihre Themen fanden sie in der Bibel, bei Shakespeare, Dante oder den möglichst tragischen Balladen englischer Romantiker.

Ihre ersten Bilder konnten gute Kritiken und auch Käufer verzeichnen. Als das Publikum jedoch ihre Signatur „PRB" entdeckte, brach ein Sturm der Entrüstung los: Eine geheime Gesellschaft, gar katholischer Färbung, wurde dahinter vermutet. Zielscheibe der Kritik war dabei vor allem Millais' Gemälde „Christus im Haus seiner Eltern", bei dem er eine rachitisch ausgezehrte Maria in einer kraß realistisch geschilderten Schreinerwerkstatt auf dem Boden knien läßt.

Mit Spannung sind diese frühen Bilder aufgeladen: Jede Geste heischt um Aufmerksamkeit, jedes Detail ist scharf herausgearbeitet und mit Bedeutung befrachtet. Mit geradezu giftiger Intensität leuchten die Farben auf weißem Grund. Statt britischer Gelassenheit regiert ebenso britische Überspanntheit die Stunde.

Dank der Fürsprache des Kunstkritikers John Ruskin betrachtete man die Rebellen jedoch bald mit zunehmend wohlwollenderen Augen. Ihr Bund jedoch, ohnehin nur auf dem Sand sehr vager gemeinsamer Ideale gegründet, war mittlerweile brüchig geworden. Jeder verfolgte sein Ziel auf eigene Faust.

Hunt, der Heilsuchende, brach für zwei Jahre ins Gelobte Land auf. Rossetti, von der herben Kritik demoralisiert, begnügte sich in den nächsten zehn Jahren mit kleinformatigen Aquarellen. Ford Madox Brown hielt sich an soziale Themen und malte sein berühmtes Auswandererbild „Letzter Blick auf England". Nur Millais machte unverblümt Karriere: Er ging ins Gegenlager der Royal Academy über und ermalte sich einen Adelstitel, Reichtum und Berühmtheit. In London findet sich auch sein Porträt von John Ruskin, der höchst nachdenklich in einen schottischen Wasserfall sinnt. Er hat allen Grund dazu, denn mittlerweile hielt es seine Frau Effie mit dem Maler und wurde schließlich auch dessen Frau. Millais' letzter großer Erfolg war das Abschiedsbild „Der schwarze Braunschweiger". Die Modelle – Charles Dickens' Tochter Kate und ein schwindsüchtiger Leutnant – mußten beim Posieren Gliederpuppen umarmen: So züchtig viktorianisch ging's dann auch wieder zu!

Rossetti verfolgte sein Ziel auf exklusive Weise: Einzig und allein Frauenporträts reihte er – nunmehr wieder in Öl und großem Format – zu einer sehr persönlichen Schönheitsgalerie. Die rothaarige Elizabeth Siddal, die einstige Ophelia, reservierte er ganz für sich und heiratete sie schließlich auch. Als Maria und Venus, als Beatrice und Genoveva porträtierte er sie und einige weitere blaßhäutige, schmollmündige Modelle. Statt der früheren, hell leuchtenden Farben bevorzugt er nun eine satt glühende dunklere Palette.

Sein Meisterschüler Edward Burne-Jones verfeinerte den zuweilen ins Walkürenhafte gewachsenen Typ und entrückte ihn in eine blassere, delikat farbene Traumwelt, in der seine sanftlinigen Geschöpfe tief in sich versunken weilen. Damit war das Phänomen der Präraffaeliten in einen schönen, doch folgenreichen Dornröschenschlaf gefallen, der Symbolismus und Jugendstil eingehend infizierte. (Bis 28. Mai, Katalog 6,95 Pfund)

HEIDI BÜRKLIN



Ein Naturalismus der morbiden Schönheit: „Letzter Blick auf England" von Ford Madox Brown (1852-55), aus der Londoner Ausstellung FOTO: KATALOG

Zum 75. Geburtstag des Historikers Golo Mann

Impressionismus der Verantwortung

Im Europa des 19. Jahrhunderts formulierten die Historiker das politisch-geschichtliche Selbstverständnis ihrer Völker. Ranke und Droysen, Sybel und Treitschke galten in Deutschland genauso als Paladine der Nation wie Carlyle oder Acton in England, Mignet oder Thiers in Frankreich, Palacký bei den Tschechen oder Lelewel bei den Polen.

Das hat sich in unserem Jahrhundert geändert. Heute besitzt die Geschichtsschreibung eine andere Funktion, ihre Beziehung zum Staat, zur Gesellschaft, zur Nation ist verdünnt bis zur Unverbindlichkeit. Diese mangelnde Repräsentanz hat vor allem bei uns Westdeutschen einen solchen Grad erreicht, daß sie inzwischen schon wieder Aufmerksamkeit erregt.

Was der Geschichtsschreibung an öffentlicher Reputation und Stellvertretung gebricht, wird statt dessen noch immer einzelnen Historikern, dank ihrer Kontur, ihres Charakters, ihres eigentümlichen Formats zugebilligt. In der Bundesrepublik verdichtet sich das in einer Persönlichkeit wie Golo Mann.

Ohne Übertreibung – zu der ein solches Jubelfest wie der 75. Geburtstag leicht verführt – kann man sagen, daß Westdeutschland, wie es sich seit 1945 entwickelt hat, in einem breiten kulturell-geistigen Sektor in Golo Mann wiederzuerkennen ist: in einer Fülle unerschütterlich bürgerlich-demokratischer Züge genauso wie in einer Reihe von inneren Komplikationen, die zu einem Gemeinwesen genauso unverwechselbar gehören wie zu jedem Menschen mit exzeptioneller Eigenart. Golo Mann war und ist hier, wenn schon nicht *Praeceptor Germaniae*, so doch *Orator Germaniae occidentalis.*

So wurde und wird er von Ungezählten empfunden, geschätzt, verehrt, bewundert, mißbilligt, so trat und tritt er selbst auf, mit der Festigkeit eines Mannes, der sich seiner Überdurchschnittlichkeit bewußt ist und nicht nur das Vermögen, sondern auch den Freimut besitzt, seine Meinung zu allem öffentlich Bedeutsamen *darzutun.*

Golo Mann besitzt vor allem eine Eigenschaft, die ihn hoch über das hinaushebt, was ansonsten in den Ebenen der Historikerschaft gängig ist: Er besitzt die Ausdauer, sich zwischen weit auseinanderliegenden Extremen zu bewegen, zwischen Fest*lichkeiten des Objektivismus und* Triumphen der Subjektivität – und letzteres bis hin zum rücksichtslos durchgestandenen Vorurteil und zum Haß. Dafür ist er jederzeit bereit zu fechten, unter Einsatz all der blendenden Eigenschaften, die ihm mitgegeben wurden.

Der Emigrant lehrte zwischen 1942 und 1958 als Professor für Geschichte an amerikanischen Colleges. Dann kam er zurück in die Bundesrepublik, am Ende „jener behaglichen fünfziger Jahre zu den Menschen mit den entspannten Nerven", wie er seinen Eindruck beschrieb.

Damals war er ein Mann, den der Brockhaus noch nicht kannte, lehrte zwischen 1960 und 1964 Neuere Geschichte und Politische Wissenschaft an der Technischen Hochschule Stuttgart, wurde binnen kurzem als *Homme d'Esprit* in allen Sparten der Zwischen- und Zentralkultur der Bundesrepublik ein stehender Begriff, ebenso liberal wie progressiv, vor allem aber demokratisch in einem arrivierten Sinn. Den rebellierenden Studenten der Jahre 67/68 rief er erbost zu, sie sollten doch aufhören, Lenin zu spielen – und wurde dafür von ihnen zu jenem Establishment gezählt, welches dasjenige, was es besitzt, möglichst langsam zu verlieren wünscht.

Muß man an sein historisches Werk erinnern, kennt es nicht jeder, den Geschichte auch nur am Rande interessiert? Da ist sein großes Buch über Friedrich von Gentz, sein Buch „Vom Geist Amerikas", da sind seine unendlich vielen Essays. Und da sind vor allem drei Veröffentlichungen, mit denen sich sein Name bleibend verbindet.

Zunächst die „Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts". Sie erschien vor einem Vierteljahrhundert, sie verhalf dem Bundesrepublikaner, der sich inzwischen zu demokratischer Zuverlässigkeit gemausert hatte und sich seiner D-Mark als einer konvertierbaren Währung erfreuen durfte, zu einer historischen Ortsbestimmung, die ebensoviel Selbstbestätigung einschloß wie Selbstrechtfertigung. Kaum ein Werk hat aber auch mit derartiger Entschiedenheit eine Bilanz der deutschen Schuld zu ziehen versucht.

Kurz darauf begann Golo Mann mit der Herausgabe der „Propyläen-Weltgeschichte"; das Kolossalunternehmen von zwölf Bänden war 1965 abgeschlossen. Diese Universalgeschichte, welche die Ullstein-Tradition der historischen Enzyklopädien weiterführte, setzte die durchgehende Gleichrangigkeit der behandelten Völker und Kulturen voraus. Das ergab sich aus Golo Manns Grundsatz der Liberalität, der so weit ging, daß er von einem „verantwortlichen Impressionismus" sprechen konnte, der nahezu von selbst zu einem pluralistischen Weltbild führen sollte. Mit seinem „Wallenstein" schließlich unternahm Golo Mann den letzten großen Versuch einer Geschichtsschreibung als Erzählung, als Epos.

Doch dies ist nicht der ganze Golo Mann. Wäre es nur das historiographische Werk, so würde der Jubilar heute nicht eine Art bundesrepublikanischer Institution darstellen. Zu dem großen Vortragenden, Kommentator, kritisch Prüfenden in Bücherstuben und Gesellschaften landauf landab, im Rundfunk, im Fernsehen, in allen dem Druck verpflichteten Medien gehört namentlich das, was für ihn *politischer Auftrag* ist.

Golo Mann kämpft mit Leidenschaft für eine höhere Wahrheit, in welcher er das Fundament unserer Daseinsgestaltung sieht und die er kraft ihrer volkspädagogischen Gewichtigkeit noch über die historische Wahrheit stellt. Er verhilft in diesem Gegensatz einer abgründigen Komplikation zum Ausdruck, die zu dem ebenso schwierigen wie hochmoralischen Verhältnis der Deutschen zu ihrer Geschichte in diesem Jahrhundert gehört und dem Golo Mann genauso tief verpflichtet ist, wie er an ihm leidet und wie ihn Gegenargumente unberührt lassen.

HELLMUT DIWALD



Gewann der Geschichtsschreibung ihre öffentliche Reputation zurück: Prof. Golo Mann FOTO: JUPP DARCHINGER

Trouvaille an der Bonner Oper: Jean-Claude Riber inszeniert Sergej Prokofjews „Feurigen Engel"

Ein Irrenhaus der kahlgeschorenen Beglückungen

Jean-Claude Ribers Inszenierung von Prokofjews „Feurigem Engel" an Bonns Bühnen der Stadt bestätigte nur, was man von des Russen selten gespielter, früher Oper ohnehin wußte: Die Musik gibt hier den Ton an, wie man es so eigentlich nur von berüchtigten Beispielen des Genres kennt, und das irgendwie fußkranke Libretto hängt allen Aufführungsversuchen, so lohnend die Partitur sie macht, wie ein Klotz am Bein.

Sergej Prokofjew schrieb es sich selbst, und zwar nach einer Erzählung seines symbolistischen Landsmannes Valerij Brjussow: in einer merkwürdigen Mischung aus Magie und Mystik, Exorzismus und Hexensabbat. Es liest sich wie ein Psychogramm der Heldin, das man zwar in Musik umsetzen kann, aber kaum in szenische Aktion, die mehr wäre als die Illustrierung seelischer Vorgänge. Auch Riber zeigt eher Aktionismus.

Renata ist besessen, aber die anderen halten für den Teufel, was ihr als feuriger Engel Madiel erschienen ist und den sie als Ritter Heinrich in seiner irdischen Gestalt in kurzer, unglücklicher Liebesbegegnung wiedergefunden zu haben glaubte – soweit die des längeren und breiteren erzählte Vorgeschichte. Zusammen mit dem Landsknecht Ruprecht begibt sie sich auf die Suche nach Heinrich, aber die endet für ihn im tödlichen Duell und für sie auf dem Scheiterhaufen der Inquisition. Alles hinter den Kulissen, auch bei Prokofjew, der seine Heldin aus dem Bayerischen ins rheinische Köln führt.

Angesichts solcher Widrigkeiten nahm es sich fast wie ein kühner Handstreich des Bonner Generalintendanten aus, wie er sich der Zwänge des Librettos durch raschen Bogenschlag hinüber in unsere Tage zu entledigen suchte: Schauplatz ist vier Stockwerke hoch ein Irrenhaus in seinem inneren Halbrund mit Umgängen und Zellen. Die Akteure sind das medizinische Personal nebst Insassen, und das rheinische Nonnenkloster, in das im Original alles mündet, präsentierte sich als eines der heutigen Beglückungssekten mit einer Vielzahl kahlgeschorener Köpfe. Hinter allem darf man Drogen vermuten. Ruprecht stirbt am „Goldenen Schuß".

Ribers Ausstatter Radu und Miruna Boruzescu lassen den Humanisten Agrippa von Nettesheim oder die Äbtissin gleichsam wie Erscheinungen in einem gläsernen Fahrstuhl herniederkommen, und auch sonst erscheint dem Publikum allerhand vernebelndes Brimborium. Angefangen mit Sargträgern und schwarzen Vögeln und geendet mit Flammenspielen, Illuminationstricks, einem Förderband, das Bücher auf die Bühne spuckt, und einer veritablen Hundekoppel, die freilich auch Prokofjews Szenario vorsieht. Daß sich davon die Sparhandlung verdeutlichen ließe, war nicht zu sehen. Aber das soll einer angesichts eines derartigen Librettos auch erst einmal vormachen! Ein Renner wird es nicht sein, was Ribers sonst totsicheren Repertoire-Hits geltenden Einsatz doppelt verdienstvoll macht. Und im übrigen hat die Musik im Übermaß, was der Szene fehlt: ausschweifender und expressiver hat sich der Musikdramatiker Prokofjew zwischen ostinaten Rhythmen und vokaler Deklamation nie ausgebreitet. Siegfried Kurz, von der Dresdener Staatsoper ausgeliehen, war dafür der richtige Mann am Pult. Die beiden Hauptpartien sind zwei Stunden Parforcetour für die Protagonisten: Ute Trekel-Burkhardt, ebenfalls aus der „DDR", sang die Renata in höchst beeindrukkender, nicht nachlassender gestalterischer Kraft und Präsenz, und dem stand Siegmund Nimsgern nicht nach. Anwesend war auch die Komponistenwitwe Mira Prokofjewa: Die Szene, hörte man, soll sie nicht gerade begeistert haben.

DIETER SCHÜREN

Wiener Staatsoper: Triumph mit Giuseppe Verdis „Simon Boccanegra" unter Strehler und Abbado

Dunkle Geheimnisse in der Glut unter der Asche

So oft man auch Verdis „Simon Boccanegra" begegnet, immer wird man erneut gefesselt durch die Originalität und Leidenschaftlichkeit dieser Partitur, deren voller Reichtum sich erst in kompositorischen Schüben über die Jahre entfaltet hat. Verdis *„Boccanegra" ist eines der* wenigen Werke, in denen späte Meisterschaft nicht die blühende Imagination des ersten Wurfs vernichtete, sondern seinen Ausdruckswillen kunstreich in klügere Bahnen zu lenken verstand.

Im „Simon Boccanegra" letzter Fassung findet sich stets beides: Vision und Psychologie, großes dramatisches Fresko und kompositorische Binnenzeichnung von bezwingender Innigkeit. Inspiration und Kunstverstand arbeiten sich in die Hände.

Das Resultat ist voller Geheimnis, Dunkelheit, Größe, als wäre Glut unter der Asche. Das Venedig, das Verdi im „Boccanegra" beschwört, ein Seestück am braunen Meer, läßt in seinem düsteren Schimmer an Rembrandt denken.

So auch, in Lichtstürzen der Irrealität, hat Giorgio Strehler das Werk auf Ezio Frigerios Bühne in der Wiener Staatsoper in Szene gesetzt. Es ist die inzwischen weltberühmte Inszenierung der Mailänder Scala, die auf über zwölfjähriger Wanderschaft um die Welt nichts von ihrer beredten Geradlinigkeit, ihrer kargen Wucht verloren hat. Sie besitzt inzwischen gradezu Denkmalscharakter. Daß sich Wien dazu bereit erklärt hat, sie – nach *Mailand, Paris, München – zu* übernehmen, belegt ein unübliches Maß an künstlerischer Einsicht.

Freilich wurde dieser Weg zur Vernunft den Wienern auch breit eröffnet. Sie konnten auf einen Debütanten an ihrem Opernpult bauen, der mit Verdis „Boccanegra" wie mit Strehlers und Frigerios Inszenierung musikalisch mit Herz und Hand aufs engste verbunden ist.

Claudio Abbado, den Wiener Philharmonikern als ständiger Dirigent seit Jahren verpflichtet, hat das Musikwerk erstaunlicherweise in all dieser Zeit niemals in der Staatsoper dirigiert. Im Dienste Verdis kam es nun zu einer exemplarischen Zusammenarbeit, von der man sich in der Folge für Wien reiche Früchte erhoffen darf. Nach dem Abgang Maazels aus Wien und mit der Übernahme der Direktion durch Claus Helmut Drese soll Abbado dem Wiener Haus nachdrücklich verbunden sein. Für das Frühjahr 1987 ist jedenfalls unter seiner Leitung der „Wozzek" geplant.

Abbado läßt den „Boccanegra" in großer Besetzung spielen. 16 erste Geigen, acht Bässe stehen ihm zur Verfügung: Das ergibt, zumal durch den wunderbaren Wiener Streicher*chor, einen warmtönigen, reich sich* entfaltenden Klang, in den nun die Bläserstimmen hineinblühen, die sich wie Lichtspritzer schimmernd artikulieren.

Abbado läßt das Orchester in ruhiger Schönheit musizieren. Es darf singen. Nie werden die Sporen gesetzt. Und doch entfaltet Verdis musikdramatisches Genie voll seine Macht. Winzige Akzente werden gesetzt, rhythmische Monotonien gemieden, die Zartheit fällt der instrumentalen Großsprecherei nie zum Opfer. Reich belebt in all ihren Dimensionen, entfaltet sich Verdis Partitur auf die imponierendste, bewunderungswürdigste Weise.

Erstaunlich freilich ist, daß Abbado eine Zentralfigur, den Brunnenvergifter Albiani, wohl aus alter Anhänglichkeit fahl besetzt. Dabei ist auch ihm die Bedeutung gerade dieser merkwürdigen Rolle, die eines Jago im Embryonalzustand, klar. Doch läßt er sie durch Felice Schiavi ins Beiläufige verpuffen. Man denke nur, wie charakterscharf und stimmschön einst neben Wixell und Talvela der junge José van Dam in Berlin diese Schlüsselpartie sang. Nichts davon vermag Schiavi zu bieten.

Die vokalen Höhepunkte setzen (in der zweiten Aufführung der Neuinszenierung) Ruggero Raimondi als Fiesco, ein in böser Verinnerlichung sich ergehender Baß, nobel und dennoch dramtisch unversöhnt bis ans Ende, und José Carreras, der tenorale Wankelmotor der Dramaturgie, der verbittert Liebende mit dem Hang zum Ariensingen und Dogenmord. Carreras gibt der eher wirren Partie eine Traumschönheit des Vortrags, die selbst ihren Schwachsinn adelt.

Katia Ricciarelli, durch einen Grippeanfall entschuldigt, markierte die Rolle der Amelia eher, als sie voll auszusingen. Das wiederum überspann ihren Vortrag zwar mit einiger Blässe, gleichzeitig aber auch einer vokalen Sorgsamkeit, der sich die Hochachtung nicht versagte.

Renato Bruson in der Titelpartie verzichtete eher auf die Singenergie des Usorpators und gab sich gleich als Staatsmann im Dogengewand auf dem Singthron: ein Künstler von echter verdianischer Opernstatur, feinnervig und markant zugleich.

KLAUS GEITEL

JOURNAL

Die englischen Oscars der Filmakademie vergeben

AP, London

Die britische Akademie für Film und Fernsehen hat ihre jährlichen Auszeichnungen, die den amerikanischen „Oscars" vergleichbar sind, vergeben. Als bester Film wurde eine britische Version der Pygmalion-Geschichte mit dem Titel „Educating Rita" ausgezeichnet. Die beiden Hauptdarsteller, Julie Walters und Michael Caine, wurden zudem als beste Schauspieler geehrt. Dustin Hoffman wurde wegen seiner Rolle in „Tootsie" ausgewählt. Der Preis für die beste Regie ging an Bill Forsyth für seinen Film „Local Hero". Bester ausländischer Film wurde die französisch-polnische Produktion „Danton".

Gewerkschaftsvorsitz aus Protest zurückgegeben

DW. München

Von seinem Ehrenamt als Bundesvorsitzender der Gewerkschaft deutscher Musikerzieher und konzertierender Künstler (GDMK) ist Eckart Rohlfs, München, zurückgetreten. Rohlfs hält die Entscheidung, die GDMK, in der rund 4000 Lehrkräfte an Musikschulen, Hochschulen und Konservatorien organisiert sind, in der geplanten Medien- und Kulturgewerkschaft im DGB aufgehen zu lassen, für schädlich. Im Gegensatz zu Rohlfs halten die übrigen Mitglieder des GDMK-Bundesvorstandes an dieser Entscheidung fest.

Sowjetischer Dissident im österreichischen PEN

DW. Wien

Der 36jährige baschkirische Regimekritiker und Dichter Nisametdin Achmetow, der mit kurzen Unterbrechungen seit 18 Jahren in sowjetischen Straflagern gefangengehalten wird und lebensgefährlich krank ist, ist, wie erst jetzt bekannt wurde, als Ehrenmitglied in den österreichischen PEN-Club aufgenommen worden. Kürzlich war Achmetow in den französischen PEN-Club gewählt worden. Achmetows Vater hat im vergangenen Jahr Selbstmord verübt, sein Bruder befindet sich ebenfalls in einem Straflager.

„Steinernes Haus" wieder zugänglich

dpa, Seligenstadt

Mit einem „Tag der offenen Tür" ist eines der ältesten Steinhäuser Deutschlands, das „Romanische Haus" in Seligenstadt (Kreis Offenbach), jetzt wieder der Öffentlichkeit übergeben worden. Das „Steinerne Haus" wurde in den vergangenen drei Jahren mit einem Kostenaufwand von mehr als einer Million Mark originalgetreu restauriert. Es ist vermutlich im Jahr 1187 als Residenz des kaiserlichen Vertreters, des Vogtes, erbaut worden. Im Mittelalter blieb es Amtsgebäude und Vogtei und diente für Hexenprozesse, Eheschließungen und Gerichtsverhandlungen.

Schätze von San Marco erstmals ausgestellt

AFP, Paris

Zum ersten Mal wird der Schatz der Markuskirche von Venedig dem Publikum zugänglich gemacht. Die schönsten Stücke aus dem Besitz der Basilika wurden zu einer Ausstellung zusammengestellt, die seit diesem Wochenende im Pariser Grand Palais zu sehen ist. Die Kunstwerke gehören zum Wertvollsten, was die einstige Republik Venedig zu bieten hat. Der größte Teil der Exponate stammt aus dem byzantinischen Reich, mit dem die reiche Republik enge Beziehungen unterhalten hat. Die Ausstellung ist bis zum 25. Juni geöffnet und geht anschließend nach New York.

Deutsche Frauenfilme in Frankreich ausgezeichnet

dpa, Sceaux

Beim sechsten internationalen Frauenfilm-Festival in Sceaux (südlich von Paris) errang die deutsche Regisseurin Helga Reidemeister mit ihrem Spielfilm „Mit starrem Blick aufs Geld", dem Porträt eines Mannequins, den ersten Preis der Jury. Auf Platz zwei kam ein schwedischer Streifen. Die Publikums-Auszeichnungen gingen an den polnischen Film „Krzyk" (Der Schrei) von Barbara Sass (1. Preis) und an die deutsche Filmemacherin Ulrike Oettinger für „Dorian Gray im Spiegel der Boulevardpresse" (2. Preis).

Das Leben der Eskimos in Kanadas Norden

wm. Marburg

Aus Anlaß des 35jährigen Bestehens ihrer Kanada-Sammlung zeigt die Universitätsbibliothek Marburg die Ausstellung „Inusivut". Sie vermittelt einen Eindruck vom Leben der rund 23 000 kanadischen Inuit (wie sich die Eskimos selbst nennen). Zusätzlich ist auch eine Fotoausstellung „Inselwelt der Arktis" zu sehen, die das Land, in dem die Eskimos leben, vorstellt. Beide Ausstellungen sind bis zum 14. April zu besichtigen.

Der „Service 130“ ist vielen lieb und teuer

Telefondienst der Post kommt im Test gut an

GISELA REINERS, Bonn

Autoverleiher haben sie, Hotelketten haben sie, Fluggesellschaften, Zeitungsverlage und Versicherungsunternehmen haben sie – die neue Nummer. Immer häufiger findet man in Anzeigen, Prospekten, Broschüren und Unterlagen eine ungewöhnliche Telefonnummer. Die ersten vier Ziffern lauten immer 0130, dann folgt eine eingängige Zahlenkombination aus weiteren vier Ziffern, die man sich leicht merken kann. Nun weiß jeder, der mit seinem Telefon und dem Fernsprechnetz einigermaßen vertraut ist, daß die Ortskennzahl (oder Vorwahl) mit 0 anfängt, daß es aber keine 01-Kombination für irgendeine deutsche Stadt gibt. Außerdem verspricht, wer mit der Nummer wirbt, daß bei Anruf nur die Gebühren für ein Ortsgespräch anfallen.

Dahinter verbirgt sich eine neue Dienstleistung der Bundespost, die seit Juli 1983 in einem Betriebsversuch getestet wird. Unter dem Markennamen „Service 130 “ wird erprobt, was USA-Reisende schon als „toll-free-number“ schätzen gelernt haben: Eine Telefon-Nummer, über die zum Nulltarif ein Zimmer reserviert, ein Mietwagen angefordert, aber auch ein Satz Küchengeräte beim Versandhändler bestellt oder die Eintrittsbedingung einer neuen Glaubensgemeinschaft erfragt werden kann.

Ganz soweit ist man in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht. Hier kostet es mindestens 23 Pfennig, wenn man einen der Teilnehmer an dem Versuch erreichen will, und davon gibt es zur Zeit erst 80. Während der Testphase soll das Unternehmen auf insgesamt 150 Teilnehmer begrenzt bleiben. Stellt sich heraus, daß das Interesse groß genug und das Telefonnetz den Anforderungen gewachsen ist und daß es sich schließlich für die Bundespost auch lohnt, dann ist an eine Ausweitung gedacht. Möglich wäre dann auch, daß die Post die Gebühren senkt und vielleicht sogar ganz auf die Ortsgebühr des Anrufers verzichtet.

150 Teilnehmer und die Tücken der Technik

Wählt man die acht Ziffern, passiert eine Weile gar nichts. Doch leises Knacken in der Leitung verrät, daß sie nicht „tot“ ist. Nach einiger Zeit, beim ersten Mal ist man fast geneigt, wieder aufzulegen, geht der Ruf durch und es meldet sich bald eine mehr oder weniger freundliche Stimme. Die lange Pause ist den Tücken der Technik zuzuschreiben. Das Gespräch des Anrufers aus jedem Ort der Republik nimmt zunächst einmal seinen Weg nach Frankfurt in eine Sondervermittlungsstelle. Dort werden die vier eingängigen Ziffern aufgeschlüsselt und umgesetzt in die tatsächliche Anschlußnummer. Das dauert länger, wenn der Teilnehmer nicht in Frankfurt sitzt, denn der Umweg über den dortigen Zentralcomputer muß sein, auch wenn der Anruf von Hamburg nach Bremen, von München nach Nürnberg oder Köln nach Düsseldorf geht.

Was für den Kunden ein ebenso nützliches wie billiges Vergnügen ist, schlägt für den Teilnehmer auf der anderen Seite nicht zu knapp zu Buche: mit der monatlichen Grundgebühr von 2000 Mark zuzüglich der Gebühreneinheiten für die Ferngespräche. Dabei ist der Zeittakt von 12 auf 6 Sekunden halbiert und es werden mindestens 5000 Gebühreneinheiten pro Monat abgerechnet, ob „ver-sprochen“ oder nicht.

Viel Gutes über die schnelle Nummer

Die Kunden scheinen zufrieden zu sein. Bei der Hotelkette „Canadian Pacific“, von Anfang an dabei, findet man den Service „ganz schön teuer“, glaubt jedoch, daß er sich auszahlt. Etwa drei Viertel aller Buchungen, so heißt es, kommen inzwischen über die schnelle Nummer herein. Der Autovermieter „Hertz“ beklagt ebenfalls die hohen Kosten. Doch mildern sie sich, weil früher eine teure Standleitung zwischen Düsseldorf und der Frankfurter Zentrale unterhalten wurde, die nun überflüssig ist. Seit dem 1. Februar ist die Firma bundesweit über die Service-Nummer zu erreichen und wickelt fast 100 Prozent aller Buchungen mit ihren 4000 Stationen in 120 Ländern darüber ab.

Von Anfang an dabei ist auch der Vertrieb der „Welt am Sonntag“. Abonnenten, die das Blatt nicht erhalten haben, können schon sonntags reklamieren. Obwohl teuer, schätzt der Vertrieb doch die Serviceleistung für die Kunden und will die Nummer künftig auch für Bestellungen nutzen lassen.

Europas größtes Versandhaus „Quelle“ in Fürth „beobachtet mit großem Interesse“ die Entwicklung. Selbst will man zur Zeit nicht einsteigen, denn 180 Verkaufshäuser, 82 Agenturen, telefonische Annahmestellen und die Teilnahme am Bildschirmtext-Geschäft (Bestellung per Knopfdruck über den Fernseher) bieten nach Ansicht des Hauses einstweilen genug Erreichbarkeit.

Auch die Lufthansa hat keinen Bedarf. Sie wartet auf die technische Ausreifung von „Gedan“, einem System, das Anrufe weiterleitet. Dadurch sollen dann, wenn die Verkaufsstellen geschlossen sind, die telefonischen Reservierungsaufträge an die zentrale Buchungsstelle umdirigiert werden. Der Kunde wählt also die bekannte Nummer seines Reisebüros, sein Gespräch landet aber direkt bei der Lufthansa in Frankfurt.





Riesenknall im Eltersdorfer Wald

Ein Krater von sechs Meter Tiefe und 20 Meter Durchmesser zeugt von der Wucht eines Gasausbruchs im Eltersdorfer Wald bei Erlangen. Mit ohrenbetäubendem Krach schossen am Sonntag 50 Meter hohe Flammen aus dem Boden – zwei Meter unter der Erde war eine Pipeline mit Erdgas aus der Sowjetunion undicht geworden. Das ganze ging noch glimpflich ab: Menschen wurden nicht verletzt. Lediglich das angrenzende Waldstück und eine Scheune brannten nieder. Für den Schaden kommt die Ruhrgas AG auf. Ihr ist die Ursache des Unfalls noch völlig unklar, zumal die letzte TÜV-Untersuchung vor wenigen Wochen nichts zu beanstanden hatte. Wahrscheinlich ist aber doch ein Materialfehler die Ursache. In Deutschland liegen Erdgasröhren in einer Länge von 160 000 Kilometern unter der Erde. Jedes der rund 70 Zentimeter starken Rohre wird vor Inbetriebnahme einem Streß-Test von 115 Bar (etwa gleich Atü) unterzogen. Der Druck der Pipeline betrug auf dem Stück, auf dem sich die Explosion ereignete aber lediglich 63,5 Bar. Der Druckabfall wurde im übrigen sofort registriert. Wenige Minuten später war schon die erste Löschtruppe vor Ort. Als erstes riegelten die Männer die Gaszufuhr ab, so daß die Flammen bald keine Nahrung mehr bekamen. Die Ruhrgas AG gegenüber der WELT: „Es war der erste Unfall dieser Art.“ FOTOS: AP

Neue Probleme mit den Shuttle-Turbinen

Können Haupttriebwerke auch die Besatzung gefährden?

W. WILL, Longboat Key

Die drei Haupttriebwerke der US-Raumflugzeuge, die bei jedem Start nur etwa achteinhalb Minuten arbeiten, bereiten der Nasa größte Sorgen. Sie haben sich nicht nur technisch nicht bewährt, sie sind unter Umständen sogar eine Gefahr für die Besatzung. Das ergaben jetzt eingehende Analysen nur wenige Tage vor dem Start des elften Shuttle-Unternehmens am 6. April.

Es sind vor allem die Turbinenschaufeln, die äußerst anfällig sind. Offiziell spielt die Nasa das Problem zwar herunter, aber hinter vorgehaltener Hand urteilt der Triebwerksexperte Warren Wiley ganz anders: „Nach etwa 5000 Einsatz-Sekunden müssen wir die Beschaffenheit der Turbinenpumpen-Schaufeln bezweifeln – allein der Verlust einer solchen Schaufel beim Start könnte katastrophale Folgen haben.“ Nach den ersten zehn Shuttle-Unternehmen lassen die Triebwerke von Rockwell-Rocketdyne also jetzt schon Zweifel am Konzept der vielgepriesenen problemlosen Wiederverwendbarkeit der Raumflugzeuge aufkommen.

„Jedes Triebwerk ist für einen Einsatz von siebeneinhalb Stunden konzipiert worden“, heißt es im Rockwell-Handbuch. Siebeneinhalb Stunden aber sind identisch mit 55 Starts – reine Illusion, so viel steht bereits fest. Nach fast jeder der bisherigen Missionen mußten die Triebwerke überholt oder repariert werden.

Verheerend endete erst vor vier Wochen wieder ein Test auf dem Prüfstand der Nasa in Mississippi: Nach nur 1670 Sekunden brannte ein neues Triebwerk völlig aus.

Startverzögerungen bis zu zehn Wochen wie beim Erstflug von Challenger wegen schadhafter Triebwerke sind inzwischen beinahe schon zur Regel geworden. Kurz vor Beginn der bisher letzten Mission im Februar dieses Jahres mußte gar ein Triebwerk ausgetauscht werden. Das gleiche passierte schon wieder für den nächsten Start im kommenden Monat.

Mike Toner, der Raumfahrt-Korrespondent des „Miami Herald“, spricht von einem „solch ernsten und chronischen Problem“, daß unter Umständen ein „völlig neues Design“ für die Triebwerke erforderlich wird. Toner bezieht sich dabei auf das Urteil „führender Nasa-Ingenieure“. Im Extremfalle, so schätzt die Zeitung, könnte das zehn Jahre in Anspruch nehmen – und bis zu einer Milliarde Dollar kosten.

(SAD)

Mode, Mozart und eine Menge Geschäfte

49. Modewoche in München mit der Herbst/Winter-Kollektion

R. M. BORNGÄSSER, München

Nach Mailand und Paris, schwappt nun auch in München wieder einmal die Mode über. Sie präsentiert sich in Messehallen, Modezentren, Luxushotels und Privaträumen der Konfektionäre, sickert in Fußgängerzonen und taucht nachts in Nobelkneipen und Diskotheken auf. Die 49. Mode-Woche-München präsentiert sich als bisher größte Modemesse auf dem auf 105 000 Quadratmeter erweiterten Ausstellungsgelände. In diesem riesigen Modeschaufenster zeigen 2025 Hersteller aus 39 Ländern – auch Osteuropa ist in München vertreten durch die „DDR“, Polen und die Tschechoslowakei – rund 5900 Kollektionen für den Herbst und Winter.

An der Spitze der ausländischen Aussteller liegt – mit großem Vorsprung vor den anderen Ländern wieder Österreich mit 134 Konfektionären, gefolgt von Italien und Frankreich. Auf der langen Liste der Auslandsbeteiligungen finden sich auch erstmals Modefirmen aus Chile und Mexiko.

„In Düsseldorf schaut man an, in München ordert man“, lautet ein geflügeltes Wort in der Branche. Fünf Tage lang dreht sich der Mode-Reigen, fünf Tage lang ist München wieder Schauplatz der Eitelkeiten und harten Geschäfte. Keine Show ohne Swing und Pop, ohne Mozart und Bach. Stereoumflutet dreht und wiegt man sich in den Hüften, lächelt ins Leere, schüttelt glänzend flutende Locken-Fülle. Show ist alles – Show muß sein, damit die Kasse stimmt, denn das Geschäft ist knallhart.

Das Münchner Mode-Karussell hält alle in Trab: Ein Fünf-Tage-Rennen. Damit der weltweite Eindruck in München noch verstärkt wird, erhielt den diesjährigen Modepreis der Landeshauptstadt München der deutsche Mode-Designer Albert Fuchs, der mit seiner Kollektion „Chamara“ als erster zur Präsentation seiner Kollektion nach Tokio eingeladen wurde. Wenn auch unsere deutschen Läuferinnen bei den Olympischen Winterspielen keine Medaillen errangen, so fielen sie doch wenigstens in ihren hübschen Wildseidenanzügen auf, die Fuchs für die Ski-Nationalmannschaft kreierte.

Auch Wolfgang Joop, der große Klare aus dem Norden, präsentierte erstmals in München seine Prêt-à-Porter Collection Herbst/Winter 84/85 – wild beklatscht in der Neuen Pinakothek. Höhepunkt der diesjährigen Mode-Woche war die Alta-Moda-Show von Renato Balestra aus Rom. Balestra, der zu den Top-Ten im italienischen Modeschaffen zählt, kleidet nicht nur die römische Society ein, er ist auch Berater in Kleiderfragen am Thailändischen Hof.

Macht ein „heißer Tip“ Wirbel oder Werbung?

JOCHEN LEIBEL, Paris

Wenn es um seine Ehre geht, dann läßt Frankreichs Staatspräsident Mitterrand nicht mit sich spaßen. Diese Erfahrung machte jetzt einer der höchsten Polizeibeamten des Landes. Der Pariser Kripo-Chef Jacques Genthial wurde offensichtlich gefeuert, weil er nicht energisch genug das Erscheinen eines Mitterrand-kritischen Buches verhinderte.

„Säuberungs-Aktionen“ in der Polizeihierarchie sind seit der Machtübernahme der Sozialisten in Frankreich nichts seltenes. Fast alle hohen Offiziere wurden versetzt, als Mitterrand im Mai 1981 sein Amt antrat. Wer von den Nachfolgern von der neuen „Linie“ abweicht, gerät ebenfalls ins Abseits. Genau das passierte – wieder einmal – vor wenigen Tagen. Drei hohe Polizeibeamte bekamen einen Marschbefehl aufs Abstellgleis – unter ihnen Kripo-Chef Genthial.

Diesmal allerdings stießen die Strafversetzungen auf unerwartete Kritik. Genthials Untergebene protestierten einmütig in einem Schreiben an den Innenminister. Acht Untersuchungsrichter – traditionell eher „Gegner“ der Polizei – verlangten Aufklärung über die Sanktionen. Die Richter bescheinigten dem geschaßten Kripo-Mann, ein „Super-Profi“ zu sein, mit dem man bestens zusammengearbeitet habe. Die Zeitungen überschlugen sich mit Vermutungen über die Hintergründe der Versetzung.

Jetzt bietet die seriöse „Le Monde“ eine Version, die den Staatschef persönlich verwickelt. Das den Sozialisten nahestehende Blatt vermutete, Kripo-Chef Genthial sei ganz simpel über ein Buchmanuskript gestolpert. Ein Manuskript allerdings, das es in sich hat. Es geht um das Privatleben von Mitterrand. Autor ist Frankreichs literarisches „enfant terrible“, der 48 Jahre alte Schriftsteller Jean-Edern Hallier. Hallier, vor kurzem noch Mitterrand-Bewunderer, zählt sich jetzt zu den „vom Sozialismus Enttäuschten“ und kündigte ein kritisches Buch über den Staatschef an. Geplanter Titel des Werkes: „Die verlorene Ehre des François Mitterrand“.

Im Amtssitz des Präsidenten, dem Pariser Elysée-Palast, versuchte man angeblich schon mehrfach, das peinliche Manuskript in die Hand zu bekommen. Doch Edern Hallier, der eher durch seine Eskapaden, denn durch schreiberische Glanzleistungen berühmt wurde, behauptet seinerseits, über hohen Schutz zu verfügen. Einer dieserr „Beschützer“ sei eben der jetzt gefeuerte Kripo-Chef.

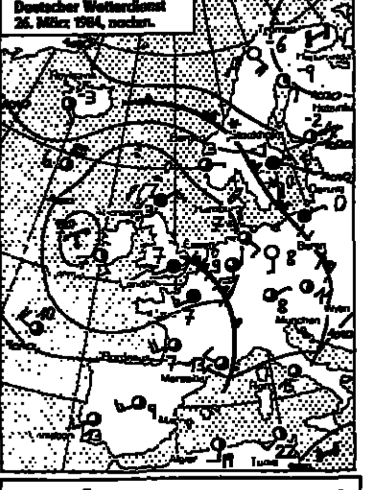
Jean-Edern Hallier kennt den Kripo-Mann seit einem Jahr. Damals war der Literat angeblich von Terroristen entführt worden. Eine Woche später tauchte er unverletzt auf, und mit der Aufklärung des Falles wurde Genthial beauftragt. Bei den Vernehmungen habe sich zwischen Hallier und dem Kripo-Chef ein freundschaftliches Verhältnis gebildet – zitiert „Le Monde“ den Literaten.

Auf der Jagd nach dem peinlichen Manuskript, so heißt es weiter, habe man auch die Telefonleitungen von Edern Hallier angezapft. Der Buchautor sei von seinem „Freund“ Genthial darüber informiert worden und habe sein Manuskript daraufhin rechzeitig verstecken können. Diese Warnung, so „Le Monde“, habe nun zur Versetzung von Kripo-Chef Genthial geführt.

Der geschaßte Polizeibeamte seinerseits will diese Version der Affäre – zumindest offiziell – nicht glauben. „Das wäre ja doch grotesk“, meinte er zu Journalisten. Presse, Funk und Fernsehen in Frankfreich nehmen dagegen die Vermutungen von „Le Monde“ sehr ernst und berichten ausführlich. (SAD)

WETTER: Wechselhaft

Wetterlage: Ein Tief über England führt frische Meeresluft nach Deutschland. Nach nur kurzer Wetterberuhigung greift bereits in der Nacht zum Mittwoch ein weiteres Frontensystem von Südwesten her auf Deutschland über.



Vorhersage für Dienstag:
Gesamte Bundesrepublik und Berlin: Zunächst bei wechselnder Bewölkung noch einzelne Schauer. Ab Mittag von Westen her abklingende Schauertätigkeit und längere sonnige Abschnitte. Am Abend und in der Nacht von Südwesten her Bewölkungsaufzug und nachfolgend zeitweise Regen. Tageshöchsttemperaturen 8 bis 12 Grad.

Weitere Aussichten:
Nach Durchzug eines Regengebietes Übergang zu wechselnder Bewölkung mit einzelnen Schauern. Wenig veränderte Temperaturen.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	8°	Kairo	16°
Bonn	10°	Kopenh.	2°
Dresden	10°	Las Palmas	19°
Essen	9°	London	7°
Frankfurt	8°	Madrid	9°
Hamburg	7°	Mailand	9°
List/Sylt	4°	Mallorca	16°
München	8°	Moskau	–1°
Stuttgart	9°	Nizza	16°
Algier	19°	Oslo	2°
Amsterdam	9°	Paris	7°
Athen	15°	Prag	9°
Barcelona	16°	Rom	15°
Brüssel	5°	Stockholm	–1°
Budapest	12°	Tel Aviv	21°
Bukarest	10°	Tunis	22°
Helsinki	–2°	Wien	11°
Istanbul	8°	Zürich	7°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 7.07 Uhr, Untergang: 19.49 Uhr, **Mondaufgang:** 6.21 Uhr, Untergang: 15.17 Uhr.
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Zuviel Arzneimittel für Kinder?

dpa, Düsseldorf

Eine von der deutschen Pharmaindustrie streng unter Verschluß gehaltene Geheimstatistik belegt nach Ansicht des nordrhein-westfälischen Gesundheitsministers Professor Friedhelm Farthmann (SPD) eine „riskante Verschreibungspraxis“ vieler Ärzte: Kindern bis zu elf Jahren werden danach in der Bundesrepublik Deutschland millionenfach Schlaf- und Beruhigungsmittel verschrieben. Selbst zehntausenden Säuglingen verabreichen die Ärzte Tranquilizer. Schwangeren Frauen werden zigtausendfach umstrittene bis gefährliche Medikamente verordnet, obwohl die Mittel mit großen Risiken für die Kinder im Mutterleib oder nach der Geburt verbunden sein können. Diese und andere Beispiele eines „bedenklichen Kapitels unseres Medikamentenalltags in der Bundesrepublik“ griff Farthmann gestern in Düsseldorf an, wo er die Geheim-Statistik der Pharmazeutischen Industrie für das Jahr 1980 erläuterte.

Der streng unter Verschluß gehaltene „Verschreibungsindex für Pharmazeutika“ (VIP) werde im Auftrag deutscher Pharma-Hersteller vom „Institut für Medizinische Statistik“ (IMS) in Frankfurt erstellt. Nachdem er, Farthmann, sich vergeblich darum bemüht habe, die Erhebung offiziell zu erhalten, sei ihm das 3000 Seiten umfassende Datenmaterial für 1980 „vor einigen Wochen von dritter Seite zugetragen“ worden. Der Verschreibungsindex werde jährlich erstellt und basiere auf der regelmäßigen Auswertung der Verschreibungspraxis von etwa 1800 niedergelassenen Medizinern.

Fünflinge in Augsburg

AP, Augsburg

Den am Samstag in Augsburg geborenen Fünflingen und ihrer Mutter geht es den Umständen entsprechend gut. Ein Sprecher der Klinik erklärte, man habe auf Wunsch der Eltern „eine Art Nachrichtensperre“ verhängt.

Neuer Höhlenzoo

dpa, Privas

Ein Höhlenzoo mit ständig unterirdisch und im Dunkeln lebenden Tieren ist im französischen Orgnac-L'Aven eröffnet worden. In einer der bis 200 Meter tiefen Karsthöhlen führen spezialisierte Höhlenforscher den Besuchern Fische, Insekten und Lurche vor.

Katastrophe in Birma

dpa, Rangun

Schwere Verwüstungen hat eine Brandkatastrophe am Wochenende in der zweitgrößten Stadt des südostasiatischen Staates Birma angerichtet. Der Schaden wurde auf umgerechnet 83 Millionen Mark beziffert. Durch das Feuer, dessen Ursache noch unbekannt ist, seien 23 000 Menschen obdachlos, allerdings niemand verletzt worden.

Mauna Loa ausgebrochen

AFP, Hilo

Der Mauna Loa auf Hawaii, der größte aktive Vulkan der Welt, ist am Sonntag zum ersten Mal seit 1975 wieder ausgebrochen. Bei der Eruption öffnete sich vom Gipfel des 4 166 Meter hohen Berges ein mehr als drei Kilometer langer Spalt, aus dem fast 200 Meter hohe Lavafontänen schossen.

ZU GUTER LETZT

„Neu für Köln! Ab Montag, den 26. März 1984, senken wir die Beerdigungskosten drastisch für Sie!“ Anzeige im „Kölner Stadt-Anzeiger“



Ein Bild, das Touristen gern in alle Welt verschicken: die Isarmetropole als Stadt der Kirchtürme. Rechts die Frauenkirche, das Wahrzeichen. Im Hintergrund die Alpenkette FOTO: SÜDDEUTSCHER VERLAG

Geist und Weltoffenheit sind die Rohstoffe Münchens



„München, die Haupt- und Residenzstadt Bayerns", steht in „Schreiber's Fremden-Führer" für die Saison 1900 zu lesen, „liegt auf einer Hochebene, 523 m über dem Meeresspiegel, im Kreise Oberbayern und an den beiden Ufern der Isar. Die Sitten sind in München eher österreichisch als norddeutsch oder rheinisch; umgekehrt liegt die Sache beim öffentlichen Leben".

Und heute: Im Umgang sind die Münchner leger geblieben, in der Verwaltung aber fühlen sie sich gern als die „letzten Preußen". Gegrüßt aber wird nach Gusto. Das preußische „Tschus" hat längst seinen Platz neben dem bayerischen „Servus".

Berührungsängste sind den Münchnern seit jeher fremd. So durfte ein englischer Graf den Englischen Garten anlegen, ein Sproß der italienischen Familie Maffei wurde Münchens bekanntester Lokomotivbauer und Ludwig Bölkow, der Mecklenburger, durfte in München sein Imperium bauen, nachdem ihm die Stuttgarter keine Zukunft mehr zutrauten. München, die „Weltstadt mit Herz", gibt der Zukunft eine Chance.

Von PETER SCHMALZ

„München riecht nach Bier", schrieb Wolfgang Koeppen über die Stadt an der Isar und meinte damit die malzig-würzige Duftwolke, die nahe der sechs Brauereien durch die Straßen zieht. Andere sagen „München" und meinen Biergärten und Oktoberfest. An warmen Sommertagen scheint in der Tat halb München im Schatten der Kastanienbäume zu sitzen und der bayerischen Volksphilosophie zu huldigen: „Leben und leben lassen."

München riecht gewiß auch nach Autoabgasen und an Sommerabenden besonders in Isarnähe nach Grillfeuern, *übers ganze Jahr aber riecht* München nach Arbeit. Der wahre Pulsschlag der selbsternannten „Weltstadt mit Herz" zeigt mehr Geschäftigkeit als Gemütlichkeit. Wohl lockt München hübsche Mädchen an, die Schwabings Straßencafes zieren, aber mehr noch wirkt die bayerische Landeshauptstadt als Magnet auf Wissenschaftler und hochspezialisierte Techniker, die in streng geheimen Forschungslabors und keimfreien Fertigungshallen das 21. Jahrhundert planen.

Vor hundert Jahren, als die Kunst- und Residenzstadt an der damals noch reißenden Isar den Aufbruch ins industrielle Zeitalter wagte, fehlten ihr die wichtigsten Voraussetzungen, die Rohstoffe. Der Mangel ist heute ein Segen. Die Stadt konnte sich nicht auf den Geldquellen einer prosperierenden Schwerindustrie ausruhen und leidet daher heute nicht unter den Nachfolgelasten einer Monostruktur, die anderen Regionen kaum mehr zu bewältigende wirtschaftliche und soziale Probleme bescherte. München mußte den Stand*ortnachteil ausgleichen durch zwei* andere Rohstoffe: Geist und Weltoffenheit.

Mit sieben Hochschulen und zwei Fachhochschulen, an denen über 80 000 Studenten immatrikuliert sind, ist die bayerische Metropole heute die größte deutsche Universitätsstadt; wenige Kilometer nördlich der Stadtgrenze üben künftige Physiker am ersten deutschen Forschungsreaktor; der Raum- und Luftfahrtkonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm im Süden hat komplette Techniker-Jahrgänge von der Universität „weggekauft" und meint über seine Münchner Denkfabrik selbstbewußt: „Diese Pyramide von Fähigkeiten ist einzigartig in Europa."

Ein Luftbild, von der Regierung von Oberbayern freigegeben unter der Nummer GS 300/7375 und abgedruckt im Münchner Statistischen Jahrbuch, faßt symbolisch die gelungene Kooperation zwischen Technik und Intelligenz, zwischen schöpferischer Phantasie und handwerklicher Präzision. Es zeigt die Isar zwischen Ludwigs- und Reichenbachbrücke. Links, auf einer Insel, das Deutsche Museum, die Walhall deutscher Ingenieurskunst – *und auf dem rechten* Ufer das Deutsche und ein wenig dahinter das Europäische Patentamt: auf ihren Schreibtischen landen die großen und kleinen, die hoffnungsvollen und vergeblichen Produkte deutscher und internationaler Erfinder, hier wird geprüft, was künftig zu den Bausteinen der weiteren technischen Entwicklung der Menschheit zählen wird. Jedes Patent einer sinnvollen und nützlichen Erfindung ist ein Schritt in die Zukunft. Und so kann man sagen: In München lernt die Zukunft laufen.

Siemens etwa, als größter privater Arbeitgeber der Stadt, beschäftigt in seiner Münchner Forschungs- und Entwicklungsabteilung 12 000 Mitar*beiter. Für die wissenschaftliche* Arbeit in der Nachrichtentechnik verfügt der Konzern an der Isar über eines der größten Forschungszentren der Welt. Daß sich dieser Rohstoff Geist sehr rasch transformiert in positive Bilanzzahlen, macht eine interne Kalkulation von Siemens deutlich: Im Geschäftsjahr 1982 wurden 52 Prozent des Umsatzes mit Erzeugnissen gemacht, die in den letzten fünf Jahren neu- oder weiterentwickelt *worden waren.*

Das deutsche „Silicon-Valley" wird München unter Elektronikfachleuten bereits genannt. Neben Siemens tauchen so bekannte Namen wie Rohde & Schwarz oder Texas Instruments Deutschland auf. Nixdorf baut in München und löst Spekulationen aus, der Wunderknabe unter den deutschen Computerbauern plane den Umzug von Paderborn nach München. Japanische Firmen, deren deutsche Niederlassungen das Ruhrgebiet zum Standort erwählt haben, liebäugeln zunehmend mit der bayerischen Landeshauptstadt, die heute als Mittelpunkt für das Elektronik-Marketing in der Bundesrepublik gilt.

Vier Fachmessen unterstreichen den Eindruck einer neuen elektronischen Hauptstadt: Die „electronica" für Anbieter von elektronischen Bauelementen und Baugruppen, die Computer-Fachmesse „Systems", die „Productronica" für Industrieelektronik und die „Laser-Opto-Elektronik" *für Laser Spezialisten.*

Wie gut gedüngter Humus das Wachstum der Pflanzen anregt, so fördert Bayerns politisches Klima den Aufstieg zukunftsträchtiger Industriezweige. Motor und Initiator ist dafür ein Mann, der seine politische Potenz recht massiv auch für die wirtschaftlichen Interessen Bayerns einsetzt: Es war Franz Josef Strauß, der gemeinsam mit dem damaligen SPD-Ministerpräsidenten Hoegner den Garchinger Atommeiler vor Münchens Tore brachte, es war Strauß, der mithalf, attraktive Bundesaufträge dem Münchner Raum zukommen zu lassen. Und es ist wiederum Strauß, der als Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender für eine neue kleinere Version des Europa-Flugzeugs wirbt, die der Münchner Luftfahrtindustrie Arbeitsplätze sichert.

Und so rundet sich das Bild, wenn dieser Tage in München ein „Laboratorium für Molekularbiologie" als erstes deutsches Genzentrum gegründet wurde, für dessen Finanzierung der Bund, Bayern und die Industrie sorgen.

Der Industriekranz, der sich um die Stadt legt, genießt weltweit besten Ruf. Das Firmenzeichen MBB prangte auf dem Spacelab, als der erste westdeutsche Astronaut mit der Raumfähre „Columbia" die Erde umkreiste, der Raumfahrtkonzern baut Nachrichtensatelliten und Antriebsaggregate amerikanischer Raumsonden in einer Präzision, die selbst von den US-Experten als einmalig auf der Welt bewundert wird.

Nur Insider wissen, daß die Europa-Rakete „Ariane" ohne Münchner Ingenieurkunst nicht fliegen könnte: Fünf der sechs Turbopumpen aller Ariane-Triebwerke sind von MAN gefertigt. Sie müssen mit höchster Genauigkeit gefertigt werden, da schon die geringsten Maßabweichungen zum Versagen der Triebwerke führen würden. Der Wert der allein von MAN für „Ariane" gelieferten Systeme liegt über 50 Millionen Mark.

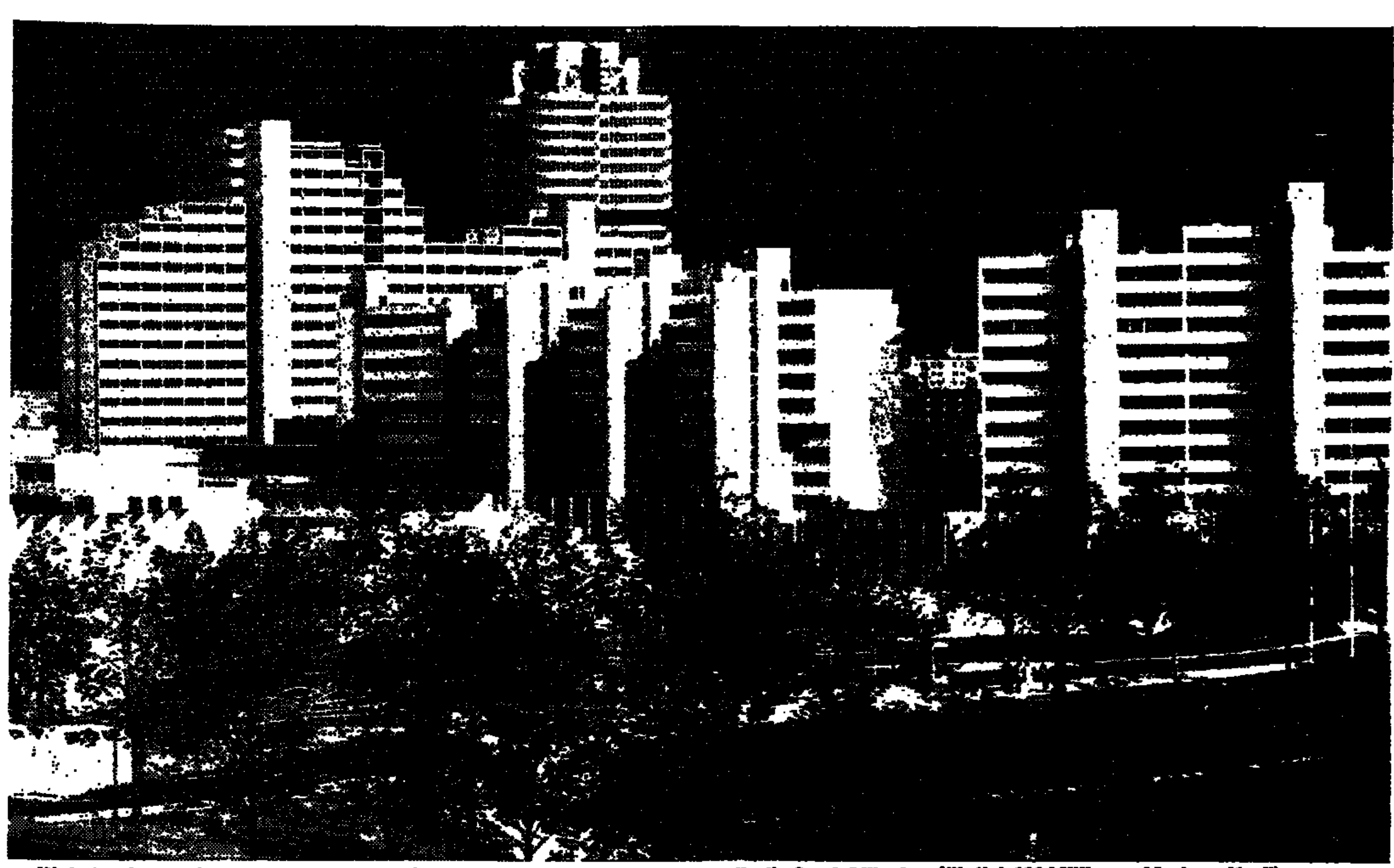
Der Wunschtraum aller Militärs, der Super-Panzer „Leo II", lockt Generäle und Waffenexperten fast aller Länder zu Krauss-Maffei, die traditionsreiche Münchner Firma gilt aber auch als das Mekka der Eisenbahn-Spezialisten. Hier wird – gemeinsam mit MBB – der Magnetzug Transrapid, der Schienenblitz des nächsten Jahrhunderts, gefertigt, hier wurde aber auch die 84 Tonnen schwere E-Lok 120 entwickelt, die als das modernste gilt, was zur Zeit auf deutschen Schienen fährt.

Und der private Flugzeugbaue Dornier im Westen der Stadt, der sei ne Bilanz über viele Jahre mit de Produktion von Düsenjägern verbes serte, konnte, von der breiten Öffent lichkeit nahezu unbemerkt, im priva ten Luftverkehr einen Coup landen Die DO 228, eine zweimotorige Ma *schine der mittleren Klasse*, die wei rentabler als jedes Konkurrenzpro dukt fliegt und die sich in kurzer Zei zum Entsetzen der amerikanische Luftfahrtindustrie einen weltweite Markt erschließen konnte. Nur dre Jahre nach dem Erstflug des Proto typs liegen 58 Festaufträge, 36 bezah te Optionen und elf Kaufversprechen vor.

Die Industrie beschäftigt knap 200 000 Mitarbeiter, eine zweite wich tige Säule ist das Handwerk. Obe bürgermeister Erich Kiesl: „Münche ist eine der größten Handwerkerstä te Europas." Dem Handwerk ist auch zu verdanken, daß die baye sche Landeshauptstadt weniger A beitslose zu beklagen hat als ve gleichbare Städte. Während die Ind striearbeitsplätze in den vergangen sechs Jahren um immerhin 34 000 a genommen haben, legte das Han werk gut 20 000 zu.

Münchens Wirtschaft ist wohl ger stet für die letzten Jahre dieses Jah hunderts und auch für den Spru darüber hinaus. Die Politik von Sta und Land war dabei bisher ein fü sorglicher Begleiter. Daß dies au bei den neuen Mehrheitsverhältni sen im Rathaus so bleiben wird, i eine Erwartung aller Münchner, eg ob Unternehmer oder Arbeitnehme an die neuen Stadträte am Marie platz. Es ist zugleich eine Verpflic tung, die dem nächsten Oberbürge meister viel Standfestigkeit abverla gen wird. Wie er heißen wird, wi erst am nächsten Sonntag entschi den. Nur eines ist jetzt schon sich Sein Name beginnt mit K.

INHALT



Wohnlandschaft in der Nähe des Olympiaparks. Für den Wohnungsbau stellt die Stadt München jährlich 200 Millionen Mark zur Verfügung FOTO: DIE WELT

STÄDTEPLANUNG / Ein Modell für ganz Deutschland – Sparhaus erfüllt Traum vom Eigenheim

„Wohnungsbau ist meist der beste Mieterschutz"

Sie war gekommen wie ein Sommergewitter. Unerwartet, schnell und heftig. Ausgerechnet über München, die Stadt, die sich als „Weltstadt mit Herz" schmeichelt, war eine Not hereingebrochen, die seit mindestens zwanzig Jahren endgültig der Vergangenheit anzugehören schien: die Wohnungsnot. Vermieter wurden von Wohnungsuchenden bestürmt, die Mieten stiegen alptraumartig, der Wunsch nach den vier Wänden mündete für viele in einem Spießrutenlauf. München war zu einem der teuersten Pflaster Deutschlands geraten.

Heute, vier bis fünf Jahre nach diesem Boom, hat sich die Lage entspannt, das Angebot an bezahlbarem Wohnraum nähert sich der Nachfrage, schon stehen die teuersten Wohnungen unvermietbar leer, erstmals seit Jahren sinken die Mieten. Heute weiß man aber auch: So überraschend war der Mangel an Wohnungen nicht über die Stadt gekommen. Vor der Olympiade 1972 ist München gewachsen wie keine andere deutsche Großstadt. Allein in den fünf Jahren vor den Spielen um 100 000 auf die Rekordmarke von 1,34 Millionen Einwohner. Schon schien die Marke von zwei Millionen unabwendbar. Die damalige SPD-Mehrheit im Rathaus zog die Bremse: Neues Bauland wurde nicht mehr ausgewiesen, und ein Kanalbaustopp sollte verhindern, daß jedes vorhandene Baurecht realisiert werden konnte. Als diese ideologisch begründeten Restriktionen mit der zunehmenden Wirtschaftsflaute zusammentrafen, brach der Wohnungsbau zusammen. Eine neue Wohnungsnot war geboren.

Mit einem in Deutschland einzigartigen Wohnraumbeschaffungsprogramm wird seit 1978 auf Gegenkurs gesteuert. „Wohnungsbau ist der beste Mieterschutz", begründet Oberbürgermeister Erich Kiesl die neuen Aktivitäten, für die jährlich über 200 Millionen Mark aus dem städtischen Etat bereitgestellt werden.

Seither wurden junge und kinderreiche Familien beim Bau oder Kauf von Wohnungen unterstützt, einkommenschwache Münchner können sich um Stadtgrundstücke bewerben, die im Erbbaurecht vergeben werden und Sparhäuser machten für viele den Traum vom eigenen Heim realisierbar.

Völlig neue Wege geht München bei der Förderung von sozial Schwachen. Bisher half die Berechtigung für eine Sozialwohnung nur wenigen, gegen Ende letzten Jahres lagen beim Amt für Wohnungswesen knapp 12 000 Anträge auf eine derartige Wohnung, über 8000 galten als „besonders dringlich". In einem Modellversuch, der vom Bundesbauministerium in Bonn mit großem Interesse verfolgt wird, können nun Münchner Bürger, die den Berechtigungsschein für eine Sozialwohnung haben, einen Mietzuschuß erhalten, falls sie auf dem freien Wohnungsmarkt eine für sich geeignete Wohnung gefunden haben.

„Das Münchner Modell", erläutert Oberbürgermeister Kiesl, „hat den Vorteil, daß mit dem gleichen Einsatz öffentlicher Mittel wie bisher erheblich mehr Wohnungsuchende Wohnraum erhalten können als bei der üblichen Förderung des Sozialwohnungsbaus."

In Zahlen: Mit jährlich 34 Millionen Mark will München bis zu 23 000 Haushalte so unterstützen, daß sie für ihre normale Wohnung nicht mehr Miete zahlen als für eine Sozialwohnung. Mit der gleichen Summe könnten dagegen nur 340 Wohnungen gefördert werden. Inzwischen hat sogar der SPD-Oberbürgermeister von Köln seinen Münchner CSU-Kollegen gebeten, ihm die Unterlagen über dieses Modell zu schicken.

BRIGITTE WERNER

WIRTSCHAFT / Günstige Rahmenbedingungen für Münchens Gewerbe

Mittelstand vermißt Privatisierung

Das Ergebnis der Münchener Stadtratswahlen und das Vordringen überparteilicher Wählervereinigungen bei den jüngsten Kommunalwahlen in Bayern kann nur als Beleg dafür gewertet werden, daß die Bürger sich eine sachbezogene Kommunalpolitik wünschen. Parteipolitischer Polarisierung, wie sie ab 1972 im Münchner Rathaus Einzug gehalten hat, haben sie eine Abfuhr erteilt. Das sollte den Stadtpolitikern zu denken geben. Denn der Stadtrat ist nach der Gemeindeordnung eben kein Parlament, sondern ein kollegiales Verwaltungsorgan. Das Interesse des Bürgers gebietet dort eine faire und sachliche Zusammenarbeit.

Dafür müssen die Weichen jetzt gestellt werden. Es gilt, den Aufwind, in den die Münchner Wirtschaft nicht zuletzt durch eine wirksame Wirtschaftsförderung in der Vergangenheit wieder geraten ist, zu verstärken. Ziel muß es bleiben, die bunte Branchenvielfalt und die ausgewogene Mischung von Betrieben aller Größenordnungen auszubauen. Dabei hat der Mittelstand eine Schlüsselstellung. Ihm ist es zu verdanken, wenn die Daten zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt hier weniger Besorgnis als in anderen Großstädten erregen. Immerhin liegt in München die Arbeitslosenquote um ein Drittel unter dem Bundeswert. Der Lehrstellenmarkt verzeichnet einen echten Angebotsüberhang. Das Handwerk stellt mit 12 340 etwa sechs von zehn Ausbildungsplätzen. Von 1970 bis 1984 konnte das Münchner Handwerk auch die Zahl seiner Beschäftigten um gut ein Sechstel auf 121 500 ausweiten. Nur so waren die Arbeitsplatzverluste im industriellen Bereich annähernd aufzufangen.

Die Stadtpolitik erkannte die stabilisierende Wirkung des mittelständischen Gewerbes. Eine solide, gegensteuernde Finanzpolitik sorgte für ein beachtliches Investitionsvolumen. In der Steuer- und Gebührenpolitik wurden Sprünge vermieden. Es kam allerdings auch nicht zu der von der Wirtschaft 1978/79 geforderten Senkung der Gewerbesteuer-Hebesätze. Dennoch wurde viel getan, die Abwanderung von Betrieben ins Umland zu bremsen. Mit dem städtischen Gewerbeflächenprogramm wurden 940 000 qm vermittelt und 14 000 Arbeitsplätze gesichert. In der Münchner Gewerbehof GmbH arbeiten Stadt und Wirtschaftskammern eng zusammen, um bestehenden und neuen Betrieben zu tragbaren Mieten Gewerbeflächen an vorteilhaften Standorten zu bieten. Im Gewerbehof Westend wird erstmals jungen Selbständigen mit einer befristeten Mieten-Staffelung der Start erleichtert.

Mit Ausweichräumen griff die Stadt sanierungsverdrängten Betrieben unter die Arme. Für die Innenstadt-Randgebiete muß jedoch auch planungsrechtlich noch mehr getan werden, um den ansässigen Unternehmen nicht nur den Bestand, sondern weitere Um- und Ausbaumöglichkeiten zu sichern. In Wohnvierteln muß das Netz der Handwerkerhöfe engmaschiger werden.

In der Ansiedlung hochtechnologischer Betriebe hat München gerade in jüngster Zeit vielversprechende Erfolge erzielt. Die von einem attraktiven Messewesen ausgehenden Impulse wurden richtig eingeschätzt und die Ausstellungsflächen am Messegelände erheblich erweitert.

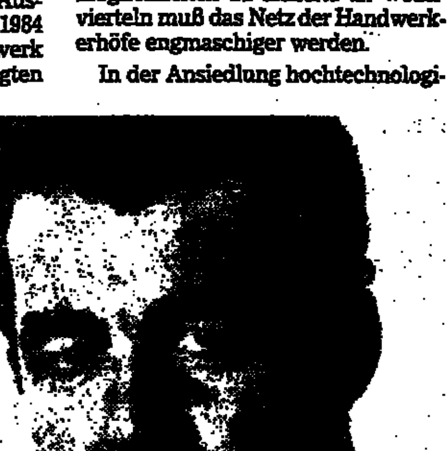
Alle diese Anstrengungen erkennt die gewerbliche Wirtschaft ausdrücklich an. Sie bedauert aber, daß bei unverzichtbaren Vorhaben der Verkehrsinfrastruktur ein Stillstand eingetreten ist. Eine sachorientierte Stadtpolitik gebietet es, endlich den immer wieder verzögerten Rangierbahnhof im Raum München zu errichten und die Baublockade des Flughafens München II rasch zu brechen. Wenn die Auflassung des Flughafengeländes in Riem nicht in absehbarer Zeit gelingt, geht der Grundstücksvorrat – auch für das Gewerbe – zur Neige.

Überdenken sollte die Stadt auch ihre Haltung zu einigen Großprojekten des Einzelhandels und deren schädliche Folgen für die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung, für das städtische Steueraufkommen und den Arbeitsmarkt. Der Mittelstand vermißt außerdem einen energischen Anlauf zur Privatisierung städtischer Leistungen.

Dennoch bleibt in der Gesamtschau festzuhalten: Die Rahmenbedingungen für das Münchner Gewerbe sind derzeit nicht ungünstig. Die Wirtschaft dieser Stadt – insbesondere die mittelständische – befindet sich im Aufwind. Die 12 400 Handwerksbetriebe erwarten heuer einen Umsatzzuwachs von fünf bis sechs Prozent und wollen um rund 10 Prozent mehr investieren als 1983.

Diese Erwartungen stehen unter der Prämisse, daß ihnen von der Politik und den Tarifabschlüssen nicht neuerlich Kostenlasten aufgebürdet ewrden. Der Einstieg in die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich oder eine Vorruhstandsregelung, aber auch das Drehen an der Gewerbesteuer-Schraube würde alle Aufschwunghoffnungen ersticken. Nur wenn es gelingt, volkswirtschaftlicher Vernunft zum Durchbruch zu verhelfen, die drohenden Kostenschübe zu verhindern und bald mit steuerlichen Entlastungen die Auftriebskräfte zu stärken, kann die gewerbliche Wirtschaft in München zum Wohle ihrer Stadt und ihrer Bürger die in sie gesetzten Hoffnungen erfüllen.

HERIBERT SPÄTH



Heribert Späth, Präsident der Handwerkskammer für Oberbayern, warnt vor einer erneuten Kostenbelastung des Gewerbes: „Der Einstieg in die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich würde alle Hoffnungen auf einen Aufschwung ersticken." FOTO: W. GESERER

Geiselgasteig, das Hollywood an der Isar, lockt immer mehr Weltstars und Spitzenregisseure an

Wo das Bild des alten Berlin wiedererstand

München, das „deutsche Hollywood an der Isar", feiert ein besonderes Jubiläum. Vor 25 Jahren, im Juli 1959, wurde die Bavaria Atelier Gesellschaft mbH in Geiselgasteig gegründet. Sie ist heute die größte Film- und Fernsehproduktionsstätte der Bundesrepublik. Hier, im Süden Münchens, umgeben von Wäldern, werden jährlich allein über 100 Stunden Fernsehprogramm gedreht. In der bayerischen Metropole geben sich Weltstars und Star-Regisseure ständig ein Stelldichein. Denn die Film-Zaren unserer Tage haben sehr schnell die Signale verstanden.

München zählt heute zu den bekanntesten internationalen Kintopp-Adressen. Störungsfreie und rationelle Drehbedingungen, das nötige Know-how, das sind die Zauberformeln, die die internationalen Spitzenregisseure an die Isar locken. Und dann natürlich nicht zu vergessen, das Zauberwort „Abschreibung", das Münchens Filmboom den nötigen Strahlerglanz verleiht. Mit erstklassigen personellen und technischen Voraussetzungen können hier amerikanische Filmbosse mindestens um 15 Prozent billiger produzieren.

Lang, lang ist die Liste der Filme, die den Namen „Bavaria" weltweit bekannt machte: Regisseur Bob Fosse drehte hier, auf dem 356 000 Quadratmeter großen Gelände in Geiselgasteig, den Streifen „Cabaret", Ingmar Bergman das „Schlangenei", Billy Wilder „Feodora" und Rainer Werner Faßbinder „Bolwieser", „Lili Marleen" und „Veronika Voss".

In den insgesamt sechs Aufnahmehallen – unter ihnen Halle 4/5, mit 2100 Quadratmetern die größte Studiohalle Europas – und auf dem 160 000 Quadratmeter großen Freigelände herrscht ständig reges Treiben. Hier befindet sich auch die berühmte „Berliner Straße", die seinerzeit für Bergmanns „Schlangenei" erstellt wurde und seitdem in über 20 Produktionen mitgespielt hat.

Die Firma mit ihren 800 festen Angestellten und einigen hundert freien Mitarbeitern, an deren Spitze Günter Rohrbach steht, ein gewiefter Medienmensch, macht einen neunstelligen Umsatz. Im Durchschnitt entstehen in dieser Bavaria-Filmstadt etwa 100 Stunden Film pro Jahr, das Gros hauptsächlich fürs Fernsehen. So entstanden hier auch die berühmtesten TV-Serien, wie „Berlin Alexanderplatz", „Die rote Erde", „Felix Krull", sowie die Serien „Derrick", und „Der Alte".

Star der Kulissen, im wahrsten Sinne des Wortes, ist der Filmarchitekt Rofl Zehetbauer. Er entwarf schon für Hunderte von TV-Stücken und Filmen die Kulissen und heimste für den Film „Cabaret" seinerzeit den Oscar ein. Auf ihn möchte heute kein Regisseur, der in München dreht, mehr verzichten.

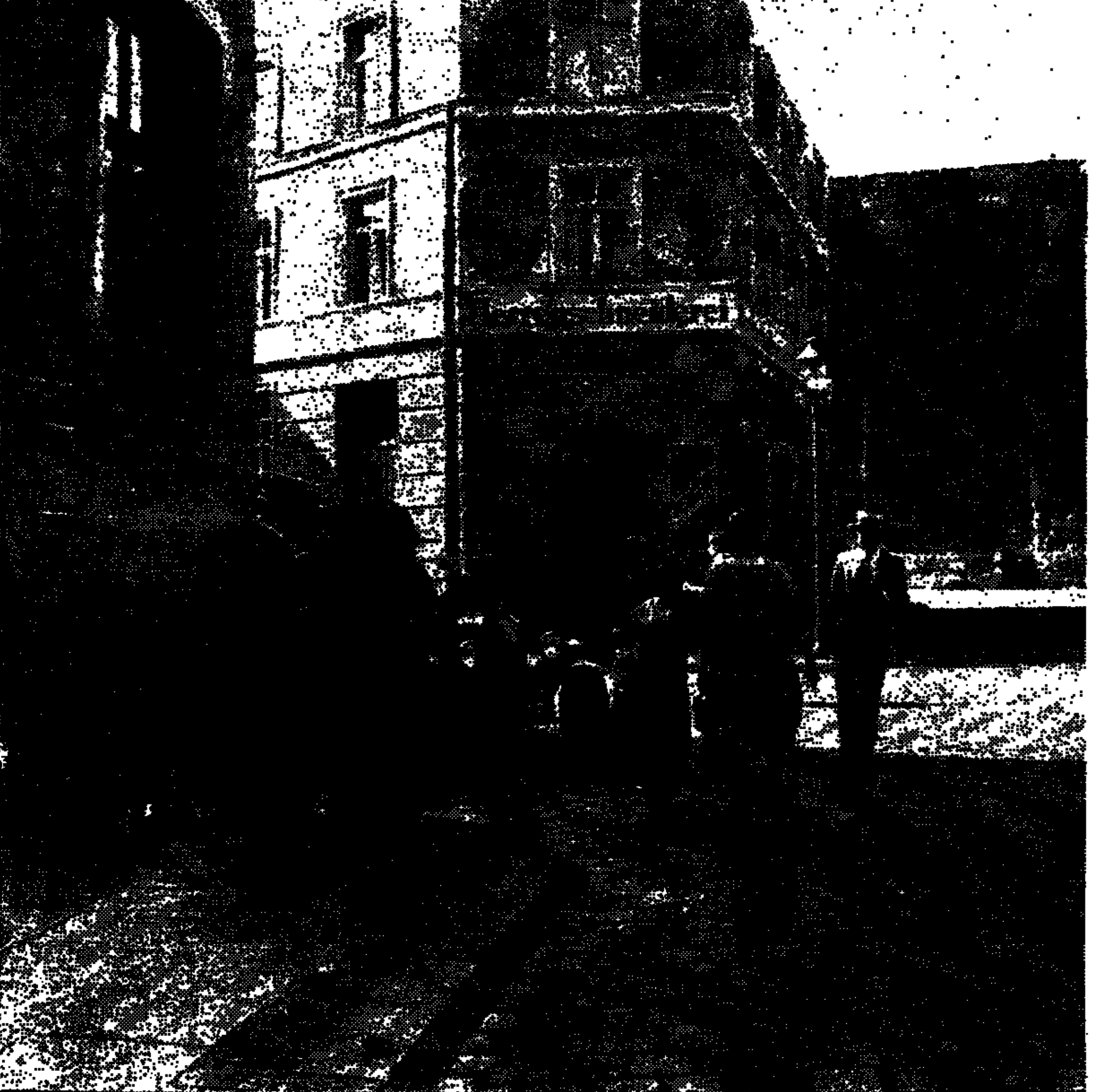
Daß München heute so im internationalen Scheinwerferlicht steht, geschah nur in der Nachfolge Berlins. Denn vor dem Krieg war Berlin die deutsche Film-Metropole, bis die Lichter endgültig ausgingen. Die deutsche Filmindustrie schien zerschlagen für immer. Die Ufa Berlin-Babelsberg und die Anlagen der Tobis in Berlin Johannisthal fielen durch ihre Lage in der geteilten Stadt für immer aus, die übriggebliebenen Ufa-Ateliers konnten den Anforderungen bei weiten nicht genügen. Da bot sich die Chance für München, in Geiselgasteig, wo sich die 1919 gegründete „Bavaria" niedergelassen hatte, ein neues Filmzentrum zu schaffen.

Damit brachen die glanzvollen Filmzeiten in München an, bis – ja, bis es 1959 zur Pleite kam. In diesem Jahr mußte die traditionsreiche Bavaria-Film-Kunst „out" melden. Man stand jetzt vor der Alternative, entweder die Scheinwerfer für immer ausgehen zu lassen, oder aber sich mit dem damaligen Todfeind, dem Fernsehen zu arrangieren. Die Entscheidung fiel zugunsten dieser Möglichkeit.

Heute ist das Fernsehen Hausherr in Geiselgasteig und die Bavaria wurde die produktivste TV-Schmiede. Der endgültige internationale Anschluß an den Kino-Weltstandard gelang der Bavaria mit dem von Wolfgang Petersen als Regisseur produzierten deutschen Film „Das Boot". Er wird in punkto Aufwand nur noch durch die Verfilmung von Michael Endes Bestseller „Die unendliche Geschichte" übertroffen, mit 60 Millionen Mark Produktionskosten der teuerste Film der Welt. Jetzt, am 5. April, im Jubiläumsjahr, wird er in München uraufgeführt.

Um Münchens Ruhm als Filmstadt auf alle Zeiten zu zementieren, wurde hier 1967 die Münchner Hochschule für Film und Fernsehen gegründet. Jährlich verlassen rund 100 Absolventen diese Film-Universität (eine zweite gibt es nur noch in Berlin). Herzog, Schlöndorff, Trotta, Syberberg – Namen von deutschen Filmemachern, bei denen die Cineasten die Münder spitzen; sie alle leben und wirken in München. Und natürlich findet auch hier, in der bayerischen Metropole, einmal im Jahr, mitten im Sommer, ein Filmfest statt, das unter der Leitung des bewährten Fachmannes Eberhard Hauff steht. „Vielleicht wird München auch Standort eines Festivals des europäischen Films", sinniert Hauff optimistisch. Die Zeichen sind äußerst günstig.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER



Für Ingmar Bergmans Film „Das Schlangenei" entstand 1976 die berühmte „Berliner Straße" auf dem Bavaria-Gelände in München-Geiselgasteig FOTO: SÜDDEUTSCHER VERLAG

AUF EINEN BLICK

Stadtgebiet (in ha)	31 039
Zahl der Stadtteile	41
EINWOHNER	1 291 828
davon Ausländer	215 811
WIRTSCHAFT	
Arbeitsplätze	828 671
davon	
Verarbeit. Gewerbe	262 979
Baugewerbe	61 089
Handel	128 856
Banken u. Versicherungen	54 697
Dienstleistung	194 988
Gesamtumsatz (nach Umsatzsteuerstatistik) in Mrd. Mark	151,2
nach Wirtschaftsbereichen	
Gärtnerei, Forstw.	0,135
Produz. Gewerbe	76,334
Großhandel	37,818
Handelsvermittl.	1,333
Einzelhandel	9,825
Sonstige	25,778

MESSEN

1982	Aussteller	Besucher
Caravan	561	160 000
INHORGENTA	851	16 000
ISPO	1103	26 854
IHM	2279	418 723
MODE-WOCHE	1920	43 000
ANALYTICA	390	20 000
BÜRO	360	18 000
DLG-Ausstellung	1820	335 247
HEIM+HANDW.	1116	136 000

FREMDENVERKEHR	
Zahl der Hotels und Pensionen	359
Zahl der Zimmer	15 266
Zahl der Betten	26 145
Übernachtungen 1982:	4 978 621
davon Ausländer	1 939 641
Bes. in Jugendherbergen	67 176
Bes. auf Campingplätzen	115 412
SOZIALES	
Krankenhäuser	67
Zahl der Betten	14 765
Ärzte	2 159
Zahnärzte	1 025
Fachzahnärzte	56
Apotheken	402
Apothekenpersonal	2 228

BIER / Der diesjährige Starkbieranstich findet an einem Jubiläum statt: Paulaner wird 350

In Bayerns fünfter Jahreszeit geht's hoch her

Salve, pater patriae", wird übermorgen um die Mittagszeit Pater Provinciale Saverio Verni aus dem Stammkloster des italienischen Paulanerordens auf dem Münchner Nockherberg vor den Fernsehkameras ins Mikrophon sagen, und Franz Josef Strauß, im Vorjahr am selben Platz zum König von Bayern gekürt, wird leicht auf den Fußspitzen wippen, dem Obermönch ein vertrautfreundliches Lächeln zuzwinkern und den ihm gereichten Krug zum ersten Schluck an die Lippen setzen.

Danach rinnt das würzige, braune Starkbier durch prominente Münchner Kehlen, die sich schon dadurch ausgezeichnet fühlen dürfen, daß der Trinkgenuß en masse kostenlos ist und zudem drei Tage später im Bayerischen Fernsehen gesendet wird. Was hinreichend erklärt, warum eine Einlaßkarte zum großkopferten Gaumenkitzel zumindest so begehrt ist wie der Bayerische Verdienstorden – was wiederum dazu führt, daß Ordensträger zumeist auch Empfänger eines Freibier-Tickets sind.

Wenn sich die Minister und Intendanten, die Professoren und Präsidenten, die Vorstände und Vorsitzenden auf dem heiligen Berg der Münchner über den Maßkrug hinweg zuprosten, dann weiß das Volk an Radio und Bildschirm: Bayerns fünfte Jahreszeit ist eingeläutet: die Starkbierzeit, in der Salvator und Triumphator, Honorator und Stimulator, Astronator und Sufficator aufrufen zur Schluckimpfung in der Fastenzeit.

Bei dieser weißblauen Eröffnungsschau geht's manchem Politiker „naß nei", wie der Münchner sagt. Mancher muß dabei manches aushalten, wobei die Promille nicht ins Gewicht fallen, warten doch draußen die Chauffeure. Was aber vom Podium runterkommt, ist manchem eine kalte Dusche. „Derblecken" nennen die Bayern den Spaß, wenn Politiker beim Bier durch den Kakao gezogen werden und dazu auch noch lauthals lachen müssen, weil die Öffentlichkeit mittels Fernseh- und Fotografenkameras zuschaut. Und wobei jene Politiker den größten Ärger runterspülen müssen, die nicht einmal der Erwähnung für gewichtig genug befunden wurden.

Den Strauß haben's zum Salvator-Anstich seit Jahrzehnten nicht vergessen. Der mußte lachen, als er von oben hörte: „Franz Josef Strauß fragt einen Oberkellner: 'Ist der Tisch da frei?' Der Ober: 'Wer sind Sie?' Strauß: 'Der bekannteste Politiker Bayerns.' Ober: 'Es ist mir eine Ehre. Nehmen Sie Platz, Herr Goppel.'" Aber der Scherz ist nun auch schon sieben Jahre alt.

Vor zwei Jahren, da ist sogar der Genscher von der sozialliberalen Koalition eigens fürs Starkbier auf den Nockherberg geflogen, hat gelacht über den Satz „Wenn sich dann der FDP-Schwanz einen neuen Hund sucht, mit dem er wedeln kann", hat dem Strauß augenzwinkernd zugeprostet und hat tatsächlich sieben Monate später einen neuen Hund gefunden ... In diesem Jahr wird's politisch ein bisserl haarig. Wegen der Münchner Kommunalwahl wurde der Salvator-Anstich ohnehin auf den 29. März verlegt, um allen politischen Fangeisen zu entkommen. Weil aber die Münchner wählerisch sind und sich nicht auf Anhieb einigen können, ob ihnen CSU-Kiesl oder SPD-Kronawitter als Oberbürgermeister lieber ist, stecken die Starkbier-Schandmäuler diesmal in der Klemme. Anstich-Derblecker Walter Sedlmayr baut diplomatisch auf einen möglichen Kompromiß: „I hoff hoid, daß alle zwoa gleich beleidigt san." Anmerken darf's sich übermorgen dennoch keiner der beiden lassen, denn das würde am Sonntag Stimmen kosten.

So besteht die Gefahr, daß die Stichwahl ein Jubiläum aussticht, das dem Salvator-Bräu, Paulanerbrauerei genannt, in diesem Jahr mehr am Herzen liegt als die Politik: Man feiert das 350jährige Bestehen. Ein wenig geschwindelt ist natürlich auch das, weiß doch niemand, wann die Mönche auf der Münchner Westentaschen-Zugspitze am östlichen Isarufer den ersten Gerstensaft gebraut haben. Das muß schon einige Zeit vor jenem Tage gewesen sein, an dem sich vor nun 350 Jahren die Münchner Brauer beim Bürgermeister schriftlich beschwerten über das Unwesen der Mönche, ihre Klosterkasse durch billigen Bierausschank zu füllen, ohne die hoheitliche Konzession zu besitzen. Die erbosten Brauer forderten, dem „klösterlichen Brau- und Schankunwesen" ein Ende zu bereiten. Wie mancher Beschwerdebrief hatte auch dieser zur Folge, daß der Ausschank schließlich legalisiert wurde und die Paulanerbrauerei, inzwischen fast zwei Jahrhunderte in weltlicher Hand, heute mit 1,5 Millionen Hektoliter Jahresausstoß das größte der sechs Münchner Brauhäuser ist. Ihm folgen Löwenbräu (1,3 Mill. hl), Hacker Pschorr (800 000 hl), Spaten, Augustiner und als kleinstes das staatliche Hofbräuhaus.

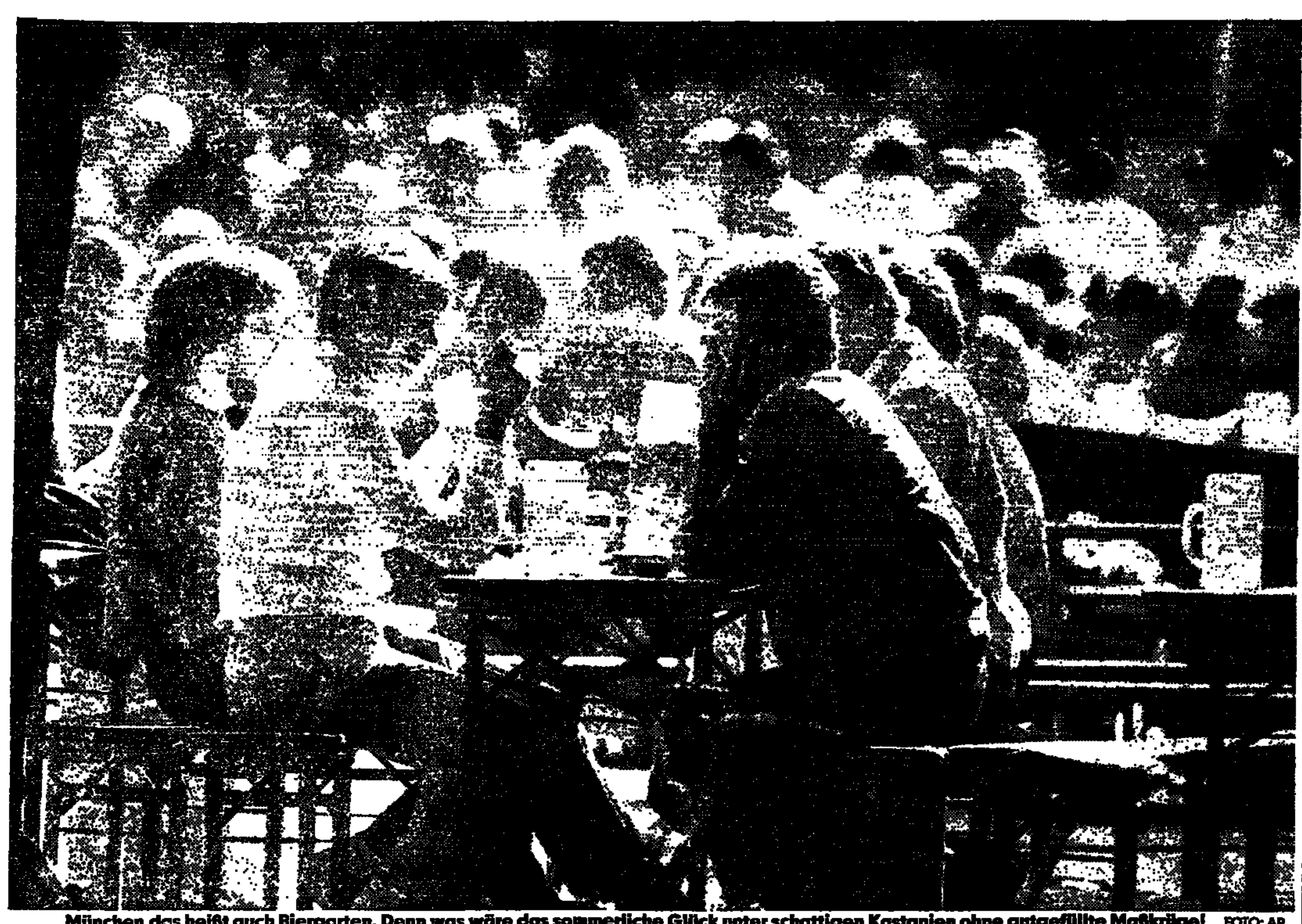
München ist nicht die größte Bierstadt Deutschlands, mit Sicherheit aber die bekannteste der Welt. Das liegt weniger an der Tatsache, daß Münchner Bier in 140 Ländern dieser Erde getrunken werden kann, als vielmehr am unerschütterlichen Ruf, den Münchner Bierfeste genießen, allen voran das Oktoberfest.

Dabei könnte das größte Bierfestival der Welt entfallen, ohne in den Bilanzen der Münchner Bräuhäuser vermißt zu werden: Die 43 000 Hektoliter Wies'n-Bier, die auf der Theresienwiese in den feuchten 16 Tagen durch die Kehlen rinnen, sind nicht mehr als sieben Promille der 6,5 Millionen Hektoliter, die jährlich in München gebraut werden. Das Oktoberfest ist aber dennoch ein mächtiger Wirtschaftsmotor: Nach einer Untersuchung der Münchner Industrie- und Handelskammer werden gut eine Milliarde Mark mobilisiert, wobei vom Brathendl bis zu den Flugkosten der Amerikaner jede Ausgabe gezählt wurde.

PETER SCHMALZ



Beim Salvator-Starkbieranstich im vergangenen Jahr wurde CSU-Chef Franz Josef Strauß zum „König von Bayern" gekürt FOTO: WEREK



München, das heißt auch Biergarten. Denn was wäre das sommerliche Glück unter schattigen Kastanien ohne gutgefüllte Maßkrügel FOTO: AP

Hier sind sogar die Preußen gern gesehene Gäste

Was dem Frankfurter seine „Äppelwoi"-Gartenwirtschaft, ist dem Münchner sein Biergarten. Denkt zumindest der Zugereiste, den es in die bayerische Landeshauptstadt verschlagen hat. Doch weit gefehlt. Auch in den Biergärten gehen die Uhren anders als in preußischen Gartenwirtschaften.

Sobald im Frühjahr die ersten Sonnenstrahlen hinter den Wolken hervorkommen, strömen die Münchner nach Monaten der Entbehrung wieder in ihre zahllosen Biergärten. Spätestens im Hochsommer sind sie konkurrenzlos das Ausflugsziel Nummer eins, der Treffpunkt, um sich mit Kollegen und Freunden, Nachbarn und Kindern die Brotzeit und die Maß Bier schmecken zu lassen.

Je nach Witterung sind die Bieroasen gut besucht, meistens aber überfüllt. Denn was ein echter Biergarten-Freund ist, der läßt sich auch von einem sommerlichen Regenguß seine Brotzeit nicht verdrießen.

Und die Brotzeit gehört nun mal zum Biergarten wie süßer Senf zur Weißwurst. Was den Fremden in Erstaunen setzt, gehört für den Einheimischen zur Tradition: In vielen Biergärten darf der eigene Tragkorb, gefüllt mit Radi und Käse, Semmeln und Wurst, Fleischpflanzerln und Leberkäs, mitgebracht und auf der, freilich auch eigens mitgebrachten, bunt karierten Tischdecke ausgebreitet werden. Derart ausgerüstet fehlt dem Gast zur sommerlichen Glückseligkeit unter schattenspendenden Kastanienbäumen nur noch der Maßkrug schäumenden Biers.

Mit einem fröhlichen „Prosit Herr Nachbar" werden die wackeligen Gartenstühle auch schon enger zusammengerückt. Radi wird gegen Käse getauscht, einer prostet dem anderen zu, es wird lustig erzählt und lautstark diskutiert über Gott und die Welt. Daß man dabei sein eigenes Wort nicht mehr versteht, stört niemanden. Ob Bayer oder Preuße, das spielt jetzt keine Rolle mehr. Allein der Wunsch, nach einem heißen Sommertag unter alten Bäumen zu verweilen, seine Maß Bier und eine ordentliche Brotzeit vor sich zu haben und mit dem Nachbarn einen Schwatz zu halten, verbindet. Dann kommt für den Gast die Gemütlichkeit auf, für die die Bayern in aller Welt bekannt sind.

Dazu trägt nicht zuletzt diese Art der Eß- und Trinkgeselligkeit bei, deren Ursprung im vergangenen Jahrhundert liegt. Um das Bier gut lagern zu können, kamen die Brauer auf die Idee, unterirdische Lagerstätten anzulegen. Dort war es kühl, und der Gerstensaft blieb frisch. Als zusätzlicher Wärmeschutz wurden über den Lagerstätten Kastanienbäume angepflanzt, die mit ihren breiten Ästen Schatten gaben, so daß der Boden auch im Sommer kühl blieb. Aus der Not machten die Münchner eine Tugend. Unter den Bäumen wurden Bänke und Tische aufgebaut, um das flüssige Brot zu servieren. Da es aber nichts zu essen gab, mußte sich jeder seine eigene Brotzeit mitbringen. Und das darf der Gast auch heute noch in vielen Biergärten der Isar-Metropole. ULRIKE HEMER

GASTRONOMIE / Hier findet jeder was: Vom Leberkäs' bis zum Lachs

Ein Eldorado für Feinschmecker

Witzig war es, aber sicher nicht ganz fair, wie Thomas Mann in seinem „Buddenbrooks"-Roman das Münchner Leben in seiner ganzen Derbheit zeichnete. Jenen Hopfenhändler, der die Abende in der stinkigen Bierschwemme verbrachte und anschließend seine nordisch-kühle Frau mit groben Anzüglichkeiten das Fürchten lehrte.

Thomas Mann jedenfalls, das ist verbürgt, fühlte sich in München über viele Jahr lang überaus wohl, genoß, sofern er überhaupt genießen konnte, die gute Küche Bayerns, die gemütlichen Lokale und – als Betrachter – das freie Leben jener Zeit nach der Jahrhundertwende.

In keiner Stadt gibt es mehr Spitzenrestaurants

Allerdings: Ein bißchen von diesem schroffen Gegensatz haftete und haftet der Stadt tatsächlich an. Für die Besucher ganz sicher. Kommen sie nach München, so denken sie unweigerlich an Weißwurst und große Biergläser, an Leberkäs (mit Spiegelei) oder Schweinsbraten mit Knödeln. Warum auch nicht?

Nirgendwo sonst in Deutschland gibt es noch so traditionsreiche, geräumige und gesellige Lokale, so schöne Biergärten wie beispielsweise den „Augustiner" hinter dem Hauptbahnhof oder den „Aumeister" in Freimann am Englischen Garten. Nicht nur eingefleischte Münchner geraten ins Schwärmen bei dem Gedanken, hier an warmen Tagen unter schattigen Kastanienbäumen bis spät in den Abend seine Maß trinken und gutgewürzte Hähnchen vom Grill zu verspeisen. Oder man kann Brotzeit und Getränke billig eingekauft von zu Hause mitbringen. So geht denn auch so mancher lieber in den Biergarten, um einen kleinen Imbiß zu sich zu nehmen, als in eine der zahlreichen – und keineswegs teuren – Gaststätten. Wo gibt es sonst noch solche Sitten und Gebräuche?

Doch all das ist nur die eine Seite der Münchner Lokalitäten. So, wie sie auf den bunten Werbeplakaten zwischen Schottland und Australien zu sehen ist und jährlich wieder zum Oktoberfest millionenfache Zustimmung erhält.

Die andere Seite ist nicht so populär, dafür um so überraschender. Kaum einer weiß, daß München in den letzten Jahren zur heimlichen Hauptstadt der Feinschmecker geworden ist. Für manche ebenbürtig mit Paris, für einige sogar – wer hätte das geglaubt? – der französischen Hauptstadt überlegen. Sicher ist: In keiner anderen Stadt Deutschlands gibt es auch nur annähernd so viele Restaurants der Spitzenklasse. Die erfahrenen Tester des „Michelin" erleben jedes Jahr wieder in München Gaumen- und Tafelfreuden wie selten sonst an einem Platz.

Allein 1983 zeichneten sie in München acht Lokale mit einem Stern aus – ein Rekord. Traditionsreiche Restaurants sind jährlich wieder darunter wie der „Königshof" oder „Boettner" in der Theatinerstraße, das Kenner zu den gemütlichsten und teuersten Lokalen überhaupt zählen. Aber auch neue haben sich unter dem Stern eingereiht: „Le Mer" in der Schraudolphstraße, „Sabitzer" im Lehel oder „Le Gourmet" in der Liegsalzstraße.

Jahr für Jahr wird der neue „Michelin"-Führer in München mit der gleichen Aufmerksamkeit erwartet wie anderswo die Ergebnisse eines Pferderennens. Wer behält den Stern, wer muß ihn wieder abgeben? Fehltritte unter den traditionsreichen Lokalen lassen sich da leichter ausgleichen. Das ist nicht viel anders als in der Bundesliga. Wer einmal absteigt, hat es doppelt schwer, wieder den Anschluß zu finden. Manchmal hilft dabei eben ein guter alter Ruf. So wurde einmal das „Vier-Jahreszeiten"-Restaurant abgestuft. Ein Lokal, das seinen Ruf schon weit vor dem Krieg begründet hatte und deshalb relativ leicht ein Jahr nach dem Abstieg wieder seinen Stern hatte. Dagegen die vielen, vielen anderen. Denen, die für ein Jahr wie auf einer gewaltigen Woge nach oben geschwemmt und zur „Pflicht" für all die ach so bedeutungsvolle Münchner Prominenz wurden. Wer kennt aber heute diese Namen noch, weiß um all die Hoffnungen . . .

Der Stern hat auch seinen Preis. Viele scheuen die Lokale, weil sie von vornherein glauben, sie seien für sie zu teuer. Was sicherlich oft auch stimmt. Aber, was wichtiger ist: Um alle Kriterien für die Erlangung eines Sternes zu erfüllen, muß ein Gastronom so ungeheuer viele Feinheiten beachten, daß selbst Naturtalente unter den Münchner Köchen lieber auf den Stern verzichten und dafür eine etwas größere Portion auf den Teller des Gastes legen. Das klingt zwar in den Ohren der Feinschmecker schauderhaft gewöhnlich, aber manchmal hat der Mensch eben auch Hunger . . .

Der Aufstieg vom Ein-Stern-Lokal ist kaum vorstellbar und – offen gesagt – selbst für viele Feinschmecker kaum noch wahrnehmbar. München überspringt da eine Stufe und begibt sich gleich zweimal in die feinsten Höhen, die es sonst in der ganzen Welt nur so rar gibt wie Oasen in einer Wüste. Die Rede ist von den beiden Drei-Sterne-Lokalen, beides wahre Tempel: Das „Aubergine" und das „Tantris". Die Preise für den, der Andacht mit Essen verbinden will: Im „Aubergine" kostet ein Menü mit acht Gängen zwischen 145 und 165 Mark, eine Flasche „Moët Chandon" 135 Mark und ein Chablis 89 Mark.

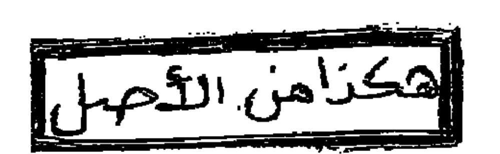
Das „Aubergine" ist etwas stärker im traditionellen Stil eingerichtet, das „Tantris" dagegen ein raffinierter Bau aus Stahl, Beton und Glas. Fast hallenartige Räume, die Tische in verschiedenen Höhen angebracht, die Wände im dezenten Rot getönt.

So mancher greift eher zu Rostbratwürsteln

Das „Tantris" stand lange Zeit in einem öden, sanierungsbedürftigen Areal zwischen der Leopold- und der Ungererstraße. Jetzt wird dieses Gebiet zu einem modernen Viertel umgewandelt. Das „Tantris" mit seinen geheimnisvollen Zeichen steht da in der Mitte wie ein religiöses Zentrum – allerdings nicht für jedermann.

Kürzlich kam ein Hamburger Bankier zu Besuch nach München und auf alle Stern-Vorschäge für einen Restaurantbesuch winkte er nur gelangweilt ab und bat um einen Treff im Poststüberl. Das liegt in der Innenstadt und gehört zum „Franziskaner". Dort gibt es Rostbratwürstel und Leberkäse, dazu herzhaftes Bier – viel mehr als zehn Mark lassen sich nicht ausgeben. Da kann einer sagen, was er will: Gemütlicher geht's nicht!

SABINE LÜTKENS



BÖRSE / Zentraler Umschlagplatz für ausländische Edelmetall- und Rohstoffwerte

Das Schattendasein hinter sich gelassen

Kapital geht dahin, wo es sich am wohlsten fühlt. Schon das repräsentative Gebäude am Lehnbachplatz, erbaut von Prof. Albert Schmidt, in das die Münchner Börse, seit 1935 Bayerische Wertpapierbörse, im November 1963 wegen des ständig wachsenden Geschäftsvolumens umziehen und ihre Räume im traditionsreichen eigenen Haus am Maximiliansplatz aufgeben mußte, entspricht in der Optik dem, was man von einer großen Börse erwartet. Doch nicht nur das Äußere dokumentiert ihre Bedeutung als eine der vier großen deutschen Regionalbörsen.

Das Finanzvolumen bietet solide Existenzgrundlage

Mit der zweiten industriellen Revolution in Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg konnte sich München immer stärker als Zentrum der Industrie und als international wichtiger Finanzplatz profilieren. Heute ist hier ein Finanzvolumen vorhanden, das der Börse auch für die Zukunft eine solide Existenzgrundlage bietet. Nach Angaben des Bundesverbandes deutscher Banken gab es Ende 1982 über 7,8 Millionen Wertpapierdepots im Bundesgebiet. Ungefähr jedes dritte Aktiendepot befindet sich in Bayern.

Im vergangenen Jahr verzeichnete die Münchner Börse, die aus der im Dezember 1830 eröffneten „Kaufmannsstube" hervorgegangen ist, mit einem respektablen Plus von 67,9 (34,2) Prozent auf 15,23 Milliarden Mark Umsatz eine kräftige Expansion. Im amtlichen Handel und im geregelten Freiverkehr werden inzwischen insgesamt 4238 Werte notiert, 101 mehr als noch vor Jahresfrist. Eine beeindruckende Entwicklung, wenn man bedenkt, daß im Börsenjahr 1960 erst 1089 Wertpapiere zugelassen waren und damit aus heutiger Sicht ein recht bescheidener Umsatz von 1,82 Milliarden Mark erzielt wurde.

Einen Spitzenplatz nimmt die Bayerische Börse vor allem im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere ein. Gemessen an den zum Handel zugelassenen 4008 Rentenwerten – 1960 waren es erst 835 – ist sie auf diesem Spezialgebiet hinter Frankfurt die Nummer zwei unter den deutschen Börsen. Beim Rentenumsatz, der 1983 leicht um 5 Prozent auf 3,27 (1982: 3,5) Milliarden Mark zurückgegangen ist, liegt sie hinter Düsseldorf allerdings erst an dritter Stelle.

Etwa die gleiche Position dürfte die Münchner Börse auch beim Aktienhandel einnehmen – ungefähr gleichauf mit Hamburg. Zum amtlichen Handel sind außer den ausgesprochenen Heimatwerten wie beispielsweise die bayerischen Brauereien, Baywa oder die Isar-Amperwerke alle wesentlichen deutschen und einige ausländische Aktien zugelassen. Insgesamt sind es 220 Werte.

Nach London und Paris der wichtigste Platz

Daß München auch auf diesem Gebiet kein Schattendasein führt, zeigt die Entwicklung des vergangenen Jahres. Explosionsartig – wie bei allen anderen deutschen Börsen – war die Steigerung des Aktienumsatzes um 113,4 Prozent auf 11,95 Milliarden Mark. Der Durchschnittskurs aller Werte erhöhte sich dabei von 368,70 Mark Ende 1982 auf 497,70 Mark bis zum letzten Handelstag des vergangenen Jahres.

Weiter ausbauen konnte die Bayerische Börse, die von einem Verein und nicht wie sonst üblich von der zuständigen Industrie- und Handelskammer getragen wird, ihre Position als zentraler Umschlagplatz für ausländische Edelmetall- und Rohstoffwerte. Internationales Aufsehen erregte sie erstmals Anfang 1980 auf diesem Sektor, als die Einbeziehung südafrikanischer Goldminenwerte sowie von DeBeers-Aktien in den ungeregelten Freiverkehr erfolgte.

Längst ist München nach London und Paris der wichtigste europäische Handelsplatz für diese Spezialitäten. Die Umsätze sind beachtlich. Allein 1983 brachte eine Vervierfachung: 113,21 Millionen Stücke wurden umgesetzt, gegenüber 19,03 Millionen im Vorjahr. Wertmäßig erhöhte sich der Umsatz von 470 Millionen auf 2,03 Milliarden Mark. Die Palette von inzwischen 55 Werten wurde im vergangenen Jahr um acht amerikanische und drei südafrikanische Werte sowie jeweils eine Aktie aus Kanada, Australien und Hongkong angereichert.

Ein Spiegelbild für die Bedeutung der Münchner Börse ist auch die Tatsache, daß Bayern mit einem Anteil von 15,1 Prozent oder 46,2 Millionen Mark an dem gesamten Aufkommen an Börsenumsatzsteuer von 306,7 Millionen Mark an dritter Stelle liegt. Die ersten beiden Plätze werden von Hessen mit dem weitaus größten Anteil von 114,9 Millionen Mark bzw. 37,4 Prozent und Nordrhein-Westfalen mit 64,9 Millionen Mark bzw. 21,2 Prozent Anteil gehalten. Baden-Württemberg und Hamburg folgen mit bereits deutlichem Abstand auf den Rängen vier und fünf mit knapp 25,6 Millionen Mark (8,3 Prozent) bzw. 24,9 Millionen Mark (8,1 Prozent).

ULRIKE HEMER

KATHOLIKENTAG / Begegnung zwischen den Generationen

Kein Bilderbuch von Möglichkeiten

Die billigste Möglichkeit, in diesem Jahr nach München zu reisen, bietet sich im Juli. Und sie ist womöglich die auf- und anregendste. Die Hin- und Rückfahrt im Sonderzug der Bundesbahn kostet von Hamburg nur 98 Mark, von Stuttgart aus sogar nur 46 Mark. Ziel der Reise ist der 88. Deutsche Katholikentag, zu dem vom 4. bis 8. Juli mehrere hunderttausend Gläubige aus aller Welt in der bayerischen Landeshauptstadt erwartet werden.

Das Treffen steht unter dem Lebenszeichen des Kreuzes vor einer aufgehenden Sonne und trägt das Motto „Dem Leben trauen, weil Gott es mit uns lebt" und berührt damit die wohl wichtigste Frage der Jugend. Aber auch immer mehr ältere Menschen, die im aktiven Berufsleben stehen oder sich schon zur Ruhe gesetzt haben, zweifeln an der Sinnfrage des Lebens. „Das Leben und die Welt", meint Bischof Klaus Hemmerle aus Aachen, „sind nicht ein Bilderbuch von Möglichkeiten, schönen oder schrecklichen, aus denen wir bestimmte auswählen – und die anderen mögen wir nicht. Das Leben, zu dem auch Schatten und Abgründe gehören, muß es uns wert sein, daß wir ihm trauen und es bejahen."

Dieser insgesamt fünfte Katholikentag in München hat die Chance, den Christen ein Zeichen zu setzen und Orientierung zu geben in einer Umwelt, die zunehmend als feindlich betrachtet wird. Bewußt sind die drei Hauptthemen als Fragen formuliert, deren Beantwortung immer mehr Menschen schwerfällt: „Woher kommen wir – woraus leben wir?" – „Wie leben wir angesichts von Grenzen und Bedrohungen?" – „Wofür leben wir – wohin gehen wir?"

Alois Glück, der Vorsitzende des Trägervereins dieses Katholikentags, spricht von einer Krise des Fortschrittsglaubens, die aber zugleich eine Chance für die christliche Verkündung sei. „Die Menschen", meint Glück, „erwarten nicht technisch perfekte Antworten, sondern Antworten auf ihre Sinnfragen."

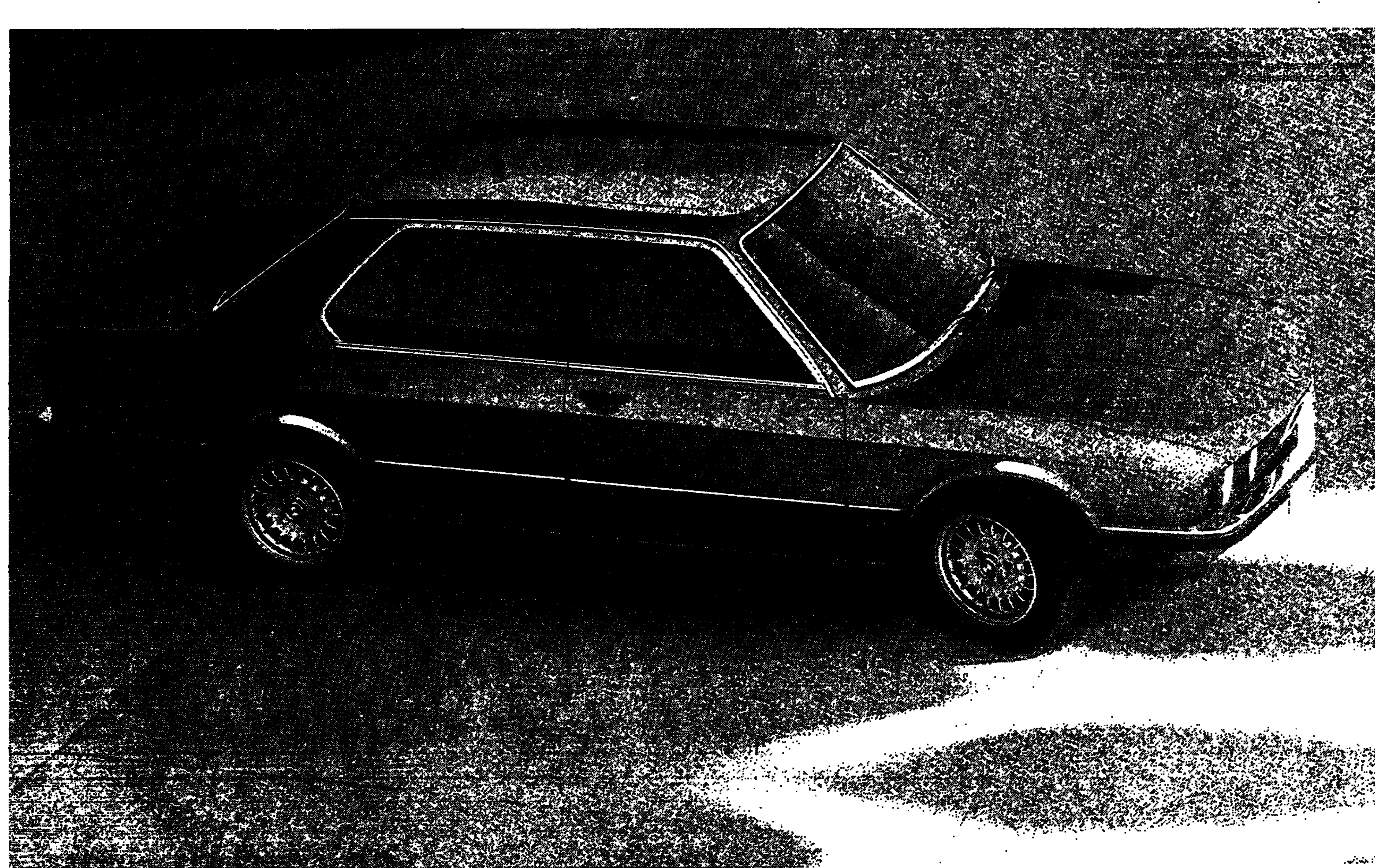
Der Katholikentag auf dem Münchner Messegelände soll deshalb in zahlreichen Gesprächsformen, Diskussionsrunden und Gottesdiensten Fragen wie diese aufgreifen: Wie können wir mit dem Wohlstand verantwortlicher und bewußter leben? Welche neuen Entwicklungen in der Medizintechnik und in den Kommunikationstechniken können wir als Beitrag zum Fortschritt in unserem Zusammenleben werten, oder wie müssen wir diese Möglichkeiten einsetzen, daß sie es werden? Welche Art von Technik müssen wir fördern, daß wir wieder stärker in Einklang mit der Natur kommen? Für Alois Glück ist diese Thematik des Katholikentags zugleich beruflicher Alltag: Im bayerischen Landtag leitet der CSU-Abgeordnete den Umweltausschuß.

Professor Hans Maier, bayerischer Kultusminister und Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, will das Münchner Treffen zu einer Begegnung zwischen den Generationen machen. Nachdem sich die Katholikentage seit 1978 in Freiburg als Festival der Jugend herausgebildet haben, will er vor allem die Generation der 30- bis 50jährigen aktivieren. Maier: „Bisher saß diese Generation nur an den Referententischen."

Dennoch wird auch in München die Jugend zweifellos dominieren. Beim Düsseldorfer Katholikentag vor zwei Jahren war die Hälfte der Teilnehmer nicht älter als 21 Jahre, weitere 20 Prozent waren jünger als 30. In München bekommt die Jugend einen eigenen Stadtteil: In Haidhausen, das Schwabing längst als Künstler- und Studentenviertel abgelöst hat, ist ein Jugendprogramm geplant mit Spielaktionen, Diskussionsrunden und Kleintheatern, die sich alle mit Thematiken der Theologie befassen.

Die Silhouette weist München als eine Stadt der Kirchtürme aus, die Kirche aber hat in der modernen Weltstadt einen schweren Stand: Im Schnitt gehen nur 15 Prozent der Katholiken sonntags zum Gottesdienst, und die Erzdiözese hat den größten Mangel an Priesternachwuchs unter allen deutschen Bistümern.

PETER SCHMALZ





Kommerz und Kunst schließen sich nicht aus. Einkaufs-Gedränge in der Neuhauser Straße (rechts) und Straßenmusikanten am Marienplatz (links) FOTOS: SÜDD.VERLAG / WINFRIED RABANUS



Oasen der Muse und Plätze der Hektik

Pariser Zeitungen preisen sie, Florenz ahmte sie nach: Münchens Fußgängerzone – Zauberformel für alle Fremden, die die bayerische Hauptstadt besuchen. Wo einstmals sich durch enge Hauptstraßen Straßenbahnen und Autos zwängten, wo Passanten, umwölkt von Auspuffgasen, erdrückt vom Lärm und erstickt von der Luft, sich in den rush-hours dicht an dicht drängten, da entstand eine gemütliche Flanierzone, eine Oase für die Beschäftigten in der City, kurzum ein riesengroßes Boulevard-Theater, in dem nunmehr das Münchner Leben abrollt vom Stachus bis zum Münchner Marienplatz.

Wie eine große Bühne des Lebens breitet sich hier alles aus. Die Münchner Fußgängerzone ist eine Mischung aus Markusplatz, Hyde-Corner und Centre Pompidou, wenn man sie genüßlich durchschlendert.

Da gibt sich der Pflastermaler Mühe, seinen Monet fast unter den Füßen der Vorbeieilenden nachzuempfinden. Daneben bilden sich Kreise um Männer, die politisieren. Heftig und heftiger wird der Disput bis einem der Debattierenden die Lust am verbalen Gerangel vergeht, zornig seinen Hund an der Leine kurz faßt und beleidigt abrauscht. Ein paar Schritte weiter zeigen die Jüngeren ihre neuesten Figuren vom Breakdance; sie winden, recken und schlängeln sich, als ob Stromstöße ihre Körper durchzitterten.

Doch in der Münchner Fußgängerzone geht es auch hochmusikalisch zu. Alle zwanzig Meter ertönt ein anderes Instrument. Das musikalische Repertoire der Laienkünstler ist recht klein, ihre Ausdauer jedoch groß. Für die, die durch diese Zone flanieren, wirken diese Klänge geradezu befreiend, scheinen etwas von der Lebenslust dieser Stadt zu verkünden.

Für die anrainenden Geschäftsleute allerdings werden diese musikalischen Ergüsse mitunter zur Qual. Man schloß sich zu einer „Interessengemeinschaft" zusammen und verlangte „Fußgängerbereich-Satzungen", in denen ein Verbot von „Blechblasinstrumenten, Schlagzeugen, Dudelsackpfeifen und Drehorgeln" aufgenommen werden sollte. Doch das Leben in der Fußgängerzone pulsiert ungehindert weiter. Zu kaufen gibt es hier unter bunten Schirmen fast alles: Reherl aus Kärnten, Stahlpfannen aus England, Tomaten aus Teneriffa, Tulpen aus Holland.

Die Idee, Münchens Herz zum Fußgängerbereich zu machen, wurde erstmals im Stadtentwicklungsplan der Landeshauptstadt aus dem Jahre 1963 der Öffentlichkeit vorgelegt. Die Olympischen Spiele 1972 waren dann Anlaß genug, die Entwicklung voranzutreiben und zu vollenden.

Hauptziel der Münchner Städteplaner war es, den Menschen das vertraute Münchner Stadtbild so intensiv wie möglich nahezubringen und damit Münchens eigene Lebensart einer Großstadt mit altem Kulturgut erkennen zu lassen. Man setzte alles daran, um den Charakter einer großen Durchgangsstraße zu vermeiden. Vielmehr sucht man mit Leben erfüllte Bereiche, die sich ergänzten und in die Nebenstraßen hineinwirkten. Und das Münchner Experiment glückte, wurde zum Vorbild für viele andere Städte, nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland.

Die Münchner Fußgängerzone ist heute Kernstück der City. Hier pulst das Herz der Stadt. Man setzte alles daran, diesen Renommier-Boulevard so schön wie möglich zu gestalten. Wie zufällig existieren die Läden und Kaufhäuser mit ihren Schaufenstern und ihrem internationalen Angebot am Rande der Fußgängerzone und verlocken zu längerem Verweilen – und damit auch zu größeren Einkäufen.

Riesige Pflanzentöpfe und Blumenschalen umstehen Flächen, auf denen die Stadt eine große Zahl von Gartenstühlen aufstellen ließ. Acht Brunnen (davon drei große begehbare Brunnenbereiche) wurden als Oasen der Ruhe und Erholung für die Münchner Bürger und flanierenden Fremden angelegt.

Gastronomischen Betrieben wurde die Erlaubnis erteilt, Tische und Stühle im Freien aufzustellen, so daß es hier im Sommer ein buntes Gewirr von Biergärten und Eisdielen gibt. Man setzte Kioskgruppen, Obstständе, Automaten. Alles wirkt wie zufällig und ist doch so gründlich geplant.

Vom Einbau freigehalten wurden alle vier historischen Platzbereiche, so vor der Frauenkirche, dem Rathaus, der Michaelskirche und dem Bürgersaal. Man sollte meinen, soviel Planung schade nur. Doch stellt sich Münchens heutige neue Fußgängerzone wie das Titelblatt eines Buches dar, das den Ehrengästen, die die Stadt besuchen, von der Protokollabteilung überreicht wird: barocke Freundlichkeit, bayerische Urwüchsigkeit, moderne und erhaltene baumeisterliche Eleganz. ANNE BORN

UMWELT / Strenge Vorschriften – Gespräche mit der Industrie

Ein Referat für Fauna und Flora

Die Berliner Luft ist berühmter, das Münchner Lüfterl aber besser. „Wir haben die sauberste Großstadtluft", verkündet Oberbürgermeister Erich Kiesl stolz und kann auf Untersuchungsergebnisse des Bundesgesundheitsamtes hinweisen. Denn die Zahlen, die da drinstehen, sprechen eine beredte Sprache. Demnach ist die durchschnittliche Dauerbelastung mit Schwefeldioxid heute auf rund ein Fünftel der Werte gefallen, die noch vor zwei Jahrzehnten gemessen wurden.

Die Luft in der Innenstadt ist womöglich sogar besser als vor knapp hundert Jahren: Flechten, die als sensibler Indikator für Luftverschmutzung gelten und die 1891 in München ausgestorben sind, gedeihen seit kurzem wieder in mehreren Innenstadtgebieten.

Die bayerische Landeshauptstadt gilt als Motor des deutschen Umweltschutzes. Hier wurde die „Europapremiere" für die erste bleifreie Tankstelle gefeiert. Und heute gibt es bereits mehrere Tankstellen, die Sprit ohne das umweltbelastende Blei aus ihren Zapfsäulen rinnen lassen.

Als erste deutsche Großstadt wird München eine Karte erstellen, auf der Flora und Fauna zugleich registriert sind, und hier wurde erstmals zu einem Gesprächskreis geladen, bei dem Wirtschaftsunternehmen mit umweltbelastenden Produktionsstätten zu freiwilligen Umweltmaßnahmen angeregt wurden.

Die neue „grüne Welle" aus der Isar-Metropole ist eng verbunden mit einem administrativen Akt: Mitte 1982 wurde ein eigenes Umweltschutzreferat gegründet, das erste in einem deutschen Rathaus, das inzwischen auf 80 Mitarbeiter angewachsen ist und von einem Mann geleitet wird, der Fachkenntnisse vorweisen kann: Rüdiger Schweikl leitete vor seiner Berufung in die Stadtverwaltung das Pressereferat des bayerischen Umweltministeriums.

Und er zeigte sich auch rasch als Mann der Tat: Den Plan, ein Kohlekraftwerk mitten in der Stadt zu bauen, den er schon vom Ministerium aus mit unfreundlichen Kommentaren versehen hatte, brachte er zu Fall und verkündete dann, nun müsse man gegen den größten Umweltverschmutzer vorgehen, gegen das Auto.

Da zweifelte auch der Oberbürgermeister geraume Zeit, ob er mit dem stets freundlich lächelnden Bartträger den richtigen Griff getan hat. Heute ist aber auch Kiesl überzeugt davon, bei dieser Personalentscheidung eine glückliche Hand bewiesen zu haben.

Keine andere deutsche Stadt kann seither eine solche Fülle positiver Schlagzeilen zum Thema Umweltschutz vorzeigen. Kiesl zeigt sich selbstbewußt: „Wir sind Spitze."

Es gibt sogar ein Umwelttelefon, an dem Münchner Bürger sich beschweren oder aber Rat holen können – die meisten klagen über Lärmbelästigung. Erstmals wurde auch ein Stadtplan „Recycling in München" vorgelegt, der 300 Recycling-Container für Altglas, Altpapier, Altöl und Altreifen aufführt und flugs vergriffen war (die zweite Auflage erscheint demnächst), und da wird ein Solar-Muster-Reihenhaus gebaut, das als Demonstrations- und Experimentiergebäude zeigen soll, wie weit Sonnenenergie auch von Münchner Bauherren sinnvoll genutzt werden kann.

74 städtische Autos fahren bereits ohne zusätzlichen Katalysator mit bleifreiem Benzin (Schweikl: „ohne Probleme"), aber schon Mitte des Jahres will der emsige Umweltreferent Rußfilter für Personenwagen mit Dieselmotoren starten. Und an der Entwicklung eines ähnlichen Filters für Dieselmotoren in Nutzfahrzeugen arbeiten die Münchner auch mit.

Die ersten „Flüster-Lastwagen", deren Lärmentwicklung auf die Hälfte reduziert wurde, beeindruckte die Stadträte derart, daß sie beschlossen, künftig für den städtischen Fuhrpark nur noch lärmarme Kraftfahrzeuge und Arbeitsmaschinen zu kaufen.

Die Münchner Umweltvorschriften sind strenger als an anderen Orten, aber dennoch sucht Schweikl engen Kontakt zu Industrie und Gewerbe. „Miteinander reden ist besser, als gegeneinander Verordnungen erlassen", meint der amtliche Umweltschützer und lädt Wirtschaftsunternehmen mit umweltbelastenden Produktionsstätten zu Gesprächsrunden ein, bei denen er für mehr Sorgfalt im Umgang mit Chemie und für freiwillige Umweltschutzmaßnahmen wirbt.

BRIGITTE WERNER

WIRTSCHAFT / Handels- und Dienstleistungssektor bestreitet fast die Hälfte des Umsatzes der Stadt

„München wird bald Elektronik-Metropole sein"

Vergleicht man München mit einem Dornröschen, so wurde diese vordem nur schöne Stadt erst sehr spät, aber dann um so heftiger vom Prinzen Wirtschaft wachgeküßt. Heute bietet die bayerische Landeshauptstadt – inzwischen die Nummer eins unter den bundesdeutschen Industriestädten – an Infrastruktur alles, was man von einer modernen Wirtschaftsmetropole mit internationalem Rang erwartet.

Das Rückgrat bildet eine gesunde, zukunftsorientierte Branchenstruktur mit – trotz einiger Großfirmen mit Weltgeltung – insgesamt mittelständischem Charakter. Die Dienstleistungspalette ist breit gefächert, Forschung und Entwicklung werden hier großgeschrieben. Der hohe Freizeitwert von Stadt und Umland tut ein Übriges, daß sich die Anziehungskraft für Betriebe verschiedenster Art eher noch verstärkt.

Die 8900 Münchener Betriebe des produzierenden Gewerbes erwirtschafteten 1980 einen Gesamtumsatz von über 76 Milliarden Mark. 1983 setzten allein die 591 Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes mit mehr als zwanzig Arbeitnehmern 44 Milliarden Mark um; insgesamt waren 172 000 Arbeitskräfte beschäftigt. Münchner Produkte haben auf den Weltmärkten einen guten Ruf, 41 Prozent der in der Isarmetropole hergestellten Waren gehen in den Export.

München ist heute auf dem Weg, eine Elektronikmetropole zu werden. In- und ausländische Firmen sowohl aus dem Hardware- wie dem Software-Bereich zieht es zunehmend an die Isar, da sie hier im fruchtbaren Gedankenaustausch mit Lieferanten und Abnehmern sowie der wissenschaftlichen und anwendungsorientierten Forschung gute Entwicklungsmöglichkeiten haben.

Neben der Ludwig-Maximilians- und der Technischen Universität sowie den Fachhochschulen gibt es insbesondere auch bedeutende Forschungseinrichtungen wie zahlreiche Institute der Max-Planck-Gesellschaft oder der Fraunhofer-Gesellschaft.

Eine bedeutende Stellung nehmen weiterhin der Straßenfahrzeug- und der Maschinenbau sowie die Feinmechanik und Optik im verarbeitenden Gewerbe ein. Den guten Ruf Münchner Produkte hat schon früh das hier gebraute Bier über die Grenzen der Stadt hinaus bekanntgemacht. Heute stellen sechs Großbrauereien den Gerstensaft her und vertreiben ihn bis in entfernte Regionen der Welt.



Professor Rolf Rodenstock, Präsident der Industrie- und Handelskammer FOTO: R.SCHULZE-VORBERG

Ein wichtiger Faktor in der Münchner Wirtschaft ist der Dienstleistungsbereich, in dem bei der IHK fast 50 000 Unternehmen registriert sind. Der Handels- und Dienstleistungssektor in der Isarstadt bestreitet bei kräftigen Zuwachsraten fast die Hälfte des Gesamtumsatzes der Stadt.

Dies ist besonders deutlich in zwei Bereichen zu beobachten: Die bayerische Landeshauptstadt ist zur größten deutschen Versicherungsstadt aufgestiegen, es gibt 1915 Versicherungen und Versicherungsniederlassungen. Die größte Versicherungsgruppe des europäischen Kontinents und der Welt größter Rückversicherer haben München als Hauptsitz.

Mit 569 Kreditinstituten ist die Stadt der größte bayerische und nach Frankfurt der zweitgrößte bundesdeutsche Bankenplatz. Darunter befinden sich auch die Zentralen der zwei größten deutschen Regionalinstitute, die neben dem allgemeinen Kredit- und Einlagengeschäft auch das Hypotheken- und Pfandbriefgeschäft betreiben.

Auch im Kommunikationssektor hält München eine Spitzenposition. Seit 1958 werden an der Isar bundesweit die meisten Bücher gedruckt, 41 Zeitschriftenverlage mit 170 periodischen Publikationen haben hier ihren Sitz und täglich werden fünf Zeitungen für die Münchner gedruckt. In der Filmproduktion hat die „heimliche Hauptstadt" mittlerweile Berlin von der Spitzenposition abgelöst. 10 000 Beschäftigte erwirtschaften mit ihren Zelluloidprodukten einen Jahresumsatz von ca. zwei Milliarden Mark.

Durch seine verkehrsgünstige Lage und die Nähe zu den Grenzen und vielbefahrenen Alpenpässen ist München eine Stadt des Handels. 6800 Großhändler und 12 300 Einzelhändler haben hier ihren Sitz, die Hälfte des oberbayerischen Handelsumsatzes fließt durch die Kassen von Münchner Geschäften.

Im Ausland haben nicht nur Industrieprodukte „Made in Munich" einen guten Ruf. Die Stadt selbst mit ihrer gelungenen Mischung aus urbayerischen Traditionen und weltstädtischem Leben zieht alljährlich eine große Zahl von Touristen an. Besonders die Olympiade 1972 hat das Wachstum der Fremdenverkehrsbranche gefördert, Anfang 1984 boten im Hotel- und Gaststättengewerbe 3545 Betriebe dem Gast Kost und Bett an.

Für die Zukunft der Münchner Wirtschaft zählt besonders, daß die Industrie der Stadt kaum Branchen mit Struktur- oder Anpassungsproblemen kennt. Die große Zahl an mittelständischen Betrieben mit engem Kontakt zum Marktgeschehen verleiht der Münchener Wirtschaft hohe Flexibilität. Gerade die Attraktivität der Stadt für zukunftsträchtige Branchen sichert ein weiteres Wachstum.

ROLF RODENSTOCK

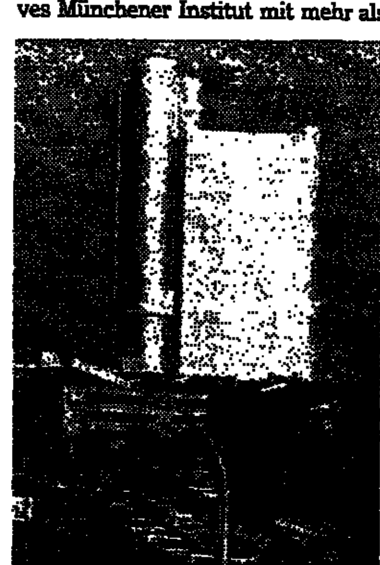
BANKEN / An der Isar gibt in Gelddingen ein Terzett den Ton an

Geschäfte ohne Hektik und Streß

München ist gut für mancherlei Superlative. Auch im Geldgewerbe. Daß die bayerische Landeshauptstadt der mittlerweile schon internationalen Finanzmetropole Frankfurt nicht den Rang ablaufen kann, ist klar. Aber Größe ist nicht alles. Die weißblaue Metropole ist freilich im Bankgeschäft alles andere als Provinz. Die Banken an der Isar haben zusammengenommen immerhin ein so großes Gewicht, daß München der bedeutendste deutsche Bankplatz nach Frankfurt ist, der manche Besonderheiten aufweist.

Da wären einmal die beiden großen weißblauen privaten Banken zu nennen, die Bayerische Vereinsbank, kurz BV genannt, und die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, überall als die Hypo bekannt, die das Hypothekengeschäft und das normale Bankgeschäft unter einem Dach betreiben, was – bis auf eine weniger bedeutende Ausnahme – einzig ist im privaten deutschen Bankgewerbe. Jede dieser beiden „gemischten" Banken rangiert mit ihrem Hypothekengeschäft noch vor den lupenreinen Hypothekenbanken, die den Großbanken gehören.

Mit ihrer bundesweiten Präsenz auch über Konzerntöchter und ihren weltweiten Aktivitäten über eigene Niederlassungen an den wichtigsten internationalen Finanzplätzen sind die BV und die Hypo auch außerhalb Bayerns längst ernst genommene Konkurrenten der Großbanken. Mit Bilanzsummen von 114 und 97 Milliarden Mark in den Konzernen gehören sie zur Gruppe der zehn größten deutschen Banken, zu der auch ein weiteres bundes- und weltweit aktives Münchener Institut mit mehr als



Imposant: die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank FOTO: R. DIETRICH

100 Milliarden Bilanzsumme gerechnet werden muß: Die Bayerische Landesbank, die ertragsstärkste unter den Landesbanken, die sich von mancher anderen dadurch unterscheidet, daß sie nicht mit Schieflagen unrühmliche Schlagzeilen macht.

Neben diesem großen Terzett, das den Ton angibt, haben weitere rund 40 Institute mit Hauptstellen in München in Gelddingen an der Isar einiges mitzureden: Zwei Sparkassen, genossenschaftliche Banken, die Großbanken und eine Reihe renommierter Privatbankiers. Der Bankplatz München ist also voller Aktivität. Aber, wie es scheint, ohne die in diesem harten Gewerbe woanders oft beobachtete Hektik, ohne Hetze und Streß. Sind die Münchener Bankleute – auch ihre Topmanager – bessere Lebenskünstler? Warum auch immer die weißblauen Bankiers diesen Eindruck erwecken: Er fügt sich in das äußere Bild vom Bankenviertel der Stadt, das von den alten Prachtbauten der BV und der Hypobank in der Kardinal-Faulhaber-Straße dominiert wird, die gewachsenen Reichtum ausstrahlen. Selbst die Glasfassade des modernsten Glaspalastes der Landesbank drückt in sich ruhende Gelassenheit aus. München ist eben ein Bankplatz besonderer Prägung.

CLAUS DERTINGER

U-BAHN / Die Betriebskosten wieder hereingefahren

Von Abstellgleis ist keine Rede

Die U-Bahn, das heißt aktiver Umweltschutz. Sie fährt nämlich leiser als die Autos auf der Straße, denn ihre Schienen liegen samt Schotterbett in Betontrögen, die wiederum auf elastischen Kunststofflagern ruhen. Und die weißblauen Flitzer im Münchner Untergrund fahren sauberer als die Stinker auf dem Asphalt, denn ihre Motoren werden elektrisch betrieben.

Sie fahren aber auch schneller als die vierrädrige Konkurrenz über Tage. Bis zu 80 Stundenkilometer schnell rasen die Züge durch die dunklen Tunnel und befördern die Passagiere in Rekordzeit durch die Stadt. Den Münchnern und offenbar auch den vielen Gästen ist's recht: Über 700 000 Menschen steigen an jedem Werktag in die 66 U-Bahn-Züge und der Oberbürgermeister kann stolz verkünden: „Unsere U-Bahn fährt kostendeckend."

Gewiß: Die hohen Baukosten werden über die Fahrscheine nicht mehr in die Kassen der Stadt, des Landes Bayern und des Bundes zurückzuholen sein. Schon 3,2 Milliarden Mark wurden bisher in den Münchner Untergrund gesteckt, mindestens fünf Milliarden werden es sein, wenn auch die im Bau befindlichen Linien fertiggestellt sind.

Vor 20 Jahren fiel der Startschuß für den Bau

Gut 300 Millionen Mark kostet der U-Bahn-Bau im Jahr. Doch immerhin, die Betriebskosten werden wieder hereingefahren. Das kann, so meint man in München, kein anderes öffentliches Nahverkehrsmittel in einer Großstadt von sich behaupten.

Vor genau 20 Jahren, am 15. Januar 1964, wurde das erste Münchner U-Bahn-Amt gegründet, ein Jahr später folgte der erste Spatenstich. Heute liegen sieben Teilstrecken mit 50 Bahnhöfen und einer Gesamtlänge von 47 Kilometern wie ein überdimensionaler Tintenfisch mit ausgebreiteten Armen unter der Stadt und verbinden die wichtigsten Stadtteile miteinander, siebzehn weitere Kilometer sind im Bau.

Die Münchner Metro hat Erstaunliches geschaffen. Durch sie hat erstmals eine deutsche Stadt mit ihrem öffentlichen Nahverkehr die magische Grenze von 50 Prozent überschritten: Auf den Individualverkehr entfallen nur noch 46 Prozent, auf die Kombination aus U- und S-Bahn sowie Tram und Bus aber schon 54 Prozent. Die schnelle Bahn im Untergrund der Stadt erleichtert auch mancher Firma den Entschluß, sich an der Isar niederzulassen. Ein schnelles und sicheres Verkehrssystem bringt die Mitarbeiter zuverlässig ins Büro und erspart zudem eine Fülle teurer Tiefgaragenplätze.

Der flinke U-Bahn-Bau bringt den traditionsbewußten Münchnern aber auch einen Wermutstropfen, denn mit jedem neuen U-Bahn-Kilometer verliert die Straßenbahn, die an der Isar liebevoll Tram genannt wird, an Bedeutung. Einst hatte die Stadt geplant, die zuckelnde Elektrische nach und nach völlig aufs Abstellgleis zu schieben, aber dagegen haben die Bürger lautstark protestiert und nun immerhin erreicht, daß ein Gutachten eingeholt wird, wo und wie umfangreich die Tram weiterleben darf.

Oberbürgermeister Kiesl hat während des Wahlkampfes immer wieder beteuert, daß er die Straßenbahn dort erhalten will, wo sie als Zubringer sinnvoll ist. Sein SPD-Gegenkandidat Georg Kronawitter hat noch stärker auf die Schubkraft der Tram gesetz und angekündigt, falls er zum Oberbürgermeister gewählt wird, werde er stillgelegte Linien, deren Gleiskörper und Oberleitungen noch intakt sind, unverzüglich in Betrieb nehmen lassen. Den Erhalt der Tram hat auch die Münchner SPD in ihr Programm für die kommenden sechs Jahre aufgenommen. Die Grünen gehen noch einen Schritt weiter. Sie fordern den Erhalt aller Tram-Linien und ein Zurückfahren des U-Bahnbaues.

450 Millionen Fahrgäste im Jahr befördert

Der gesamte Münchner Verkehrsverbund hat mit den innerstädtischen Linien und dem weit ins Umland ausgreifenden Fächer der S-Bahnlinien eine Streckenlänge von über 2 000 Kilometern mit 2 100 Haltestellen. Vor zwölf Jahren gegründet, hat sich der MVV zu einem der attraktivsten öffentlichen Verkehrssysteme in Deutschland entwickelt, an Werktagen werden über 1,5 Millionen Fahrgäste gezählt, über's Jahr sind es 450 Millionen. Untersuchungen zeigten, daß seither im Kernbereich der Stadt die Pkw-Bewegungen ebenso abgenommen haben wie die Zahl der Verkehrsunfälle.

Die S-Bahn ist aber auch schuld daran, daß München in den letzten Jahren schrumpfte, während im Gegensatz zu allen anderen Großstadträumen das Münchner Umland Einwohner dazugewinnt. Der Grund: Die gute S-Bahnverbindung hat viele Familien zum Wohnen im Grünen verlockt, wo die Mieten billiger und die Wälder und Wiesen näher sind. Die acht Umlandkreise haben in den vergangenen zehn Jahren 200 000 neue Bürger erhalten und konnten 1983 erstmals die Millionen-Grenze überschreiten.

PETER SCHMALZ

VERSICHERUNGEN / 21 000 Beschäftigte / Platz eins in Deutschland

Hochburg der deutschen Assekuranz

Viele Verbindungslinien des deutschen Versicherungsmarktes mit dem Ausland laufen über die bayerische Landeshauptstadt. Weltgeltung als Hochburg der deutschen Assekuranz erlangte sie bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts; nach Gründung der Münchener Rück (1886). Später, erst nach dem Zweiten Weltkrieg, erfolgte der Aufstieg zur Weltspitze; nachdem Berlin seine Hauptstadtfunktion verloren hatte. München ist heute eines der wichtigsten Versicherungszentren der Welt. Im europäischen Vergleich rangiert die Stadt hinter London und Paris an dritter Stelle. In der Bundesrepublik behauptet sie mit knapp 21 000 Beschäftigten im privaten Versicherungsgewerbe vor Hamburg und Köln Platz 1, hinzu kommen etwa 5000 hauptberufliche Versicherungsvermittler und mehr als 15 000 nebenberufliche Versicherungsvertreter.

Ins Gewicht fällt vor allem, daß renommierte Branchenriesen hier zu Hause sind. Dazu gehören:

- der weltweit größte professionelle Rückversicherer, die Münchener Rück mit einer Jahres-Bruttoprämie für 1982/83 von 9,638 Milliarden Mark,
- der größte europäische Erstversicherer und größte deutsche Sachversicherer, die Allianz Versicherungs-AG mit einer Bruttoprämie für 1982 von 6,87 Milliarden Mark,
- D.A.S. mit 584 Millionen Mark Bruttoprämie im Geschäftsjahr 1982 größter Rechtsschutzversicherer in Europa,
- die „Vereinigte", mit Beiträgen von 1,799 Milliarden Mark für 1982 zweitgrößter Krankenversicherer,
- der größte Reisegepäckversicherer des Kontinents, die „Europäische"
- die Bayerische Versicherungskammer, größter öffentlich-rechtlicher Versicherer in der Bundesrepublik.

Zweifellos entscheidet man mit den Vergleichskriterien, die man jeweils zugrundelegt, darüber, wem unter den drei führenden deutschen Versicherungsezentren Hamburg, Köln und München die Spitzenposition gebührt. Vergleicht man die unter Bundesaufsicht stehenden Versicherungsunternehmen nach dem Stand vom 31. 12. 1981, so fällt München mit 53 Gesellschaften hinter Hamburg und Köln auf Platz drei zurück. Mit ihrer Beschäftigtenzahl wie auch mit einem Prämienaufkommen von 28,345 Milliarden Mark, rückt die bayerische Landeshauptstadt jedoch eindeutig auf den ersten Rang.

Von den 53 in MÜnchen ansässigen Gesellschaften sind 13 Lebens-, vier Kranken-, 30 Schaden- und Unfall- sowie fünf Rück-Versicherungsunternehmen.

Die Münchner Versicherer partizipieren mit annähernd 28 Prozent am Beitragsvolumen der deutschen Erst- und Rückversicherer (ohne Pensions- und Sterbekassen) von 101,968 Milliarden Mark. Die Erstversicherer kassieren rd. 20 Prozent, die professionellen Rückversicherer mehr als 60 Prozent der Bruttobeiträge.

Überdies kann man die wirtschaftliche Macht der Münchner daran ablesen, daß 11 Prozent der deutschen Erst- und 12 Prozent der deutschen Rückversicherer in München ihren Hauptgeschäftssitz haben.

Die Finanzkraft dieser Gesellschaften wird, wie der Aachener Versicherungswissenschaftler Peter Koch, Autor der lesenswerten „Bilder zur Versicherungs-Geschichte" kommentierte, deutlich, „wenn man bedenkt, daß sie Vermögenswerte in einer Größenordnung von über 40 Mrd. DM von München aus anlegen und verwalten."

München hat wie keine andere Stadt der Bundesrepublik so viele Kranken- (4) und Lebens-Versicherungsunternehmen (13), darunter die zur Sparkassenorganisation gehörende Bayern-Versicherung, größtes regionales öffentliches Lebensversicherungsunternehmen in der Bundesrepublik.

Zu den mit Hauptsitz in München vertretenen Gesellschaften kommen etwa 50 Geschäftsstellen und Niederlassungen von Versicherungsunternehmen, darunter ausländische, vor allem aus Österreich, Italien und der Schweiz.

Den Titel „Sitz der Verbände der deutschen Versicherungswirtschaft" teilt München mit Hamburg, Köln und Bonn. Während sich der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft sowie die Verbände der privaten Kranken- und der Sachversicherer für Köln entschieden, haben sich die Haftpflicht-, Unfall-, Kraftfahrt- und Rechtsschutzversicherer sowie die Transportversicherer in Hamburg organisiert. Der Verband der Lebensversicherungsunternehmen hat seinen Sitz in Bonn, der Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen residiert in der bayerischen Landeshauptstadt.

KARL-HEINZ STEFAN

FLUGHAFEN

Eigentlich sollte es ihn gar nicht mehr geben

An Rekordmeldungen hat es dem Münchner Flughafen Riem in den letzten Jahren noch nie gemangelt. „Flugplan-Boom" ist die jüngste, die dieser Tage verkündet wurde. Der Sommerflugplan für dieses Jahr hat nämlich mit 1478 Starts und Landungen pro Woche im Linienverkehr und mit über 12 800 Flugbewegungen im Charterverkehr eine neue Höchstmarke erreicht.

„Allen Skeptikern zum Trotz: Die Luftfahrt ist und bleibt eine Wachstumsindustrie", interpretiert Hermann Reichart, Hauptgeschäftsührer der Münchner Flughafengesellschaft, diese Zahlen.

Linienmaschinen verbinden die bayerische Landeshauptstadt mit elf Städten im Inland und 45 Metropolen im Ausland, neue Direktverbindungen nach Montreal, Toronto, Leningrad und Dubrovnik stehen im Flugplan. Mit 68 wöchentlichen Flügen stehen die Geschäftszentren Zürich und London an der Spitze.

Der Charterverkehr erwartet in diesem Sommer einen Zuwachs um 20 Prozent, 34 Fluggesellschaften bieten fast zwei Millionen Passagierplätze zu 86 in- und ausländischen Städten an. Insgesamt sind fast 60 000 Starts und Landungen zu erwarten.

Dieser enorme Aufschwung ist nur mit einem eingespielten Expertenteam und einem ausgeklügelten Abfertigungssystem zu bewältigen. Denn eigentlich sollte es diesen Flughafen schon seit einem Dutzend Jahren nicht mehr geben. Der damalige Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel hatte erwartet, daß Münchens dringend benötigter neuer Flughafen zu den Olympischen Sommerspielen in Betrieb genommen würde. Das war 1972.

Aber auch 1984 müssen die Piloten den 1939 gebauten Flughafen Riem ansteuern und auf einer Piste landen, die mit nur 2804 Metern Länge nicht allen Großraumclippern den Start zu einem intercontinentalen Nonstop-Flug erlaubt. Zudem ist die Stadt inzwischen um den Flughafen gewachsen, gut 200 000 Münchner leiden unter dem unvermeidlichen Fluglärm.

Vor allem die bayerische Wirtschaft benötigt einen leistungsfähigeren Flughafen. Bayerns Wirtschaftsminister Anton Jaumann dazu: „Er ist die wesentliche Voraussetzung für unseren Export."

Im Erdinger Moos, 28 Kilometer nördlich von München, soll Deutschlands modernster Airport entstehen. Verwaltungsgerichte haben jedoch den schon begonnenen Bau gestoppt. In diesem Jahr, so hofft wenigstens die Flughafengesellschaft, werden die Bauarbeiter und Bagger wieder anrücken, dann könnten die ersten Jets 1988 auf den beiden 4000-Meter-Pisten landen.

BRIGITTE WERNER



Aus der Pionierzeit der Luftfahrt: Fokker (vorne) und Ju 52 im Deutschen Museum FOTO: DPA

DEUTSCHES MUSEUM / Der Besucherandrang wird bereits zur Last

Das Haus der tausend Wunder

Man schrieb den 5. Mai 1903. An diesem lauen Frühlingsabend unterbreitete in einem kleinen Kreis würdiger Herren Oskar von Miller, ein genialer Bauingenieur, seine Idee von der Gründung eines „Museums von Meisterwerken der Naturwissenschaft und Technik".

Der Gedanke fiel auf fruchtbaren Boden, wurde aufgegriffen, und am 13. November fand dann die Grundsteinlegung in Anwesenheit des Kaisers Wilhelm II., des Prinzregenten Luitpold, der Kaiserin, der bayerischen Prinzen und Prinzessinnen statt.

Doch die eigentliche Eröffnung erfolgte erst zwanzig Jahre später. Der Erste Weltkrieg machte die Pläne zunichte, ließ das Kupfer wieder von den Dächern reißen und zu Kanonen umschmelzen, bis sich am 7. Mai 1925 die Museumstore des „Deutschen Museums, des Hauses der tausend technischen Wunder", endgültig öffneten und ein Besucherstrom in die Sammlungen drängte. Über eine Million waren es bereits im Eröffnungsjahr. Gründer Oskar von Miller sprach bei der Eröffnung kühn: „Das ganze deutsche Volk wird in das Museum kommen, um Belehrung und Anregung zu Arbeit und Begeisterung für die Gemeinschaft zu erringen." Patriotische Reden und bayerische Gaudi wechselten sich ab.

Seitdem strömen die Besuchermassen ins Deutsche Museum. So wurden 1983 genau 1 171 446 Menschen gezählt, das ist die größte Besucherzahl, die ein Museum in Deutschland aufweisen kann. An einem einzigen Tag verzeichnet das Deutsche Museum 8000 Schulkinder, von Erstklässlern bis zur Oberprima. Das bedeutet: An jedem Schultag ist hier eine Gesamtschule mit 30 Schulklassen zu Gast, und das nicht wie in einem Kunstmuseum für eine Stunde, sondern für drei bis vier Stunden.

Die gewaltige Anziehungskraft dieses Museums macht die Aktion aus: Auf einen Knopfdruck drehen sich die Räder, rotieren die Kreise, zucken grelle, stinkende Blitze auf. Chemische Flüssigkeiten machen unsichtbare Schriften deutlich. Im Planetarium funkeln leuchtende Gestirne und Planeten ziehen kreisend ihre Bahn am verdunkelten Firmament. Hier bewegt sich alles.

Es ist ein Haus mit lauter Premieren: der älteste . . ., die erste . . ., das erste . . .; ein Museum der Superlative: die älteste Erwerbung in der Schreib- und Drucktechnik, eine altägyptische Sargleiste mit Hieroglyphen und eine babylonische Keilschriftprobe, das älteste Schiff Süddeutschlands, ein Einbaum aus dem 8. Jahrhundert, den ein Sporttaucher in einem kleinen See im Chiemgau entdeckte; das größte Objekt – die einzige originale Europa-II-Trägerrakete, die mit ihren voll ausgerüsteten Stufen eine Höhe von 32 Metern ausweist.

Hier wird alles aufbewahrt, was an technischen Träumen Wirklichkeit wurde. Da hängen die Kisten der tollkühnen Männer von der Decke; Männer, die uns vormachten, daß wir es den Vögeln gleichtun konnten: Lilienthal, Wright, Grades Apparat und eine Etrichtaube. In einem anderen Saal funkeln die rassigen Automobile von einst, chromblitzend, mit Lederbezügen, Speichenrädern und kühnen, eleganten Formen. Ihre Namen: Horch und Bugatti.

Nie wird man alles erfassen können, was sich hier auftürmt an Modellen und Originalen mit Werkzeugen und Maschinen. Staunend stehen junge Amerikaner hier im Deutschen Museum vor dem Perpetuum mobile von Villard, erfahren, was es mit der Energie auf sich hat. Mit einem einzigen Knopfdruck begreift der kleine Texaner, was ihm sein Lehrer vergebens beibringen wollte. „Great", murmelt er fassungslos, „great" pflichten die anderen ihm bei – das Deutsche Museum, der Ort, an dem der Laie auf eindrucksvollste Art mit der Wissenschaft konfrontiert wird.

Doch die Lust des Besucherstromes wird für die Verantwortlichen auch zur Last. Dem gewachsenen Besucherstand hinkt der Sach- und Personalstand nach. Stampfte man früher immer neue Abteilungen aus dem Boden, so müssen heute die Werkstätten des Deutschen Museums fast mehr reparieren als neu konstruieren. Bei 31 Millionen Mark liegt 1984 der Jahresetat des Deutschen Museums. Die Rechtsaufsicht trägt das bayerische Kultusministerium. Bund und Land teilen sich die Lasten. Und die Stadt München liefert, wie einst vereinbart, auch heute noch den Strom und das Wasser kostenlos.

ANNE BORN

MUSEEN / Von Altdorfer bis Andy Warhol

Paläste der Kunst

Wie keine andere Stadt in Deutschland steht München im Fadenkreuz der Kunstgeographie. Bayerns musische Herrscher waren es zu allen Zeiten, die den Grundstein zu Museen und Pinakotheken legten, die nicht nur die berühmtesten Baumeister ihrer Zeit beriefen, sondern auch dafür sorgten, daß diese Bauten sich füllten, mit herrlichen Sammlungen von Bildern, Büchern, Goldfunden und Statuen.

Der lange Reigen der Museen in München beginnt mit der Glyptothek, jenem schönsten Bau von Klenze. Schon immer hatten die Wittelsbacher eine besondere Schwäche für antike Skulpturen, und besonders des Kronprinzen Ludwigs Liebe galt der Antike. Noch bevor der Run auf die Schätze Roms und Athens einsetzte, ließ er bedeutende Statuen und Bildwerke von Experten erwerben. Und so besitzt München derzeit die schönste und vollständigste Antikensammlung der Welt.

Wer mag sie alle aufzählen diese einmaligen Schätze, die heute das Münchner Residenzmuseum beherbergt? In der jahrhundertelangen Geschichte nimmt die Residenz als Herrschersitz des Hauses Wittelsbach und als Hort reicher Kunstschätze in der Reihe der großen europäischen Fürstenschlösser eine bevorzugte Stellung ein.

Ihre weitläufigen Raumfluchten aus der Zeit der Renaissance, des Barock, des Rokoko und des Klassizismus wurden seit 1920 als Residenzmuseum, die Bestände ihrer Schatzkammer im Jahre 1931 der Öffentlichkeit erschlossen. Der durch den Krieg fast total zerstörte Baukomplex wurde beinahe vollständig wieder aufgebaut. In den über hundert renovierten Sälen erfährt man staunend, welch große Mäzene Bayerns Regierende waren.

Größte Sammlung neben den Uffizien in Florenz

Spricht man von München in der Kunstwelt, so spricht man auch von der Alten und Neuen Pinakothek. Sie ist Münchens Schatzhaus, ein wahrer Glücksfall. Und sie zeugt vom eifrigen, kunstverständigen Fleiß im Sammeln von Gemälden. Kurfürst Maximilian I. war es, der Dürer und Altdorfer ankaufte. Max Emanuel war es wiederum, der die niederländische Sammlung in der Pinakothek aufbaute.

Heute verfügt München neben den Uffizien in Florenz über die größte Gemäldesammlung der Welt. Und die Neue Pinakothek beherbergt mit einem Bestand von mehr als 4500 Gemälden neben der Nationalgalerie in Berlin die umfangreichste und bedeutendste deutsche Sammlung europäischer Gemälde des 19. Jahrhunderts – bei Goya beginnend und bei Cezanne endend.

Die dritte große Galerie bildet die Staatsgalerie Moderner Kunst, die im „Haus der Kunst" (Westflügel) beheimatet ist. Sie dient ausschließlich der Präsentation der Kunst des 20. Jahrhunderts. Die Trennungslinie verläuft an der Jahrhundertwende: Den Auftakt bildet ein 1902 entstandenes Gemälde von Munch. Sie endet bei den Werken von Warhol, Kienholz und Beuys, bzw. bei den fotorealistischen Arbeiten von Asmus, Nagel und Gertsch.

Ein Kulturzentrum im Herzen der Stadt

Münchens Kunstszene wird beherrscht von einem „bunten Durcheinander", von einer verwirrenden, amüsanten Vielfalt. Hier gibt es für jeden Geschmack etwas. Man kann aus dem vielfältigen Reigen all der „Paläste der Kunst" nur einige nennen, die maßgeblich mit daran beteiligt sind, Münchens Ruf als internationale Kunststadt zu wahren.

Hierher gehört das Münchner Stadtmuseum, ein Kulturzentrum mitten im Herzen von München. In diesem Gebäude, einem der schönen Beispiele bürgerlicher Baukunst der Spätgotik, werden Gegenstände aus städtischem Besitz mit wechselnden Ausstellungen gezeigt. Hier befindet sich zum Beispiel die weltberühmte Puppentheatersammlung – vergleichbare Einrichtungen haben nur noch Moskau, Dresden, Lyon und Detroit.

Ein Juwel unter Münchens Museen bildet für Kenner das Lenbach-Haus, eine Villa nach römischem Muster, geschaffen von Gabriel von Seidl. In diesem dreistöckigen Palazzo versammelten sich einst Könige, Fürsten, Diplomaten, Künstler und Gelehrte. Zwanzig Jahre nach Lenbachs Tod, 1924, verkaufte dessen Witwe diesen Malerpalast an die Stadt München. Heute ist die Lenbach-Villa ein reich bestücktes buntes Museum. Die „Kunst der Blauen Reiter" ist hier fast vollständig vertreten, daneben die älteren Meister der Münchner Schule: Kobell, Leibl und Bilder der Sezession. Hier gibt es einen Klee-Saal und einen Weissgerber-Saal.

Auch der Malerfürst Franz von Stuck hinterließ eine prunkvolle Residenz. Hier kann man das morbide Interieur einer überschwenglichen Zeitepoche mit ständig wechselnden Ausstellungen nachempfinden.

München ist auch die Stadt, die die Galeristen wie Bienen an einen Honigtopf anlockt. Jede Kunstrichtung ist hier vertreten. Es existieren unzählige Galerien und Lofts, die von Schwabing bis Haidhausen, über Giesing nach Nymphenburg ihre Kunstfäden durch diese Stadt ziehen. Jede noch engagierter, jede auf eine Kunstrichtung eingeschworen. Geht einer die finanzielle Puste aus, wird sie geschlossen, so kann man sicher sein, daß in der nächsten Nachbarschaft ein neues, winziges Kunstpflänzchen aufblüht. München ist halt eine wahre Kunststadt!

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

HAIDHAUSEN

Das Schwabing von heute ist schon uralt

„Schwabing", sagte Franziska zu Reventlow, die tolle Gräfin, deren Schicksal lust- und leidvoll mit diesen Ortsnamen verbunden war, „Schwabing ist kein Ort, sondern ein Zustand." Noch heute gibt's dort Zustände – zu viele sogar, meinen nicht wenige und werfen traurige Blicke hinüber zu Fastfood-Buden und wehmütige Gedanken zurück in eine Vergangenheit, als Künstler und Kneipen die Szene beherrschten.

Das Schwabing von heute, sagen viele, die aus dem teuren Viertel abgewandert sind, heißt Haidhausen. Vor hier aus wird Bayern regiert: Hier zwischen Isar und Ostbahnhof erhebt sich goldgelb in der Sonne leuchtend des Freistaats selbstbewußtes Parlament. Ein paar Fußminuten entfernt feiert bald Münchens teuerster Kulturpalast seine Premiere. 356 Millionen Mark hat die künftige Heimat der Münchner Philharmoniker und der Stadtbibliothek gekostet.

Aber weder die Politiker noch die Posaunisten sind schuld am guten Ruf des alten Viertels, das 808 und damit 350 Jahre vor München erstmals urkundlich erwähnt wurde. Diese Feder können sich schon eher die kalkig geschminkten Punker an die kunterbunte Gockelfrisur heften, die im Cafe „Größenwahn" bei Neonlicht und Berliner Weiße sitzen. Auch der rührige Stadtrat Otto Lerchenmüller, der gar kein Münchner ist und dennoch mit Haidhauser Hinterhof-Festen den Grundstein gelegt hat für eine dörfliche Kommunikation inmitten einer Millionenstadt, hat dem Konkurrenten Schwabing schwer zu schaffen gemacht.

Ach ja, da ist auch ein unscheinbares Lokal, wo die Bedienungen züchtige Dirndl tragen beim Servieren, aber so zwischendurch doch mal drei Stufen höher auf die Bühne hoch- und aus dem Kleiderl aussteigen. Beim „Huterer" dagegen, in Bayerns kleinstem Biergarten, gibt's bayerische Küche ausschließlich in Bekleidung, und in der Künstlerfabrik in der Lothringer Straße 13 wird Kunst pur serviert.

Anders als das noble Nachbarviertel Bogenhausen war Haidhausen im Lauf der Jahrhunderte immer nur die Heimat kleiner Leute. An die Zeit der Tagelöhner erinnert noch heute das „Üblacker-Häusl", eine Tagelöhner-Unterkunft aus dem 19. Jahrhundert. Lerchenmüller rettete den ramponierten Bau in den 70er Jahren vor der städtischen Spitzhacke und fand im Stadtmuseum einen Mitstreiter: Im ehemaligen Ziegenstall wurde ein Mini-Museum eingerichtet, bei Dichterlesungen wird's in dem kleinen Häuserl oft heimelig eng.

Das Erstaunliche: Obwohl Haidhausen heute „in" ist, hat es seinen verträumt-verspielten Charakter nicht verloren. Es ist nicht zum Vergnügungszentrum degeneriert.

MANFRED WERNER







HOTELS / Ausländische Gäste bessern die Bilanzen deutlich auf

Sie stehen für Ruhm und Renommee

Was könnte man über München anderes sagen, als daß es eine Art deutsches Paradies sei? Viele Menschen schlafen und träumen manchmal, sie seien in den Himmel gekommen – in ganz Deutschland aber träumen die Leute oft, sie seien nach München, nach Bayern, gefahren", so schrieb 1925 Thomas Wolfe, der große amerikanische Romandichter, als er auf seiner Europareise auch nach München kam.

Und der Faszination der bayerischen Metropole erliegen noch immer Jahr für Jahr die Reisenden, wie der Bericht der Stadt München über das Fremdenverkehrsjahr 1983 zeigt. München verfügt über insgesamt 28 000 Betten, in Pensionen, Gasthöfen und Hotels. Während im gesamten Bundesgebiet die Zahl der Gäste und deren Übernachtungen zurückgegangen ist, steht München, was die Bettenauslastung angeht, mit 54,5 Prozent weiterhin an der Spitze.

Im Vergleich zu anderen Großstädten, wo man 1983 teilweise erhebliche Einbrüche erlitt, hat München seine Position mit einem Plus von 1,7 Prozent bei den Gästen gut behauptet. Zwar ist die Zahl der Gäste aus der Bundesrepublik zurückgegangen, dies wurde jedoch durch den Zuwachs an ausländischen Gästen (plus 4,9 Prozent, plus 2,0 Prozent bei den Übernachtungen) mehr als ausgeglichen.

Es sind vor allem die großen Luxushotels, die der Stadt ihr Profil geben, die zu Popularität, Ruhm und Renomee beitragen. Diese superkomfortablen Nobel-Herbergen dienen nicht nur den verwöhnten Gästen, sondern sind auch glanzvoller Mittelpunkt im gesellschaftlichen Leben der „Einheimischen". Aus dem Reigen dieser Luxushotels – die Franzosen nennen sie „les palaces" – seien einige herausgegriffen.

In erster Reihe das Hotel „Vier Jahreszeiten", das bereits auf eine über 125jährige Tradition zurückschauen kann. König Maximilian II. war es, der Kellner August Schimon bei seinem kühnen Vorhaben, ein Luxushotel zu bauen, finanziell unterstützte. Und nicht nur das, er schickte ihm auch seine besten Kunden: 1858 wurde das Haus in der Maximilianstraße eröffnet, und es ist seitdem Treffpunkt der Eleganz. Hier mischt sich Tradition plus Telex und Television.

Ausländische Gäste, besonders die Amerikaner, lieben es smarter, sie gehen in das ihnen vertraute „Sheraton". Es ist das größte Hotel in München mit 1300 Betten. Über den Dächern der Isar-Metropole wurden jetzt mit einem Drei-Millionen-Aufwand im 20. und 21. Stockwerk die Suiten völlig umgestaltet. In diesen Extra-Etagen wird der der sogenannte „Tower-Service" angeboten. Eine neue Zauberformel für den verwöhnten Gast.

Auch das „Hilton" ist vor allem zum bevorzugten Hotel der Amerikaner und der Araber geworden. Aber auch die deutschen Reisenden zieht es in diese Nobelherberge am Englischen Garten, wo jeden Montag eine Talkshow zelebriert wird.

Internationale Film- und Fernsehstars bevorzugen den „Bayerischen Hof", im Herzen der City gelegen. Hier finden alljährlich die großen Faschings- und Filmbälle statt.

Wie gesagt: In München findet jeder seinen „Himmel"! A.B.W.

VERLAGE / Jedes siebte Buch kommt aus der bayerischen Hauptstadt

Tante-Emma-Laden mit viel Charme

Einmal im Jahr, im Herbst, steht Frankfurt sechs Tage lang als internationaler Büchermarkt im grellen Rampenlicht. Doch wenn die Scheinwerfer erloschen sind, kann München, die bayerische Metropole, als direkte Nachfolgerin der alten deutschen Buchhauptstadt Leipzig wieder leuchten. Denn jedes siebte deutsche Buch, das heute auf dem Markt erscheint, stammt aus der bayerischen Landeshauptstadt.

Schon vor gut hundert Jahren konnte München ein blühendes Verlagswesen aufweisen. Es gab hier Mitglieder alteingesessener Familien, die nach buchhändlerischen Wanderjahren in Leipzig, Dresden und Berlin im heimatlichen München ihren eigenen Verlag gründeten. Man denke an die Verleger wie Reinhard Piper, Georg Müller, Albert Langen, Kurt Wolff. Doch erst nach dem Kriege konnte die Stadt an der Isar mit der Buchmetropole Leipzig in ernsthafte Konkurrenz treten.

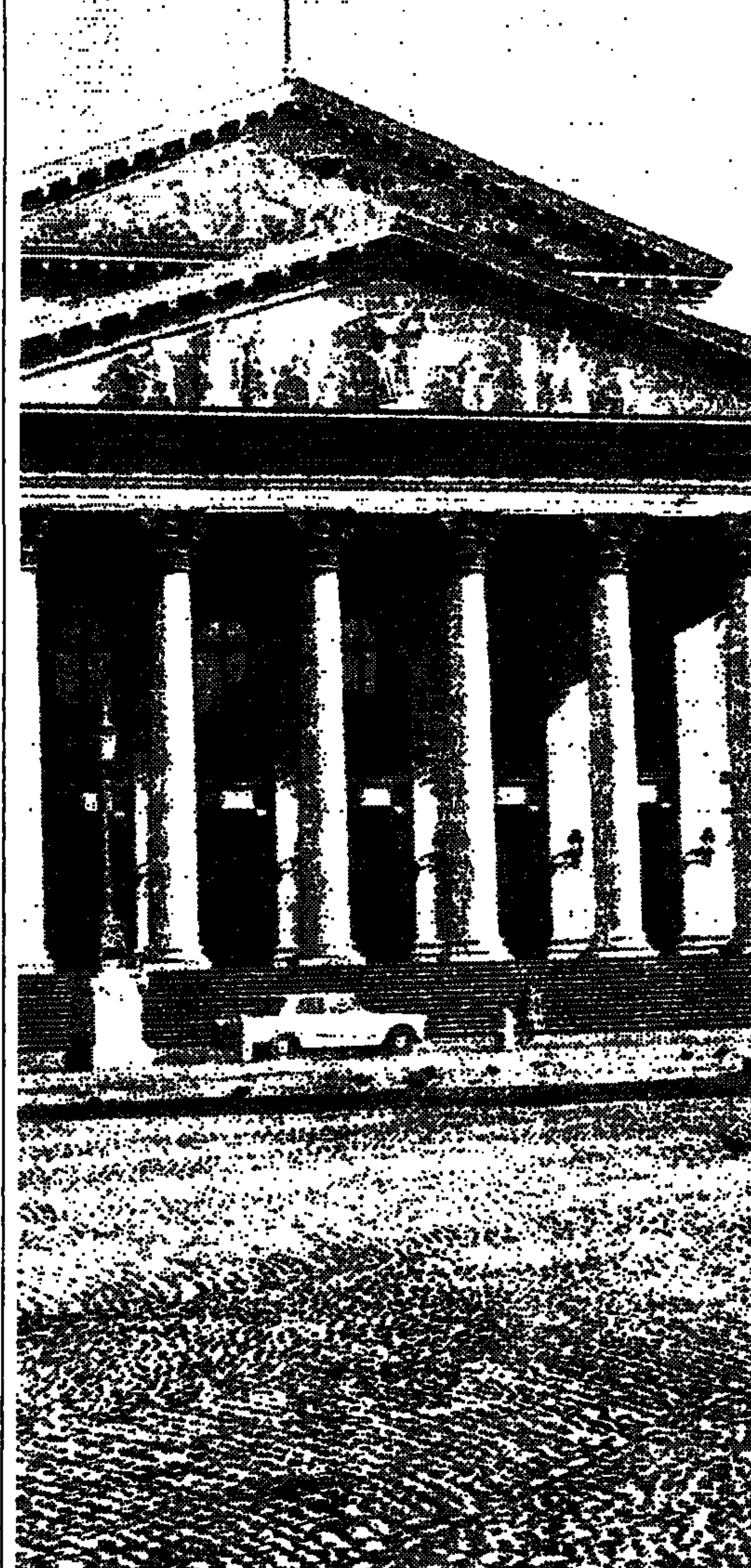
Wie stürmisch der Weg Münchens zur bedeutendsten Buchstadt nach 1945 verlief, zeigen am besten folgende Zahlen: Im Jahre 1951 gab es in der Isarstadt erst 98 Verlage. 1960 reichte die Zahl Münchener Verlage bereits an 200 und derzeit sind es rund 600 mit einer jährlichen Titelproduktion von 10 000 Büchern. Auf die Plätze verwiesen wurden Stuttgart mit 5500, Frankfurt mit rund 4000 und Hamburg mit rund 3000 Büchern pro Jahr.

Einen Hauptpart im umfangreichen Produktionsprogramm der Buchstadt München nimmt die schöne Literatur ein. Auch hier ließ sich wieder an Traditionen anknüpfen, empfingen doch in München Dichter wie Rilke, Mann, Wolfe, Hesse und Thoma ihre entscheidenden Impulse.

Spezialität im Produktionsprogramm der Münchener Verlage sind die im „Isarathen" entstehenden Kunstbücher. Jeder dritte Kunstband, der heute in der Bundesrepublik herausgegeben wird, kommt von hier.

Auch auf dem Gebiet der Buchausstattung spielt München seit eh und je eine führende Rolle. Schließlich hatte Alois Senefelder 1797 hier die Lithographie erfunden. Und auch die Galvanographie und die Autotypie wurden hier entwickelt. Das äußere Zeichen dieser Vorrangstellung Münchens war 1926 der Beschluß des deutschen Buchdruckervereins, München zum Sitz seiner „Meisterschule für Deutschlands Buchdrukker" zu machen.

Einmal im Jahr, zu Beginn der Vorweihnachtszeit, präsentieren sich seitdem Münchens Buchverlage geschlossen der Öffentlichkeit. Im „Haus der Kunst" reiht sich dann Stand an Stand. Die „Münchener Bücherschau" mit zahlreichen Dichterlesungen wirkt zwar im Vergleich zum Frankfurter Supermarkt beinahe wie Tante-Emma mit Selbstgestricktem, hat aber den Charme des Persönlichen. R. M. B.



Das Nationaltheater, in klassizistischem Stil erbaut, ist schon längst eine bayerische Institution geworden. FOTO: WINFRIED RABANUS

THEATER / Ein unerhört reiches Angebot

Wo Volksstücke nicht provinziell wirken

München leuchtet als Kunststadt – auch die Institutionen im Dienst der Künste: Oper und Theater. Zwar granteln Kritiker, daß Münchens Theater viele Züge des Provinziellen trage, doch die Münchner nehmen diesen Vorwurf gelassen hin. Denn sie, die Einheimischen, wissen es doch sowieso, und die Fremden können sich leicht überzeugen: München ist Europas Theater-Hauptstadt! 60 Bühnen, neun öffentliche und 51 private, mit insgesamt 12 600 Plätzen – das ist ein unerhört reiches Angebot in einer vielfältigen Theaterlandschaft. Zum Vergleich: Hamburg hat nur rund 30 Theater.

Die Renommiertheater, das sind zwei feste Häuser: das staatliche Residenztheater und die städtischen Kammerspiele. „Nur kein Theater für Kritiker", so lautet die Losung am Staatsschauspiel und jeder Intendant, derzeit ist es Frank Baumbauer, hält sich daran. Das Bayerische Staatsschauspiel bleibt fast frei von Regie-Ärgernissen, wie man sie andernorts häufig findet. Ein Schwerpunkt im Programm liegt auf dem bürgerlichen Drama des 19. Jahrhunderts (Strindberg) sowie auf bayerischen und österreichischen Volksstücken (Ludwig Thoma, Johann Nestroy). Bei einer Platzausnutzung von 92 Prozent bringt das Bayerische Staatsschauspiel durchschnittlich 14 Premieren pro Spielzeit heraus. Es gehört also zu den fleißigsten Theatern der Bundesrepublik.

Auf der anderen Seite der Maximilianstraße hingegen, in den Kammerspielen, zeichnet sich unter Dieter Dorn eher ein analytisch-psychologischer Inszenierungs-Stil ab. Doch ausgesprochene Wagnisse und Skandale fehlen auch hier. Man achtet auf einen Stadt-bewußten Spielplan. Das heißt, man nimmt Rücksicht auf das Stammpublikum.

Doch all diese Tatsachen ignorieren die potentiellen München-Gegner, prophezeien sie doch immer wieder die totale Verprovinzialisierung dieser Metropole. Doch dem stehen hervorragende Regisseure und Schauspieler gegenüber. Sie alle werden magnetisch vom Flair dieser Stadt angezogen. Seit Herbst 1983 ging endgültig ein Herzenswunsch der Münchner in Erfüllung, eine 150jährige Tradition wurde wieder angeknüpft, mit der Eröffnung des neuen Volkstheaters. Unter der Leitung von Jörg Dieter Haas wird hier ein Volkstheaterprogramm – jenseits aller Provinzialität – vorexerziert, das vom süddeutsch-bayerischen Repertoire bis zu adaptierten Klassikern reicht.

Daneben haben sich in Schwabing und Haidhausen, dem alten Franzosenviertel zahlreiche winzige Theaterchen etabliert: Kellertheater, Musiktheater, satirisch oder politisch engagiert, Bauernbühnen, Kinder- und Jugendtheater. Vorbei an Mülltonnen, durch dunkle Toreinfahrten, über schummrige Hinterhöfe, an eisernen Treppengeländern hinab, betritt der Theaterfreund diese kleinen kuscheligen Stätten. Mal mit Plüsch, mal mit Resopal ausstaffiert. Mitunter wirken sie wie schwülstige Boudoirs, dann wieder wie sterile McDonalds-Hallen. Der Fan kann wählen, der Autoren-Bogen spannt sich weit: von Valentin bis Kroetz, von Thoma bis Ionesco.

Funkelnder Stern an diesem strahlenden Theaterhimmel ist die Kleine Komödie. Hier herrscht noch „heile" Theaterwelt: ausverkaufte Vorstellungen das ganze Jahr hindurch. Immer ein strahlend-applaudierendes Publikum, das heiter-amüsiert die Vorstellung verläßt.

Mit zwei Häusern – eines im Hotel „Bayerischer Hof" und eines am „Max-Monument" – sind diese beiden Komödienhäuser so etwas wie die „reinen Inseln" in einer krisengeschüttelten Theaterlandschaft, geleitet und geprägt von der Prinzipalin Isebill Sturm, einer rothaarigen, alterslosen, vor Theaterelan sprühenden Dame. Gleich nach dem Krieg versammelte die Sturm, mit sicherem Gespür für Talente ausgestattet, die besten Interpreten und Autoren der damaligen Zeit: Erich Kästner und Axel von Ambesser, Gustav Gründgens und Oliver Hassenkamp. Während im Stammhaus „Volksstücke", vor allem von Ludwig Thoma, gespielt werden, präsentiert man im zweiten Haus Boulevardkomödien gehobenen Genres. Das Anliegen von Isebill Sturm, die mitunter auch selbst inszeniert, ist es, „alle Schichten der Bevölkerung zu unterhalten, niemanden zu belehren oder zu verbessern". – „Dabei", sagt sie, „habe ich durchaus das Gefühl, etwas für die Menschheit zu leisten."

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

PARKS / Eine der grünsten Großstädte

Die Idee eines Grafen

Die knapp 79 000 Münchner Alleebäume, im Pflanzabstand von acht Metern aufgereiht, ergäben einen schattigen Weg vom Marienplatz bis nach Bonn. Rein rechnerisch kommen auf jeden Münchner 30 Quadratmeter Grünfläche im Stadtgebiet. München, so wirbt man im Rathaus, ist eine der grünsten Großstädte Deutschlands. Da fällt es kaum noch ins Gewicht, daß die weltweit berühmteste Münchner Wiese das Jahr über ein brauner Schandfleck ist und nur im Herbst für 16 Tage von den Bierzelten und Karussels des Oktoberfestes bedeckt wird.

Münchens jüngstes Grün lockte im vergangenen Jahr fast elf Millionen Besucher aus dem In- und Ausland: Die Internationale Gartenbauausstellung, der Welt größte Blumenschau auf einem 73 Hektar großen Gelände, das aus einem Brachland zu einer der schönsten Parklandschaften Deutschlands geformt wurde. Noch ist über die endgültige Façon des nunmehrigen Westparks nicht entschieden, noch wird gerätselt, ob der farbenprächtige und kulturhistorisch faszinierende ostasiatische Teil mit seinen Tempeln und Gärten erhalten werden kann, da haben die Münchner ihren neuesten Park längst für sich erobert: Schlittschuhläufer ziehen im Winter Kreise auf den gefrorenen Seen, Langläufer spuren durch das Kunsttal und Tausende von Spaziergängern bekunden per pedes ihre Zuneigung zur neuen grünen Lunge im Münchner Westen.

Ob Blumen-Olympiade oder Olympische Spiele – in München fallen die Parks solcher Weltereignisse nach dem Abpfiff nicht in den Dämmerschlaf allmählichen Verfalls. Beispiel dafür ist der Olympiapark, der sich nach den 72er Spielen zu einer der größten touristischen Attraktionen der Stadt und zu einem Erholungs- und Freizeitpark entwickelt hat.

Noch heute fesselt die filigrane Architektur des Zeltdachs, das mit fast 75 000 Quadratmetern die drei Hauptstadien überspannt und neben den Frauentürmen und dem eigenwilligen BMW-Vierzylinderhaus zu einem Münchner Wahrzeichen wurde. Und wer von dem 290 Meter hohen Olympiaturm herunterblickt, der kann mit ein wenig Phantasie nachfühlen, wie das wohl war, als die Architekten aus einem Nylonstrumpf den ersten Dachentwurf bastelten.

Schon elf Jahre nach den Spielen konnte Olympiapark-Chef Werner Göhner den 50millionsten Besucher begrüßen. Sei es, daß er mit dem Lift auf den Turm gefahren ist, ein Ticket für die Rolling Stones gekauft hat oder in Europas größtem Gartenhallenbad geschwommen ist, in dem Mark Spitz fünf Goldmedaillen gefischt hat. Oder er war Zuschauer einer der zwölf Welt-, sechs Europa- oder 28 deutschen Meisterschaften, die nach den Spielen in Münchens olympischen Sportstätten durchgeführt wurden.

Vielleicht war er auch einer der 6,3 Millionen Besucher, die Veranstaltungen in der Olympiahalle besuchten. Allein diese Halle mit 14 000 Plätzen war seit 1972 schon 280mal ausverkauft. Und in all diesen Zahlen sind jene Millionen unberücksichtigt, die als Spaziergänger durch den Park schlendern, der zu einem Paradies für Vögel und Fische geworden ist.

Parks in München: der Botanische Garten, der Tierpark Hellabrunn, der Alte Südliche Friedhof (der letzten Ruhestätte berühmter Münchner wie des Malers Spitzweg und des Lokomotivenkönigs Maffei) und natürlich der Englische Garten, geschaffen vom Grafen Rumford, dessen Suppe einst die Armen speiste. „Zur allgemeinen Ergötzung für dero Residenzstadt München“ durch Kurfürst Karl Theodor 1789 dem Volke geschenkt und mit 372 Hektar sogar größer als sein Vorbild in London. Wie damals reiten die Ordnungshüter noch immer hoch zu Roß durch den Park hinterm Haus der Kunst, aber die Kleiderordnung der Besucher hat sich gewandelt: An sonnigen Tagen trägt manche Studentin der nahen Universität nichts als ihre Schönheit am Leib und die Polizisten zu Pferde riskieren das eine Auge und drücken das andere großzügig zu. Denn die Nackten gehören inzwischen zum Englischen Garten wie die Schwäne zum Kleinhessloher See.

PETER SCHMALZ



Der Englische Garten – hier beim Chinesischen Turm – ist mit 372 Hektar Münchens größter Park FOTO: KARSTEN DE RIESE

MESSEN / Keine Platzprobleme – Ausstrahlung nach Süden und Südosten

Der lange Marsch an die Spitze war sehr steil und steinig

Werner Marzin, der freundlich energische Münchner Messemanager, hält nichts von Schnellschüssen, wenn sie auch im Augenblick einen Funkelstein in der Bilanz versprechen. „Wenn eine neue Messe dem Marktbedürfnis nicht entspricht, dann ist sie nach vier Jahren wieder kaputt“, heißt ein Geschäftsprinzip, dem sich der Hauptgeschäftsführer der Münchner Messegesellschaft (MMG) verpflichtet fühlt. Zielstrebig und – wenn nötig – mit gekonntem Ellenbogeneinsatz boxte er die bayerische Landeshauptstadt zu einer der großen Messestädte Europas hoch.

Der Weg dahin war steil und steinig. Wohl wird auf der Theresienhöhe in sieben Tagen eine Ausstellung eröffnet, die unter dem titel „Vom Ausstellungspark zum internationalen Messeplatz“ von der 80jährigen Geschichte des Münchner Ausstellungswesens berichtet, die deutsche Messelandschaft ist aber wesentlich jünger. Ihre Gestalt prägte sich erst in den Jahren der aufblühenden sozialen Nachkriegs-Marktwirtschaft.

Dabei hatten die Münchner aber einen schlechten Start. Marzin: „Es ist einfach eine Tatsache, daß der Messeplatz München relativ spät auf den Plan getreten ist. Als die anderen Messegesellschaften bereits ein ansehnliches Programm unter ihrem Dach vereint hatten, haben wir uns erst in den Wettbewerb begeben.“

Die Zeit der harten Bandagen ist vorbei

Die Folge waren Konkurrenzkämpfe, die mit harten Bandagen ausgefochten werden mußten. Die MÜnchner Modewoche wurde anfangs verspottet, bis sie dann doch Berlin den Rang ablaufen konnte. Heute ist München Deutschlands wichtigster Modemarkt, wenn das auch in Düsseldorf nur widerwillig zur Kenntnis genommen wird. Heftige Rempeleien waren auch unvermeidlich, als die Münchner Messe neben der erfolgreichen Herbst-ISPO, der Welt größter Sportartikelmesse, einen zweiten Termin im Frühjahr plazierte.

Marzin attackierte damals mit kämpferischen Worten („Ich bin gegen jedes Frühstückskartell, das der Faulheit Vorschub leistet“), sieht diese wilden Jahre aber längst als bewältigte Vergangenheit an, an die er nur ungern erinnert wird. Der Erfolg gibt dem 53jährigen die Gelassenheit, über die Aufstiegskämpfe den mildtätigen Mantel des Vergessens zu breiten.

Die Zahl der Aussteller verdoppelte sich nahezu

Ein Erfolg, der sich trefflich in Zahlen fassen läßt: Von 1973 bis 1983 stieg die Zahl der ausstellenden Firmen am Messeplatz München um 106,5 Prozent (von 10 000 auf 20 645), die der Besucher verdoppelte sich nahezu auf knapp zwei Millionen, die belegte Hallen-Bruttofläche stieg von 800 000 auf 1,2 Millionen Quadratmeter, also um gut die Hälfte.

Ein entscheidender Schritt für eine weitere positive Messeentwicklung war die Eröffnung der neuen Hallen im vergangenen Jahr, wodurch sich die Hallenfläche um ein Viertel auf 105 000 Quadratmeter erhöhte. Das löst Platzprobleme, wenn sich zwei Messetermine üerschneiden und verschaffte den Münchner Messeschlagern wie ISPO, Modewoche und Handwerksmesse ein wenig Luft. Alle Standwünsche können trotzdem auch heute noch nicht erfüllt werden an einem Platz, der an Attraktivität kontinuierlich zunimmt.

„München als Messeplatz“, meint Marzin, „ist geographisch günstig gelegen, besitzt Ausstrahlung vor allem in den Süden und Südosten Europas, verfügt über eine hervorragende Infrastruktur und hat ein Ambiente, wie es keine andere deutsche Stadt bietet.„ Anders gesagt: Aussteller und Besucher schätzen die Isarmetropole, weil es in München mehr als nur die Messe gibt.

Die Münchner Anziehungskraft aber kommt der Messe-Bilanz zugute. Fast 162 Millionen Mark setzte die Unternehmensgruppe „Messe München International“ im vergangenen Jahr um, wobei der Löwenanteil auf die MMG mit 93,4 Millionen entfiel. Die Modewoche kam auf 17, die Gesellschaft für Handwerksausststellungen auf 23,5 und der Internationale Messe- und Ausstellungsdienst auf 28 Millionen Mark.

Auch die Münchner, die an vielen Messetagen rund ums Gelände verstopfte Straßen ertragen müssen, haben die Messe in ihr Herz geschlossen. Nach einer Umfrage beurteilten 86 Prozent das Messewesen „außerordentlich positiv“, 84 Prozent glauben, daß durch die Messen bedeutende Vorteile für Stadt und Region entstehen. 95 Prozent sind sogar der Meinung, durch die Messen werde das internationale Image der bayerischen Landeshauptstadt deutlich erhöht.

Trotz verstopfter Straßen ins Herz geschlossen

Fast jeder der Befragten kennt auch zumindest eine der Messen (in diesem Jahr werden es 36 sein). Spitzenreiter ist dabei die Internationale Handwerksmesse, gefolgt von der Mode-Woche, der Baumaschinenausstellung BAUMA, der Sport-ISPO und der Ausstellung Caravan-Boot-Internationaler Reisemarkt. Auf dem schauen sich die Münchner besonders gerne um und suchen eifrig nach dem Ferienort, der noch schöner als ihre Heimatstadt ist.

MANFRED WERNER



Eingerahmt von drei Mannequins: Mode-Woche-Chef Karl-Dieter Demisch FOTO: KEYSTONE

MODE / Von Textilmessen bis zur Designer-Schau ist alles vertreten

Couturiers sind voll des Lobes

Ein locker hingehauchtes „M“ in vier Frühlingsfarben, darunter der neue Slogan: „München: Mode-Messe-Metropole“ signalisiert eine Wende anläßlich dieser gerade stattfindenden 49. Mode-Woche, die noch bis zum 28. März dauert.

Mehr als bisher nämlich will die „Mode-Woche-München“ ihren internationalen Charakter für Aussteller und Einkäufer betonen und München zum „Mekka der Modeplätze“ machen. Diesem hohen Ziel hat sich der neue Geschäftsführer der MMW, Dr. Karl-Dieter Demisch, verschrieben, der die Nachfolge des verstorbenen Mitbegründers Alfred Wurm angetreten hat.

Die selbständige Tochtergesellschaft der Münchner Messe- und Ausstellungs GmbH veranstaltet zweimal im Jahr die „Mode-Woche-München“ und ebenfalls zweimal die „Münchner-Mode-Tage“. Hier wird über die Trends und Linien der nächsten Saison entschieden. Nicht nur die modischen Entscheidungen fallen hier in München, auch das Orderklima in Industrie und Handel wird hier in der Isarmetropole bestimmt.

Die Vorzeichen sind wie immer ideal: Rund 5900 Kollektionen warteten wieder auf die Einkäuferentscheidung des Einzelhandels auf dieser 49. Mode-Messe. Von den angetretenen 2025 Ausstellern zeigten 1565 in dem mit 105 000 Quadratmetern voll ausgebuchten Messegelände ihre Kollektionen. Weitere 320 Konfektionäre verwandelten die Münchner Hotels in wahre Mode-Silos, 42 stellten in eigenen Räumen aus, 29 im Mode-Zentrum-München und 68 Aussteller im Münchner Mode- und Textil-Center.

Österreich führt dieses Mal mit 134 Ausstellern die Liste der Auslandsbeteiligungen an, gefolgt von Italien und Frankreich. Insgesamt sind 541 Aussteller aus 38 Ländern nach München gereist. Auch Osteuropa ist in München vertreten: die „DDR“, Polen und die Tschechoslowakei.

Um den Besuchern und Ausstellern die Arbeit zu erleichtern, wurde durch die Vergrößerung des Messegeländes um 20 000 Quadratmeter die Konzentration der Artikelgruppen noch intensiviert. Denn die gezielte Plazierung nach Angebotsschwerpunkten schuf in diesem Jahr erstmals eine „Messe der kurzen Wege“.

So elegant und schimmernd sich die Modebranche nach außen hin präsenfiert, kann sie doch nicht verdekken, welch hartes Ordergeschäft dahinter steht. „Weg von der Show – hin zur Versachlichung der Mode“ ist daher einer der Leitsätze aus dem Programm des neuen Mode-Woche-Chefs. Er sieht diese Fachmessen in München als reine Dienstleistungs-Träger der Textil- und Bekleidungsindustrie, die den Anforderungen eines Ordertreffpunkts gerecht werden müssen.

Erstmals wurden auf dieser 49. Mode-Woche die „Designer-Schauen“ durchgeführt. Der Hamburger Designer Wolfgang Joop eröffnete den Reigen, dem weitere folgen sollen. Schon wurden Verbindungen mit London, Mailand und Wien geknüpft.

Wenn auch die Münchener Mode-Messe die bayerische Landeshauptstadt zur führenden Weltstadt der Mode gemacht hat, so wird dieses Image noch unterstrichen durch die hier ansässige schöpferische Couture und Konfektion, durch Münchens gediegenes Schneiderhandwerk und leistungsfähigen Textilhandel, durch eine Reihe modischer Institutionen – und nicht zuletzt durch ein äußerst modebewußtes Publikum.

Denn so heimlich, so schnell verstanden doch die internationalen Modezaren die Zeichen in München. Und aus der Stadt des Leberkäs' und Starkbiers wurde die deutsche Modemetropole in der Bundesrepublik. Elegante Luxus-Läden schossen aus dem sündteuren Boden rechts der Isar. Weltberühmte Modeunternehmen aus Paris und Rom unterhalten alle in München eine Dependance, wenn sie etwas auf sich halten. Sogar in Biergärten sieht man immer mehr teures Modisches blitzen. Die diskreten Firmenschildchen aus noblen auswärtigen Häusern sind nicht zu übersehen: Valentino, St. Laurent, Chloé, Pucci, Laroche, Dior, Jap, Jil Sander und Sonia Rykiel.

Münchens eleganteste Straße, die Maximilianstraße ist heute eine einzige modische Edel-Boutique. Und die Geschäfte, so die allgemeine Auskunft, scheinen gutzugehen. Die auswärtigen Couturiers sind denn auch voll des Lobes über die Münchnerin. Sie machte alle Trends mit, München sei kosmopolitisch, heißt es in Fachkreisen.

Münchner Mode, das bedeutet aber auch todschicke unverwüstliche Trachtenkleidung. Einst täglicher Habitus für jedermann, der im rauhen Alpenland wohnte, heute fashionabler Dreß von Paris bis New York.

Nicht zu vergessen, da ist auch noch Schwabing. Immer noch – und zum Trotz – Münchens renommiertestes Künstlerviertel, wo die Boutiquen wie Pilze aus dem Boden schießen. Hier wird kunterbunte, hypermoderne, heiße Mode vorexerziert. Kurz: Der Münchner Mode-Himmel ist ein Dorado für alle. ANNE BORN